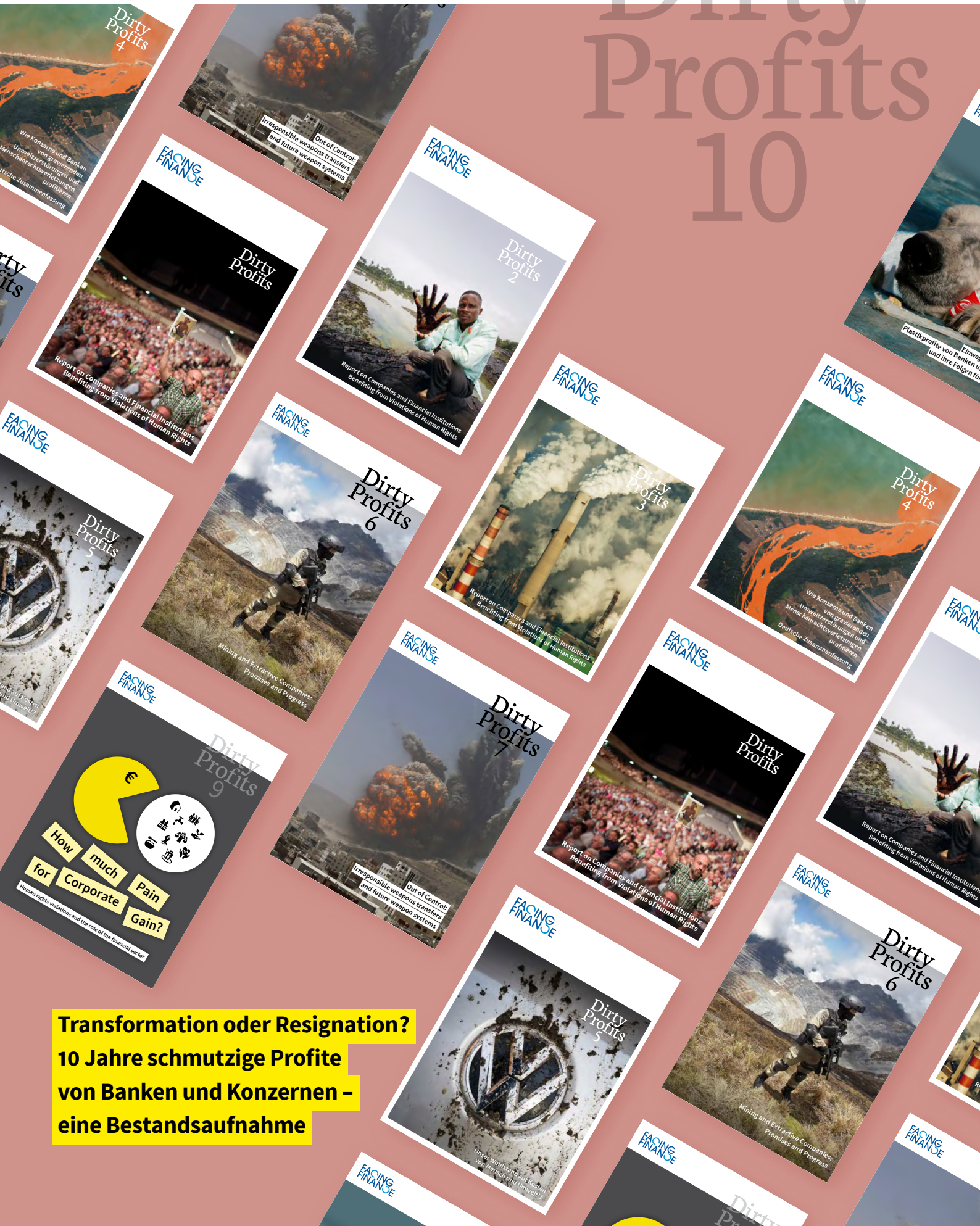


Dirty Profits 10



**Transformation oder Resignation?
10 Jahre schmutzige Profite
von Banken und Konzernen –
eine Bestandsaufnahme**

INHALTSVERZEICHNIS

1 Zusammenfassung	5
2 Empfehlungen für Finanzinstitute	7
3 Profite für die Eigentümer, Kosten für die Allgemeinheit	10
4 Methodik	13
5 Retrospektive	17
Sektoren	17
Kriterien	22
Finanzinstitute	24
6 Der große Überblick: Aktueller Stand der Fälle aus zehn Jahren Dirty Profits	31
7 Vertiefende Fallstudien	54
KONSUMGÜTERINDUSTRIE	
Uganda: Ein Binnenland in einem Plastikmeer	55
Bis zum letzten Tropfen	62
— — —	
Greenwashing:	
Grün, grüner, am grünsten – Marketing vs. Wirklichkeit	66
RÜSTUNGSINDUSTRIE	
Waffenexporte und der Jemen: Eine tödliche Investition	68
— — —	
ESG-Fonds:	
Do no significant harm: Bombenstimmung in Investmentfonds	72
BERGBAUINDUSTRIE	
Skrupellose Bergbaukonzerne: Was muss noch passieren, bis die Finanzbranche Konsequenzen zieht?	74
In der Kohle liegt die Kohle? Von Versprechen und Wirklichkeit in La Guajira	76
Nie wieder Mariana?	79
— — —	
Engagement:	
Die Grenzen des Dialogs: Narrative des „nachhaltigen Bergbaus“	82
PHARMAINDUSTRIE	
Wenn die Produktion von Medikamenten krank macht	86
— — —	
Richtlinien:	
Nebenwirkungen unbekannt? Fehlende Pharma-Richtlinien im Finanzsektor	88
ÖLINDUSTRIE	
Die East African Crude Oil Pipeline – ein TOTAL-Ausfall?	91
— — —	
CSDDD:	
Das Beispiel TotalEnergies – Warum der Finanzsektor in das europäische Lieferkettengesetz gehört	93
Quellen	95
Impressum	102

„Sustainable development is development that meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs.“

— World Commission on Environment and Development 1987, 41

Der 1987 veröffentlichte Brundtland-Bericht markierte einen Wendepunkt in der globalen Diskussion über Entwicklungs- und Umweltpolitik. Die von den Vereinten Nationen einberufene Weltkommission für Umwelt und Entwicklung betonte nachdrücklich die Verbindung der beiden Politikfelder, die Notwendigkeit langfristigen Denkens und die Schonung der Ressourcen für künftige Generationen. Ihre wegweisende Vision einer nachhaltigen Entwicklung führte u. a. zur Umweltkonferenz von Rio de Janeiro im Jahr 1992 und prägte die internationalen Vereinbarungen bis hin zu den Sustainable Development Goals (Ziele für eine nachhaltige Entwicklung). Heute 36 Jahre später ist die Definition so aktuell wie damals. Auch heute sind alle Akteure gefordert, ihre Profitinteressen nicht zum Nachteil von Gesellschaft, Umwelt und Klima durchzusetzen — das gilt auch für die Finanzwirtschaft.


Reality Check

Finanzgeschäfte zu Lasten von Mensch, Klima und Umwelt (pro Ausgabe des Dirty Profits-Berichts)

Dirty Profits #1

44 Mrd. €

28 Unternehmen, 2010–2012

 **26 Mrd. €**
(Finanzierung)

 **18 Mrd. €**
(Investitionen)

Finanzinstitutionen
Allianz, Argenta, BayernLB, BNP Paribas, Commerzbank, DekaBank, Deutsche Bank, DZ Bank, ING, KBC, KfW, LBBW, Munich Re, UniCredit

Dirty Profits #2

60 Mrd. €

26 Unternehmen, 2011–2013

 **33 Mrd. €**
(Finanzierung)



 **27 Mrd. €**
(Investitionen)



Finanzinstitutionen
Allianz, Argenta, Belfius, BlackRock Germany, BNP Paribas, Commerzbank, Credit Suisse, DekaBank, Deutsche Bank, DZ Bank, ING, KBC, KfW, LBBW, Munich Re, PKO Bank Polski, UBS, UniCredit

Dirty Profits #3

144 Mrd. €

25 Unternehmen, 2012–2014

  **79 Mrd. €**
(Finanzierung)


  **65 Mrd. €**
(Investitionen)




Finanzinstitutionen
Allianz, Argenta, Axa, Barclays, Belfius, BNP Paribas, Commerzbank, Crédit Agricole, Credit Suisse, Deutsche Bank, HSBC, ING, Julius Bär, KBC, Legal & General, Lloyds Bank, Munich Re, Prudential, Swiss Re, UBS, UniCredit, Zurich

Dirty Profits #4

267 Mrd. €

20 Unternehmen, 2013–2015

 **34 Mrd. €**
(Finanzierung)

   **233 Mrd. €**
(Investitionen)

Finanzinstitutionen
Allianz, BlackRock, BNP Paribas, Commerzbank, Crédit Agricole, DekaBank, Deutsche Bank, HSBC, KfW, State Street Global Advisors, Union Investment, Vanguard

Dirty Profits #5

53 Mrd. €

14 Unternehmen, 2013–2016

 **47 Mrd. €**
(Finanzierung)

 **6 Mrd. €**
(Investitionen)

Finanzinstitutionen
BNP Paribas, Deutsche Bank, HSBC, ING, UBS

Dirty Profits #6

107 Mrd. €

10 Unternehmen, 2010–2017

   **100 Mrd. €**
(Finanzierung)

 **7 Mrd. €**
(Investitionen)

Finanzinstitutionen
Barclays, BNP Paribas, Crédit Agricole, Credit Suisse, Deutsche Bank, DZ Bank, HSBC, ING, Rabobank, UBS

Dirty Profits #7

34 Mrd. €

11 Unternehmen, 2015–2019

 **24 Mrd. €**
(Finanzierung)


 **10 Mrd. €**
(Investitionen)

Finanzinstitutionen
Barclays, BNP Paribas, BBVA, Crédit Agricole, Credit Suisse, Commerzbank, Deutsche Bank, Lloyds Bank, Santander, UniCredit

Dirty Profits #8

147 Mrd. €

14 Unternehmen, 2017–2020

  **95 Mrd. €**
(Finanzierung)

  **52 Mrd. €**
(Investitionen)

Finanzinstitutionen
BNP Paribas, Commerzbank, Deutsche Bank, HSBC, ING, Santander, UBS, UniCredit

Dirty Profits #9

46 Mrd. €

22 Unternehmen, 2018–2022

 **31 Mrd. €**
(Finanzierung)


 **15 Mrd. €**
(Investitionen)




Finanzinstitutionen
Allianz, Alte Leipziger, Axa, apoBank, Bank Mandiri, Bank Negara, BayernLB, Commerzbank, DekaBank, Deutsche Bank, DZ Bank, ING, LBBW, Stadtsparkasse Düsseldorf, UniCredit, Zurich

Dirty Profits #10

991 Mrd. €

98 Unternehmen, 2013–2023

    **508 Mrd. €**
(Finanzierung)

   **483 Mrd. €**
(Investitionen)

Finanzinstitutionen
Allianz, Alte Leipziger, apoBank, Argenta, Axa, Barclays, Bank Mandiri, Bank Negara, BayernLB, Belfius Bank, BBVA, BlackRock, BNP Paribas, Commerzbank, Crédit Agricole, Credit Suisse, DekaBank, Deutsche Bank, DZ Bank, HSBC, ING, Julius Bär, KBC, KfW, LBBW, Legal & General, Lloyds Bank, MunichRe, PKO Bank Polski, Prudential, Rabobank, Santander, Société Générale, Stadtsparkasse Düsseldorf, State Street Global Advisors, Swiss Re, UBS, UniCredit, Vanguard, Zurich

Alle Zahlen gerundet.
Finanzierungen jeweils für die oben angegebene Zeitspanne.
Investitionen jeweils für das Jahr der Erhebung.

Zusammenfassung

In den vergangenen zehn Jahren haben 145 Autorinnen und Autoren aus 28 Ländern in der Dirty Profits-Publikationsreihe über **102 Unternehmen** berichtet, die mehr Treibhausgase ausstoßen als ganze Länder, die für die Ausbeutung von Rohstoffen Menschen vertreiben und Lebensräume vergiften oder die statt des versprochenen Wohlstands Krankheit, Gewalt und Zerstörung brachten. Die Verantwortung für zurückliegende und andauernde Missstände allein bei diesen Unternehmen zu suchen, übersieht jedoch die Rolle von Finanzinstitutionen. Denn es sind auch Banken, die korrupte Bergbaukonzerne immer wieder finanzieren, Vermögensverwalter, die Fonds mit fossilen Energiekonzernen der schnellen Rendite wegen vertreiben oder Lebensversicherungen, deren Anlagestrategien Investitionen in Rüstungsunternehmen gestatten, die im verheerenden Jemen-Konflikt auf Kosten der Zivilgesellschaft Profite machen. Finanzinstitutionen tragen sowohl aktiv als auch durch Untätigkeit zu beispiellosem Leid in der Welt bei. Aus diesem Grund untersuchen wir in der Dirty Profits-Berichtsreihe die hinter diesen Unternehmen stehenden Geldhäuser.

Zwischen 2012 und 2022 haben wir in neun Dirty Profits-Ausgaben die Finanzbeziehungen von **40 Finanzinstitutionen** untersucht. Die zehnte Jubiläumsausgabe nimmt die Entwicklung der Finanzbeziehungen zwischen 2013 und 2023 unter die Lupe und widmet sich den folgenden Fragen:

- ▶ Haben die untersuchten Finanzinstitutionen als Reaktion auf die Vorwürfe ihr Finanzierungs- und Investitionsverhalten verändert? Oder finanzieren und investieren dieselben Finanzdienstleister unverändert in dieselben Unternehmen?
- ▶ Haben die untersuchten Unternehmen die kritisierten Missstände in den Bereichen Ökologie, Soziales und Unternehmensführung behoben?

Ergebnisse

Unternehmen

- ▶ Bei der Mehrheit der Unternehmen bestehen frühere Kontroversen in den Bereichen Ökologie, Soziales und Unternehmensführung fort und sind nicht beigelegt worden. In einigen Fällen sind neue Missstände hinzugekommen.
- ▶ Bei vielen Unternehmen, insbesondere im Rüstungs-, Energie- und Bergbausektor, sind kaum Verbesserungen erkennbar. Rüstungskonzerne exportieren weiterhin Waffen in Kriegs- und Krisengebiete wie den Jemen, Bergbaukonzerne wirtschaften nach wie vor auf Kosten von Mensch und Umwelt und fossile Energiekonzerne expandieren weiter in Öl, Gas und Kohle, statt auf erneuerbare Energien umzusteigen.
- ▶ Unternehmen aus Branchen wie der Konsumgüterindustrie können zwar Verbesserungen verbuchen, z.B. bei der Transparenz, doch allzu oft werden dadurch Menschen- und Arbeitsrechtsverletzungen, z.B. in den Lieferketten von Textilunternehmen, nicht

vollständig beseitigt. Auch Greenwashing ist ein verbreitetes Problem. Es verschleiert, dass viele Transformationen, z.B. in der Kunststoffindustrie, nicht mit genug Nachdruck angegangen werden.

Fazit: Es gibt Verbesserungen. So hat der südkoreanische Rüstungskonzern Hanwha die Produktion von Streumunition eingestellt (profitiert aber über Umwege weiterhin davon, siehe S. 40), usbekische Baumwolle gilt seit einiger Zeit als weitgehend frei von Kinderarbeit und in Indien wehrte sich die Landbevölkerung erfolgreich gegen die unkontrollierte Wasserentnahme durch Coca-Cola, so dass Abfüllanlagen geschlossen und neue nicht in Betrieb genommen werden konnten (siehe ab S. 62). Meist handelt es sich jedoch um Einzelfälle. Für die überwiegende Mehrheit der seit 2012 untersuchten Unternehmen bleibt festzuhalten: Die Verbesserungen kommen entweder zu langsam voran oder werden nicht so umgesetzt, dass die zugrundeliegenden Menschenrechts- und Umweltverletzungen nachhaltig behoben werden.

Finanzinstitutionen: Finanzierungen

Die Bereitstellung frischen Kapitals erfolgte in Form von Beteiligung an Krediten sowie der Begebung neuer Aktien und neuer Anleihen. Die Finanzierung eines Unternehmens gilt als die stärkste Form der Unterstützung wirtschaftlicher Aktivitäten, da diese direkt die Finanzmittel der Unternehmen erhöht und oft erst die Umsetzung ausbeuterischer Geschäftsmodelle ermöglicht.

- ▶ Zwischen 2013 und 2023 finanzierten 18 Banken 77 der 85 Unternehmen weiter, für die in früheren Dirty Profits-Ausgaben Finanzierungen gefunden wurden – insgesamt mit **507,9 Mrd. €**. Der Löwenanteil entfiel mit 104,7 Mrd. € auf die HSBC, obwohl sie nur in fünf Ausgaben untersucht wurde. An zweiter Stelle folgt mit 102,6 Mrd. € die Deutsche Bank, die in jeder der neun Ausgaben betrachtet wurde. Es drängt sich geradezu die Frage auf, wie viel in Sachen Energiewende & Co. hätte erreicht werden können, wenn ein signifikanter Teil dieser halben Billion Euro statt in Kohle, Öl oder Gas in regenerative Energien und Kreislaufwirtschaftsunternehmen geflossen wäre?
- ▶ Im verkürzten Untersuchungsjahr 2023 haben bereits mehr als die Hälfte der Unternehmen – 44 von 85 – Finanzierungen in Höhe von insgesamt 37,4 Mrd. € erhalten. Unter ihnen BP, das Anfang dieses Jahres seine Klimaziele kassiert hat, Rio Tinto, dessen Ilmenit-Mine in Madagaskar die Gewässer so stark verschmutzte, dass im vergangenen Jahr ein Fischereiverbot verhängt werden musste, oder Ineos, dessen Großprojekt eines Ethanol-Crackers zur Kunststoffproduktion in Antwerpen sich nun nach dem Entzug der Umweltgenehmigung als *stranded asset* für Banken erweisen könnte. In den letzten anderthalb Jahren seit 2022 erhielten 59 der 85 Unternehmen Finanzierungen in Höhe von fast 102 Mrd. €, was 20% der gesamten Finanzierungssumme der untersuchten zehn Jahre entspricht. Darunter ist auch TotalEnergies, dessen Pläne für die längste beheizte Pipeline der Welt in Ostafrika völlig aus der Zeit gefallen sind (siehe S. 91f.).

- ▶ Die UBS erweist sich als Vorreiterin, wenn es um Schnelligkeit geht. Die Schweizer Bank reagierte in fast der Hälfte der Fälle (48%) innerhalb eines Untersuchungsjahres und nahm nach Kritik an Unternehmen in Dirty Profits-Ausgaben keine Folgefinanzierungen mehr vor. Auch die ING und die UniCredit sowie die von der UBS übernommene Credit Suisse reagierten in circa einem Drittel der Fälle innerhalb eines Untersuchungsjahres. Bei diesen Banken wurden zwischen 24 und 39 Unternehmen auf Folgefinanzierungen untersucht.
- ▶ Bei der Belfius Bank, der BayernLB, der Stadtparkasse Düsseldorf und der LBBW gab es überhaupt keine Anschlussfinanzierungen. Ähnlich wie bei der KBC (40%), der BBVA (40%) und der DZ Bank (33%) ist dies zwar positiv, aber aufgrund der geringen Fallzahl und/oder des kurzen Untersuchungszeitraums nur bedingt aussagekräftig.
- ▶ Auf der anderen Seite des Spektrums stehen die HSBC, die Deutsche Bank und die BNP Paribas, die bei einer höheren Fallzahl über 87% der Unternehmen auch in Folgejahren Finanzierungen gewährten – im Bewusstsein der sozialen und ökologischen Missstände in diesen Unternehmen. Auch wenn man den Banken zugute halten kann, dass es neben dem sofortigen Finanzierungsstopp noch weitere Handlungsoptionen gibt (z.B. Engagement), so ist die Anzahl der Folgefinanzierungen angesichts der Schwere der Missstände in einigen Unternehmen doch kritisch zu sehen.
- ▶ Diese Unternehmen haben mindestens eine Bank direkt im Folgejahr der Untersuchung in einer Dirty Profits-Ausgabe dauerhaft als Finanzgeber verloren: Airbus, Alibaba, Andritz, Anglo American, Arch Resources, BAE Systems, Barrick Gold, BASF, Bayer, BHP Group, Bumitama Agri, Cargill, Chevron, Coca-Cola, Drummond, Eni, Eurasian Resources, ExxonMobil, Foxconn, Freeport-McMoran, Gazprom, GlaxoSmithKline, Glencore, Golden Agri-Resources, Grupo México, Heidelberg Materials, Hyundai, Jindal Steel & Power, Leonardo, Lockheed Martin, Nestlé, Newmont Mining, Norilsk Nickel, Northrop Grumman, Occidental Petroleum, Orano, Rheinmetall, Rio Tinto, Samsung, Saudi Aramco, Syngenta, Textron, thyssenkrupp, TotalEnergies, Vale, Vattenfall, Vedanta Resources, Viatrix, Walmart, Wilmar.
- ▶ Die UBS, Vorreiterin bei den Finanzierungen, ist Schlusslicht bei der absoluten Höhe der Investitionen. Sie hält 33,8 Mrd. € in 60 von 63 Unternehmen, in die sie bereits in früheren Dirty Profits-Ausgaben investiert war. Schlusslicht ist wiederum die Deutsche Bank, wenn es um den Anteil ihrer Investitionen in kritisierte Unternehmen geht: Sie hält noch immer Aktien oder Anleihen an 91 von 93 Unternehmen, in die sie bereits in früheren Dirty Profits-Ausgaben investiert war. Damit hat sie sich von gerade einmal 2% der Unternehmen getrennt und hält noch heute Anteile an Unternehmen, deren Menschenrechts- und Klimabilanz ernüchternd ist.
- ▶ Ein interessanter Vergleich lässt sich zwischen der Deutschen Bank und der BNP Paribas anstellen, den beiden Banken, die in den Dirty Profits-Ausgaben am häufigsten untersucht wurden. Während sich beide Banken in ihren Finanzierungsaktivitäten ähneln, zeigt sich bei ihren Investitionen ein zweigeteiltes Bild: Die BNP Paribas ist nicht nur in 15% der Unternehmen nicht mehr investiert, sie investiert auch meist deutlich geringere Summen als die Deutsche Bank. So hält die BNP Paribas 8,6 Mrd. € in 70 der 82 Unternehmen, die Deutsche Bank aber mehr als das Dreifache, nämlich 29,6 Mrd. € in 91 der 93 untersuchten Unternehmen.
- ▶ Die UniCredit zeigt hingegen, dass es auch anders geht. Sie ist mit 258 Mio. € in nur noch 13 von 48 Unternehmen investiert, die im Zusammenhang mit dem italienischen Geldhaus in früheren Dirty Profits-Ausgaben untersucht wurden. Von 73% der Unternehmen, hat sie sich zum Zeitpunkt der Recherche getrennt. Damit gibt sie als eine der größten europäischen Banken ein positives Beispiel in Richtung nachhaltiger Transformation des Anlageverhaltens ab.
- ▶ Mehr als 70% der Unternehmen haben mindestens einen der untersuchten Investoren verloren, in vielen Fällen sogar mehrere.
- ▶ Einige Unternehmen weisen einen zunehmenden Investorenexodus auf, darunter Lockheed Martin (8), Rheinmetall (8), Samsung (8), Coal India (9), Glencore (10), Vedanta Resources (10) und Gazprom (18). Angesichts der aktuellen kriegerischen Auseinandersetzungen könnte sich die Situation für Rüstungsunternehmen jedoch auch wieder ändern.

Fazit: Mehr als eine halbe Billion Euro sind in den letzten zehn Jahren in einen beträchtlichen Teil der Unternehmen geflossen. Auf Shell entfielen fast 50 Mrd. €, auf Glencore und Nestlé jeweils um die 35 Mrd. €. Es sind also vor allem Konzerne mit besonders schädlichen Geschäftsmodellen, die sehr viel Geld erhalten haben. Demgegenüber stehen ihrerseits Großbanken wie die britische HSBC, die Deutsche Bank und die französische BNP Paribas, die zusammen für knapp 60% der gesamten Finanzierungssumme verantwortlich sind. Es sind Banken mit Zehntausenden von Beschäftigten und Milliardenumsätzen, denen es trotz ihrer Größe und Ressourcen nicht gelingt, die Finanzierungen zu zweifelhaften Unternehmen in einem vertretbaren Zeitrahmen einzustellen.

Finanzinstitutionen: Investitionen

- ▶ Im Juli/August 2023 sind 35 der Banken, Vermögensverwaltungen und Lebensversicherer in Form von gehaltenen Aktien und Anleihen mit 483,3 Mrd. € in 96 von 98 Unternehmen investiert. Allerdings ist die Summe durch die drei Vermögensverwalter BlackRock, Vanguard und State Street aufgebläht – die drei Fondsgesellschaften, die wir in früheren Dirty Profits-Ausgaben öfter untersuchten, investieren schlicht in anderen Maßstäben. Rechnet man diese drei heraus, schrumpft die Summe auf **135,7 Mrd. €**.

Fazit: Trotz der größeren Anzahl von Finanzinstitutionen und mit Ausnahme der drei US-amerikanischen Fondsgesellschaften BlackRock, Vanguard und State Street, ist die Summe der Investitionen in Form von gehaltenen Aktien und Anleihen geringer als die der Finanzierungen. Tatsächlich haben einige Investoren ihr Verhalten geändert und sind heute nicht mehr in Unternehmen investiert, die besonders schädlich für Umwelt, Klima und Menschenrechte sind. Es bleiben aber auch die Gegenbeispiele: Keiner der untersuchten Finanzdienstleister trennte sich beispielsweise vom fossilen Energiekonzern ExxonMobil, der seit Jahren wegen der Verbreitung von Fake News zum Klimawandel in der Kritik steht und zu den weltweit größten Emittenten von Treibhausgasen zählt. Banken verweisen in diesem Zusammenhang gerne auf ihre Möglichkeiten als aktive Aktionäre, z.B. durch Abstimmungen auf Hauptversammlungen oder durch Unternehmensdialoge (sogenanntes *Engagement*). Ob Engagementprozesse tatsächlich einen nachhaltigen Einfluss auf das Verhalten eines Unternehmens haben, kann zumindest im Hinblick auf ExxonMobil verneint werden. Als Ausrede, immer weiter in Unternehmen zu investieren, darf es jedoch in keinem Fall dienen (siehe ab S. 82).

Empfehlungen für Finanzinstitute

RICHTLINIEN

Die umfassenden Finanzbeziehungen zu Unternehmen, die Menschenrechte verletzt, die Umwelt verschmutzt und zur Klimaerwärmung beigetragen haben, sind Ausdruck unzureichender Finanzierungs- und Investitionsrichtlinien der Finanzinstitutionen. Auch wenn sich die Richtlinien im Laufe der Zeit verbessert haben, bei einigen Finanzdienstleistern mehr, bei anderen weniger, bestehen auch heute noch Finanzbeziehungen zu Unternehmen, die keine nennenswerten Fortschritte bei der Beseitigung der von ihnen verursachten Missstände gemacht haben. Der Veränderungsdruck auf Banken, Vermögensverwaltungen und Lebensversicherer ist nicht hoch genug. Nach (mehr als) zehn Jahren müssen die Finanzinstitute ihrer Verantwortung nachkommen und eine konsequente Null-Toleranz-Politik in Bezug auf Normenverstöße verfolgen. **Daher fordert Facing Finance:**

- ▶ Harmonisierung der Finanzierungs- und Investitionsrichtlinien: Unternehmen, die aufgrund von Verstößen gegen Sozial- und Umweltstandards von der Finanzierung ausgeschlossen sind, sollten auch von Investitionen ausgeschlossen werden, um die Konsistenz und Integrität der ESG-Strategie des Finanzinstituts zu gewährleisten und das Risiko von ESG-bedingten Schäden im Portfolio zu minimieren.
- ▶ Beschleunigte (Weiter-)Entwicklung und Umsetzung von Richtlinien, die sicherstellen, dass *alle* Sektoren, in denen das Finanzinstitut Finanzierungen oder Investitionen tätigt, vollständig von den Richtlinien hinsichtlich sozialer, ökologischer, klimatischer und Governance-bezogener Aspekte erfasst sind, darunter:
 - Null-Toleranz-Politik bei systematischen und schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen
 - Null-Toleranz-Politik bei systematischer und schwerwiegender Umweltverschmutzung
 - Null-Toleranz-Politik bei systematischer und schwerwiegender Korruption
 - Null-Toleranz-Politik gegenüber Treibhausgasemittenten mit unzureichenden kurzfristigen Reduktionszielen sowie gegenüber Öl-, Gas- und Kohlekonzernen mit fossilen Expansionsplänen und wo erneuerbare Energien die fossile Infrastruktur nicht ersetzen, sondern lediglich ergänzen.

DUE DILIGENCE

Finanzinstitute müssen sowohl bestehende als auch potenzielle neue Finanzbeziehungen mit Unternehmen regelmäßig und sorgfältig überprüfen, und zwar sowohl im Hinblick auf die gesamte Unternehmensgruppe als auch auf die Wertschöpfungs- und Lieferketten. Ein solches Screening soll Unternehmen identifizieren, die von Banken, Vermögensverwaltern und Lebensversicherern festgelegte Kriterien und Ziele nicht erfüllen und den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte sowie den Pariser Klimazielen zuwiderlaufen.

Für eine Due-Diligence-Prüfung sollten Finanzdienstleister alle ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen nutzen. Neben Informationen von den Unternehmen selbst sowie von Research- und Ratingagenturen sollten Banken, Fondsgesellschaften und Lebensversicherer für ihre Risikobewertung auch auf Informationen von lokalen und internationalen zivilgesellschaftlichen Organisationen, Gewerkschaften, Expert*innen, Gerichten und Medien zurückgreifen. Der direkte Austausch mit betroffenen Interessengruppen sollte ein zentrales Element der internen Unternehmenspolitik von Finanzinstitutionen werden, wenn Unternehmensinformationen nicht mit Medien- oder NGO-Berichten übereinstimmen oder wenn es darum geht, neue fossile Infrastruktur, Minen u.ä. zu bauen, zu erweitern oder zu modernisieren.

Unternehmen, die wiederholt Menschen- und Umweltrechte verletzen, ihre Versprechen nicht einhalten oder ihre Ziele verändern und abschwächen, sollten einer verstärkten Beobachtung unterliegen. Jede Unregelmäßigkeit, die während des Prüfprozesses aufgedeckt wird, sollte innerhalb eines begrenzten Zeitrahmens eine vertraglich vordefinierte Maßnahme nach sich ziehen. In Fällen, in denen die Missstände und Unregelmäßigkeiten nicht behoben werden und in besonders schwerwiegenden Fällen sollten die finanziellen Beziehungen abgebrochen werden.

ENGAGEMENT

Erfüllen Unternehmen die von Finanzinstitutionen geforderten Kriterien nicht oder nur unzureichend, sollte umgehend ein transparenter Engagementprozess eingeleitet werden. Um bestmögliche Ergebnisse zu erzielen, sollten die Banken, Vermögensverwaltungen und Lebensversicherer im Rahmen eines solchen Dialogs auch externe Stakeholder konsultieren. Allianzen mit anderen Investoren und Konsortialmitgliedern sind sinnvoll, um einen größeren Einfluss auszuüben.

Engagement ist kein Selbstzweck. Es darf auf keinen Fall zum Vorwand werden, weiterhin Unternehmen zu finanzieren oder in sie zu investieren, obwohl sie soziale und ökologische Standards verletzen. Das Engagement sollte in einem begrenzten, vordefinierten Zeitfenster stattfinden. Finanzinstitutionen sollten ihre Erwartungen klar kommunizieren und die Bedingungen für die Fortsetzung der Finanzbeziehung formalisieren. Ziele, Maßnahmen und Konsequenzen bei Nichterfüllung sollten in einem Aktionsplan verbindlich festgelegt und regelmäßig überprüft werden. Insbesondere wenn kurzfristige Ziele, z.B. zur Reduktion von Treibhausgasemissionen oder des Kunststoffverbrauchs nicht erreicht werden, sollten Banken die Erfolgsaussichten



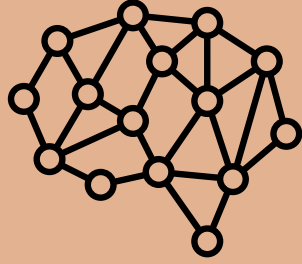
des Engagements überprüfen und einem möglichen Greenwashing der Unternehmen vorbeugen. Zumindest sollten die Finanzinstitute auf eine öffentliche Dokumentation bestehen, die das Unternehmen, das Thema, den Zeitrahmen und den Erfolg – oder das Scheitern – des Dialogprozesses festhält. Sie sollten darüber hinaus von den Unternehmen verlangen, dass diese ihrerseits die Ziele, die sie sich gesetzt haben, und die Maßnahmen, die sie ergreifen wollen, veröffentlichen.

AKTIVE STIMMRECHTSAUSÜBUNG

Die aktive Stimmrechtsausübung ist ein wichtiges Instrument, das von institutionellen Investoren, Banken und Kapitalverwaltungsgesellschaften eingesetzt werden kann, um verbindliche soziale und ökologische Maßnahmen in Unternehmen durchzusetzen. Allerdings wird dieses Instrument noch viel zu selten genutzt. Derzeit stimmen die führenden institutionellen Investoren auf Hauptversammlungen meist gegen Anträge, die mehr Transparenz, soziale Belange oder Umweltschutz fordern. Würden sie diesen Trend umkehren und für die meisten dieser Anträge stimmen, könnten sie zu einer erheblichen Verbesserung der Geschäftspraktiken von Unternehmen beitragen. Auch abgelehnte Aktionärsanträge können Unternehmen für wichtige Menschenrechts- oder Umweltfragen sensibilisieren. Investoren, denen eine sozial und ökologisch gerechte Welt und die Rolle, die ihre Investitionen dabei spielen, ein Anliegen ist, sollten alle verfügbaren Instrumente nutzen und aktives Abstimmungsverhalten zu einem zentralen Bestandteil ihrer Interaktion mit Unternehmen machen.

VERÄUßERUNGEN

Verstoßen Unternehmen gegen harte Ausschlusskriterien, sind die Finanzbeziehungen mit Verweis auf inakzeptable Geschäftsmodelle schnellstmöglich zu beenden. Erfüllt ein Unternehmen die im Rahmen eines Engagementprozesses definierten Ziele nicht innerhalb des vorgegebenen Zeitraums (z.B. drei Jahre), sollten Finanzinstitute als letztes Mittel die Geschäftsbeziehung beenden. Um öffentlichen Druck auf das betroffene und auf ebenfalls umstrittene Unternehmen sowie auf andere Investoren und Kreditgeber auszuüben, sollten wirksam gewordene Ausschlüsse unter Angabe der Gründe veröffentlicht werden.



63
PARTNER-
ORGANISATIONEN



10
FÖRDERER

11 Jahre
10 Berichte



28
LÄNDER



83
UNTERSTÜTZER

EINZELPERSONEN,
ORGANISATIONEN



145
AUTOR*INNEN



3
SPRACHEN

Profite für die Eigentümer, Kosten für die Allgemeinheit

Kollabierende Ökosysteme, vergiftete Böden und Gewässer, ermordete Aktivistinnen oder wegen laxer Sicherheitsvorkehrungen getötete Arbeiter, schwere Korruption oder ein Treibhausgasausstoß, der den mancher Staaten übersteigt – was nach Einzelfällen unternehmerischen Fehlverhaltens klingt, ist auch zehn Jahre nach Erscheinen der ersten Dirty Profits-Ausgabe traurige Realität. Rund 170 derartige Fälle haben die 145 Autorinnen und Autoren der von Facing Finance herausgegebenen Berichtsreihe seit 2012 dokumentiert und mit europäischen Finanzinstituten in Verbindung gebracht.

Unter den 100 größten „Volkswirtschaften“ der Welt befanden sich 2017 nicht weniger als 69 Unternehmen. Nur 31 waren Staaten (Global Justice Now 2018). Während Regierungen sich nicht zuletzt dadurch legitimieren, das Zusammenleben der Bürger*innen zu regeln und dem Gemeinwohl verpflichtet zu sein, haben Unternehmen primär die Gewinnmaximierung zum Ziel. Hinter diese Logik treten der Schutz der Arbeiter*innen oder der von der Unternehmenstätigkeit Betroffenen, die Bewahrung eines intakten Klimas oder der Umwelt häufig zurück.

Der Dirty Profits-Bericht kritisiert die sozialen und ökologischen Auswirkungen rein profitorientierter Geschäftspraktiken – für Unternehmen und Finanzinstitute gleichermaßen. Denn es sind nicht nur Bergbau- oder Rüstungskonzerne, die mit internationalen Normen und Standards brechen. Banken und Versicherungen investieren wesentlich in ausbeuterische Strukturen oder finanzieren im Fall der Banken aktiv deren Verursacher. Als Lebensader des Geld- und Wirtschaftskreislaufs kommt dem Finanzmarkt eine hohe Verantwortung und Lenkungsfunction zu. Bisher werden nur wenige Banken, Investoren oder Lebensversicherungen ihrer transformierenden Rolle gerecht. So erhalten vielfach kritisierte Unternehmen immer wieder neue Kredite und andere Finanzdienstleistungen. Finanzdienstleister müssen sich bewusst machen, dass sie mit ihren heutigen Finanzierungs- und Investitionsentscheidungen das Schicksal künftiger Generationen maßgeblich beeinflussen. **Politisches Handeln ist notwendig, um den schädlichen Kreislauf der Internalisierung von Gewinnen und der Externalisierung von z.B. Umwelt- und Gesundheitskosten an die Allgemeinheit zu durchbrechen.**

Zu berücksichtigen sind auch die Investoren und Banken selbst: Die Auslagerung von Kosten und Privatisierung von Gewinnen hat zwar auch ihnen in der Vergangenheit hohe Renditen beschert, doch langfristig sind sie ebenfalls den externalisierten Kosten ausgesetzt. Versicherungsunternehmen sind beispielsweise in besonderer Weise von den Risiken des Klimawandels betroffen. Versichern oder investieren sie in fossile Unternehmen, verursachen sie zukünftige klimabedingte Schadensauszahlungen. Denn die durch die Erderwärmung verursachte und insbesondere durch Öl-, Gas- und Kohlekonzerne angeheizte Zunahme extremer Wetterereignisse führt vermehrt zu Ernteausfällen oder schweren Infrastrukturschäden durch Überschwemmungen oder Dürren. Banken wiederum könnten von Kreditausfällen oder sogenannten *stranded assets* – also Vermögenswerte, die zwar noch in den Bilanzen stehen, aber nicht mehr zu Geld gemacht werden können – betroffen sein, wenn finanzierte Unternehmen die Transformation nicht mitgehen oder zu lange an überkommenen Geschäftsfeldern festhalten. Umweltkosten belasten schließlich auch den Cashflow von Unternehmen und können sich somit negativ auf die Dividenden von Anlegern auswirken (Mnatsakanian/Watson 2011, 4). Die Abhängigkeit von einer intakten Umwelt ist allen institutionellen Finanzmarktakteuren gemeinsam.

Die von Unternehmen externalisierten Kosten werden indes bereits im Hier und Jetzt getragen. Das zeigen die vorangegangenen Dirty Profits-Ausgaben deutlich. Erhält eine Teeplückerin keinen existenzsichernden Lohn oder werden auf den Plantagen Pestizide ungeschützt eingesetzt, droht der Familie Armut und Krankheit. Mangelernährung, Kinderarbeit oder Gesundheitskosten können die Folge sein. Auch über das Einzelschicksal hinaus entstehen Kosten für die Gesamtgesellschaft. Bildungsausfälle etwa zementieren bestehende Ungleichheiten und wirken sich negativ auf die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes aus. Oder investieren Bergbauunternehmen nicht in die Sicherheit ihrer Dämme und Gruben, so sind es insbesondere die Menschen vor Ort die für Wiederaufbau oder Aufräumarbeiten aufkommen müssen. Neben den Umweltkosten, die z.B. beim Abbau von Kohle, bei der Förderung von Öl und Gas oder bei der Abholzung von Regenwäldern entstehen, externalisieren Unternehmen ihre Klimakosten. Diese sind nicht regional begrenzt, sondern global spürbar. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass unter den Klimafolgen vor allem die Menschen im Globalen Süden leiden (werden), die sich nicht in gleichem Maße schützen können wie westliche Länder. Zudem werden vergangene und heutige Kosten auf zukünftige Generationen externalisiert.

Externalisierung von Kosten durch Unternehmen

SOZIALE KOSTEN

(individuell)

z.B. durch Vertreibung, verunreinigte Agrarflächen, Behandlungskosten oder Wiederaufbaukosten, Aufräumarbeiten, Folgekosten entgangener Bildung

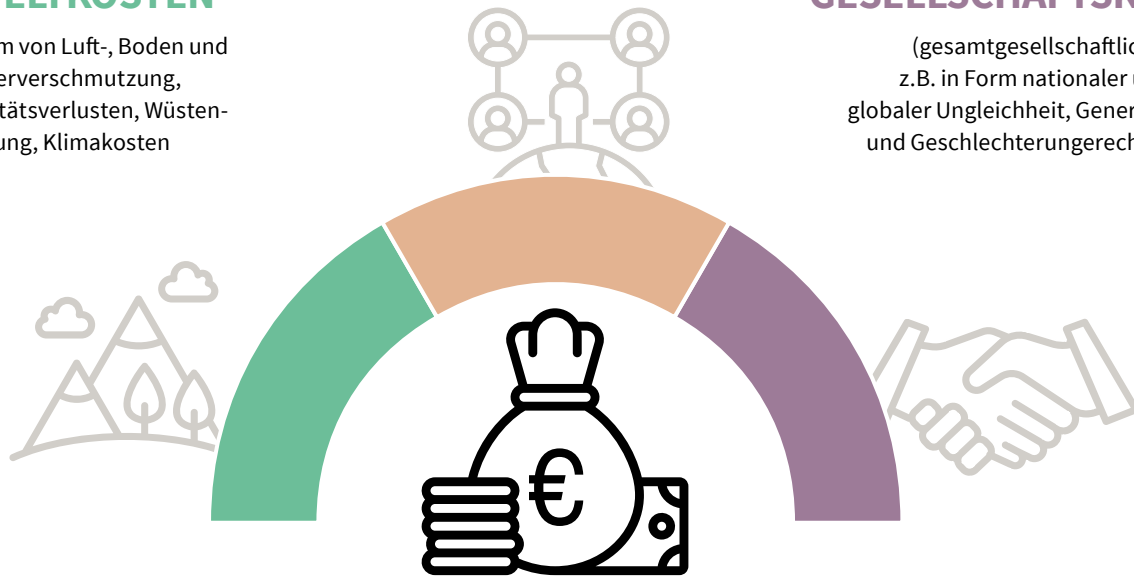
UMWELTKOSTEN

z.B. in Form von Luft-, Boden und Wasserverschmutzung, Biodiversitätsverlusten, Wüstenbildung, Klimakosten

GESELLSCHAFTSKOSTEN

(gesamtgesellschaftlich)

z.B. in Form nationaler und globaler Ungleichheit, Generationen- und Geschlechterungerechtigkeit



UNTERNEHMENSGEWINN

nach Abzug der direkten Kosten (z.B. für Personal, Betrieb oder Beschaffung)

Theory of Change

Die Dirty Profits-Publikationen sind nicht nur eine Dokumentation von Missständen. Sie sind ein Werkzeug, um Themen aufzubereiten und Perspektiven insbesondere aus dem Globalen Süden aufzuzeigen, Dialoge anzuregen und Abhilfen aufzuzeigen. Sie dienen damit einerseits Betroffenen und ihren Unterstützern. Andererseits sind sie Wegbereiter im Umgang mit Finanzinstituten, insbesondere Banken, der wichtigsten Zielgruppe der Berichtsreihe.

Banken sind der von Facing Finance identifizierte Hebel, um schädliche Verhaltensmuster an den Schaltstellen von Unternehmen zu überwinden. Denn ob Kunststoffkonzern mit schädlicher Umweltbilanz oder ausbeuterische Textilmarke – allen Unternehmen der Realwirtschaft ist gemein, dass sie auf die Bereitstellung von Finanzmitteln durch Banken angewiesen sind. Eine Verschärfung der Investitions- und Finanzierungsbedingungen bewirkt nicht nur eine Abkehr von Geschäftsmodellen zu Lasten von Menschen, Umwelt oder Klima, sondern beschleunigt auch die Transformation hin zu einem zukunftsfähigen Wirtschaftssystem innerhalb der planetaren und sozialen Belastungsgrenzen.

Der von Facing Finance gewählte Ansatz folgt einem Wirkungsmodell in sechs Schritten und drei Phasen (siehe folgende Seite). Facing Finance initiiert mit dem Dirty Profits-Report strukturelle Veränderungen.

PHASE 1
Erstellung und Verbreitung
des Dirty Profits-Berichtes

Schritt 1: Definition von Handlungsfeldern

Für jede Ausgabe des Dirty Profits-Berichtes wird ein Thema festgelegt, bei dem Handlungsbedarf seitens der Banken besteht. Dies kann ein Sektor, z.B. Bergbau oder die Plastikbranche, oder ein Querschnittsthema (z.B. Menschenrechtsverletzungen) sein. Zentral ist die Feststellung einer Verletzung internationaler Normen und Standards.

Schritt 2: Recherche

In jeder Branche gibt es Unterschiede in Form von Vorreitern und Nachzüglern. Für die Dirty Profits-Berichte werden jene Unternehmen ausgewählt, die von Partnerorganisationen aus dem Globalen Süden vorgeschlagen werden oder die allgemein als besonders kritisch einzustufen sind. Auch die Verfügbarkeit von Finanzdaten spielt eine Rolle. Aus diesem Grund finden meist börsennotierte Unternehmen mit größeren Offenlegungspflichtigen Eingang in die Recherche.

Schritt 3: Forderungen

Die Ergebnisse der Recherche werden mit Banken geteilt und ein Dialog initiiert. Auch für Unternehmen besteht die Möglichkeit, Stellung zu nehmen. Die Veröffentlichung des Reports verstärkt den öffentlichen Druck, ist aber auch Informationsbasis für zahlreiche weitere Akteure.

PHASE 2
Verhaltensänderungen

Schritt 4: Veränderte Investitions- und Finanzierungspraxis

Ziel der Veröffentlichung eines Dirty Profits-Berichtes ist ein bankenseitiges Umdenken. Während im Einzelfall Mittelabflüsse aus besonders kontroversen Unternehmen das Ziel sein können, zielt der Dirty Profits-Bericht auf eine grundsätzlichere Verschärfung der Finanzierungs- und Investitionsrichtlinien in bestimmten Sektoren, um die Realisierung ausbeuterischer Geschäftsmodelle künftig einzudämmen. Darüber hinaus kann auch ein kritischer, zeitlich begrenzter Unternehmensdialog oder eine aktive Abstimmungspolitik auf den Hauptversammlungen von kontroversen Unternehmen ein Baustein sein.

Schritt 5: Verhaltensänderung der Unternehmen

Pocht eine kritische Masse von Finanzinstitutionen auf die konsequente Einhaltung von sozialen, ökologischen und die Unternehmensführung betreffende ESG-Kriterien, ist eine Verhaltensänderung auf Unternehmensseite erwartbar. Unternehmen beziehen ehemals externalisierte Kosten von Beginn an in ihre Modelle ein und reichen diese nicht mehr weiter.

PHASE 3
Verbesserung der Lebensrealitäten

Schritt 6: Wandel

Ultimatives Ziel ist eine Verbesserung der Lebenswirklichkeiten ehemals durch schädliche Geschäftsmodelle betroffener Personen und Gemeinden, sowie die Vermeidung zukünftiger Kontroversen. Dies kann je nach Einzelfall ganz unterschiedlich aussehen – von der Beendigung einer bestimmten schädlichen wirtschaftlichen Aktivität bis hin zur Entschädigung oder Wiederherstellung betroffener Ökosysteme.

VERÄNDERTE INVESTITIONS- UND FINANZIERUNGSPRAXIS

Finanzinstitute verschärfen Richtlinien, schließen besonders kontroverse Unternehmen/Branchen aus, treten in kritische Dialoge mit Unternehmen (Engagement), nutzen ihre Rechte als Aktionäre.

WANDEL

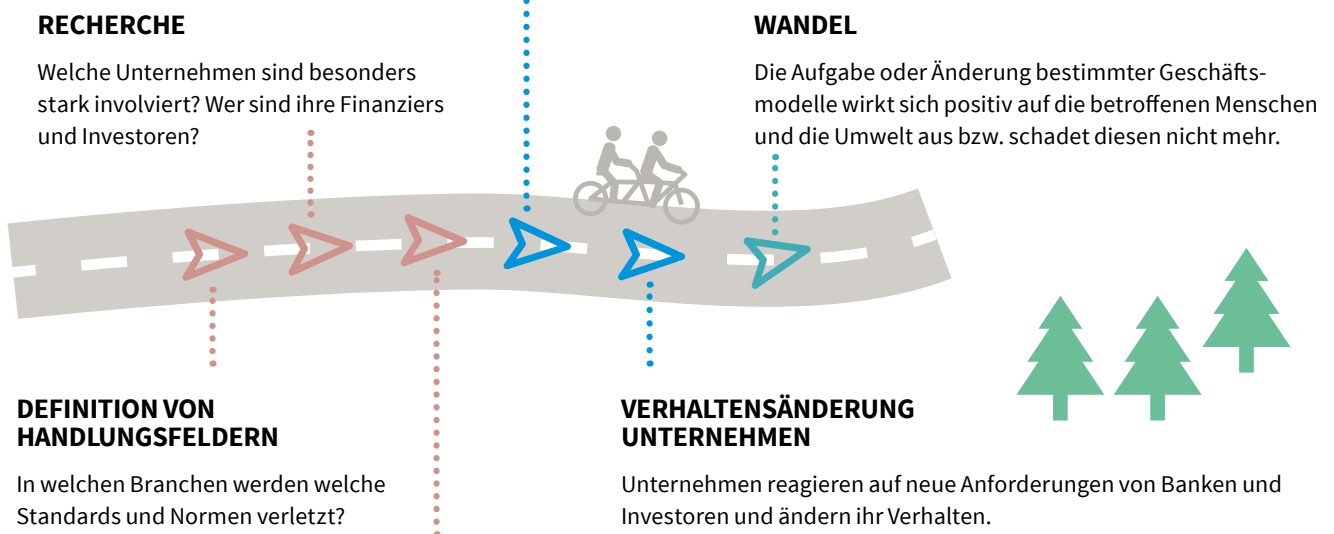
Die Aufgabe oder Änderung bestimmter Geschäftsmodelle wirkt sich positiv auf die betroffenen Menschen und die Umwelt aus bzw. schadet diesen nicht mehr.

VERHALTENSÄNDERUNG UNTERNEHMEN

Unternehmen reagieren auf neue Anforderungen von Banken und Investoren und ändern ihr Verhalten.

FORDERUNGEN

Konfrontation von Finanzinstituten (und Unternehmen) mit Ergebnissen und Forderungen.



Methodik

Die Dirty Profits-Publikationsreihe ist ein Praxischeck mit stets gleichbleibenden Fragestellungen: Welche Unternehmen oder Sektoren verletzen Menschenrechte, verschmutzen die Umwelt oder schädigen das Klima? Und welche Banken und Investoren finanzieren bzw. investieren in soziales oder ökologisches Fehlverhalten? Auf diese Weise versucht Facing Finance, den Geldkreislauf zwischen finanzierendem Institut und verursachendem Unternehmen transparent zu machen, Verantwortung offenzulegen und Rechenschaft einzufordern, sowie Impulse für Verbesserungen zu geben. Wichtig ist uns zudem: Den Betroffenen eine Stimme und Zugang zu relevanten Finanzakteuren zu geben. In der Jubiläumsausgabe richten wir den Blick in die Vergangenheit. Wir wollen wissen: Was hat sich in den letzten zehn Jahren getan? Zu diesem Zweck haben wir die 102 Unternehmen und ihre 40 Finanziers bzw. Investoren aus den letzten neun Ausgaben der Jahre 2012 bis 2022 betrachtet und auf folgende Fragen hin untersucht:

- ▶ Haben die untersuchten Finanzdienstleistungsunternehmen als Reaktion auf die Vorwürfe ihr Finanzierungs- und Investitionsverhalten angepasst?
- ▶ Oder finanzieren und investieren dieselben Finanzdienstleister unverändert in dieselben Unternehmen, unbeeindruckt von Korruptionsvorwürfen, Umweltverschmutzung, Menschenrechtsverletzungen oder ähnliche Vergehen?

Eine Zusammenfassung dieser Finanzrecherche ist in tabellarischer Form auf den Seiten 32–53 zu finden. In den Fallstudien ab Seite 55 vertiefen wir die zeitlichen Verläufe der Finanzbeziehungen und greifen in wechselnden Beiträgen Themen auf, die für die Transformation zu einer sozial und ökologisch orientierten Finanzwirtschaft aktuell von Bedeutung sind.



EINSCHRÄNKUNGEN IN DER METHODIK

Die Herausgabe einer Jubiläumsausgabe war nicht geplant. Eine Herausforderung bestand darin, einen angemessenen Umgang mit den Unterschieden zwischen den neun Ausgaben zu finden.

Was die bisherigen Berichte eint, ist die zugrundeliegende Methodik zur Erhebung der Finanzdaten. In allen Ausgaben wurde stets sowohl die Finanzierungsseite (Kredite, Aktienemission, Anleiheemission) als auch die Investitionsseite (Bestände an Aktien und Anleihen) untersucht. Gleichzeitig unterscheiden sich die Berichte in der Auswahl der Finanzdienstleister, der Untersuchungszeiträume, der Themen und der Branchen. Während einige Banken und Unternehmen regelmäßig untersucht wurden, waren andere nur vereinzelt Gegenstand der Dirty Profits-Berichte.

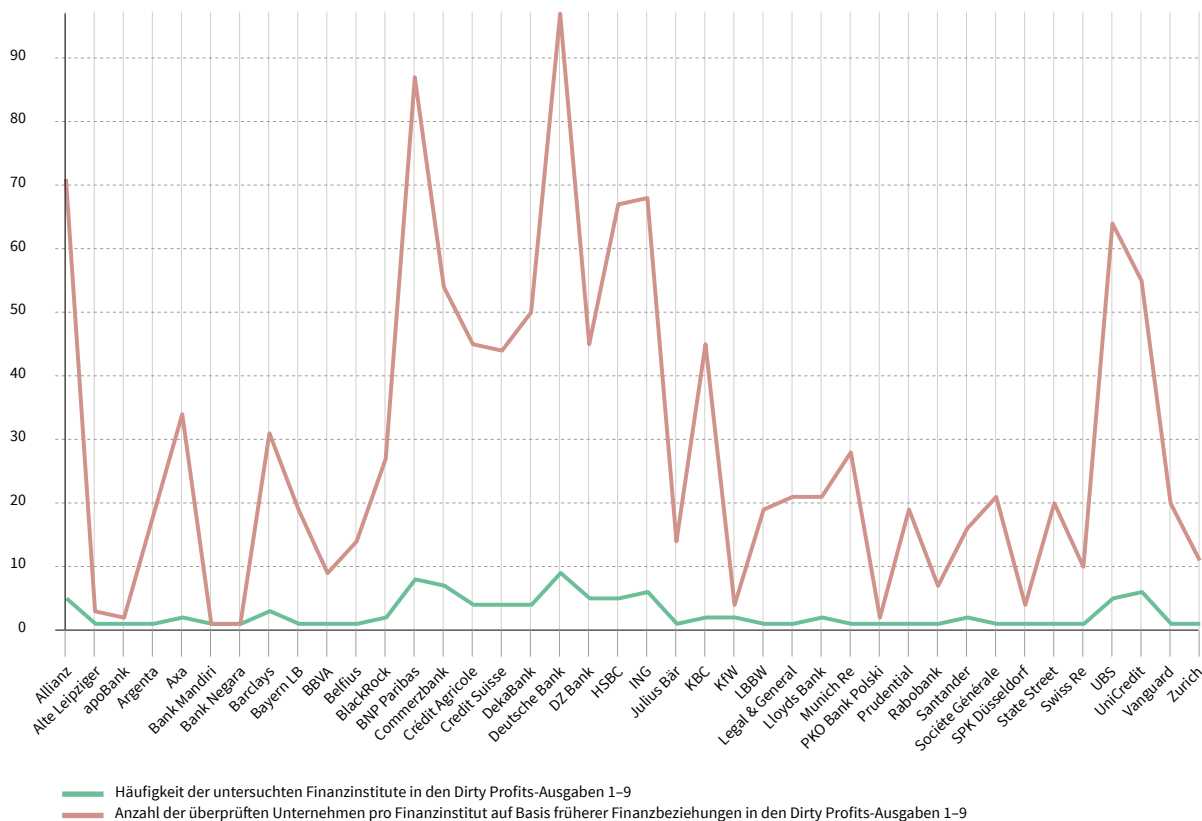
Die retrospektive Untersuchung unterliegt daher Einschränkungen. In dem Bericht versuchen wir aus den Ergebnissen der zehnjährigen Recherche zu Unternehmen, Fällen und Finanzdienstleistern sowie den erhobenen Finanzdaten, Trends zu identifizieren und diese in ein Gesamtbild einzuordnen – im Bewusstsein der Grenzen und daher ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Im Bericht haben wir uns stets um eine saubere Einordnung der Daten bemüht und immer wieder darauf hingewiesen, wo eine Vergleichbarkeit nicht gegeben ist. Wir bitten, dies bei der Lektüre des vorliegenden Berichts zu berücksichtigen.

Fälle, Unternehmen und Finanzdienstleister

Facing Finance hat in neun Dirty Profits-Berichten zwischen 2012 und 2022 rund 170 Fälle von Menschenrechtsverletzungen, Umweltverschmutzung oder Korruption bei 102 Unternehmen in ca. 12 Sektoren festgestellt (siehe ab S. 17). Die Auswahl der Fälle bzw. Unternehmen orientierte sich an Verstößen gegen internationale Konventionen, Standards und Nachhaltigkeitsinitiativen. Berücksichtigt wurden aber auch aktuelle oder für ein breiteres Themenspektrum symptomatische Beispiele. Einige Unternehmen, insbesondere aus den Sektoren Bergbau und Rüstung, wurden über die Jahre wiederholt analysiert. Bei der Zusammenstellung der Fälle für die Jubiläumsausgabe wurde jedes Unternehmen nur einmal berücksichtigt (siehe Überblick und Tabelle ab S. 31).

Auch die Auswahl der Finanzunternehmen orientiert sich am Falluniversum der bisherigen Dirty Profits-Berichte. Zwischen 2012 und 2022 wurden bei 40 Finanzinstitutionen¹ aus 11 Ländern, davon 27 Banken, 13 Lebensversicherungen und Vermögensverwalter, Finanzbeziehungen zu kritisierten Unternehmen festgestellt. Während bei der Auswahl der Finanzdienstleister Zentraleuropa im Vordergrund stand, sind mit US-amerikanischen Fondsgesellschaften aus den ersten Jahren der Berichterstattung sowie zwei Banken aus Indonesien, die im Rahmen einer Fallstudie in Zusammenarbeit mit lokalen Partnerorganisationen erhoben wurden, auch einige wenige außereuropäische Finanzdienstleister vertreten.

¹ Im März 2023 wurde die Credit Suisse von der UBS übernommen. Für die Recherche wurden die UBS und die Credit Suisse getrennt betrachtet, da die Übernahme nach der Veröffentlichung aller Dirty Profits-Ausgaben erfolgte.



Das oben abgebildete Diagramm zeigt einerseits die Anzahl der gefundenen Finanzbeziehungen zu den kritisierten Unternehmen und andererseits die Häufigkeit, mit der diese Finanzinstitute analysiert wurden. Es illustriert das untersuchte Spektrum, verdeutlicht aber auch die zuvor genannten Grenzen der Untersuchung. So wurde z.B. die Deutsche Bank in allen und die BNP Paribas in fast allen Ausgaben untersucht, was erklärt, warum beide viele kontroverse Finanzbeziehungen aufweisen. Gleichzeitig darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass bei beiden Banken eben fast immer eine Finanzbeziehung zu einem in den Dirty Profits-Berichten kritisierten Unternehmen identifiziert werden kann.

Das Was, Warum und Wie der Finanzrecherche

Die Finanzrecherche bildet die finanziellen Ströme zwischen Bank und Unternehmen ab. Wie oder für welche Zwecke die untersuchten Firmen das von den Finanzinstitutionen erhaltene Kapital nutzen, lässt sich mit der Erhebung der finanziellen Beziehungen in den meisten Fällen nicht bestimmen.

Die festgestellten Finanzbeziehungen wurden im Juli und August 2023 für einen mehr als zehnjährigen Zeitraum von Januar 2013 bis August 2023 in der Wirtschaftsdatenbank Refinitiv Eikon erhoben. Die Datenbank enthält von Banken zur Verfügung gestellte Daten, ist aber, besonders was vergebene Kredite betrifft, nicht vollständig. Mit den in diesem Bericht dargestellten Zahlen wird ebenfalls kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben. Aufgrund verschiedener Währungen kann es ferner zu kleineren Rundungsfehlern kommen, die jedoch, gemessen an der Höhe der Beträge, nicht ins Gewicht fallen. Wenn eine Finanzierung eines Bankenkonsortiums ohne

anteilige Aufschlüsselung vorlag, wurde der Betrag durch die Anzahl der Banken geteilt. Alle untersuchten Banken hatten vor der Veröffentlichung die Möglichkeit, die Ergebnisse der Finanzrecherche zu kommentieren.

Berücksichtigt wurden Kredite, Unterstützung bei der Begebung von Anleihen und Ausgabe von Aktien sowie Investitionen in Wertpapiere in Form von Anleihen und Aktien. Profite der Finanzinstitute ergeben sich aus Zinsen, Dividenden, Kursgewinnen, Provisionen und Gebühren.

FOLGEFINANZIERUNGEN

Die Versorgung von Unternehmen mit Kapital in Form von Krediten und der Ausgabe von Anleihen und Aktien kann als die stärkste Form der Unterstützung wirtschaftlicher Aktivitäten betrachtet werden.

Anmerkungen zur Vorgehensweise

Noch vor Beginn der Erhebung der Finanzdaten wurde für alle bisherigen neun Dirty Profits-Ausgaben geprüft, welche Unternehmen von welchen Banken zu welchem Zeitpunkt Finanzierungen erhalten haben.

Um festzustellen, ob eine Bank auch nach der öffentlichen Kritik an ihren Finanzbeziehungen zu den kritisierten Unternehmen diese weiter finanziert hat, wurden Anschluss- und Folgefinanzierungen jeweils erst ab dem Folgejahr der Erstuntersuchung in einer Dirty Profits-Ausgabe berücksichtigt. Wurde ein Unternehmen beispielsweise in mehreren Ausgaben untersucht, haben wir für jede Bank einen eigenen Untersuchungszeitraum pro Unternehmen definiert.

Einige der in der Vergangenheit untersuchten Unternehmen sind in der Zwischenzeit von anderen Unternehmen übernommen worden oder haben andere Umstrukturierungsprozesse durchlaufen. Grundsätzlich wurde bei Veräußerungen, Fusionen und dergleichen das Übernahmedatum zugrunde gelegt und die Finanzierungen zeitanteilig für das Unternehmen vor und nach der Übernahme erhoben. Denn die übernehmenden Unternehmen erwerben auch die kritisierten Altlasten der übernommenen Unternehmen.

Kredite

Der einfachste Weg für Unternehmen, Kapital zu erhalten, ist die Aufnahme eines Kredits. Meist erhalten sie dieses Fremdkapital für „allgemeine Zwecke“. Das Unternehmen kann das Geld also frei verwenden: sowohl für sozial-ökologisch vertretbare Projekte als auch für umstrittene Zwecke. Darlehen, die eindeutig nicht mit der untersuchten Tätigkeit in Verbindung stehen, haben wir von der Analyse ausgeschlossen. Grundsätzlich gilt, dass die Kreditvergabe an soziale und ökologische Mindestkriterien geknüpft werden sollte.

Ausgabe von Aktien und Begebung von Anleihen

Mit dem Verkauf von Aktien und Anleihen können Unternehmen ebenso ihre liquiden Mittel erhöhen. Banken wiederum stellen als Vermittler sicher, dass es genügend Käufer gibt und die Unternehmen günstige Preise erzielen. Während der Erlös aus dem Verkauf von Aktien in das Eigenkapital einfließt – und zwar unabhängig davon, ob bestehende eigene Aktienpakete veräußert werden oder das Unternehmen zum ersten Mal Anteile abtritt –, ist eine Anleihe nichts anderes als ein großer Kredit, bei dem das Unternehmen am Kapitalmarkt in Erscheinung tritt. Finanzinstitute nehmen die ausgegebenen Aktien oder Anleihen zunächst in ihre eigenen Bücher, um sie dann möglichst rasch an andere Investoren zu verkaufen. Sind die Wertpapiere erfolgreich am Markt platziert, sorgen sie dafür, dass diese weiter gehandelt werden. Verkäufe von Aktien und Anleihen, die eindeutig nicht mit der untersuchten Tätigkeit in Verbindung stehen, haben wir von der Analyse ausgeschlossen.

INVESTITIONEN

Finanzinstitutionen profitieren von Investitionen, die auf eigene Rechnung oder im Auftrag ihrer Kundschaft getätigt werden, z.B. durch Provisionen, Dividenden oder Kursgewinne. Um sicherzustellen, dass diese Renditen nicht auf Kosten von Mensch oder Umwelt erzielt werden, müssen Banken, Vermögensverwalter und Lebensversicherungen umfassende soziale und ökologische Mindestanforderungen für die Unternehmen entwickeln, in die sie investieren.

Anmerkungen zur Vorgehensweise

Anlageentscheidungen unterliegen dem Einfluss zahlreicher Marktfaktoren. Angebot und Nachfrage sowie eine Vielzahl weiterer Variablen, die sich häufig täglich ändern, tragen zur Volatilität der Aktienkurse bei. Die Positionen, die Banken und andere Anleger in diesem sich ständig verändernden Umfeld halten, können daher im Laufe der Zeit erheblichen Schwankungen unterliegen. Eine Ermittlung der Investitionen z.B. für das Folgejahr der Erstuntersuchung, analog zur Erhebung der Folgefinanzierungen, wäre in diesem Kontext kaum aussagekräftig.

Wir haben uns daher entschieden, wie in früheren Dirty Profits-Ausgaben, das zum Zeitpunkt der Erhebung im Juli und August 2023 aktuelle Investitionsvolumen der Finanzdienstleister pro Unternehmen zu erheben. Viele der in diesem Bericht vorgestellten Unternehmen werden seit Jahren von Facing Finance und anderen Organisationen kritisiert – ob und in welcher Höhe Finanzdienstleister aktuell investiert sind, sagt vor diesem Hintergrund durchaus etwas darüber aus, ob die Kritik an den Unternehmen auch in der Finanzwirtschaft Gehör findet.

Verwaltung von Aktien- und Anleihenbeständen

Finanzinstitutionen investieren sowohl auf eigene Rechnung als auch für ihre Kund*innen. Allerdings sind Transaktionen auf Rechnung einzelner Kund*innen vertraulich und genauso wenig einsehbar wie die Investitionen einer Bank selbst. Einzig Investmentfonds unterliegen einer Pflicht, halbjährlich alle Positionen offenzulegen. Klar ist, dass Banken, Lebensversicherungen und Vermögensverwalter von der Verwaltung von Investitionen im Auftrag Dritter durch die einbehaltenen Gebühren ebenso profitieren wie von der Verwaltung oder dem Vertrieb von Investmentfonds. Eine Mitverantwortung für die Geschäftsmodelle der Konzerne ergibt sich auch dadurch, dass sie die Verfügbarkeit von Kapital für Unternehmen – und folglich die Durchführung der Geschäftstätigkeit – erleichtern, indem sie Anleihen und Aktien auf den Finanzmärkten liquide halten. Als Aktionäre haben die Investoren ein Stimmrecht auf den Hauptversammlungen, das sie etwa nutzen können, um im Sinne des Klimaschutzes zu votieren. Als Anteilseigner sollten sie von den Unternehmen auch in einem kritischen Dialog soziale und ökologische Verbesserungen einfordern.

Einem umfassenden Überblick über die Unternehmen und ihren derzeitigen Fallstatus sowie die recherchierten Finanzbeziehungen liefert die Tabelle ab S. 32.



102
UNTERNEHMEN



170
FÄLLE

10 Dirty Profits-Berichte
Unsere Recherchen



12
SEKTOREN



>20
THEMEN



>80
LÄNDER



40
FINANZ-
INSTITUTE

Retrospektive

102 untersuchte Unternehmen und 40 analysierte Finanzinstitute. Ein Blick hinter die Zahlen verrät, welche Sektoren besonders anfällig für Korruption oder Arbeitsrechtsverstöße sind, welche Unternehmen sie zu verantworten haben und wer ihre größten Kreditgeber und Investoren sind.

Der Dirty Profits-Bericht hat sich gewandelt. In den Anfangsjahren untersuchte Facing Finance in jeder Ausgabe ein breites Spektrum an unternehmerischen Verstößen. Ob Einschüchterung von oder Gewalt gegen indigene Gemeinden oder Umweltgruppen in Dörfern nahe internationaler Bergbauminen, Kinderarbeit bei der Baumwollernete für die Lieferkette großer Textilkonzerne oder illegale Abholzung für das florierende Palmölbusiness – im Mittelpunkt stand und steht die Sensibilisierung dafür, dass sozial und ökologisch schädliche Großkredite und Investitionen keine Einzelfälle sind, sondern ein strukturelles Problem. An allen Ecken und Enden fehlte es Banken und Investoren an einer Definition, was ein aus sozialer und ökologischer Sicht vertretbares Geschäft ist.

Inzwischen haben viele Finanzinstitute nachgelegt – auch wenn die Qualität der einzelnen Anlage- und Finanzierungsrichtlinien variiert. Der Dirty Profits-Bericht begleitet diesen Prozess. Durch die detaillierte Betrachtung einzelner Sektoren (z.B. Bergbau oder Rüstung) in Verbindung mit einzelnen Querschnittsthemen (z.B. Menschen- und Arbeitsrechte) werden Lücken in Richtlinien sowie Verbesserungspotentiale aufgezeigt. Untermauert und belegt durch die Erhebung von millionenschweren Finanzbeziehungen zwischen einzelnen Unternehmen und willfährigen Banken.

Sektoren

In den vorausgegangenen neun Ausgaben wurden acht Sektoren vertiefend betrachtet. Unternehmen aus den Wirtschaftszweigen Bergbau, Rüstung, Energie und Konsumgüter stellten mit insgesamt 70% der untersuchten Unternehmen den Löwenanteil. Die drei erstgenannten Branchen sind zusammen mit dem Agribusiness auch diejenigen, in denen am häufigsten Reaktionen der Banken zu beobachten sind: So wurden bei mindestens der Hälfte der Unternehmen die Finanzbeziehungen von mindestens einem der untersuchten Finanzinstitute zeitnah beendet und seitdem nicht wieder aufgenommen. Eher unter dem Radar blieben dagegen Unternehmen aus den Sektoren Elektronik, Informations- und Kommunikationstechnik (ITK) sowie der Pharmaindustrie. Insbesondere letztere scheinen Korruptionsskandale und dergleichen kaum etwas anhaben zu können. Zumindest hindert es sie nicht in ihren Möglichkeiten, Finanzmittel am Kapitalmarkt zu beschaffen.

Diese Beobachtungen fügen sich in das Gesamtbild der letzten Jahre ein: Ein Großteil der Finanzinstitutionen hat inzwischen Richtlinien für die Sektoren Bergbau, Rüstung, Öl und Gas, stellenweise auch zu Palmöl, Soja oder der Forstwirtschaft, gepaart mit sozialen Richtlinien zu Arbeits- und Menschenrechten implementiert. Auch Klimarichtlinien gehören zum Standardrepertoire. Es überrascht daher nicht, dass gerade in diesen Branchen Finanzinstitute häufiger auf sozial-ökologisches Fehlverhalten reagieren. Auch wenn die Qualität einzelner Richtlinien nicht überbewertet werden sollte und eine übergreifende Anwendung sowohl bei Finanzierungen als auch bei Investitionen häufig nicht gegeben ist.

Auf der anderen Seite besteht bei den Banken Nachholbedarf bei den Finanzierungs- und Anlagerichtlinien für die Konsumgüterindustrie, primär im Bereich Einwegplastik. Dass Richtlinien zu Arbeitsbedingungen allein nicht ausreichen, zeigt im Weiteren ein Blick auf die Elektronik und ITK-Branche – man erinnere sich an die jüngsten Berichte um den chinesischen Apple-Zulieferer Foxconn, wo eingesperrte Arbeiter*innen über Zäune dem verhängten Lockdown zu entfliehen versuchten. Auch für die lebensrettende Pharmaindustrie müssen Standards gelten, sei es im Bereich Governance oder bei den Produktionsbedingungen in den Herstellungsländern (ZDF 2022). Für den Chemiesektor, in dem nach unseren Recherchen zwar einige Finanzinstitutionen Finanzbeziehungen beendet haben, fehlen ebenfalls meist branchenspezifische Kriterien.

Sektoren, Anzahl der untersuchten Unternehmen und Reaktionen der Finanzinstitute (2013–2023)

Sektor	Anzahl Unternehmen	Reaktionen von Finanzinstituten*
Bergbau	26	· 27 beendete Finanzierungen (ab Folgejahr) · 107 beendete Investitionen
Rüstung	20	· 16 beendete Finanzierungen (ab Folgejahr) · 45 beendete Investitionen
Energie (Atom, Öl, Gas)	14	· 15 beendete Finanzierungen (ab Folgejahr) · 49 beendete Investitionen
Konsumgüter	13	· 4 beendete Finanzierungen (ab Folgejahr) · 26 beendete Investitionen
Elektronik, Informations- und Kommunikationstechnik	7	· 2 beendete Finanzierungen (ab Folgejahr) · 16 beendete Investitionen
Agribusiness	5	· 5 beendete Finanzierungen (ab Folgejahr) · 16 beendete Investitionen
Chemie	5	· 9 beendete Finanzierungen (ab Folgejahr) · 4 beendete Investitionen
Pharmazeutika	4	· 2 beendete Finanzierungen (ab Folgejahr) · 4 beendete Investitionen
Andere Industrien	8	· 11 beendete Finanzierungen (ab Folgejahr) · 31 beendete Investitionen

*Beendete Finanzierungen jeweils ab dem Folgejahr nach der Erstuntersuchung, beendete Investitionen jeweils zum Stand (Juli/August 2023). Siehe Methodik S. 14f. und Tabelle ab S. 32.



BERGBAU

Alpha Metallurgical Resources, Anglo American, AngloGold Ashanti, Arch Coal, Barrick Gold, BHP Group, Centerra Gold, China Gold International Resources, Coal India, Drummond, Eurasian Resources, Freeport-McMoRan, Glencore, Grupo México, Heidelberg Materials, Jindal Steel & Power, MMC Norilsk Nickel, Newmont Mining, Paladin Energy, Pan American Silver, PT Semen, Rio Tinto, RWE, Vale, Vedanta Resources, Zijin Mining

Mit insgesamt 26 Unternehmen dominiert der Bergbau die Liste der untersuchten Sektoren.

Ob bei Aluminium (Bauxit), Diamanten, Eisenerz, Gold, Ilmenit, Nickel, Kobalt, Kohle, Kupfer, Platin, Silber, Uran, Zement oder Zink: Missstände finden sich beim Abbau praktisch aller Bodenschätze.

Typische ESG-Missstände

Wie kaum ein anderer Sektor ist der Bergbau nicht nur für seine notorisch schlechte Menschenrechts- und Umweltbilanz, sondern auch für zahlreiche Korruptionsfälle bekannt. Während das Gros der untersuchten Unternehmen aus der westlichen Hemisphäre stammt, sind es zumeist Gemeinden in Afrika, Asien und Mittel- und Südamerika die unter den Folgen leiden. Stark belastete Flüsse und Böden oder verstaubte Luft schaden der Gesundheit und schränken Landwirtschaft und Viehhaltung ein. Wasserintensive Prozesse führen zu Trockenheit und Verteilungskonflikten. Indigenes oder angestammtes Land muss großflächigen Gruben weichen. Rückhaltebecken kollabieren, Bergbauterrassen brechen. Entschädigungen werden nicht, zu gering, an zu wenige oder zu spät gezahlt. Gemeinden die sich wehren, drohen Einschüchterung und Gewalt. Der Bergbausektor ist nicht allein für Arbeiter*innen und Anwohner*innen, sondern auch für jene die aufbegehren, einer der gefährlichsten Sektoren (Global Witness 2021, 11).

Wie reagieren die Finanzinstitutionen?

- ▶ 29 Finanzinstitute halten Aktien und Anleihen in Höhe von 35,1 Mrd. € von 22 der 26 untersuchten Bergbaukonzerne (Stand Juli/August 2023).
- ▶ In China Gold International Resources und Norilsk Nickel sind derzeit keine Altinvestoren mehr investiert. Die meisten Investorenabgänge sind bei Alpha Metallurgical Resources, Barrick Gold, BHP Group, China Gold International Resources, Coal India, Glencore, Newmont Mining, Paladin Energy, Rio Tinto, RWE, Vale, Vedanta Resources und Zijin Mining zu verzeichnen, wo jeweils mindestens fünf ehemalige Investoren nicht mehr investiert sind.
- ▶ Zwischen 2013 und 2023 haben 16 Banken 18 Bergbaukonzerne seit ihrer Erstuntersuchung in einer Dirty Profits-Ausgabe mit 81,4 Mrd. € finanziert. Knapp 40% der Summe, das sind 31,4 Mrd. €, entfielen auf die letzten vier Jahre seit Beginn 2020.
- ▶ Zwei Bergbaukonzerne, Drummond und Eurasian Resources, haben keine Folgefinanzierung mehr erhalten.



RÜSTUNG

Airbus, BAE Systems, Bharat Electronics, Boeing, Dassault Aviation, Elbit Systems, General Dynamics, Hanwha Corp., Heckler & Koch, L3Harris Technologies, Leonardo, Lockheed Martin, Northrop Grumman, Rheinmetall, Rolls-Royce, RTX Corporation, Sinotruk HK, Textron, Thales, thyssenkrupp

Auf Platz zwei der am häufigsten untersuchten Branchen folgt die Rüstungsindustrie mit 20 Unternehmen. Sie profitiert vom Geschäft mit Gewalt und Krieg, sei es durch die Herstellung geächteter Waffensysteme oder den Export an menschenrechtsverachtende Staaten.

Typische ESG-Missstände

Waffen töten, verstümmeln und zerstören. Das macht sie zu einer Bedrohung für das wichtigste Menschenrecht: das Recht auf Leben. Und doch finden sie immer wieder ihren Weg in Diktaturen, menschenrechtsverletzende oder korrupte Regime. Im Jemenkrieg, der immer wieder Gegenstand des Dirty Profits-Berichtes war, sind es gerade auch Waffen aus europäischer und US-amerikanischer Produktion, die Krankenhäuser, Schulen und Familien zerstören.

Atomwaffen, Landminen und Streumunition sind international geächtet und ihr Einsatz völkerrechtlich verboten, weil sie Soldat*innen wie Zivilist*innen unterschiedslos verletzen und töten sowie unermessliches Leid verursachen. Dennoch werden insbesondere die zerstörerischen Nuklearwaffen oder deren Komponenten weiterhin von Rüstungsunternehmen produziert.

Neben bedenklichen Waffenexporten und der Produktion geächteter Waffensysteme ist Korruption ein verbreitetes Problem im Rüstungssektor. Zunehmend werden auch autonome Waffensysteme als völkerrechtswidrig betrachtet.

Wie reagieren die Finanzinstitutionen?

- ▶ 25 Finanzinstitute halten Aktien und Anleihen in Höhe von 54,6 Mrd. € von 19 der 20 Rüstungskonzerne, wobei das Investitionsvolumen in Hanwha und Sinotruk sehr gering ausfällt (Stand Juli/August 2023).
- ▶ Die meisten Investorenabgänge sind bei Airbus, Lockheed Martin und Rheinmetall zu verzeichnen, wo jeweils mindestens fünf ehemalige Investoren nicht mehr investiert sind. Hingegen sind bei Bharat Electronics, Hanwha, Rolls-Royce und RTX Corp keinerlei Investorenabgänge zu verzeichnen. Im Jahr 2022 teilte das Unternehmen Hanwha Facing Finance mit, dass es sich aus dem Geschäft mit völkerrechtswidriger Streumunition zurückgezogen habe. Mehrere europäische Finanzinstitute hätten laut Hanwha beschlossen, den Ausschluss von Investitionen in die Unternehmensgruppe aufzuheben.
- ▶ Zwischen 2013 und 2023 haben 14 Banken 13 Rüstungskonzerne seit ihrer Erstuntersuchung in einer Dirty Profits-Ausgabe mit 30,2 Mrd. € finanziert. Knapp 85% der Summe, das sind 25,3 Mrd. €, entfielen auf die letzten vier Jahre seit Beginn 2020.



ENERGIE (ATOM, GAS, ÖL)

BP, Chevron, Eni, ExxonMobil, Gazprom, Occidental Petroleum, Oil and Natural Gas Corporation, Orano, POSCO, PTT, Saudi Aramco, Shell, TotalEnergies, Vattenfall

Die Energiebranche war mit 14 Unternehmen ein weiterer Schwerpunktsektor in den vergangenen Dirty Profits-Ausgaben. Die meisten Fälle betrafen die Öl- und Gasindustrie, teilweise auch als vorgelagerte Rohstoffunternehmen, z.B. in der Kunststoffproduktion. Kohleunternehmen wurden dem Bergbau zugeordnet.

Typische ESG-Missstände

Die Aufnahmen der Explosion der *Deepwater Horizon* Bohrinself im Golf von Mexiko haben sich in das kollektive Gedächtnis eingebrennt. Tatsächlich sind Unfälle in der Energieindustrie keine Seltenheit. Allein in Nigeria wurden 2022 nach Regierungsangaben über 612 Unfälle verzeichnet, mehr als eine Ölpest jeden Tag (NOSDRA 2023). Von der Förderung mit unkonventionellen Methoden oder in geschützten Gebieten, in Regionen, in denen Unfälle unkontrollierbar sind oder Wasserknappheit herrscht, dem Abfackeln von Gas, bis hin zu unzureichenden Sicherheitsvorkehrungen und unsachgemäßer Entsorgung giftiger Abfälle – die Öl- und Gasindustrie ist ein seit Jahrzehnten anhaltendes Sicherheitsrisiko. Die Folge ist eine großflächige und irreparable Zerstörung von Natur- und Lebensräumen, das Absterben von Pflanzen und Bäumen sowie verendete Fauna. Belastete und verschmutzte Ökosysteme schaden traditionell verorteten Industrien wie der Fischerei oder Landwirtschaft. Neben dem verlorenen Zugang zu sauberer Luft, Wasser, Land, zu Nahrung und Arbeit, einhergehend mit schweren Gesundheitsschäden sind lokale Bevölkerungen oft von Vertreibung, Enteignung und Gewalt betroffen. Bestechung, Korruption und aggressive Steuervermeidung verhindern, dass die lokalen Gemeinden auch nur ein wenig von der Ausbeutung ihrer Ressourcen profitieren. Die Verbrennung fossiler Rohstoffe ist zudem die Hauptursache für die globale Erderwärmung.

Wie reagieren die Finanzinstitutionen?

- ▶ 30 Finanzinstitute halten Aktien und Anleihen in Höhe von 142,9 Mrd. € von 13 der 14 Energiekonzerne (Stand Juli/August 2023).
- ▶ In Saudi Aramco sind derzeit keine Altinvestoren mehr investiert. Die meisten Investorenabgänge sind bei Gazprom aufgrund des Ukraine-Krieges sowie bei Shell und Vattenfall zu verzeichnen, wo jeweils mindestens fünf ehemalige Investoren nicht mehr investiert sind. Hingegen sind bei ExxonMobil und PTT keinerlei Investorenabgänge zu verzeichnen.
- ▶ Zwischen 2013 und 2023 haben 15 Banken elf Energiekonzerne seit ihrer Erstuntersuchung in einer Dirty Profits-Ausgabe mit 125,4 Mrd. € finanziert. Über 40% der Summe, das sind 52,5 Mrd. €, entfielen auf die letzten vier Jahre seit Beginn 2020.



KONSUMGÜTER

Adidas, Alibaba, Amazon, The Coca-Cola Company, Gap, H&M, Industria de Diseño Textil, LPP, Mondelez, Nestlé, PepsiCo, Unilever, VF Corporation

An vierter Stelle der am häufigsten untersuchten Unternehmen steht mit 13 Unternehmen die Konsumgüterbranche, die wegen der Verletzung von Arbeits-, Menschen- und Umweltrechten in ihren vor- und nachgelagerten Industrien immer wieder Anlass zur Sorge gibt. Schwerpunkte lagen auf der Kunststoff- und Textilindustrie.

Typische ESG-Missstände

Der Siegeszug von Fast Fashion und Einwegplastik über Arbeitsrechte und Umwelt hält ungebrochen an. Die Lieferkette der Textilindustrie ist von Ausbeutung, insbesondere von Frauen, geprägt. Neben vielfältigen Arbeitsrechtsverstößen und geringen Löhnen sind unsichere Produktionsbedingungen und die Belastung der Umwelt wiederkehrende Themen.

Die Diskussion um Einwegplastik wird oftmals auf die sichtbare Vermüllung der Umwelt reduziert. Tatsächlich manifestiert sich die Plastikkrise aber gerade auch in der Klimakrise. In der EU ist die Branche der größte industrielle Abnehmer von Öl und Gas, die für die energieintensive Herstellung von Kunststoffen benötigt werden (Ghiotto/Lévi Alvarès 2022, 5). Tendenz: steigend. Denn die Energiekonzerne wittern ein neues Geschäft, um die sinkende Ölnachfrage im Zuge der Energiewende zu kompensieren. Namhafte Getränkemarken und Nahrungsmittelkonzerne setzen ihrerseits auf das billige Material, um eine aufwendig Rücknahmelogistik zu vermeiden. Die Kosten für die in Umlauf gebrachten Einwegverpackungen werden externalisiert und von der Gesellschaft getragen.

Wie reagieren die Finanzinstitutionen?

- ▶ 24 Finanzinstitute halten Aktien und Anleihen in Höhe von 115,2 Mrd. € von allen 13 Konsumgüterkonzernen (Stand Juli/August 2023).
- ▶ Die meisten Investorenabgänge sind bei Gap und H&M zu verzeichnen, wo jeweils mindestens fünf ehemalige Investoren nicht mehr investiert sind. Hingegen gab es bei sechs Konsumgüterkonzernen, Alibaba, Amazon, LPP, Mondelez, PepsiCo und Unilever, keinerlei Investorenabgänge.
- ▶ Zwischen 2013 und 2023 haben neun Banken zehn Konsumgüterkonzerne seit ihrer Erstuntersuchung in einer Dirty Profits-Ausgabe mit 74,5 Mrd. € finanziert. Knapp 65% der Summe, das sind 48,4 Mrd. €, entfielen auf die letzten vier Jahre seit Beginn 2020.



METHODIK-HINWEIS

Es wurden pro Unternehmen immer nur die ehemaligen Investoren und Geldgeber aus älteren Dirty Profits-Ausgaben untersucht – dementsprechend variiert die Anzahl der untersuchten Finanzinstitutionen pro Unternehmen stark. Die Vergleichbarkeit zwischen den Unternehmen ist eingeschränkt.



ELEKTRONIK, INFORMATIONSD- UND KOMMUNIKATIONSTECHNIK (ITK)

Flex, Hewlett Packard Enterprise, Hon Hai

Precision Industry (Foxconn), Jabil Circuit, Motorola Solutions, Samsung Electronics, Verizon Communications

Sieben Unternehmen der Elektronik, Informationstechnologie und Telekommunikation wurden in den vergangenen Dirty Profits-Ausgaben untersucht.

Typische ESG-Missstände

Anders als beispielsweise in der Textilindustrie werden die (Vor-)Produkte von Elektronik-, Telekommunikations- und Informations-technologieunternehmen weniger häufig mit Arbeitsrechtsverletzungen in Verbindung gebracht. Allerdings sind Verstöße gegen die ILO-Kernarbeitsnormen in den Fabriken der Zulieferer namhafter Technologieunternehmen, die zumeist in Asien, aber auch in Osteuropa und Mittelamerika angesiedelt sind, gut dokumentiert.

Manchmal sind aber die Produkte und Dienstleistungen selbst das Problem. Überwachungstechnologien sind sowohl in autoritären Regimen wie Demokratien auf dem Vormarsch. Während in der westlichen Hemisphäre vorwiegend der Einfluss digitaler Technologien auf Wahlen, Diskurse und Justiz diskutiert wird, stellen sie andernorts bereits eine Bedrohung für Oppositionelle, Presse oder Zivilgesellschaft dar. Und wo Technologien (Frei-)Räume für die einen eröffnen, können sie ebenso Andersdenkende oder jene mit vermeintlich falschem Pass, der falschen Hautfarbe, der falschen Religion oder sexuellen Identität ausgrenzen und ihnen die gesellschaftliche und politische Teilhabe verweigern.

Wie reagieren die Finanzinstitutionen?

- ▶ 21 Finanzinstitute halten Aktien und Anleihen in Höhe von 59,7 Mrd. € von allen sieben Elektronik bzw. Informations- und Kommunikationstechnikunternehmen (Stand Juli/August 2023).
- ▶ Mehr als fünf Investorenabgänge sind nur für Samsung Electronics zu verzeichnen. Hingegen gab es bei Hewlett Packard Enterprise, Motorola Solutions und Verizon Communications keinerlei Investorenabgänge.
- ▶ Zwischen 2013 und 2023 haben vier Banken ITK-Unternehmen seit ihrer Erstuntersuchung in einer Dirty Profits-Ausgabe mit 26,3 Mrd. € finanziert. Über 60% der Summe, das sind 16,3 Mrd. €, entfielen auf die letzten vier Jahre seit Beginn 2020.



AGRIBUSINESS

Bolloré, Bumitama Agri, Cargill,

Golden Agri-Resources, Wilmar International

Aus dem Bereich industrieller Landwirtschaft, Agribusiness, wurden fünf Produzenten und Händler von nachwachsenden Rohstoffen wie Baumwolle, Kautschuk und Palmöl zusammengefasst. Hersteller von Pestiziden wurden der Chemiebranche zugeordnet. Daewoo, heute POSCO, wurde der Energieindustrie zugerechnet.

Typische ESG-Missstände

Bei Schuhen, Seifen oder Sofabezügen denken wohl nur die wenigsten zuerst an Kautschuk, Palmöl oder Baumwolle. Dabei finden sich diese nützlichen Helfer in vielen Gegenständen des täglichen Lebens wieder. Doch der Anbau der nachwachsenden Rohstoffe ist keineswegs konfliktfrei.

Ob Vertreibung und Einschüchterung von lokalen Gemeinden für den Anbau von Kautschukbäumen, flächendeckendes Abbrennen von Regenwald für Palmöl oder der massive und ungeschützte Einsatz von Pestiziden – die Situation in den Lieferketten vieler landwirtschaftlicher Vorprodukte ist oft unhaltbar. Zu den häufigsten Menschenrechtsverletzungen gehören Landraub, die Missachtung indigener Rechte und systematische Einschüchterungsversuche. Verstöße gegen die ILO-Kernarbeitsnormen, z.B. in Form von Gewerkschaftsverhinderungen, Zwangs- und Kinderarbeit sind vielfach dokumentiert.

Wie reagieren die Finanzinstitutionen?

- ▶ Elf Finanzinstitute halten Aktien und Anleihen in Höhe von 341 Mio. € von allen fünf Agrarkonzernen, wobei das Investitionsvolumen in Bumitama Agri sehr gering ausfällt (Stand Juli/August 2023).
- ▶ Bei den Unternehmen Cargill, Golden Agri-Resources und Wilmar International sind zwischen vier und sechs Investorenabgänge zu verzeichnen, was für die eher geringe Anzahl der untersuchten Investoren beachtlich ist. Hingegen gab es bei Bolloré keinerlei Investitionsabgänge.
- ▶ Zwischen 2013 und 2023 haben zwölf Banken vier der fünf Agrarkonzerne seit ihrer Erstuntersuchung in einer Dirty Profits-Ausgabe mit 15,6 Mrd. € finanziert. Rund 40% der Summe, das sind 6,2 Mrd. €, entfielen auf die letzten vier Jahre seit Beginn 2020.



CHEMIE

BASF, Bayer, Dow/DuPont de Nemours, Ineos, Syngenta (ChemChina)

Mit nur fünf Unternehmen ist die Chemiebranche eine der unterrepräsentierten Branchen in den Dirty Profits-Ausgaben. Aber zumindest was den Pestizidmarkt betrifft, gibt es auch nicht viele zu untersuchen: Wenige Großkonzerne teilen den Markt nach jahrelanger Einkaufstour untereinander auf.

Typische ESG-Missstände

Chemie umgibt uns überall, in allem, was wir anfassen, betrachten, riechen und sogar in uns selbst. Ohne die bahnbrechenden Erkenntnisse der chemischen Forschung würden wir nicht in prosperierenden Gesellschaften leben. Die chemische Industrie ist aber auch ein lukratives Geschäftsmodell, das manche Konzerne bis an die Grenzen ausreizen. Statt Gesundheit und Wohlstand schaffen sie Abhängigkeiten, Gesundheitsrisiken, Umweltverschmutzung, Artensterben und tragen massiv zur Klimaerwärmung bei.

Wie keine andere Branche bedient sich die chemische Industrie der Rohstoffe Öl und Gas, um beispielsweise Einwegverpackungen aus Kunststoff herzustellen. Allein in den USA sind derzeit 120 neue oder erweiterte petrochemische Anlagen projektiert – wichtigster Treiber: die Plastikindustrie (Bloomberg Philanthropies 2023). Diese Entwicklung läuft politischen und gesellschaftlichen Bemühungen zuwider, der Verschmutzung durch Einwegplastik und den damit verbundenen sozialen, gesundheitlichen, ökologischen oder klimatischen Problemen zu begegnen.

Problematisch ist auch das Geschäft mit Pestiziden: Das Ausbringen von in der EU verbotenen, giftigen Chemikalien auf Feldern in Afrika, Asien und Südamerika führt immer wieder zu schweren Gesundheitsschäden bis hin zu Vergiftungen. Zusammen mit der großflächigen Abholzung von (Primär-)Wäldern für Monoplantagen verursachen die Pestizide dauerhafte Schäden an Ökosystemen, der biologischen Vielfalt und den Arten.

Wie reagieren die Finanzinstitutionen?

- ▶ 21 Finanzinstitute halten Aktien und Anleihen in Höhe von 7,3 Mrd. € von allen Chemiekonzernen (Stand Juli/August 2023). Investorenabgänge in größerer Anzahl sind nicht festzustellen.
- ▶ Zwischen 2013 und 2023 haben sieben Banken die Chemiekonzerne seit ihrer Erstuntersuchung in einer Dirty Profits Ausgabe mit 26,6 Mrd. € finanziert.



PHARMAZIE

GlaxoSmithKline, Viatris, Pfizer, Sanofi

Das Schlusslicht bildet die Pharmabranche mit nur vier untersuchten Unternehmen in drei Ausgaben. Die Tatsache, dass in den letzten Jahren auch international wenig zu den Produktionsbedingungen recherchiert wurde, war Anlass für eine Fallstudie in diesem Bericht (siehe S. 86).

Typische ESG-Missstände

In der Corona-Pandemie schlug die Stunde der Pharmaunternehmen. Und das zu Recht: Die rasche Entwicklung von Impfstoffen rettete Millionen das Leben und ermöglichte eine allmähliche Rückkehr zum gewohnten Alltag. Die Bedingungen, unter denen in der Arzneimittelindustrie produziert wird, waren hingegen nie Gegenstand der Debatte. Da fast 70% der in Europa verwendeten Arzneimittelwirkstoffe in China und Indien produziert werden, gilt wie für jede andere Branche auch, dass westliche Pharmaunternehmen ihre menschenrechtlichen und ökologischen Sorgfaltspflichten in der Lieferkette berücksichtigen müssen. Neben der Einhaltung von Arbeitsrechten in den Fabriken gehören dabei auch umweltbezogene Risiken auf den Prüfstand. Hohe Konzentrationen verschiedener Arzneimittelrückstände in Böden und Gewässern durch unbehandelte Abfälle oder Abwässer schädigen Ökosysteme. Über das Wasser oder die Nahrung gelangt der pharmazeutische Cocktail schließlich in die Körper von Menschen und Tieren. Entwickeln sich Antibiotikaresistenzen, kann dies im Krankheitsfall für die Betroffenen lebensbedrohlich sein.

Wie reagieren die Finanzinstitutionen?

- ▶ 25 Finanzinstitute halten Aktien und Anleihen in Höhe von 60,8 Mrd. € von allen vier Pharmakonzernen, wobei über 80% allein auf Pfizer entfallen (Stand Juli/August 2023).
- ▶ Bei drei der vier Pharmakonzerne gab es keinerlei Investorenabgänge. Lediglich in GlaxoSmithKline sind vier ehemalige Banken aktuell nicht mehr investiert.
- ▶ Zwischen 2013 und 2023 haben sieben Banken die vier Pharmakonzerne seit ihrer Erstuntersuchung in einer Dirty Profits Ausgabe mit 51,3 Mrd. € finanziert. Knapp über 45% der Summe, das sind 23,9 Mrd. €, entfielen auf die letzten vier Jahre seit Beginn 2020.



SONSTIGE BRANCHEN

Allied Universal, Alstom, Andritz, Hyundai, SNC-Lavalin, Trafigura, Volkswagen, Walmart

Die restlichen acht Unternehmen verteilen sich auf die Sektoren Automobil und Transport, Anlagenbau, Sicherheit, Rohstoff- und Einzelhandel. Auf eine eigene Bestandsaufnahme wurde wegen der geringen Fallzahl verzichtet.

ESG-Kriterien im Praxiseck

1987 vereinte der Brundtland-Bericht der UN-Weltkommission für Umwelt und Entwicklung ökonomische mit sozialen und ökologischen Zielen und prägte unser heutiges Verständnis von Nachhaltigkeit:

„Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.“

Mit dem Dreiklang aus Umwelt (Environment), Sozialem (Social) und verantwortungsvoller Unternehmensführung (Governance) legte die Finanzwelt Mitte der 2000er Jahre ein Konzept zur Operationalisierung von Nachhaltigkeit vor. Durch die Berücksichtigung nicht-finanzieller ESG-Risiken sollen sich Unternehmen bzw. deren wirtschaftliche Aktivitäten so auch abseits ökonomischer Dimensionen bemessen lassen. Angetrieben durch gesellschaftliche Erwartungen, internationale Abkommen und politische Regulierung ist das ESG-Rahmenwerk in den vergangenen Jahren nicht nur auf der internationalen Bühne, sondern auch in den Chefetagen von Unternehmen und Banken avanciert. Strengere Gesetzgebung und Mindeststandards, transparente Berichterstattung sowie rechtliche Konsequenzen bei Fehlverhalten sind jedoch notwendig, damit Finanzinstitute Nachhaltigkeitskriterien nicht für die Zwecke des Greenwashing missbrauchen und so dem eigentlichen Ziel einer zukunftsfähigen und nachhaltigen Entwicklung entgegenwirken (siehe S. 66f.).

Statt dem ESG-Dschungel noch eine weitere Definition hinzuzufügen, verfolgt die Dirty Profits-Berichtreihe einen umgekehrten Ansatz und wirft die Frage auf: Was ist *nicht* nachhaltig? Auf diese Weise lassen sich Kriterien für in der Realität auftretendes unternehmerisches Fehlverhalten ableiten.

Aus den ca. 170 Fällen vergangener Dirty Profits-Berichte haben wir die häufigsten Verstöße gegen internationale Normen und Standards extrahiert und in einer „ESG-Tabelle“ aufgelistet. Am häufigsten weisen die Daten auf Formen von Arbeitsrechtsverstößen, Menschenrechtsverletzungen, oft gegen indigene Völker, sowie auf Umweltverschmutzung inklusive Klimabelastung hin. Es handelt sich bei der Mehrzahl konstatierter Verletzungen um Missstände, die in unterschiedlicher Ausprägung über alle Branchen hinweg stattfinden. So sind hohe Emissionen, Umweltverschmutzung oder Arbeitsrechtsverletzungen im Bergbau genauso auch in der Textil- oder Plastikbranche wiederzufinden. Vielen Verstößen kann somit systematisch und branchenübergreifend begegnet werden.

HÄUFIGE ESG-RISIKEN UND IHRE URSACHEN

Die häufigsten Missstände in
vergangenen Dirty Profits-Berichten
(2012–2022)

E

ENVIRONMENTAL

- Verschmutzung von Boden, Luft, Wasser
- Verlust der Artenvielfalt
- Zerstörung von Ökosystemen
- Beitrag zum Klimawandel
- Dürren und Überschwemmungen

Risikofaktoren

- Giftige Chemikalien, Dämpfe, Pestizide, Ruß, Staub und andere Schadstoffe
- Hohe Treibhausgasemissionen
- Unsachgemäßer Umgang mit giftigen Abfällen
- Übermäßige Entnahme von Wasser
- Kontroverse Abbaumethoden (z.B. Fracking, Mountaintop Removal, Abfackelung)
- Abbau in sensiblen Gebieten und Regionen (z.B. Regenwälder, Torfgebiete oder Arktis)
- Abholzung, Brandrodung
- Unfälle (z.B. Öl-Pipeline-Lecks und Bruch von Rückhaltebecken im Bergbau)
- Eintragung von Plastik, Zerfall zu Mikroplastik



S

SOCIAL

- Menschenrechtsverletzungen
- Verletzung des Selbstbestimmungsrechts (Indigene Völker)
- Verletzung von Frauenrechten
- Verletzung von Landrechten
- Verletzung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte
- Arbeitsrechtsverletzungen
- Gesundheitsgefährdung
- Umweltungerechtigkeit (environmental injustice)
- (Umwelt-)Rassismus, Diskriminierung

Risikofaktoren

- Verlust von Lebensgrundlagen (z.B. durch verunreinigte Felder, Gärten, Gewässer (siehe „E“))
- Verlust angestammten Territoriums für die Ausübung indigener kultureller Rechte und Bräuche (z.B. durch Abholzung)
- Landraub, Enteignungen
- Fehlende oder unzureichende Kompensationen (z.B. bei Umsiedlungen oder Festlegung von Betroffenen Gruppen)
- Einschüchterung, Kriminalisierung, Mord (v.a. von lokalen Menschenrechtsverteidiger*innen und Umweltschützer*innen)
- Gesundheitsgefährdung benachbarter Gemeinden (z.B. durch Luft-, Wasser-, Bodenverschmutzung (siehe „E“))
- Missachtung des Prinzips der freien, vorherigen und informierten Zustimmung (FPIC)
- Missachtung der ILO-Kernarbeitsnormen und Ausbeutung
- Unsichere Arbeitsbedingungen (z.B. durch fehlende Schutzkleidung, (sexuelle) Gewalt oder unsichere Arbeitsplätze)
- Unfälle mit Verletzten und Toten (z.B. durch unsichere Fabrikgebäude, Mineneinstürze oder Damnbrüche)
- Geschlechtsspezifische Diskriminierung (z.B. durch ungleiche Löhne, Verweigerung der Teilnahme an Partizipationsprozessen (FPIC) oder fehlende geschlechtsspezifische Folgenabschätzungen)
- Waffenlieferungen an kriegführende Staaten

G

GOVERNANCE

- Greenwashing
- Unethische Geschäftsführung
- Korruption
- Unzureichendes Riskmanagement (Lieferketten, menschenrechtliche und umweltbezogene Sorgfaltspflichten)
- Fehlende Übernahme von Verantwortung

Risikofaktoren

- Lobbyismus (z.B. propagieren falscher Lösungen, gegen Übernahme erweiterter Verantwortung)
- Bestechung, Preisabsprachen, Betrug, Steuerhinterziehung und -vermeidung
- Ablenkung durch Gründung vermeintlicher Stiftungen oder Finanzierung irreführender Studien
- Unzureichende Nachhaltigkeits- und Klimaschutzmaßnahmen
- Doppelte Standards zwischen dem Globalen Norden und Süden (z.B. bei Verkauf in der EU-verbotener Pestizide an Länder mit geringeren Standards)
- Unzureichende Wiedergutmachungsmaßnahmen, mangelnde Kompensation
- Unverantwortungsvolle Arbeitsschutz- und Sicherheitsstandards
- Keine, zu späte oder unzureichende Konsultation von Betroffenen
- Keine oder schwer zugängliche Beschwerdeverfahren
- Intransparente Lieferketten, unzureichendes Risikomanagement
- Inakzeptable Geschäftsmodelle (z.B. Landnahme, schädliche Abbaumethoden (z.B. Fracking) oder in sensiblen Gebieten (z.B. Regenwald, Arktis), Partizipation in klimaschädlichen Projekten (z.B. neue fossile Infrastruktur), Produktion geächteter Waffen, Export von Waffen an autokratische Regime, Produktion unnötig schädlicher Produkte (z.B. diverse Einwegplastikverpackungen), Exporte von in der EU verbotenen Pestiziden an Länder mit geringeren Standards etc.)
- Einschüchterung, Unterdrückung, Kriminalisierung von lokalen Menschenrechtsverteidiger*innen und Umweltschützer*innen
- Intransparenz
- Reaktion statt Prävention

Finanzinstitute

11 Länder, 40 Finanzinstitute, davon 27 Banken und 13 Vermögensverwalter oder Lebensversicherer. Das ist die Basis der Zehn-Jahres-Bilanz der Dirty Profits-Berichtsreihe auf Seiten der Finanzinstitute. Ein Blick hinter die Zahlen gibt Aufschluss darüber, welche Kreditgeber und Investoren besonders häufig und in großem Umfang Finanzbeziehungen zu kritisierten Unternehmen unterhielten, wer Konsequenzen zog, und wer nicht.

ÜBERBLICK: FINANZDATEN

Die Finanzbranche muss sich erklären. Trotz aller freiwilligen Initiativen, versprochenen Maßnahmen, Richtlinien, Beteuerungen und grünen Werbekampagnen finanzierte und investierte sie wesentlich in großem Umfang zwischen 2013 und 2023 in Unternehmen, die für die Verletzung von Menschen- und Arbeitsrechten verantwortlich, als Treiber der Klimakrise identifiziert oder der Korruption überführt worden sind:

Insgesamt 18 europäische Großbanken haben 76 der 85 von uns kritisierten Unternehmen seit ihrer Erstuntersuchung in einer unserer Dirty Profits-Ausgaben Kapital in Höhe von rund **508 Mrd. €** für die Finanzierung ihrer Geschäftsmodelle beschafft. **Trotz des Wissens um schwere Menschenrechtsverletzungen oder erheblicher Umweltschäden finanzierten die Banken kritisierte Unternehmen weiter, auch nachdem wir sie auf ethische Risiken hinwiesen.** Die Bereitstellung frischen Kapitals erfolgte je nach Bank-Unternehmens-Konstellation zwischen Januar 2013 und 2023 in Form von Beteiligungen an Krediten sowie der Begebung von Aktien und Anleihen. Die Finanzierung eines Unternehmens gilt als die stärkste Form der Unterstützung wirtschaftlicher Aktivitäten, da sie die Finanzmittel der Unternehmen direkt erhöht.

Knapp 60% des identifizierten Finanzvolumens entfielen auf die **HSBC**, die **Deutsche Bank** und die **BNP Paribas**. Gemeinsam finanzierten diese drei Banken die untersuchten Unternehmen mit jeweils knapp über oder unter 100 Mrd. €. Dabei sticht die britische HSBC besonders hervor: Im Gegensatz zur BNP Paribas, über deren Finanzbeziehungen wir in acht von neun Ausgaben berichteten, und der Deutschen Bank, die wir in allen neun Ausgaben untersuchten, wurde die HSBC deutlich seltener analysiert und war in nur fünf Ausgaben Untersuchungsgegenstand.

Der Öl- und Gaskonzern **Shell**, einer der weltweit größten Klimasünder, ist mit knapp 50 Mrd. € in den letzten zehn Jahren der größte Empfänger kontinuierlicher Finanzierung durch den Bankensektor. Insbesondere die Deutsche Bank, Barclays, HSBC und die BNP Paribas finanzierten das Unternehmen kräftig und auch lange Zeit sehr beständig. Doch ist ein Umdenken in Sicht? Bis auf die Deutsche Bank, die 2023 noch einen Kredit vergeben hat, haben wir für keine andere Bank nach dem Jahr 2021 noch Finanzierungen gefunden.



METHODIK-HINWEIS

Die Dirty Profits-Berichtsreihe wurde nicht konzipiert, um nach zehn Jahren Bilanz zu ziehen. So finden sich neben Finanzinstituten wie der Deutschen Bank, die in jeder Ausgabe Gegenstand der Analyse war, auch Banken wie die KfW, die in den ersten Jahren nur ein oder wenige Male untersucht wurden.

Das Falluniversum und der Schweregrad der identifizierten Missstände könnte nicht diverser sein. Auch wenn bei fast allen Unternehmen heute noch Kontroversen bestehen, z.B. in der Lieferkette oder wegen hoher CO₂-Emissionen, bedeutet dies keineswegs, dass die Finanzinstitute sofort alle Finanzbeziehungen zu allen untersuchten Unternehmen hätten abbrechen müssen. Wie ab S.13 des Methodenkapitels beschrieben, unterliegt die Bilanzierung in diesem Kapitel Einschränkungen. Diesem Umstand versuchen wir dadurch zu begegnen, dass die Daten in einen Kontext gestellt, besonders schwerwiegende Fälle herausgegriffen und mit obigem Symbol gekennzeichnet werden.

Finanzierungen wurden immer ab dem Folgejahr berücksichtigt, nachdem wir eine Unternehmensfinanzierung durch eine Bank in einem Dirty Profits-Bericht kritisiert hatten. Potentielle nachträgliche Ausschlüsse, wie im Fall von Shell beschrieben, können weder in der Berechnung noch in der zusammenfassenden Darstellung gesondert ausgewiesen werden.

Gesamtfinanzierung kritisierter Unternehmen in Mio. Euro

Je nach Erstaufnahme einer Bank-Unternehmens-Konstellation in den Dirty Profits-Berichten im Zeitraum 2013–2023

	Anzahl folgefinanzierter/ Anzahl untersuchter Unternehmen	Untersuchungs- zeitraum	Ausgabe von Aktien	Begebung von Anleihen	Vergabe von Krediten	GESAMT
BNP Paribas	57/64	2013–2023	3 376	48 577	44 969	96 922
Deutsche Bank	56/64	2013–2023	2 100	61 496	38 963	102 559
HSBC	44/50	2015–2023	1 808	50 419	52 453	104 680
ING	26/39	2013–2023	300	8 583	15 660	24 543
UBS	14/27	2014–2023	45	7 989	7 386	15 420
Crédit Agricole	20/26	2015–2023	1 333	10 168	15 283	26 785
Credit Suisse	17/25	2014–2023	578	10 913	14 637	26 127
UniCredit	16/24	2013–2023	602	9 769	9 860	20 231
Barclays	19/23	2015–2023	1 929	24 956	16 927	43 811
Commerzbank	19/19	2013–2023	687	3 928	8 446	13 061
Santander	11/12	2020–2023	66	3 813	2 143	6 021
Lloyds Bank	8/9	2015–2023		941	3 945	4 886
Société Générale	8/9	2015–2023		3 536	8 906	12 442
DZ Bank	4/6	2013–2023			1 514	1 514
KBC	3/5	2013–2023			1 847	1 847
BBVA	3/5	2020–2023		1 314	1 457	2 771
Rabobank	3/4	2015–2023		159	2 105	2 264
KfW	3/4	2013–2023			2 042	2 042
GESAMT			12 826	246 558	248 543	507 927

Sind Banken, Fondsgesellschaften oder Lebensversicherungen nach Jahren der Kritik heute noch in die kritisierten Unternehmen investiert? Bei der Kapitalanlage zeichnet sich zahlenmäßig ein ähnliches Bild ab, wie auf der Finanzierungsseite: 35 der untersuchten Finanzinstitute halten Stand Juli/August 2023 Anteile in Höhe von **483,3 Mrd. €** an 96 der 98 Unternehmen, die in den letzten zehn Jahren in der Kritik standen.

Das Investitionsvolumen ist im Vergleich zu älteren Untersuchungen ungewöhnlich hoch. Tatsächlich ist dies den drei amerikanischen Fondsgesellschaften **Vanguard**, **BlackRock** und **State Street** geschuldet, die in den Dirty Profits-Berichten eigentlich eine untergeordnete Rolle spielen. Ungeachtet des viel größeren verwalteten Vermögens im Vergleich zu den Banken weisen die Zahlen in eine besorgniserregende Richtung: Obwohl die ‚Big Three‘ nur für einen Bruchteil der insgesamt untersuchten Unternehmen analysiert wurden, entfällt auf sie mit 347,6 Mrd. € über 70% des gesamten Investitionsvolumens. Wie wenig ernst sie die menschengemachte Klimakrise nehmen, zeigt das Beispiel ExxonMobil: Die drei Fondsgesellschaften halten zusammen Aktien im Wert von nahezu 90 Mrd. € an dem Öl- und Gaskonzern. Und das im Jahr 2023, wohlwissend, dass der Konzern einer der größten Verursacher von Treibhausgasen weltweit und damit der globalen Erderwärmung ist, die Öffentlichkeit darüber bewusst in die Irre geführt und das klimaschädliche Geschäftsmodell weiterhin fortführt. Rund 40% von ExxonMobil's Öl- und Gasproduktion stammt aus unkonventionellen, also besonders schädlichen Quellen. Zwischen 2020 und 2022 investierte das fossile Unternehmen jährlich im Durchschnitt 1401,8 Mio. US-Dollar in die Exploration neuer Öl- und Gasressourcen, während von 2010 bis 2018 nur 0,2% seiner Investitionsausgaben in erneuerbare Energien wie Wind oder Sonne flossen (Facing Finance/urgewald 2023; ClientEarth 2021). Die Machtkonzentration der Finanzgiganten, ihre mangelnde Regulierung, die Billionen an verwaltetem Vermögen die Art und Weise, wie diese verwaltet werden, geben Anlass zur Sorge.

Am häufigsten untersuchten Banken:
Am häufigsten, bzw. in mindestens fünf Ausgaben wurden die jeweils hierzulande ansässige Deutsche Bank, die Allianz, die DZ Bank, und die Commerzbank sowie die französische BNP Paribas, die britische HSBC, die schweizerische UBS, die niederländische ING und die italienische UniCredit untersucht. Zu all diesen Finanzinstituten konnten weiterhin mit am meisten Finanzbeziehungen zu umstrittenen Unternehmen gefunden werden. Einerseits ist dies wegen der Anzahl der Untersuchungen nicht verwunderlich. Andererseits handelt es sich oft um Banken, bei denen wir auch im Gegensatz zu anderen Banken in ein und derselben Ausgabe, meist besonders viele und hohe Finanzbeziehungen identifizieren konnten. Die Anzahl der Untersuchungen spricht diese Banken also keineswegs von dem Vorwurf frei, besonders häufig und umfangreiche Finanzbeziehungen zu kritisierten Unternehmen zu unterhalten. Es gibt aber nennenswerte Unterschiede innerhalb dieser Gruppe. So ist es gerade die 5er-Gruppe aus Allianz, BNP Paribas, Deutsche Bank, HSBC, ING und UBS, die nach wie vor zahlreiche Finanzbeziehungen zu vormals kritisierten Unternehmen unterhält.

Gesamtinvestitionen in kritisierte Unternehmen in Mio. Euro

(Stand Juli/August 2023)

	Anzahl aktuell investierter/ Anzahl untersuchter Unternehmen	Gehaltene Anleihen	Gehaltene Aktien	GESAMT
Deutsche Bank	91/93	3 141	26 457	29 599
BNP Paribas	70/82	665	7 901	8 566
Allianz	66/71	8 063	4 578	12 642
HSBC	55/63	777	9 618	10 395
UBS	60/63	1 839	31 999	33 838
DekaBank	44/50	2 150	5 250	7 400
Credit Suisse	40/42	531	8 594	9 124
Crédit Agricole	30/42	1 078	90	1 167
DZ Bank	29/45	546	6 135	6 682
ING	28/56	4	1 065	1 069
Axa	27/34	154	1 229	1 383
BlackRock	26/27	13 473	126 437	139 909
Commerzbank	25/46		344	344
Munich RE	23/28	181	170	351
Legal & General	20/21	188	7 896	8 084
Vanguard	19/20	12 926	125 921	138 847
State Street Global Advisors	19/20	1 331	67 520	68 852
Barclays	17/21	3	2 863	2 866
LBBW	16/19	24	118	142
KBC	14/43	104	332	436
UniCredit	13/48	3	255	258
Prudential	12/19		308	308
Santander	11/13	16	368	384
Société Générale	8/19		42	42
Julius Bär	7/14		259	259
Zurich	7/11		239	239
Swiss Re	6/10	53		53
Lloyds Bank	5/18		28	28
BayernLB	5/14	5		5
BBVA	4/9		23	23
Argenta	3/18	7	5	12
Alte Leipziger	2/3		6	6
apoBank	1/2	3		3
PKO Bank Polski	1/2	2		2
Stadtsparkasse Düsseldorf	1/3		1	1
GESAMT		47 268	436 050	483 317

Doch wie steht es um die **Verantwortung der übrigen Banken, Lebensversicherungen und Vermögensverwalter?**

32 der untersuchten Finanzinstitute halten zu 96 der 98 untersuchten Unternehmen Beteiligungen in Form von Aktien und Anleihen in Höhe von über 135 Mrd. € (Stand Juli/August 2023). Zusammen mit der Schweizer Bank UBS (rund 34 Mrd. €) führen die Deutsche Bank (rund 30 Mrd. €) und die Allianz (rund 13 Mrd. €) mit jeweils zweistelligen Milliardenbeträgen die unrühmliche Liste der Banken mit dem höchsten Investitionsvolumen an. Ähnlich wie im Fall der HSBC im Bereich der Finanzierungen, ist es hier die UBS, die auf den zweiten Blick noch schlechter abschneidet: Denn während sich das Investitionsvolumen der Deutschen Bank, weil sie in jeder Dirty Profits-Ausgabe untersucht wurde, auf immerhin 91 Unternehmen verteilt, sind es bei der UBS nur 60 Unternehmen. Umfangreiche Verkäufe von kritisierten Unternehmen aus dem Investitionsbestand gab es bei keiner der drei Banken (vgl. S. 28).

An Nestlé und Amazon, die beide wegen ihres gewaltigen Plastikfußabdruckes in der Kritik stehen, halten die untersuchten Finanzinstitute mit Investitionen im jeweils unteren zweistelligen Milliardenbereich die höchsten Beteiligungen. Für Nestlé wurden 15, für Amazon acht Finanzinstitute analysiert. Auch andere Konsumgüterkonzerne wie The Coca-Cola Company und PepsiCo sowie fossile Energiekonzerne wie Chevron, ExxonMobil, Shell und TotalEnergies genießen trotz Klima- und Plastikkrise weiterhin Narrenfreiheit bei den untersuchten Banken und bleiben ein beliebtes Anlageobjekt.

Ob für Banken oder Fondsgesellschaft, Finanzierungen oder Investition ist zu konstatieren: **Ohne eine Verschärfung der politischen Rahmenbedingungen korrigieren Finanzinstitutionen Umwelt-, Klima- oder sozialschädliches Finanzierungs- und Investitionsverhalten nur geringfügig.** Eine konsequente Berücksichtigung des Finanzsektors in der europäischen Lieferkettengesetzgebung sowie eine umfassende grüne und soziale Taxonomie sind aus diesen Gründen zentrale Stellschrauben, an denen die Politik drehen muss (siehe auch S. 93).

Egal ob vielfach kritisiert, immer weiter investiert?

Die retrospektive Darstellung der Finanzbeziehung zu kritisierten Unternehmen zeigt ein Gefälle zwischen stärker an nachhaltigen Standards orientierten und Business-as-Usual Finanzinstituten. Tatsächlich rücken einige Finanzhäuser von stark im Fokus der Kritik stehenden Unternehmen ab, indem sie z.B. ihre Beteiligungen veräußern. Es lässt sich nicht nachvollziehen, aus welchen Gründen eine Bank eine Kundenbeziehung beendet oder nicht verlängert hat.

Es stellt sich die Frage:

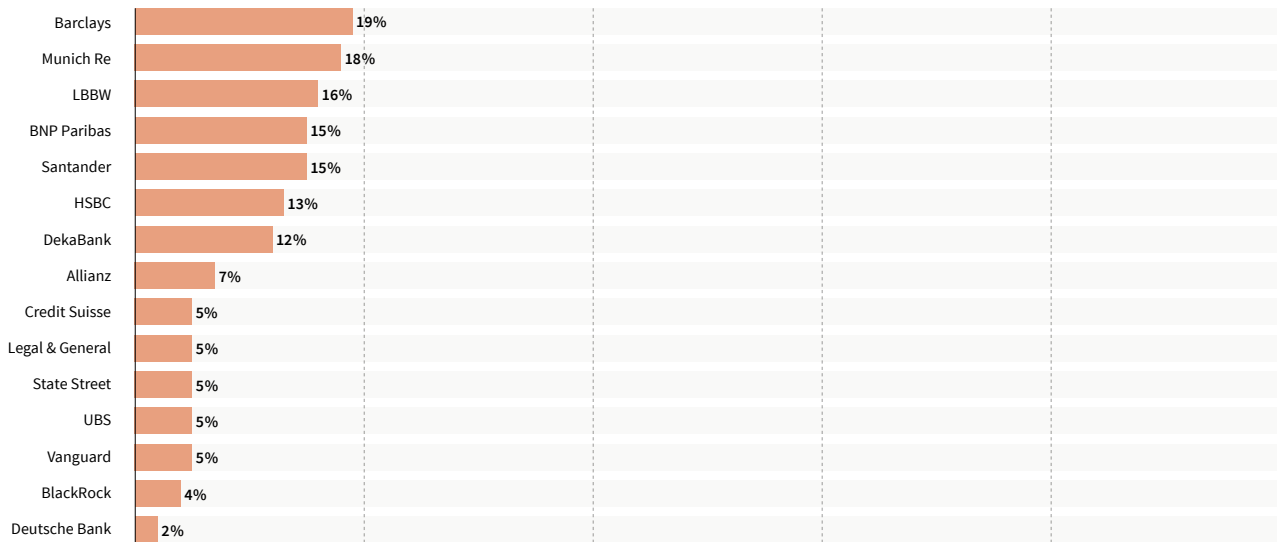
Welche Finanzinstitute sind heute noch in Unternehmen investiert, die in der Vergangenheit negativ in Erscheinung getreten sind, und welche Investoren haben sich von diesen Unternehmen getrennt?

Die Finanzinstitute wurden in Under-Performer (0–20%), Low-Performer (21–39%), Mid-Performer (40–59%), Strong-Performer (60–79%) und Top-Performer (80–100%) eingeteilt, je nachdem wie häufig sie ihre Beteiligungen an kontroversen Unternehmen veräußert haben. Die Investitionsdaten wurden um konkrete Finanzierungsbeispiele ergänzt.

Die „Under-Performer“

In der Liste der Under-Performer befinden sich einige der größten europäischen Finanzinstitute. Trotz größerer finanzieller und personeller Ressourcen gelingt es diesen Banken und Investoren nicht, ihre Investitionspolitik mit sozialen, ökologischen und die Unternehmensführung betreffenden Anforderungen in Einklang zu bringen. Statt Spielräume zu nutzen, verharren sie in alten Mustern. Dass dies kein Modell für die Zukunft ist, zeigt der Blick in die Vergangenheit: Die alte (und anhaltende) fossile Investitionspolitik dieser Geldhäuser spiegelt sich in der immer sichtbarer werdenden globalen Klimakrise wider.

Prozentuale Veränderung des Investitionsverhaltens



Ob Barclays oder HSBC in Großbritannien, Credit Suisse bzw. UBS in der Schweiz, BNP Paribas in Frankreich oder die Deutsche Bank hierzulande: Ihnen allen ist gemein, dass sie an ihrer Bilanzsumme gemessen zu den 20 größten Banken in Europa gehören und bei 80 bis nahezu 100% der Unternehmen trotz Menschenrechtsverletzungen, Umweltzerstörung, Korruption oder hoher Emissionen bis heute an Investitionen festhalten (Yuen 2023). Schlusslicht bildet die Deutsche Bank, die nur bei 2% der 90 von uns seit 2012 kritisierten Unternehmen ihre Investitionen beendet hat. Selbst BlackRock und Vanguard schneiden besser ab.

Ein direktes Divestment ist nicht immer die erste Option. Es kann sinnvoll sein, Unternehmen bei der Transformation zu begleiten und als Finanzinstitut Geschäftsbeziehungen aus diesem Grund vorerst aufrechtzuerhalten. Doch ein Blick in die Daten zeigt, dass dieses Argument der Banken viel zu oft ein Feigenblatt ist: So pflegen die sechs genannten Banken jahrelange und milliarden schwere Finanzbeziehungen zu Glencore und Shell – Extrembeispiele unternehmerischer Verantwortungslosigkeit (siehe Glencore ab S. 76, Shell S. 48f.). Insgesamt haben sie die beiden Unternehmen, seit unserer ersten Kritik 2012, mit über 55 Mrd. € finanziert. Und noch in 2023 halten die Institute, mit Ausnahme der BNP Paribas, die keine Beteiligungen mehr an Glencore hält, Aktien im Wert von über 3 Mrd. € an den beiden Unternehmen.

Mit dem geplanten Bau einer fast 1 500 km langen Pipeline in Ostafrika, für die über 100 000 Menschen vertrieben würden, steht der französische Mineralölkonzern TotalEnergies wie kaum ein anderer Konzern in der Kritik (siehe S. 91f.). Eine Reihe von Banken, darunter Barclays, BNP Paribas, Credit Suisse, Deutsche Bank und HSBC, haben angekündigt, keine Finanzierung zur Verfügung zu stellen, und Versicherungskonzerne wie die Allianz und die Munich Re haben sich dagegen ausgesprochen, das Projekt zu versichern. Warum halten vier der Finanzinstitute dennoch Aktien und Anleihen an TotalEnergies? Dadurch relativieren sie ihre Absagen an die East African Crude Oil Pipeline. Statt stets einen Fuß in der Tür zu halten und an den schmutzig verdienten Rekordgewinnen von TotalEnergies mitzuverdienen, ist es wichtig, dass Banken Verantwortung übernehmen und rote Linien konsequent aufzeigen. Bis zu einer Abkehr von dem neokolonialen, unsozialen, klimaschädlichen und zerstörerischen Geschäftsmodell sollten sie dem Unternehmen den Rücken kehren.

Müssen die schlimmsten Unternehmen von den größten Finanzinstituten Europas kaum Konsequenzen fürchten, schwindet ein wichtiger Anreiz, Geschäftsmodelle sozial und ökologisch verantwortungsvoll auszurichten.

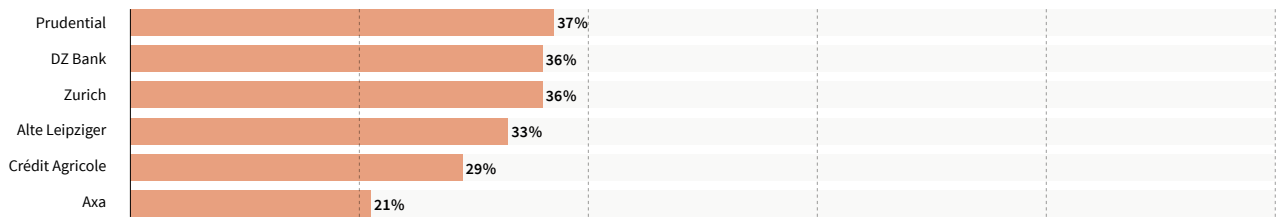
Eine makellose Außendarstellung besitzen alle Finanzinstitute. In ihren Richtlinien, Geschäftsberichten oder Präsentationen finden sich unzählige Bezüge und Bekenntnisse zu den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen, zu Klima- und Umweltschutz oder Menschenrechten. Was fehlt, ist die Bereitschaft zur konsequenten Umsetzung in den Geschäftsentscheidungen.

Die „Low-Performer“

Auch in der Liste der Low-Performer befinden sich einige der größten europäischen Finanzinstitute.

Eine konsequentere Gangart gegenüber Unternehmen, die soziale und ökologische Kriterien missachten, wäre auch hier empfehlenswert. Im Gegensatz zu den Low-Performern sind die Zeichen des Wandels jedoch erkennbar.

Prozentuale Veränderung des Investitionsverhaltens



Die sechs Low-Performer halten zu 61–79% der wegen Menschenrechtsverletzungen, Umweltzerstörung, Korruption oder hohen Emissionen von uns kritisierten Unternehmen die Treue. Immerhin vier der Finanzinstitute, die Alte Leipziger, die Zurich, die DZ Bank und der US-amerikanische Vermögensverwalter Prudential sind in mindestens ein Drittel der Unternehmen nicht mehr investiert. Hält man den Geldhäusern zugute, dass es neben der sofortigen Beendigung von Finanzbeziehungen noch andere Möglichkeiten gibt, als verantwortungsvoller Investor tätig zu werden, so ist dies zumindest für diese Finanzhäuser ein solider Wert.

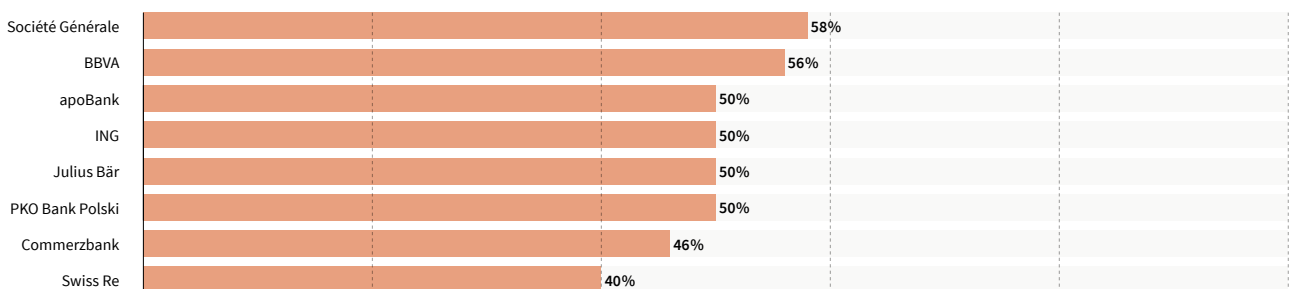
Auf der anderen Seite pflegen auch die Low-Performer noch Finanzbeziehungen zu Chevron und Shell. Beide Unternehmen sind Top-Treibhausgasemittenten. Chevron steht zudem im Zusammenhang mit dem Militärputsch in Myanmar in der Kritik. Shell ist für eine der größten und dauerhaftesten Verschmutzungen im Zusammenhang mit der Erdölförderung in Nigeria seit über 60 Jahren verantwortlich (siehe S. 48f.). Zusammen sind sie, mit Ausnahme der Alten Leipziger, die für diese beiden Unternehmen nicht untersucht wurde, mit über 1 200 Mio. € investiert.

Auf der Finanzierungsseite ist der DZ Bank zugute zu halten, dass sie ebenfalls in einem Drittel der Fälle ihre Finanzierung direkt im Folgejahr nach unserer Kritik beendet hat. Bei den übrigen Unternehmen gibt es seit mindestens 2021 keine Folgefinanzierung mehr – allerdings haben wir die DZ Bank deutlich häufiger wegen ihrer Investitionen und eher selten wegen ihrer Finanzierungen untersucht. Anders sieht es bei der Crédit Agricole aus: Sie finanziert beispielsweise seit vielen Jahren regelmäßig den Atomwaffenhersteller Lockheed Martin und den Bergbaukonzern Anglo American, der in Chile zu Wassermangel beiträgt (siehe S. 32f.).

Die „Mid-Performer“

Dünn ist das Mittelfeld, wenn knapp 60% der Finanzinstitute zu den Under- und Low-Performern zählen. Die Mid-Performer verbessern die Umsetzung von ESG-Kriterien und beenden vermehrt ihre Beteiligungen an Unternehmen, die in der Kritik stehen.

Prozentuale Veränderung des Investitionsverhaltens



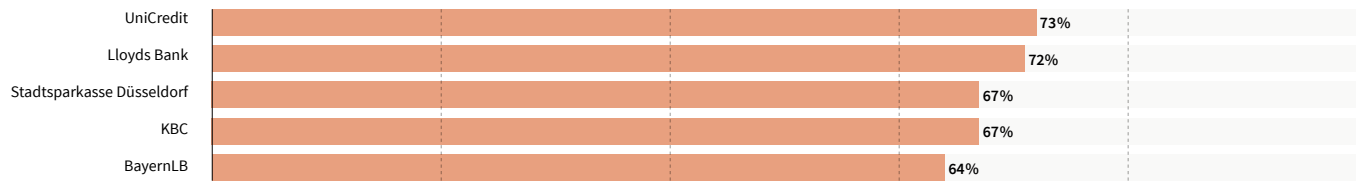
Ob Commerzbank oder ING – nach Jahren der Kritik an ihren Finanzbeziehungen ist zu konstatieren: Beide Banken ziehen fast bei jedem zweiten Unternehmen Konsequenzen, wenn es um von ihnen gehaltene Aktien und Anleihen geht. Wann sie sich entschieden haben bzw. wie lange es gedauert hat, bis sie ihre Investitionen beendet haben, wurde indes nicht untersucht.

Die Anzahl der Fälle für die apoBank sowie die PKO Bank Polski sind zu gering, um eine belastbare Aussage treffen zu können. Andererseits sind die Fallzahlen aber auch deshalb so gering, weil sie in Finanzrecherchen seltener negativ auffallen. Die BBVA und die Société Générale wurden etwas häufiger, aber auch nicht regelmäßig, in einzelnen Dirty Profits-Ausgaben untersucht – sie landen ebenfalls im Mittelfeld.

Die „Strong-Performer“

Die Tatsache, dass sich unter den Strong-Performern auch sehr große bzw. national bedeutende Finanzinstitute wie die UniCredit und die KBC in Europa befinden, sollte Unternehmen und andere Finanzinstitute, die mehr auf Greenwashing als auf echte Veränderung setzen, aufhorchen lassen.

Prozentuale Veränderung des Investitionsverhaltens



Die UniCredit ist nach ihrer Bilanzsumme die Nummer 15 unter den europäischen Banken und hat sich in rund drei Viertel der Fälle von Investitionen in Unternehmen mit Verstößen gegen ESG-Kriterien getrennt (Yuen 2023). Damit stellt sie andere Großbanken in den Schatten. Und doch ist sie keine grüne oder soziale Alternativbank: Das italienische Geldhaus finanziert nach wie vor fossile Konzerne, Bergbauunternehmen und Rüstungsfirmen. Es ist zu hoffen, dass die UniCredit den bei ihren Investitionen eingeschlagenen Weg auch bei ihren Finanzierungen konsequent weitergeht und z.B. die Finanzbeziehungen zum deutschen Kohlekonzern RWE kappt und auch beim Thema Pestizide eine härtere Gangart einlegt. Der von der Gesellschaft angestrebte soziale und ökologische Umbau funktioniert nur, wenn auch die Großen mitziehen – die Deutsche Bank & Co. sollten sich ein Beispiel nehmen.

Die „Top-Performer“

Die Top-Performer sind jene Finanzinstitute, die auf Kritik an Unternehmen in ihrem Portfolio reagieren. Menschenrechtsverletzungen oder Umweltzerstörung begegnen sie nach Kritik mit dem Abstoß ihrer Beteiligungen.

Prozentuale Veränderung des Investitionsverhaltens



Ob Belfius Bank, die KfW oder Rabobank – keine der drei Banken wurde in den Dirty Profits-Berichten besonders häufig untersucht, was die Aussagekraft einschränkt. Mit 13 untersuchten Unternehmen im Investitionsbereich liegt die Belfius Bank jedoch an der Spitze des Rankings. Ob BAE Systems, Cargill oder Rio Tinto – die Belfius Bank hat sich von zahlreichen Anleihen und Aktien der bis heute in der Kritik stehenden Unternehmen getrennt. Die belgische Argenta Bank, die wir in früheren Berichten mit 18 Unternehmen in Verbindung brachten, stieß 15 davon ab. Sie ist heute in keinem der besonders kritischen Bergbau-, Energie- und Rüstungsunternehmen mehr investiert.

Von den Dimensionen der Großbanken sind die vier Banken weit entfernt, was sie in ihren Entscheidungen mitunter flexibler und agiler macht.

Der große Überblick: Aktueller Stand der Fälle aus zehn Jahren Dirty Profits

Finanzinstitute zählen zu den Schlüsselakteuren eines Systemwandels. Sollen Unternehmen nachhaltiger wirtschaften, so können Banken im Rahmen ihrer Bankgeschäfte Einfluss nehmen. Sie können klimaschädliche Kredite verweigern. Bei menschenrechtswidrigem Verhalten können sie Investitionen abstoßen. Die Unterstützung bei der Platzierung von Anleihen kann mit der Begründung abgelehnt werden, dass eine umweltschonende Umstrukturierung nicht erkennbar ist. Aktive Stimmrechtspolitik, klar kommuniziertes Engagement, Offenlegung und Begründung von Veräußerungen – der Werkzeugkasten von Finanzinstituten ist gut gefüllt.

Eines der möglichen Instrumente, der Abbruch der Finanzbeziehungen zu einem Unternehmen, wurde in der Tabelle ab S. 32 mit folgenden Fragestellungen untersucht:

Haben die untersuchten Finanzdienstleistungsunternehmen als Reaktion auf die Vorwürfe ihr Finanzierungs- und Investitionsverhalten angepasst? Haben die untersuchten Unternehmen die kritisierten Missstände in den Bereichen Ökologie, Soziales und Unternehmensführung behoben?

Die 102 Unternehmen und 40 Finanzinstitute, die in den letzten zehn Jahren untersucht wurden, werden auf den folgenden Seiten wie folgt dargestellt:

- ▶ (Spalte 1) Die Aufnahme jedes Unternehmens in einen Dirty Profits-Bericht ist mit der Nummer und dem Jahr der Veröffentlichung angegeben.
- ▶ (Spalte 2) Jedes Unternehmen ist mit seinem aktuellen Unternehmensnamen aufgeführt.
- ▶ (Spalte 3) Investitionen: Zu jedem Unternehmen ist der aktuelle Stand des Investitionsvolumens, der in früheren Ausgaben untersuchten Investoren, angegeben. Ebenfalls aufgelistet sind ehemalige Finanzinstitutionen, für die wir im Juli/August 2023 keine Beteiligungen gefunden haben.
- ▶ (Spalte 4) Finanzierungen: Für jedes Unternehmen wurden die ehemaligen Finanzgeber mit dem Datum der ersten identifizierten Finanzbeziehung in einem Dirty Profits-Bericht angegeben. Die Höhe der Folgefinanzierungen ergibt sich aus der Summe der Finanzierungen pro Bank ab dem Folgejahr der Erstuntersuchung. Ebenso sind die Finanzinstitute aufgeführt, für die seit dem Folgejahr keine Finanzierungen mehr gefunden werden konnten.
- ▶ (Spalte 5) Für jedes Unternehmen wurden Updates recherchiert. Diese geben Auskunft darüber, ob Kontroversen beendet wurden, noch andauern oder ob neue entstanden sind.



Was zeigt die Tabelle nicht?

- Weil bei den Finanzierungen jeweils das Folgejahr nach der Erstuntersuchung betrachtet wurde, ist in der Tabelle nicht erkennbar, ob eine Bank ein Unternehmen zu einem späteren Zeitpunkt ausgeschlossen hat.
- Wie zuvor angemerkt, ist die Beendigung einer Finanzbeziehung eine Möglichkeit, als Bank oder Investor aktiv zu werden. Es ist aber nicht der einzige Weg. Ob Banken mit diesen Unternehmen zum Beispiel anstelle einer beendeten Finanzbeziehung ein Engagement betrieben haben, lässt sich nicht ableiten.



Ausgabe, Jahr	Unternehmen	Aktuelle Investitionen (Stand: Juli/August 2023)	Gesamtsumme der Folgefinanzierungen pro Unternehmen (ab dem Folgejahr nach der Erstaufnahme der Bank)
2 (2013)	Adidas (Deutschland)	3 144 Mio. € Allianz, BlackRock, BNP Paribas, Commerzbank, Credit Suisse, DekaBank, Deutsche Bank, DZ Bank, ING, KBC, Munich Re, UBS, UniCredit — Nicht mehr investiert: Argenta, Belfius	Aufnahme: 2013: Deutsche Bank, UniCredit — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 1 586 Mio. €
1 (2012) 4 (2016) 7 (2019) 9 (2022)	Airbus (früher: EADS) (Niederlande)	7 306 Mio. € Allianz, Axa, BlackRock, BNP Paribas, Commerzbank, Crédit Agricole, DekaBank, Deutsche Bank, HSBC, LBBW, Munich Re, State Street Global Advisors, Vanguard — Nicht mehr investiert: BBVA, DZ Bank, ING, KBC, KfW	Aufnahme: 2012: BNP Paribas, Commerzbank, Deutsche Bank, DZ Bank, ING, KfW, UniCredit 2016: Crédit Agricole, HSBC 2019: BBVA 2022: BayernLB — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 2 185 Mio. € — Keine Folgefinanzierungen: BBVA, Crédit Agricole, HSBC, BayernLB.
8 (2020)	Alibaba (China)	2 075 Mio. € BNP Paribas, Deutsche Bank, HSBC, ING, Santander, UBS	Aufnahme: 2020: BNP Paribas, Deutsche Bank, HSBC, ING — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 1 267 Mio. € — Keine Folgefinanzierungen: UBS
5 (2017)	Allied Universal (früher: G4S) (UK)	53 Mio. € Deutsche Bank, UBS — Nicht mehr investiert: BNP Paribas, HSBC	Aufnahme: 2017: BNP Paribas, ING — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 2 150 Mio. €
1 (2012)	Alpha Metallurgical Resources (früher: Alpha Natural Resources) (USA)	15 Mio. € BNP Paribas, Deutsche Bank, DZ Bank — Nicht mehr investiert: Allianz, Commerzbank, DekaBank, ING, KBC, LBBW, UniCredit	Aufnahme: 2012: Deutsche Bank — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 170 Mio. €
4 (2016)	Alstom (Frankreich)	879 Mio. € Allianz, BlackRock, BNP Paribas, Crédit Agricole, DekaBank, Deutsche Bank, HSBC, State Street Global Advisors, Vanguard — Nicht mehr investiert: DZ Bank	Aufnahme: 2016: BNP Paribas, Commerzbank, Crédit Agricole, Deutsche Bank, HSBC — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 8 891 Mio. €
8 (2020)	Amazon (USA)	12 384 Mio. € BNP Paribas, Commerzbank, Deutsche Bank, HSBC, ING, Santander, UBS, UniCredit	Aufnahme: 2020: Deutsche Bank, HSBC — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 8 279 Mio. €
3 (2014)	Andritz (Österreich)	227 Mio. € Allianz, Axa, BNP Paribas, Commerzbank, Crédit Agricole, Credit Suisse, Deutsche Bank, Julius Bär, Legal & General, Munich Re, UBS — Nicht mehr investiert: HSBC, ING, KBC, Lloyds Bank, Société Générale, UniCredit	Aufnahme: 2014: UniCredit — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 0 Mio. €
1 (2012) 2 (2013) 4 (2016) 6 (2018) 9 (2022)	Anglo American (UK)	6 513 Mio. € Allianz, Axa, Barclays, BayernLB, BlackRock, BNP Paribas, Commerzbank, Crédit Agricole, Credit Suisse, DekaBank, Deutsche Bank, DZ Bank, HSBC, LBBW, Munich Re, State Street Global Advisors, UBS, UniCredit, Vanguard, Zurich — Nicht mehr investiert: Argenta, Belfius, ING, KBC	Aufnahme: 2012: BNP Paribas, Commerzbank 2013: Credit Suisse, UBS 2016: Crédit Agricole, HSBC 2018: Barclays 2022: UniCredit — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 8 135 Mio. € — Keine Folgefinanzierungen: UniCredit
2 (2013)	AngloGold Ashanti (Südafrika)	139 Mio. € Allianz, BNP Paribas, Credit Suisse, Deutsche Bank, UBS — Nicht mehr investiert: Commerzbank, ING, UniCredit	Aufnahme: 2013: Deutsche Bank, UBS — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 398 Mio. €

Obwohl Adidas eine Liste seiner Zulieferer veröffentlicht und sich zu existenzsichernden Löhnen positioniert, kommt es in den Lieferketten des Sportartikelherstellers immer wieder zu Arbeitsrechtsverletzungen. In Myanmar streikten im Oktober 2022 mehr als 2 000 Beschäftigte, um unter anderem eine Erhöhung des Tageslohns von 2,16 € auf 3,60 € und bessere Arbeitsbedingungen beim taiwanesischen Adidas-Zulieferer Pou Chen zu fordern. Der Streik endete kurz darauf mit 26 Entlassungen. Aufgrund der internationalen Berichterstattung kam es zu Nachverhandlungen und im Februar 2023 zu einer Einigung, wodurch 13 Beschäftigte ihre Arbeit wieder aufnehmen konnten. Doch damit ist der Fall noch lange nicht abgeschlossen. Die übrigen 17 Arbeiter*innen lehnten das Wiedereinstellungsangebot als unfair ab. Myanmar ist kein Einzelfall. In Kambodscha fordern Beschäftigte ausstehende Löhne für die Zeit der Pandemie und leiden unter Lohnneibußen gegenüber der Zeit vor Corona. Die Aufnahme von Krediten mit hohen Zinsen treibt immer mehr Arbeiter*innen in die Verschuldung. Ein weiterer Fall: In Kleidungsstücken wurde Baumwolle aus Xinjiang nachgewiesen, wo Arbeiter*innen uigurischer Herkunft aus ihren Dörfern zur Arbeit in Fabriken gezwungen werden.

Der größte europäische Luft-, Raumfahrt- und Rüstungskonzern ist Airbus, ehemals EADS. Im internationalen Vergleich steht er an fünfzehnter Stelle der größten Rüstungsunternehmen der Welt. Wegen der Produktion von Atomwaffen ist das Unternehmen seit fast zwei Jahrzehnten vom norwegischen Pensionsfonds ausgeschlossen. Ein weiteres Standbein des Konzerns ist der Export von Rüstungsgütern in Kriegs- und Krisengebiete. In den Jahren 2016 bis 2021 hat Airbus direkt, in Konsortien und als federführendes Mutterunternehmen Waffen an die am Krieg im Jemen beteiligten Konfliktparteien Saudi-Arabien, Katar, Kuwait und die Vereinigten Arabischen Emirate ausgeführt – die mutmaßlich für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit an der Zivilbevölkerung im Jemen verantwortlich sind. Das könnte für den Konzern noch ein juristisches Nachspiel haben. Ende 2019 haben sechs Nichtregierungsorganisationen bei der Anklagebehörde des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag Strafanzeige gegen Airbus und andere europäische Rüstungsexporture gestellt. Der Vorwurf: Beihilfe zu Kriegsverbrechen im Jemen durch die Lieferung von Kampfflugzeugen und Bomben. Auch Myanmar, das seit dem Putsch 2021 von einer Militärjunta brutal unterdrückt wird, erhielt kurz zuvor über Jordanien Flugzeuge aus europäischer Produktion. Airbus gehört zudem zu den größten Emittenten von Treibhausgasen. Laut der Investoreninitiative Climate Action 100+ wurden weder kurz- noch mittel- oder langfristig ausreichende Reduktionsziele formuliert.

Alibaba dominiert mit seinen Plattformen den chinesischen Onlinehandel, den weltweit größten E-Commerce-Markt, und produziert folglich große Mengen an Verpackungsmüll. Alibaba kann zwar Initiativen zur Reduzierung oder zum Recycling von Einwegplastik vorweisen, eine detaillierte Offenlegung des Plastik- und Materialverbrauchs, die Rückschlüsse auf Einsparungen erlauben würde, bleibt das Unternehmen jedoch ebenso schuldig wie eine unternehmensweite Strategie mit klaren Reduktionszielen. Im Jahr 2021 veröffentlichte die chinesische Regierung jedoch einen Entwurf für eine Regelung in Bezug auf die Verwendung und Berichterstattung von Einwegprodukten aus Kunststoff. Da der Geltungsbereich auch den E-Commerce-Sektor umfasst, wäre Alibaba dazu verpflichtet, Regeln zur Reduzierung und zum Ersatz von Einwegplastik aufzustellen und über ihre Verwendung von Einwegplastik über ein nationales Berichtssystem zu informieren.

Die schweren Misshandlungsvorwürfe gegen Gefangene im südafrikanischen Mangaung-Gefängnis wurden 2020 durch einen offiziellen Bericht bestätigt, blieben aber für den britischen Betreiber G4S folgenlos. 2021 wurde G4S von der US-Firma Allied Universal übernommen, eine Vertragsverlängerung für Mangaung über 2026 hinaus gilt seither als unwahrscheinlich. In einem anderen Streitfall läuft derzeit ein Schlichtungsverfahren mit dem Justizministerium, das auch zu einer vorzeitigen Vertragsauflösung führen könnte. Gewalt und Vernachlässigung der Aufsichts- und damit Fürsorgepflicht sind ein wiederkehrendes Muster in den von G4S betriebenen Gefängnissen, zum Leidwesen der Insassen und des Personals.

2015 meldete das Bergbauunternehmen Alpha Natural Resources Konkurs an und beauftragte eine gewerkschaftsfeindliche Anwaltskanzlei mit der Rechtsberatung. Im Folgejahr stellte Alpha einen Antrag auf Zerschlagung von Tarifverträgen, wovon 610 gewerkschaftlich organisierte Beschäftigte sowie knapp 5 000 Pensionierte betroffen waren. Nach der Umstrukturierung in mehrere private Unternehmen und der Übernahme der wichtigsten Vermögenswerte durch das neu gegründete Unternehmen Contura Energy im Jahr 2016 firmiert das Unternehmen derzeit unter dem Namen Alpha Metallurgical Resources. Seit 2015 wurden mehr als 300 Abbaugenehmigungen an kleinere Unternehmen übertragen – ein beliebtes Verfahren US-amerikanischer Kohleunternehmen, um sich der Altlasten ihrer Bergwerke zu entledigen. Im Zweifelsfall bleibt die Sanierung der Umweltlasten auf der Strecke oder an den Steuerzahlenden hängen.

Während Alstom bereits 2015 im Rahmen umfangreicher Ermittlungen wegen Korruption u.a. in Ägypten, Saudi-Arabien, Indonesien und Taiwan verurteilt wurde, sind aktuelle Bestechungs- und Korruptionsvorwürfe noch nicht gerichtlich entschieden. So wurde bereits 2012 gegen einen ehemaligen Alstom-Manager Anklage wegen Bestechung indonesischer Beamter und Geldwäsche erhoben. Bislang wurde der Angeklagte wegen vier Geldwäscheworfen verurteilt. Die Bestechungsvorwürfe wurden gerichtlich angefochten – ein Urteil steht noch aus.

Schätzungen zufolge produzierte Amazon 2021 18% mehr Plastikmüll als im Vorjahr. Amazon verweigert weiterhin eine unternehmensweite Verpflichtung zur Reduzierung des Plastikeinsatzes. Im Dezember gab der Konzern bekannt, dass er den Gewichtsanteil von Plastikverpackungen pro Sendung um 7% reduziert habe, allerdings ohne Waren von Drittanbietern zu inkludieren. Es gibt aber auch Fortschritte: In Indien setzt der Konzern verstärkt auf Mehrwegverpackungen. In Deutschland hat Amazon die Verwendung von Kunststoffverpackungen „aus seinen eigenen Fulfillment-Zentren“ eingestellt.

Auch wenn ein geplantes Megastaudammprojekt im Amazonas, um dessen Beteiligung sich Andritz beworben hatte, 2016 von der brasilianischen Umweltbehörde IBAMA ausgesetzt wurde, steht Andritz weiterhin in der Kritik: Zuletzt 2018 für seine Beteiligung am Ilisu-Staudammprojekt in der Türkei, für das das Kulturerbe Hasankeyf geflutet werden musste. Doch nicht nur die antike Stätte mit ihrer 12 000-jährigen Zivilisationsgeschichte, sondern auch rund 200 umliegende Dörfer liegen nun unter Wasser. Zehntausende Menschen wurden umgesiedelt. Zahlreiche internationale Geldgeber hatten sich wegen der ökologischen, sozialen und kulturellen Schäden bereits aus dem Projekt zurückgezogen. Den Betroffenen sei keine Einsicht in die Pläne gegeben worden, eine Prüfung auf Umweltverträglichkeit nicht erfolgt. Laut Erkundungsmission internationaler NGOs wird der Staudamm zudem die Kontrolle der Türkei über den Fluss Tigris verstärken – auf Kosten der Wasserversorgung der angrenzenden Regionen wie Irak und Syrien.

Der Bergbaukonzern Anglo American steht in der Kritik, durch den Betrieb der Kupfermine El Soldado eine Wasserknappheit in der chilenischen Gemeinde El Melón verursacht zu haben. Anglo American verbraucht 109 Liter Wasser pro Sekunde, während der Gemeinde nur 13,5 Liter pro Sekunde zur Verfügung stehen. Ein Gemeindevorsteher erklärte, dass die Menschen kein Wasser haben, um sich die Hände zu waschen, zu trinken oder ihre Großeltern zu waschen; dass sie gereinigtes Wasser kaufen müssen, um Krankheiten zu vermeiden; dass die Bewohner*innen von El Melón unter der Verseuchung und Verschmutzung des Grund- und Oberflächenwassers leiden, weil sie keinen ausreichenden, gerechten und dauerhaften Zugang zu der lebenswichtigen Ressource Wasser haben. Die Gemeinden forderten eine vollständige Einstellung der Aktivitäten, doch im September 2023 wurde die Betriebsgenehmigung verlängert. Die ländlichen Gemeinden in der Nähe der Minas-Rio-Mine von Anglo American wären von einem Bruch des Rückhaltebeckens direkt betroffen. Die Gemeindevorsteher der Stadt Conceição do Mato Dentro, in der die Mine Minas-Rio von Anglo American betrieben wird, beklagen eine mangelnde Beteiligung und dass die Forderungen der Gemeinden, z.B. hinsichtlich Umsiedlung, nicht gehört würden. Anglo American leugnet die Betroffenheit der Gemeinden. Diese sind jedoch ohne Wasser und leben mit giftigem Staub, der durch die Explosionen des Bergbauunternehmens verursacht wird. Anführer*innen, die sich dem Bergbau widersetzen, werden bedroht und verfolgt und müssen an Menschenrechtsschutzprogrammen teilnehmen. In Sambia soll der Konzern jahrzehntelang die Bleivergiftung von etwa Hunderttausend Menschen in der Nähe seiner Mine ignoriert haben. Über die eingereichte Sammelklage ist noch nicht entschieden. Bis 2022 war Anglo American Teilbesitzer der Cerrejón-Mine in Kolumbien, für die 20 Gemeinden zwangsumgesiedelt oder enteignet wurden. Bis heute hat das Unternehmen dafür keine Verantwortung übernommen.

Um Platz für den Goldtagebau des Konzerns AngloGold Ashanti zu schaffen, wurden Bewohner*innen der Stadt Geita einst vertrieben und lebten jahrelang unter menschenunwürdigen Bedingungen in Zeltlagern. Heute erreicht die Geita Mine im Responsible Mining Index gerade einmal 19% – was dem schlechten Standard der Branche entspricht. Problematisch bei der Bewertung auf Konzernebene ist unter anderem, dass AngloGold Ashanti zwar einige Richtlinien vorweisen kann, diese aber nicht mit Nachweisen untermauern kann, um beispielsweise die Qualität der Beziehungen zu den betroffenen Gemeinden zu bewerten.

Ausgabe, Jahr	Unternehmen	Aktuelle Investitionen (Stand: Juli/August 2023)	Gesamtsumme der Folgefinanzierungen pro Unternehmen (ab dem Folgejahr nach der Erstaufnahme der Bank)
2 (2013)	Arch Resources (früher: Arch Coal) (USA)	23 Mio. € Allianz, BNP Paribas, Credit Suisse, Deutsche Bank, UBS — Nicht mehr investiert: ING, UniCredit	Aufnahme: 2013: Credit Suisse, ING, UBS — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 40 Mio. € — Keine Folgefinanzierungen: ING, UBS
2 (2013) 7 (2019) 9 (2022)	BAE Systems (UK)	4 959 Mio. € Allianz, Barclays, BlackRock, BNP Paribas, Commerzbank, Credit Suisse, DekaBank, Deutsche Bank, DZ Bank, ING, UBS, Zurich — Nicht mehr investiert: Axa, Belfius, KBC, UniCredit	Aufnahme: 2013: BNP Paribas, Credit Suisse, Deutsche Bank 2019: Barclays, Commerzbank — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 1 719 Mio. € — Keine Folgefinanzierungen: Credit Suisse
1 (2012) 2 (2013) 3 (2014) 6 (2018)	Barrick Gold (Kanada)	550 Mio. € Allianz, Axa, Barclays, BNP Paribas, Crédit Agricole, Credit Suisse, DekaBank, Deutsche Bank, DZ Bank, HSBC, ING, Legal & General, Munich Re, Prudential, Société Générale, Swiss Re, UBS, UniCredit — Nicht mehr investiert: BayernLB, Commerzbank, Julius Bär, KBC, LBBW, Rabobank, Zurich	Aufnahme: 2012: BNP Paribas, Deutsche Bank, ING, 2013: UBS 2014: Barclays, Credit Suisse, HSBC, Société Générale — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 5 288 Mio. € — Keine Folgefinanzierungen: ING
8 (2020) 9 (2022)	BASF (Deutschland)	1 597 Mio. € Allianz, Axa, BNP Paribas, Commerzbank, DekaBank, Deutsche Bank, DZ Bank, HSBC, LBBW, Santander, Stadtsparkasse Düsseldorf, UBS, UniCredit — Nicht mehr investiert: Alte Leipziger	Aufnahme: 2020: BNP Paribas, Commerzbank, Deutsche Bank, HSBC, ING, Santander, UBS, UniCredit 2022: BayernLB, DZ Bank, LBBW — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 6 226 Mio. € — Keine Folgefinanzierungen: BayernLB, DZ Bank, LBBW, UBS
2 (2013) 5 (2017) 9 (2022)	Bayer (inkl. Monsanto) (Deutschland, (USA))	3 488 Mio. € Allianz, Alte Leipziger, Axa, BNP Paribas, Commerzbank, Credit Suisse, DekaBank, Deutsche Bank, DZ Bank, HSBC, LBBW, Munich Re, UBS, UniCredit — Nicht mehr investiert: ING, KBC	Aufnahme: 2013: UniCredit 2017: BNP Paribas, Deutsche Bank, HSBC, ING, UBS 2022: BayernLB, Commerzbank — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 13 658 Mio. € — Keine Folgefinanzierungen: BayernLB, UBS
9 (2022)	Bharat Electronics (Indien)	7 Mio. € Allianz, Deutsche Bank	—
1 (2012) 6 (2018)	BHP Group (Australien)	1 467 Mio. € Allianz, Barclays, BNP Paribas, Crédit Agricole, DekaBank, Deutsche Bank, DZ Bank, HSBC, LBBW, Munich Re, UBS — Nicht mehr investiert: Argenta, BayernLB, Commerzbank, ING, KBC, UniCredit	Aufnahme: 2012: BNP Paribas, Deutsche Bank, ING, UniCredit 2018: Barclays, Crédit Agricole, HSBC, UBS — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 2 393 Mio. € — Keine Folgefinanzierungen: HSBC, ING
7 (2019)	Boeing (USA)	615 Mio. € Barclays, Credit Suisse, Deutsche Bank — Nicht mehr investiert: BBVA	Aufnahme: 2019: Barclays, BBVA, BNP Paribas, Deutsche Bank — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 9 857 Mio. €

Die Kohleproduktion von Arch Resources, ehemals Arch Coal, liegt mit ca. 63,8 Mt auf hohem Niveau. Tatsächlich basiert der Umsatz aus dem operativen Geschäft von Arch Resources zu 42% auf dem Kohlegeschäft. Im US Greenhouse 100 Suppliers Index 2023, der auf offiziellen Umweltdaten der Environmental Protection Agency (EPA) beruht, belegt Arch Resources den siebten Platz unter den Unternehmen hinsichtlich des CO₂-Äquivalents der Treibhausgasemissionen, die sich aus der Bereitstellung ihrer Produkte im Jahr 2021 ergeben und durch die Freisetzung, Verbrennung oder Oxidation verursacht werden. Neben dem klimaschädlichen Geschäftsmodell Kohle setzt das Unternehmen weiterhin auf die besonders umweltschädliche Abbaumethode des „Mountaintop Removal“. Bei dieser Methode werden Bergkuppen in den Appalachen gesprengt, um möglichst einfach an die darunter liegende Kohle zu gelangen. Dass der Kohleabbau immer auch in das Leben der lokalen Bevölkerung vor Ort eingreift, zeigen verschiedene Bürgerklagen, deren Grundstücke unter anderem von austretendem Methangas betroffen sind.

Auf der Liste der größten Rüstungshersteller und Militärdienstleister des Stockholmer Internationalen Friedensforschungsinstituts (SIPRI) lag der Konzern 2021 auf Platz 6. BAE ist ein nahezu reines Rüstungsunternehmen (97% militärischer Umsatzanteil) und auch Anteilseigner der Rüstungsfirma MBDA, welche SIPRI auf Rang 27 der größten Rüstungshersteller listet. BAE Systems ist an der Produktion von Atomwaffen bzw. an drei Kernwaffenarsenalen in Frankreich, den USA und Großbritannien beteiligt. Darüber hinaus war BAE in den letzten Jahren direkt, als Teil eines Konsortiums und als Mutterkonzern für die Produktion und den Export von Rüstungsgütern in zahlreiche kriegführende Staaten verantwortlich, darunter Katar, Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und der Irak. Das könnte für den Konzern noch ein juristisches Nachspiel haben. Ende 2019 haben sechs Nichtregierungsorganisationen bei der Anklagebehörde des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag Strafanzeige gegen BAE und andere europäische Rüstungsexporture gestellt. Der Vorwurf: Beihilfe zu Kriegsverbrechen im Jemen durch die Lieferung von Kampfflugzeugen und Bomben.

Nachdem Barrick Gold seine Goldmine Pascua Lama in der chilenisch-argentinischen Gletscherregion im Jahr 2020 wegen gravierender Umweltschäden gerichtlich schließen musste, kündigte das Unternehmen im Folgejahr die Wiederinbetriebnahme einer anderen, nicht minder vorbelasteten Goldmine in Papua-Neuguinea an. Die Porgera-Mine blickt auf eine Vergangenheit schwerer Umwelt- und Menschenrechtsverletzungen zurück, darunter Vergewaltigungen und unkontrollierte Abfallentsorgung, weshalb sie eigentlich 2020 durch die Regierung geschlossen worden war. Die Verantwortung von Barrick Gold für soziale und ökologische Missstände in Papua-Neuguinea führte bereits 2009 zum Ausschluss vom Norwegischen Pensionsfonds. Auch die Tochtergesellschaft Acacia Mining wurde 2019 zu einer Geldstrafe von 2,4 Mio. USD wegen schwerer Umweltverschmutzung durch die North Mara Goldmine in Tansania verurteilt. Drei Jahre später reichte eine Gruppe tansanischer Dorfbewohner*innen Klage gegen das Unternehmen für die gleiche Mine ein. Die Vorwürfe beinhalten die Beteiligung an außergerichtlichen Tötungen durch die Polizei, Folter und andere Misshandlungen. Auch das Klima bleibt von Barrick Gold nicht verschont: Der Konzern plant oder realisiert weltweit neue Pipelines. Solche Infrastrukturprojekte wiegen besonders schwer, weil sie über Jahrzehnte in Betrieb bleiben und damit auch zukünftig die Nutzung fossiler Rohstoffe zementieren.

Die BASF ist einer der weltweit größten Emittenten von Treibhausgasen, plant aber keinen Ausstieg aus der Nutzung fossiler Rohstoffe und hat keine der besonders wichtigen kurzfristigen Reduktionsziele bis 2025 formuliert. 2021 förderte die Öl- und Gastochter Wintershall Dea 247,5 Millionen Barrel Öläquivalent, davon 58% aus unkonventionellen und damit besonders umweltschädlichen Quellen. In den kommenden Jahren plant der Konzern die Erschließung neuer Öl- und Gasressourcen, was dem Erreichen der Klimaziele diametral entgegensteht. Im Jahr 2022 ergaben Recherchen, dass Gaskondensat, das Wintershall Dea über ein russisches Joint Venture in Westsibirien fördert, mutmaßlich in die Lieferkette für russischen Militärkraftstoff gelangt ist. Wintershall Dea weist die Vorwürfe zurück. BASF ist zudem ein Hersteller von Pestiziden. 2023 wurde in einer Studie erneut deutlich, in welchem Ausmaß Agrochemiekonzerne wie BASF in der EU wegen hoher Gesundheitsrisiken verbotene Pestizide in Schwellen- und Entwicklungsländer wie Brasilien und Indien exportieren und damit eine „chemische Kolonialisierung“ herbeiführen. Als Chemiekonzern ist BASF zudem an der Herstellung von Kunststoffen beteiligt. BASF wirbt unter anderem für „chemisches Recycling“, ein energieintensives Verfahren in den Kinderschuhen, um Plastik erneut in seine chemischen Bauteile zu zerlegen. Umweltgruppen kritisieren dieses Manöver als Nebelkerze der Industrie, um weiter Plastik produzieren zu können.

2021 wurde eine Klage von Bayer vor dem Europäischen Gerichtshof abgewiesen. Der Konzern hatte versucht, ein Teilverbot seiner Insektizide in der EU zu kippen. Das Gericht bestätigte damit erneut die gesundheitlichen und ökologischen Risiken der Pestizide, die unter anderem für das Bienensterben verantwortlich gemacht werden. Auch international sind Gerichtsverfahren und Proteste gegen Bayer anhängig, insbesondere im Zusammenhang mit der 2018 erfolgten Übernahme von Monsanto. Monsanto habe seit 2015 Kritiker*innen aus Politik, Wissenschaft und Medien in Europa ausspioniert. Ähnliche Vorwürfe gibt es auch gegen Bayer selbst: 2021 enthüllten interne Dokumente, wie Bayer gemeinsam mit dem Industrieverband CropLife versuchte, das drohende Verbot des mutmaßlich krebserregenden Herbizids Glyphosat in Mexiko zu verhindern. Bayer bestreitet bis heute, dass Glyphosat krebserregend ist. Ein entsprechender Berufungsantrag des Konzerns scheiterte jedoch 2022 in den USA. 2023 wurde in einer Studie erneut deutlich, in welchem Ausmaß Agrochemiekonzerne wie Bayer in der EU wegen hoher Gesundheitsrisiken verbotene Pestizide in Schwellen- und Entwicklungsländer wie Brasilien und Indien exportieren und damit eine „chemische Kolonialisierung“ herbeiführen. 2022 arbeitete eine Studie die Desinformationsstrategien von Monsanto bzw. Bayer auf, die es dem Konzern seit Jahren ermöglichen, seine Pestizide zu verkaufen, obwohl sich die Hinweise auf deren Gesundheitsrisiken häufen. Zuletzt zeigte eine Untersuchung der Universität Stockholm, wie u.a. Bayer bei der EU-Zulassung seiner Produkte wissenschaftliche Studien zu möglichen Entwicklungsstörungen bei Kindern und Föten zurückgehalten haben soll.

Bharat Electronics (BEL) lieferte zwischen 2016 und 2021 militärische Radarsysteme an die Konfliktstaaten Armenien und Myanmar. Eine aktuelle Recherche von Justice for Myanmar belegt, dass BEL auch in den vergangenen Monaten das myanmarische Militär mit zahlreichen Rüstungsgütern und -technologien beliefert hat. Aufgrund seiner Rüstungsexporte in bewaffnete Konflikte wurde das Unternehmen 2023 vom Norwegischen Pensionsfonds ausgeschlossen. Darüber hinaus war BEL im Jahr 2013 gemeinsam mit der indischen Militärforschungs- und Entwicklungsbehörde DRDO an der Entwicklung des nuklearfähigen Raketensystems Akash beteiligt. Informationen zu diesem geächteten Waffensystem sind zum Zeitpunkt der Recherche immer noch auf der Website des Unternehmens zu finden.

Im ökologischen Vergleich mit anderen Metall- und Bergbauunternehmen der World Benchmarking Alliance belegt BHP derzeit zwar Platz 22 von 97, hat aber nach wie vor großen Verbesserungsbedarf, etwa in Bezug auf eine fehlende Nachhaltigkeitsstrategie oder Vorkehrungen im Bereich Biodiversität und Ökosysteme. 2021 verkaufte BHP seine Beteiligung an der Cerrejón-Mine in Kolumbien, die seit Jahrzehnten wegen Menschenrechts- und Umweltverstößen in der Kritik steht. Andernorts bleiben Konflikte zwischen BHP und lokalen Bevölkerungsgruppen indes bestehen, so wie in Arizona, wo BHP zusammen mit Rio Tinto zu 45% an dem geplanten Kupferminenprojekt Resolution Copper beteiligt ist. Indigene Gruppen wehren sich seit Jahren gegen das Großprojekt und reichten Klage ein, da im Zuge eines Landtauschs für sie heilige Stätte unwiederbringlich zerstört würden. Außerdem sei das Projekt ein Verstoß gegen einen Vertrag zwischen den Apachen und den USA aus dem Jahr 1852. Den Bergbauunternehmen BHP und Vale drohen ferner bis zu 44 Mrd. US-Dollar Schadenersatz für eine Umweltkatastrophe in Brasilien: 2015 brach der von ihnen gemeinsam betriebene Staudamm Fundão und löste mit 19 Toten eine der bislang schwersten Umweltkatastrophen des Landes aus. Rund 700 000 Betroffene haben in London Klage gegen die beiden Unternehmen eingereicht.

Boeing, drittgrößtes Rüstungsunternehmen der Welt, erbringt zahlreiche Dienstleistungen und Entwicklungen für die US-Nukleartriade: Zu Land unter anderem für die Entwicklung und Produktion der interkontinentalen ballistischen Raketen Minuteman III und zu Wasser für das Navigations-Subsystem des U-Boot gestützten ballistischen Flugkörpers Trident II D5. Boeing war eines der ersten Unternehmen in 2005, die vom Norwegischen Pensionsfonds wegen der Produktion von Atomwaffen ausgeschlossen wurden. Der Fonds bewertete die Modernisierung des Lenksystems für die Atomrakete Minuteman III als gleichbedeutend mit der ursprünglichen Entwicklung dieser Komponente. Darüber hinaus ist Boeing sowohl direkt als auch als Mutterkonzern für die Produktion und den Export von Rüstungsgütern in zahlreiche kriegführende Staaten verantwortlich, die beispielsweise Konfliktparteien in den Bürgerkriegen im Jemen und in Libyen sind, darunter Katar, Kuwait, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate. Boeing ist auch einer der größten Emittenten von Treibhausgasen, hat aber keine ausreichenden kurz-, mittel- und langfristigen Reduktionsziele.

Ausgabe, Jahr	Unternehmen	Aktuelle Investitionen (Stand: Juli/August 2023)	Gesamtsumme der Folgefinanzierungen pro Unternehmen (ab dem Folgejahr nach der Erstaufnahme der Bank)
2 (2013)	Bolloré (Frankreich)	192 Mio. € BlackRock, Credit Suisse, DekaBank, UBS	Aufnahme: 2013: BNP Paribas, ING — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 1 008 Mio. €
5 (2017)	BP (UK)	1 162 Mio. € BNP Paribas, Deutsche Bank, HSBC, UBS — Nicht mehr investiert: ING	Aufnahme: 2017: BNP Paribas, Deutsche Bank, HSBC, UBS — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 10 217 Mio. €
3 (2014)	Bumitama Agri (Indonesien)	< 1 Mio. € Deutsche Bank — Nicht mehr investiert: Crédit Agricole	Aufnahme 2014: HSBC, Rabobank — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 0 Mio. €
3 (2014)	Cargill (USA)	127 Mio. € Allianz, Axa, Crédit Agricole, Credit Suisse, Deutsche Bank, HSBC, Legal & General, UBS — Nicht mehr investiert: Belfius, BNP Paribas, ING, Prudential, UniCredit, Zurich	Aufnahme: 2014: Barclays, BNP Paribas, Commerzbank, Crédit Agricole, Credit Suisse, Deutsche Bank, HSBC, ING, KBC, Lloyds Bank, Rabobank, Société Générale — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 13 813 Mio. € — Keine Folgefinanzierungen: KBC
5 (2017)	Centerra Gold (Kanada)	13 Mio. € BNP Paribas, HSBC, UBS	—
2 (2013) 3 (2014) 9 (2022)	Chevron (USA)	26 420 Mio. € Allianz, Axa, BlackRock, BNP Paribas, Commerzbank, Crédit Agricole, Credit Suisse, DekaBank, Deutsche Bank, DZ Bank, HSBC, ING, Julius Bär, KBC, Legal & General, Lloyds Bank, Munich Re, Prudential, Société Générale, Swiss Re, UBS, Zurich — Nicht mehr investiert: Argenta, Belfius, UniCredit	Aufnahme: 2013: BNP Paribas, Deutsche Bank, ING 2014: Barclays, HSBC, Lloyds Bank, Société Générale, UBS 2022: UniCredit — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 9 946 Mio. € — Keine Folgefinanzierungen: UBS, UniCredit
4 (2016)	China Gold International Resources (Kanada)	0 Mio. € — Nicht mehr investiert: Allianz, BlackRock, HSBC, State Street Global Advisors, Vanguard	—
3 (2014)	Coal India (Indien)	15 Mio. € Deutsche Bank, HSBC, ING, Legal & General, UBS — Nicht mehr investiert: Axa, BNP Paribas, Crédit Agricole, Credit Suisse, KBC, Lloyds Bank, Prudential, Société Générale, UniCredit	Aufnahme: 2014: Credit Suisse, Deutsche Bank — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 927 Mio. €
1 (2012) 4 (2016) 8 (2020)	The Coca-Cola Company (USA)	55 952 Mio. € Allianz, BlackRock, BNP Paribas, Commerzbank, Crédit Agricole, DekaBank, Deutsche Bank, DZ Bank, HSBC, ING, KBC, LBBW, Munich Re, Santander, State Street Global Advisors, UBS, Vanguard — Nicht mehr investiert: Argenta, BayernLB, UniCredit	Aufnahme: 2012: BNP Paribas, Deutsche Bank 2016: Crédit Agricole, HSBC 2020: Santander — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 11 733 Mio. € — Keine Folgefinanzierungen: Crédit Agricole

Bolloré ist über seine Beteiligung an dem Unternehmen SOCFIN Miteigentümer des Plantagenbetreibers Socapalm in Kamerun, der wegen sozialer und ökologischer Missstände, darunter Gewalt durch Sicherheitskräfte, in der Kritik steht. 2019 reichten mehrere NGOs Klage gegen das Unternehmen ein, da ein bereits 2013 verabschiedeter Aktionsplan zur Behebung der Probleme von Bolloré nie umgesetzt wurde. Wegen Bestechung von Amtsträgern in Afrika musste sich Bolloré zuletzt 2021 vor Gericht verantworten: Der Konzern hatte die Wahlkampagnen des togoischen Präsidenten Gnassingbé unterstützt und im Gegenzug Sonderkonditionen in den großen Häfen Togos erhalten. Das Unternehmen wurde zu einer Geldstrafe von 12 Mio. USD verurteilt. Eine ähnliche Strategie soll Bolloré auch in Guinea mit Präsident Alpha Condé verfolgt haben.

BP ist einer der weltweit größten Emittenten von Treibhausgasen. Die ohnehin unzureichenden kurz- und mittelfristigen Reduktionsziele wurden Anfang 2023 im Zuge der sprudelnden Einnahmen aus dem fossilen Geschäft infolge der russischen Invasion in der Ukraine gekippt. Statt der ursprünglich angestrebten Reduktion von 35–40% plant BP nur noch 20–30%. Auch die geplante Kürzung der Öl- und Gasförderung bis zum Ende des Jahrzehnts wurde von ursprünglich 40% auf 25% reduziert. 2021 förderte BP 1.066,9 Millionen Barrel Öläquivalent, davon 27% mit unkonventionellen und damit besonders umweltschädlichen Methoden wie Fracking. Auch die geplante Erschließung neuer Öl- und Gasressourcen in den kommenden Jahren steht nicht im Einklang mit den Pariser Klimazielen. In den USA wurde BP zuletzt 2023 in einem Vergleich zu einer Rekordstrafe von 40 Mio. USD verurteilt: Eine Tochterfirma im Bundesstaat Indiana hatte Schadstoffe gesetzeswidrig in Luft und Abwasser abgeleitet. Neben der Strafzahlung muss BP rund 197 Mio. USD in die technologische Erneuerung des Standortes investieren, um dessen Umweltbelastung zukünftig zu verringern.

Entgegen den seit 2014 versprochenen Verbesserungen bezeichnete Greenpeace Bumitama Agri auch 2018 als „eines der eklatantesten Beispiele für das Versagen des RSPO“ (Roundtable on Sustainable Palmoil): Der Konzern habe mehrere Palmölplantagen in Indonesien unrechtmäßig angelegt, oft fehlten Genehmigungen, Landnutzungslizenzen und andere notwendige Dokumente. Die Widersprüche zu den RSPO-Prinzipien habe Bumitama durch systematische Geldwäsche zu verschleiern versucht. Im Jahr 2021 wurde der Rohstoffkonzern Harita Group, zu dem Bumitama mehrheitlich gehört, für seine intransparenten Nickel- und Bauxitabbauaktivitäten in Indonesien kritisiert, die mit großen Risiken für Wälder und lokale Gemeinschaften einhergehen.

2023 reichte die NGO Client Earth Klage gegen Cargill ein: Trotz der Selbstverpflichtung, bis 2025 „entwaldungsfrei“ zu wirtschaften, habe der Konzern Abholzung und Menschenrechtsverletzungen in seiner brasilianischen Sojallieferkette nicht bekämpft. Cargill wurden in der Vergangenheit mehrfach (zuletzt 2023) Geschäftsbeziehungen zu Plantagenbetreibern nachgewiesen, die für Rodungen und illegale Landnahmen verantwortlich sind. In Kanada wurde im Jahr 2020 eine Sammelklage gegen Cargill eingereicht. Grund war das Fehlen von Covid-19-Schutzmaßnahmen in einem Fleischverarbeitungsbetrieb, in dem es zu einem der größten Ausbrüche des Virus in Nordamerika mit drei Todesfällen gekommen war. Unterdessen wurde eine fast zehn Jahre alte Klage gegen Cargill wegen Unterstützung von Kindersklaverei auf Kakaofarmen in der Elfenbeinküste 2021 vom Obersten Gerichtshof der USA fallengelassen. Kläger*innen aus Mali hatten Cargill und einem Nestlé-Tochterunternehmen vorgeworfen, mit dem Kauf von Kakao von den betroffenen Plantagen Menschenrechtsverletzungen wissentlich ignoriert und damit unterstützt zu haben.

Die bereits 2017 in Dirty Profits 5 kritisierte Goldmine Kumtor, die das Unternehmen gemeinsam mit der kirgisischen Regierung betrieb, war zuletzt Gegenstand eines von Centerra angestregten internationalen Schiedsgerichtsverfahrens: 2021 konfiszierte die Regierung die Mine – mutmaßlich wegen Gefahren für Mensch und Umwelt. Ein kirgisches Gericht hatte Centerra Gold wegen der Lagerung von Gesteinsabfällen in der Gletscherregion eine Strafe von 3,1 Mrd. USD auferlegt. Die Regierung wirft dem Unternehmen zudem Korruption vor. Vorausgegangen waren jahrelange Streitigkeiten über die Aufteilung der Gewinne. Centerra bestreitet alle Vorwürfe. Angesichts des kostspieligen Schiedsverfahrens drängt die Regierung auf eine außergerichtliche Einigung. Aus einem weiteren Bergbauprojekt in der Mongolei hat sich Centerra bereits 2018 zurückgezogen, um sich nach eigenen Angaben künftig auf Kanada und die Türkei zu konzentrieren. Dem Projekt waren Proteste der mongolischen Bevölkerung wegen fehlender Beteiligung lokaler Gemeinden, Korruptionsvorwürfen und der Belästigung von Aktivist*innen vorausgegangen.

Chevron führt gleich mehrere klima- und umweltschädliche Ranglisten an. So ist der Konzern nicht nur einer der weltweit größten Emittenten von Treibhausgasen ohne ausreichende kurz-, mittel- und langfristigen Reduktionsziele, Chevron zählt auch zu den größten Plastikproduzenten der Welt und war 2021 für 0,9 Mio. Tonnen Einwegplastikabfälle verantwortlich. Chevron wies 2021 zudem eine hohe Öl- und Gasförderleistung von 1.322,3 Mio. Barrel Öläquivalent auf, von denen 41% aus besonders umweltschädlichen unkonventionellen Quellen stammten. In den kommenden Jahren plant der Konzern die Erschließung neuer Öl- und Gasvorkommen, womit Chevron den internationalen Klimazielen zuwiderhandelt. So investierte Chevron zwischen 2020 und 2022 durchschnittlich 1 353,4 Millionen US-Dollar in Explorationsprojekte für neue Öl- und Gasressourcen. Zuletzt untersuchte die NGO Corporate Accountability die CO₂-Kompensationsprogramme von Chevron zwischen 2020 und 2022 und stuft sie zu 93% als „wertlos“ ein. 2019 wurde eine Klage gegen Chevron in Kanada fallen gelassen: In Ecuador hatte eine heutige Tochterfirma von Chevron zwischen 1964 und 1992 Umweltverschmutzungen verursacht. In Ecuador wurde Chevron dafür bereits verurteilt, hat dort aber keine Vermögenswerte. In Colorado wurden dem Konzern 2021 Klima-Desinformationskampagnen vorgeworfen. Seit dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine steht Chevron auch wegen seiner Beteiligung an der CPC-Pipeline durch Kasachstan und Russland in der Kritik, die eine permanente Exportroute für russisches Öl darstellt. Seine Beteiligung am Yadana Gas Project in Myanmar kündigte Chevron 2023 an, nach dem Militärputsch 2021 an einen kanadischen Ölkonzern zu verkaufen. Mit dieser Entscheidung fließt jedoch weiterhin Geld an die Militärdiktatur und ihre Menschenrechtsverbrechen. Die Öl- und Gasindustrie ist die wichtigste ausländische Einnahmequelle. Chevron steht unter anderem in der Kritik, beim Verkauf seiner Anteile menschenrechtliche Sorgfaltspflichten verletzt zu haben.

Der Bergbaukonzern China Gold International Resources (CGIR) mit Sitz in Kanada ist das Auslandsunternehmen des chinesischen Staatsunternehmens China National Gold Group. Nach wie vor betreibt CGIR die bereits 2016 kritisierte Jiama Mine in Tibet und hat die Abbaukapazitäten noch erweitert. Bezüglich des damals untersuchten Erdbebens gibt es keine neuen Informationen. Bis heute wird China allerdings für seine repressive Assimilationspolitik kritisiert. Die menschen- und arbeitsrechtliche Situation in Tibet ist daher weiterhin hoch prekär.

Coal India reiht sich in die weltweite Spitzenliste klimaschädlicher Unternehmen ein. Aufgrund des hohen Umsatzanteils von 70% mit Kohle, dem fossilen Energieträger mit der schlechtesten Klimabilanz, wurde das Unternehmen 2016 vom Norwegischen Pensionsfonds ausgeschlossen. Dennoch soll die Kohleförderung in Zukunft weiter ausgebaut werden. Coal India zählt zu den weltweit größten Treibhausgasemittenten – ohne jegliche Reduktionsziele formuliert zu haben. Darüber hinaus steht Coal India auch wegen Menschenrechtsverletzungen in der Kritik. Zuletzt hat Amnesty International India 2016 Vorwürfe gegen Coal India und die indischen Behörden erhoben. Das Unternehmen würde indigene Advasi-Gemeinschaften von Entscheidungen über Kohleminen in ihren Gebieten ausschließen und Landrechte verletzen. Coal India und die indische Regierung wiesen die Vorwürfe von Amnesty ohne weitere Erklärungen zurück. Auch laut dem Responsible Mining Index schneidet das Unternehmen in Bezug auf einen verantwortungsvollen Bergbau „auffallend schwach“ ab. So gebe es keine Anzeichen dafür, dass Coal India seinen menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten nachkomme.

Coca-Cola gilt als weltweit größter Verursacher von Plastikverschmutzung in der Konsumgüterindustrie. Zum fünften Mal in Folge erhielt der Konzern die unrühmliche Auszeichnung der Bewegung Break Free From Plastic. Grundlage sind die weltweit gesammelten und analysierten Abfälle in der Umwelt. So sammelten Freiwillige zwischen 2018 und 2022 in 78 Ländern nicht weniger als 85 035 Produkte der Coca-Cola-Produktfamilie. Wie mehrere Studien zeigen, ändert und verschiebt Coca-Cola seine Nachhaltigkeitsziele am laufenden Band – eine als „Greenwashing“ bekannte Marketingstrategie. Passend dazu hat Coca-Cola 2022 angekündigt, den Mehrweganteil bis 2030 auf 25% zu erhöhen und im selben Jahr den Einweganteil erhöht. Plastik ist nicht die einzige Baustelle des Konzerns: Die Corporate Human Rights Benchmark wirft Coca-Cola vor, nicht angemessen und transparent auf Vorwürfe zu Menschen- und Arbeitsrechtsverletzungen zu reagieren, z.B. im Zusammenhang mit Zwangsarbeit und Diskriminierung in Zulieferbetrieben im Kontext der politischen Assimilierung von Uigur*innen und Muslim*innen in China oder Tarifverträgen in Indonesien. Dass knüpft an frühere Reaktionsmuster des Unternehmens an, etwa als es um seinen Wasserverbrauch in Indien ging. Zivilgesellschaftliche Kampagnen führten zwar dazu, dass viele Abfüllanlagen schließen mussten und neue gar nicht erst in Betrieb genommen werden konnten – doch statt die Gemeinden zu entschädigen und für die Sanierung aufzukommen, setzte Coca-Cola vor allem auf PR-Maßnahmen (siehe ab S. 62).

Ausgabe, Jahr	Unternehmen	Aktuelle Investitionen (Stand: Juli/August 2023)	Gesamtsumme der Folgefinanzierungen pro Unternehmen (ab dem Folgejahr nach der Erstaufnahme der Bank)
9 (2022)	Dassault Aviation (Frankreich)	14 Mio. € DekaBank, Deutsche Bank — Nicht mehr investiert: Axa	—
8 (2020)	Dow Inc. & DuPont de Nemours (USA)	1 667 Mio. € BNP Paribas, Deutsche Bank, HSBC, Santander, UBS — Nicht mehr investiert (DuPont de Nemours): Santander	Aufnahme: 2020: BNP Paribas, Deutsche Bank, HSBC, ING, Santander — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 2 977 Mio. €
1 (2012)	Drummond (USA)	—	Aufnahme: 2012: BNP Paribas — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 0 Mio. €
3 (2014)	Elbit Systems (Israel)	12 Mio. € Allianz, Barclays, Credit Suisse, Deutsche Bank, Legal & General, UBS — Nicht mehr investiert: Axa	—
1 (2012) 6 (2018) 8 (2020)	Eni (Italien)	1 246 Mio. € Allianz, Barclays, BayernLB, BNP Paribas, Commerzbank, Crédit Agricole, Credit Suisse, DekaBank, Deutsche Bank, DZ Bank, HSBC, KBC, LBBW, Munich Re, Santander, UBS — Nicht mehr investiert: Argenta, ING, UniCredit	Aufnahme: 2012: BNP Paribas, UniCredit 2018: Barclays, Crédit Agricole, Credit Suisse, Deutsche Bank, HSBC, ING, UBS 2020: Santander — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 15 823 Mio. € — Keine Folgefinanzierungen: Credit Suisse, UBS
2 (2013)	Eurasian Resources Group (früher: Eurasian Natural Resources) (UK)	—	Aufnahme: 2013: Credit Suisse, Deutsche Bank, ING, UniCredit — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 0 Mio. €
4 (2016) 8 (2020)	ExxonMobil (USA)	93 664 Mio. € Allianz, BlackRock, BNP Paribas, Commerzbank, Crédit Agricole, DekaBank, Deutsche Bank, DZ Bank, HSBC, ING, Santander, State Street Global Advisors, UBS, Vanguard	Aufnahme: 2016: BNP Paribas, Crédit Agricole, Deutsche Bank, HSBC 2020: ING, Santander — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 10 386 Mio. € — Keine Folgefinanzierungen: ING, Santander
1 (2012)	Flex (früher: Flextronics International) (Singapur)	211 Mio. € Allianz, BNP Paribas, DekaBank, Deutsche Bank, KBC — Nicht mehr investiert: ING, Commerzbank	Aufnahme: 2012: BNP Paribas — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 472 Mio. €
5 (2017)	Freeport-McMoRan (USA)	595 Mio. € BNP Paribas, Deutsche Bank, HSBC, UBS	Aufnahme: 2017: BNP Paribas, Deutsche Bank, HSBC, ING, UBS — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 1 475 Mio. € — Keine Folgefinanzierungen: Deutsche Bank, UBS
3 (2014)	Gap (USA)	100 Mio. € Allianz, Axa, Barclays, BNP Paribas, Crédit Agricole, Credit Suisse, Deutsche Bank, HSBC, ING, Legal & General, UBS — Nicht mehr investiert: Commerzbank, Julius Bär, KBC, Lloyds Bank, Munich Re, Prudential, Société Générale	Aufnahme: 2014: Deutsche Bank, HSBC — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 1 368 Mio. €

Dassault Aviation ist auf der Liste der größten Rüstungshersteller und Militärdienstleister des Stockholmer Internationalen Friedensforschungsinstituts (Sipri) von Platz 42 im Jahr 2018 auf Platz 19 im Jahr 2021 vorgerückt. Direkt oder über Tochterunternehmen exportierte das Unternehmen im Lieferzeitraum 2016 bis 2021 Rüstungsgüter an zahlreiche Konfliktparteien in Konfliktgebieten, darunter Ägypten, Indien, Indonesien, Katar und Pakistan. Kampfflugzeuge von Dassault Aviation dienen nicht nur der nuklearen Abschreckung Frankreichs, sondern sind auch für die Atommacht Indien von strategischer Bedeutung. Das letzte der 36 im Jahr 2016 bestellten Kampfflugzeuge vom Typ ‚Rafale‘ wurde 2022 ausgeliefert. Im Juli 2023 wurde ein neuer Auftrag über 26 Rafale-Kampfflugzeuge für die indische Marine bekannt gegeben. Die Rafale kann Atomsprengköpfe tragen.

Die Chemiekonzerne Dow und DuPont verbindet eine Geschichte von Fusionen und Aufspaltungen sowie eine unrühmliche Liste von Skandalen um giftige Chemikalien auf Kosten von Umwelt und Gesundheit. Im US Toxic 100 Polluters Index 2022, der auf offiziellen Daten der Environmental Protection Agency (EPA) für das Jahr 2020 beruht, rangiert das inzwischen formierte Unternehmen Dow Inc. beispielsweise bei der Wasserverschmutzung auf Platz 4, bei der Luftverschmutzung auf Platz 6 und bei den Treibhausgasemissionen auf Platz 34. 2023 reichte New Jersey Klage gegen die Dow Chemical Company und andere Unternehmen wegen erheblicher 1,4-Dioxan-Verschmutzung des Bundesstaates und seines Trinkwassers ein. Laut dem Plastic Waste Makers Index gehört Dow zu den 100 größten Polymerproduzenten der Welt. Dow, verantwortlich für 5,3 Mio. Tonnen Einwegplastikmüll, belegt im Ranking zum Plastikfußabdruck einmal mehr mit Platz 3 einen der vorderen Plätze. Als einer der größten Treibhausgasemittenten kann Dow keine ausreichenden kurz- und mittelfristigen Reduktionsziele vorweisen. Die Konzerngruppe ist auch im Upstream-Geschäft tätig. Die Öl- und Gasproduktion stammt dabei zu 100% aus besonders umweltschädlichen unkonventionellen Quellen, d.h. es wird beispielsweise durch Fracking gefördert. Neue Öl- und Gasressourcen sollen auch in Zukunft noch erschlossen werden.

Wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit erhob die kolumbianische Staatsanwaltschaft im Mai 2023 in Bogotá Anklage gegen den aktuellen und ehemaligen Chef der kolumbianischen Drummond-Tochter. Laut Staatsanwaltschaft gebe es „hinreichende Beweise“ dafür, dass die beiden die berüchtigte paramilitärische Gruppe AUC unterstützt hätten. Fast 3 400 Menschen in der Minenregion seien den Verbrechen der AUC zum Opfer gefallen. Das Unternehmen weist die Vorwürfe zurück. Ein Gerichtsurteil steht noch aus. Nach Angaben der Organisation Pax For Peace weigert sich Drummond bislang, Entschädigungen zu zahlen oder in einen Dialog mit den Opfern einzutreten.

Elbit Systems steht laut Stockholmer Internationalen Friedensforschungsinstituts (Sipri) auf Platz 28 der weltweit größten Rüstungshersteller und Militärdienstleister. Im Zeitraum 2016 bis 2021 lieferte Elbit Systems Rüstungsgüter in die Konfliktgebiete Aserbaidschan, Brasilien, Indien, Indonesien und Irak. Insbesondere der Krieg um Bergkarabach wurde von Elbit Systems durch massive Waffenlieferungen an Aserbaidschan aufgeheizt. Zudem ist Elbit Systems Vorreiter bei der Entwicklung autonomer Waffensysteme, die verschiedene Grundsätze humanitären Völkerrechts verletzen. Weil der Konzern auch Überwachungstechnik für den israelischen Grenzzaun im Westjordanland produzierte, wurde er 2019 vom Norwegischen Pensionsfonds ausgeschlossen.

Der Öl- und Gaskonzern Eni ist einer der weltweit größten Treibhausgasemittenten. In 2021 betrug die Förderleistung 699,6 Mio. Barrel Öläquivalent. Ausreichende kurz- und mittelfristige Reduktionsziele wurden nicht formuliert. Im Gegenteil: In den nächsten Jahren sollen 2 389,8 Mio. Barrel Öläquivalent an neuen Öl- und Gasressourcen erschlossen werden – ein mit den Pariser Klimazielen unvereinbares Vorhaben. Zudem gehört Eni zu den 100 größten Polymerproduzenten und ist damit mitverantwortlich für Klima-, Gesundheits- und Umweltschäden durch die weltweite Plastikverschmutzung. Zusammen mit 12 Bürger*innen haben Greenpeace und ReCommon 2023 in Italien Klage gegen den Konzern wegen seines Beitrags zur Klimakrise und aller Folgeschäden für Mensch und Umwelt eingereicht. Es ist die erste Klimaklage in Italien. Eni droht mit einer Gegenklage, die Greenpeace als Einschüchterungsversuch wertet (SLAPP, Strategic Lawsuits against Public Participation). Aufgrund jahrzehntelanger Überschwemmungen verursacht durch seine Ölförderung in Nigeria wurde Eni 2019 verpflichtet, neue Kanäle und Wasserdurchlässe zu bauen. Lokale Gemeinden hatten eine OECD-Beschwerde eingelegt, weil das Mgbede-Ölfeld, das von der Tochtergesellschaft Agip Oil betrieben wird, seit mehr als 40 Jahren Überschwemmungen verursacht, durch die ein Großteil der Bevölkerung landwirtschaftliche und physische Schäden erleidet.

Laut dem Responsible Mining Index gehören die Standorte der Eurasian Resources Group zu den am schwächsten bewerteten Bergwerken, wenn es um soziale und ökologische Standards wie den Umgang mit Arbeitnehmerbeschwerden oder Vorgaben zur Luft- und Wasserqualität geht. Im Jahr 2021 berichtete die britische NGO RAID über Missstände in zahlreichen Kobaltminen in der Demokratischen Republik Kongo, die unter anderem von der Eurasian Resources Group (ERG) betrieben werden. Demnach nutzten internationale Minenbetreiber wie die Eurasian Resources Group ein System von Subunternehmen, um die Löhne zu drücken – oft unter das Existenzminimum. Zudem klagten die Minenarbeitenden über ein „kolonialzeitliches“ Arbeitsumfeld, geprägt von Rassismus, physischer und psychischer Gewalt sowie Diskriminierung.

Unverändert zählt ExxonMobil zu den größten Öl- und Gaskonzernen der Welt. Die Öl- und Gasproduktion stammt zu 40% aus unkonventionellen Quellen, wird also zum Beispiel durch Fracking, aus Teersanden oder in der Arktis gewonnen. Der Konzern plant, seine Förderleistung in Zukunft weiter zu steigern. ExxonMobil ist einer der größten Treibhausgasemittenten ohne angemessene kurz-, mittel- und langfristige Reduktionsziele formuliert zu haben. Zwar verkündete das Unternehmen 2022 das Ziel, bis 2050 Netto-Null-Emissionen anzustreben, konterkariert diesen Plan aber bis zuletzt: So genehmigte das Unternehmen nur ein Jahr später die Erweiterung seines Ölprojekts in Guyana – dort soll noch mindestens 20 Jahre lang Öl gefördert werden. In Texas wurde kürzlich gemeinsam mit dem Konzern SABIC eine neue petrochemische Anlage zur Plastikproduktion in Betrieb genommen. ExxonMobil gehört zu den 100 größten Polymerproduzenten der Welt und ist damit mitverantwortlich für die ökologischen und sozialen Schäden von Einwegplastik. Besonders schwer wiegt, dass ExxonMobil seit langem ein hohes Bewusstsein für die klimaschädlichen Auswirkungen des eigenen Handelns hatte. So zeigten Auswertungen interner Dokumente aus den 1970er Jahren, dass die Klimavorhersagen des Konzerns „atemberaubend genau“ waren. Problematisch ist auch das Verhältnis zu den betroffenen Gemeinden. Aktuell: Die Ibeno-Gemeinde in Nigeria plant, ExxonMobil vor ein internationales Gericht zu stellen, sollte der Konzern ihrer wiederholten Forderung nach einer Prüfung der durch die Ölförderung verursachten Umwelt- und Gesundheitsschäden nicht nachkommen.

Nach wie vor zählt Flex zu den weltweit größten Fertigungsdienstleistern für elektronische Waren und produziert damit für eine Reihe namhafter IT-Marken. Im ersten Dirty Profits-Bericht aus dem Jahr 2012 wurde Flex wegen prekärer Arbeitsbedingungen bis hin zu Arbeitsrechtsverletzungen in zahlreichen Produktionsstätten, darunter in Malaysia, Indien, China, Mexiko, Polen, Ungarn oder Rumänien, kritisiert. Es liegen keine Informationen zur aktuellen Situation vor.

Unter den 40 Bergbauunternehmen im Responsible Mining Index rangiert Freeport-McMoRan im Ranking auf Standortebene derzeit auf Platz 18 – mit einer Durchschnittsbewertung von nur 9% pro Mine. Für mehrere Minenstandorte fehlen jegliche Vorgaben u.a. in Bezug auf Luftqualität, Wassernutzung, faire Löhne oder Arbeitssicherheit. Kritisiert wird das Unternehmen auch für die mangelnde Einbeziehung der lokalen Bevölkerung und fehlende Umweltschutzvorgaben beim Betrieb der Minen. Bereits 2006 wurde der Bergbaukonzern vom Norwegischen Pensionsfonds ausgeschlossen. Grund waren schwere Umweltzerstörungen durch den Betrieb der Grasberg-Kupfermine in Indonesien. Entgegen internationaler Standards wurde dort kontinuierlich giftiger Abraumtschlamm in das Flusssystem geleitet. Auf 13,2 Mrd. USD bezifferten die indonesischen Aufsichtsbehörden 2017 die Umweltschäden. 2018 forderte das indonesische Parlament die Regierung auf, die Umweltkosten neu zu kalkulieren.

Gap wird im Fashion Transparency Index 2023 ein großer Verbesserungsbedarf bei der Transparenz von Menschenrechten und Umwelt attestiert: Aktuell erfüllt der Konzern mit 48% nur knapp die Hälfte der geforderten Kriterien für Modekonzerne. Beim Thema Zwangsarbeit in der Lieferkette zeigt sich Gap laut der Initiative KnowtheChain zwar transparenter als andere Modekonzerne, legt aber immer noch zu wenige Informationen offen: So ist nicht bekannt, ob Gap auch Risiken außerhalb seiner Baumwolllieferkette angeht. Auch zu existenzsichernden Löhnen hat sich das Unternehmen noch nicht verpflichtet. Im Bereich der Geschlechtergerechtigkeit lobt die World Benchmarking Alliance hingegen, dass geschlechtsspezifische Bedarfsanalysen für die Beschäftigten in der Lieferkette durchgeführt werden und dass es klare, messbare und zeitlich festgelegte Ziele für die Gleichstellung der Geschlechter gibt. Kritikpunkte sind neben dem Fehlen existenzsichernder Löhne auch das Fehlen von Informationen über das Lohngefälle zwischen Männern und Frauen sowie über berufliche Entwicklungsmöglichkeiten für alle Geschlechter – auch im eigenen Betrieb. Darüber hinaus kam es in der Lieferkette von Gap immer wieder zu Arbeits- und Menschenrechtsverletzungen, zuletzt im Jahr 2022 zu einem Fall von Gewerkschaftszerschlagung in Indonesien.

Ausgabe, Jahr	Unternehmen	Aktuelle Investitionen (Stand: Juli/August 2023)	Gesamtsumme der Folgefinanzierungen pro Unternehmen (ab dem Folgejahr nach der Erstaufnahme der Bank)
2 (2013) 3 (2014) 6 (2018)	Gazprom (Russland)	100 Mio. € Allianz, Credit Suisse, DekaBank, Deutsche Bank, Legal & General, UBS — Nicht mehr investiert: Axa, Barclays, Belfius, BNP Paribas, Commerzbank, Crédit Agricole, DZ Bank, HSBC, ING, Julius Bär, KBC, Lloyds Bank, Munich Re, PKO Bank Polski, Prudential, Société Générale, Swiss Re, UniCredit	Aufnahme: 2013: BNP Paribas, Commerzbank, Deutsche Bank, DZ Bank, ING, KfW, UBS, UniCredit 2014: Barclays, Crédit Agricole, Credit Suisse, HSBC, Lloyds Bank, Rabobank, Société Générale — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 6 472 Mio. € — Keine Folgefinanzierungen: Barclays, Credit Suisse, KfW ¹
1 (2012) 7 (2019)	General Dynamics (USA)	397 Mio. € Allianz, Barclays, BBVA, BNP Paribas, Credit Suisse, Deutsche Bank, ING — Nicht mehr investiert: Commerzbank, DekaBank, KBC, UniCredit	Aufnahme: 2019: BBVA, Lloyds Bank — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 1 566 Mio. €
3 (2014)	GlaxoSmithKline (UK)	2 431 Mio. € Allianz, Argenta, Axa, Barclays, BNP Paribas, Crédit Agricole, Credit Suisse, Deutsche Bank, HSBC, Julius Bär, KBC, Legal & General, Lloyds Bank, Munich Re, Prudential, Société Générale, Swiss Re, UBS, Zurich — Nicht mehr investiert: Commerzbank, ING, Lloyds Bank, UniCredit	Aufnahme: 2014: Barclays, Credit Suisse, Deutsche Bank, HSBC, UBS — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 17 594 Mio. € — Keine Folgefinanzierungen: UBS
1 (2012) 2 (2013) 3 (2014) 6 (2018) 9 (2022)	Glencore (Schweiz)	5 308 Mio. € Allianz, Axa, Barclays, BlackRock, BNP Paribas, Crédit Agricole, Credit Suisse, DekaBank, Deutsche Bank, HSBC, LBBW, Legal & General, Lloyds Bank, Munich Re, Prudential, UBS, UniCredit — Nicht mehr investiert: Argenta, BayernLB, Belfius, Commerzbank, DZ Bank, ING, Julius Bär, KBC, Société Générale, Zurich	Aufnahme: 2012: BNP Paribas, Commerzbank, Deutsche Bank, DZ Bank, ING, UniCredit 2013: Credit Suisse, KBC, KfW, UBS 2014: Barclays, Belfius Bank, Crédit Agricole, HSBC, Lloyds Bank, Rabobank, Société Générale 2022: LBBW — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 34 110 Mio. € — Keine Folgefinanzierungen: Belfius Bank, LBBW
2 (2013)	Golden Agri- Resources (Singapur)	3 Mio. € Allianz, Credit Suisse, Deutsche Bank, UBS — Nicht mehr investiert: Argenta, Belfius, BNP Paribas, DZ Bank, KBC	Aufnahme: 2013: BNP Paribas, Credit Suisse — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 115 Mio. € — Keine Folgefinanzierungen: BNP Paribas
4 (2016) 6 (2018)	Grupo México (Mexiko)	1 581 Mio. € Allianz, BlackRock, Crédit Agricole, Credit Suisse, DekaBank, Deutsche Bank, HSBC, State Street Global Advisors, UBS, Vanguard — Nicht mehr investiert: BNP Paribas, DZ Bank	Aufnahme: 2016: HSBC 2018: Credit Suisse, UBS — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 363 Mio. € — Keine Folgefinanzierungen: Credit Suisse
1 (2012)	H&M	34 Mio. € Allianz, BNP Paribas, DekaBank, Deutsche Bank, ING, Munich Re — Nicht mehr investiert: Argenta, BayernLB, DZ Bank, KBC, LBBW, UniCredit	—
1 (2012) 5 (2017)	Hanwha Corp. (Südkorea)	< 1 Mio. € Deutsche Bank, HSBC, UBS	—

Aufgrund des russischen Angriffskrieges in der Ukraine kann die Initiative Climate 100+ derzeit keine aktuellen Emissionsreduktionsziele von Gazprom verifizieren. Dennoch zählt das Unternehmen nach wie vor zu den weltweit größten Emittenten von Treibhausgasen. 2021 lag die Fördermenge bei 3 747,5 Mio. Barrel Öläquivalent. Das Öl und Gas wird dabei zu 74% unkonventionell und damit in der Regel besonders umweltriskant gefördert – etwa durch Bohrungen in der Arktis. Zudem plant Gazprom entgegen den globalen Klimazielen die Erschließung neuer Förderressourcen. Aktuell spielt das Unternehmen vor allem im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine eine zentrale Rolle: Gazprom ist eine der wichtigsten Finanzierungsquellen des Kreml. Wie kein anderes Unternehmen repräsentierte es zudem die Abhängigkeit Deutschlands und anderer europäischer Länder von russischen Gasimporten. Doch nicht erst, als sich hierzulande 2022 die Gasspeicher nicht mehr füllten, wurde Gazprom als Waffe des Kreml bezeichnet. Bereits in der Vergangenheit hatten zahlreiche Beobachter*innen gewarnt, dass der Konzern die Lieferung und den Preis von Erdgas zur Sicherung der politischen und wirtschaftlichen Kontrolle des Kremls in der Ukraine und in Europa einsetze. Dazu gehört auch die jahrelange Kritik aus den USA und europäischen Nachbarländern an der deutschen Regierung im Zusammenhang mit dem Bau und der letztlich nie erfolgten Inbetriebnahme der Ostseepipeline Nord Stream 2. Zuletzt haben Recherchen die enge Verflechtung zwischen Gazprom und den in der Ukraine eingesetzten russischen Militärbataillonen aufgezeigt. Auch nationale Medien gehören dem einflussreichen Konzern.

General Dynamics belegte 2021 den fünften Platz auf der Liste der weltweit größten Rüstungsproduzenten. Entsprechend umfangreich sind auch die Waffenexporte ins Ausland, sowohl als Teil eines Konsortiums als auch als verantwortlicher Mutterkonzern. Auf der Liste der Empfänger von Rüstungsgütern standen im Lieferzeitraum 2016 bis 2021: Ägypten, Burkina Faso, Brasilien, Indonesien, Indien, Irak, Israel, Katar, Kuwait, Pakistan, Saudi-Arabien, Sudan, Türkei und die Vereinigten Arabischen Emirate – darunter also auch menschenrechtsverletzende Staaten, Kriegsparteien oder Konfliktregionen. Darüber hinaus ist General Dynamics mit den nuklearfähigen U-Boot-Raketen vom Typ Trident II (D5) an der Herstellung geächteter Waffensysteme beteiligt. Aus diesem Grund wurde das Unternehmen 2021 vom Norwegischen Pensionsfonds ausgeschlossen.

Wegen Bestechung chinesischer Beamter wurde GlaxoSmithKline (GSK) 2016 zu einer Strafe von 20 Mio. USD verurteilt. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass Mitarbeitende der chinesischen Tochtergesellschaft Beamte mit Geschenken, Reisen oder Bargeld bestochen hatten, um den Konzernumsatz zu steigern. Die Geldflüsse wurden vom Unternehmen weitgehend verschleiert – zum Beispiel als Sponsoringkosten oder Rednerhonorare verbucht. Im Fall von medizinischen Versuchen in irischen Mutter-Kind-Heimen zeigten Regierungsdokumente 2023, dass sich GSK wiederholt den Forderungen der irischen Regierung nach Entschädigungszahlungen und proaktiver Information der Versuchspersonen widersetzt hatte: Zwei heute zu GSK gehörende Firmen hatten über Jahrzehnte hinweg Impfstoff- und Säuglingsmilchversuche an fast 1 500 Kindern und Säuglingen durchgeführt. Viele wissen bis heute nicht, ob sie Opfer dieser Versuche wurden. Der CO₂-Fußabdruck von Gesundheitsunternehmen wird oft übersehen. Das NewClimate Institute bescheinigte GSK im Jahr 2022 eine geringe Integrität hinsichtlich der Netto-Null-Verpflichtungen bis 2030. Die Autorenschaft bemängelt insbesondere die späte Umsetzung der Emissionsreduktion gegen Ende des Jahrzehnts bzw. den mangelnden Ehrgeiz, bereits jetzt Emissionen einzusparen. Auch die Form der Kompensation von Emissionen durch Naturprojekte im Zieljahr 2030 wird als wenig glaubwürdig eingestuft.

Bis heute ist Glencore direkt und über Tochterfirmen für Verletzungen von Menschen- und Umweltrechten sowie von Standards guter Unternehmensführung verantwortlich und muss sich dafür immer wieder vor Gericht verantworten – so etwa 2020 in Sambia, wo Glencore wegen Steuervermeidung zu einer Strafe von 13 Mio. USD verurteilt wurde. Zuletzt 2021 berichtete die britische NGO RAID über Missstände in zahlreichen Kobaltminen in der Demokratischen Republik Kongo (DRK), wo internationale Minenbetreiber ein System von Subunternehmen nutzten, um die Löhne – oft unter das Existenzminimum – zu drücken. Auch zwei von Glencore betriebene Minen seien betroffen. Zudem klagten die Minenarbeitenden über ein „kolonialzeitliches“ Arbeitsumfeld, geprägt von Rassismus, Gewalt sowie Diskriminierung. Zudem wirkt sich das Geschäft von Glencore klimaschädigend aus: Als einer der größten Treibhausgasemittenten hat das Unternehmen zwar Reduktionsziele formuliert, laut der Investoreninitiative Climate Action 100+ fehlt es aber bei den kurz- und mittelfristigen Zielvorgaben an einer Ausrichtung am 1,5-Grad Ziel. Mit seiner expansiven Kohleproduktion unterläuft der Konzern internationale Klimaziele. Bereits 2020 wurde Glencore aus dem Norwegischen Pensionsfonds ausgeschlossen.

Was zunächst nach dringend nötiger Abhilfe für entstandene Bergbauschäden in Liberia klang, entpuppte sich als Affront: Eigentlich hatte sich Golden Agri-Resources bis 2021 verpflichtet, jede weitere Landerschließung in Liberia auszusetzen und damit der unabhängigen Beschwerdestelle HCSA Folge zu leisten. Diese war zu dem Schluss gekommen, dass das Unternehmen für Entwaldung und die Verletzung von Land- und Kulturrechten in Liberia verantwortlich ist. 2023 kündigte der Konzern seinen Austritt aus dem HCSA an – mutmaßlich, um seine Nachhaltigkeitsverpflichtungen zu umgehen. Laut der NGO Friends of the Earth entbindet dies Agri-Resources dennoch nicht von der Verpflichtung, „den vom HCSA festgelegten [...] Rahmen einzuhalten“. In Indonesien deckten Recherchen im Jahr 2022 das Ausmaß auf, in dem Golden Agri-Resources und andere Palmölkonzerne indigene Gemeinschaften um potenzielle Einkommen in Millionenhöhe brachten und lokale Ökosysteme zerstörten. Das Versprechen, die lokale Bevölkerung mit kleinen Parzellen an der wirtschaftlichen Entwicklung zu beteiligen, löste der Konzern nicht ein. Mindestens 100 000 Hektar Land fehlen den Betroffenen bis heute.

Unter den 40 Bergbauunternehmen im Responsible Mining Index rangiert Grupo México im Ranking auf Standortebene der Minen derzeit auf Platz 23 – mit einer durchschnittlichen Bewertung von nur 7%. „Auffallend schwach“ seien demnach u.a. die arbeits- und umweltrechtlichen Vorgaben an den Minenstandorten des Unternehmens. Der mexikanischen Bergbau-Unternehmensgruppe werden in mehreren Ländern arbeits- und menschenrechtswidrige Praktiken vorgeworfen: In Peru beschuldigten lokale Gemeinschaften die Tochtergesellschaft Southern Copper in 2022 der gewaltsamen Vertreibung von Protestierenden. Im selben Jahr reichte die United Steel Workers Union eine Beschwerde gegen die US-Tochter ASARCO ein. Das Unternehmen habe sich geweigert, die Gewerkschaft anzuerkennen. Wegen mutmaßlicher Arbeitsrechtsverletzungen leitete die US-Regierung 2023 auf Druck der Gewerkschaften eine Untersuchung in einer mexikanischen Mine ein. Auch unter den Folgen einer Umweltkatastrophe, die Grupo México 2014 in der Mine Buenavista del Cobre in Mexiko verursachte, leiden die Betroffenen noch heute – fast zehn Jahre später: Durch den Austritt von Kupfersulfat in das Flusssystem haben heute 95% der Anwohner*innen Blei, 50% Arsen und 79% Cadmium im Blut. Grupo México gehört zudem zu den weltweit größten Emittenten von Treibhausgasen, ohne sich ausreichende kurz-, mittel- und langfristige Reduktionsziele im Einklang mit den Pariser Klimazielen gesetzt zu haben.

H&M wird derzeit vorgeworfen, Menschenrechtsverletzungen in einer Fabrik in Bangalore, Indien, zuzulassen. Der Fast-Fashion-Konzern hat zwar über Gewerkschaften einen Dialog mit den Betroffenen aufgenommen und Druck auf die beschuldigte Fabrik ausgeübt, aber keine Änderung der Unternehmenspraxis in Aussicht gestellt. Auch aus Äthiopien gibt es Berichte über verbale Übergriffe, Missbrauch am Arbeitsplatz, schlechte Arbeitsbedingungen, unbezahlte oder erzwungene Überstunden, Lohnabzüge bei geringfügigen Verstößen und Löhne, die weit unter dem existenzsichernden Lohn für Textilarbeiter*innen liegen. Nach Unternehmensangaben bezieht H&M keine Baumwolle mehr aus Xinjiang. H&M reagierte auf die Vorwürfe nur mit vagen Stellungnahmen und suchte weder den Dialog mit den Betroffenen noch bot es Entschädigungen an. In Bangladesch soll H&M (Stand 2017) Bekleidung von Zulieferern herstellen lassen, bei denen die Arbeitszeit 60 Stunden pro Woche überschreitet und der durchschnittliche Gesamtlohn nur ein Drittel dessen beträgt, was ein existenzsichernder Lohn wäre. H&M bot keine Abhilfemaßnahmen an. 2023 kündigte H&M an, sich schrittweise aus Myanmar zurückzuziehen. Grund dafür seien die zunehmenden Fälle von Arbeitsrechtsverletzungen im Land.

Als Reaktion auf die weltweite zivilgesellschaftliche Kritik – u.a. im Dirty Profits-Report – und den darauf folgenden Investorenausschlüssen, hat sich Hanwha laut einem Informationsschreiben an Facing Finance von seinem Streumunitionsgeschäft in 2020 getrennt und ist damit aktuell nicht mehr in diesem gähteten Rüstungssegment tätig. Daraufhin wurde der Investmentausschluss von Hanwha durch den norwegischen Pensionsfonds wieder aufgehoben. Das Streumunitionsgeschäft von Hanwha wurde in das neu gegründete Unternehmen KDI ausgegliedert. Trotzdem macht Hanwha nach wie vor Geschäfte mit KDI und ist der einzige Produzent des Raketenwerfers K239 Chunmoo, der von KDI hergestellte Streumunition nutzt und an Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate exportiert wurde, die der Streubomben-Konvention nicht beigetreten sind. Zudem rangiert Hanwha derzeit auf Platz 50 der weltweit größten Rüstungsunternehmen und lieferte in den letzten Jahren Militärfahrzeuge an kriegführende Staaten wie Ägypten, die Türkei oder die Vereinigten Arabischen Emirate.

Ausgabe, Jahr	Unternehmen	Aktuelle Investitionen (Stand: Juli/August 2023)	Gesamtsumme der Folgefinanzierungen pro Unternehmen (ab dem Folgejahr nach der Erstaufnahme der Bank)
1 (2012)	Heckler & Koch (Deutschland)	0 Mio. € — Nicht mehr investiert: UniCredit	—
4 (2016) 9 (2022)	Heidelberg Materials (früher: HeidelbergCement) (Deutschland)	5 525 Mio. € Allianz, Alte Leipziger, Axa, BlackRock, BNP Paribas, Crédit Agricole, DekaBank, Deutsche Bank, DZ Bank, HSBC, ING, LBBW, State Street Global Advisors, Vanguard — Nicht mehr investiert: apoBank, Commerzbank, Stadtsparkasse Düsseldorf	Aufnahme: 2016: BNP Paribas, Commerzbank, Deutsche Bank 2022: BayernLB, ING, LBBW — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 2 857 Mio. € — Keine Folgefinanzierungen: BayernLB, LBBW
5 (2017)	Hewlett Packard Enterprise (USA)	582 Mio. € BNP Paribas, Deutsche Bank, HSBC, UBS	Aufnahme: 2017: BNP Paribas, Deutsche Bank, HSBC, ING — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 5 142 Mio. €
1 (2012)	Hon Hai Precision Industry (Foxconn) (Taiwan)	88 Mio. € Allianz, BNP Paribas, DekaBank, Deutsche Bank — Nicht mehr investiert: DZ Bank, ING, KBC, UniCredit	Aufnahme: 2012: ING — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 0 Mio. €
3 (2014)	Hyundai (Südkorea)	< 1 Mio. € Axa — Nicht mehr investiert: Allianz, BNP Paribas, Crédit Agricole, Credit Suisse, Deutsche Bank, HSBC, ING, Julius Bär, KBC, Legal & General, Lloyds, Prudential, Société Générale, Swiss Re, UBS, UniCredit, Zurich	Aufnahme: 2014: Barclays, BNP Paribas, Crédit Agricole, Credit Suisse, Deutsche Bank, HSBC, ING, Société Générale, UBS — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 0 Mio. €
4 (2016)	Industria de Diseño Textil (Inditex) (Spanien)	3 770 Mio. € Allianz, BlackRock, BNP Paribas, Commerzbank, DekaBank, Deutsche Bank, DZ Bank, HSBC, State Street Global Advisors, Vanguard — Nicht mehr investiert: Crédit Agricole	—
8 (2020)	Ineos (UK)	69 Mio. € BNP Paribas, Deutsche Bank, UBS	Aufnahme: 2020: BNP Paribas, Commerzbank, Deutsche Bank, HSBC, ING, Santander — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 2 892 Mio. €
2 (2013)	Jabil (USA)	202 Mio. € Allianz, BNP Paribas, Credit Suisse, Deutsche Bank, Munich Re, UBS — Nicht mehr investiert: Commerzbank, ING	Aufnahme: 2013: BNP Paribas — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 1 421 Mio. €
2 (2013)	Jindal Steel & Power (Indien)	8 Mio. € BNP Paribas, Deutsche Bank, UBS — Nicht mehr investiert: KBC, UniCredit	Aufnahme: 2013: BNP Paribas, Deutsche Bank — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 0 Mio. €
1 (2012)	L3Harris Technologies (früher: L-3 Communications) (USA)	296 Mio. € Allianz, DekaBank, Deutsche Bank, ING, KBC, Munich Re — Nicht mehr investiert: BNP Paribas, Commerzbank, UniCredit	Aufnahme: 2012: Deutsche Bank — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 334 Mio. €
5 (2017) 7 (2019) 9 (2022)	Leonardo (Italien)	53 Mio. € Allianz, Axa, BNP Paribas, Crédit Agricole, DekaBank, Deutsche Bank, LBBW, UBS — Nicht mehr investiert: BBVA, HSBC, Santander	Aufnahme: 2017: BNP Paribas, Deutsche Bank, HSBC 2019: BBVA, Commerzbank, Crédit Agricole 2022: UniCredit — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 1 804 Mio. € — Keine Folgefinanzierungen: UniCredit

Heckler & Koch (H&K) ist auf Kleinwaffen spezialisiert. Dennoch muss sich das Unternehmen für völkerrechtswidrige Waffenlieferungen verantworten: So lieferte der Konzern zwischen 2016 und 2021 direkt und über Tochterfirmen Sturmgewehre an den Irak, wo ein innerstaatlicher Konflikt herrscht. 2019 wurde der Konzern vom Landgericht Stuttgart wegen Verstößes gegen Rüstungsexportbestimmungen zu einer Geldstrafe von 3,7 Mio. € verurteilt. H&K hatte zwischen 2006 und 2009 Maschinengewehre in mexikanische Bundesstaaten mit besonders hohem Menschenrechtsrisiko geliefert.

2020 kündigte HeidelbergCement an, seinen vielfach kritisierten Steinbruch Nahal Raba im besetzten Westjordanland veräußern zu wollen. Eine notwendige Abbaugenehmigung und damit der formale Verkauf standen bis 2022 noch aus. Kritik an den Aktivitäten in den besetzten palästinensischen Gebieten wies das Unternehmen zurück: Es habe keine Verstöße gegen das Völkerrecht feststellen können. In Georgien wird einer 45%-igen Tochtergesellschaft (Heidelberg-Cement Georgia) die Verletzung von Umwelt- und Lizenzbestimmungen vorgeworfen. Das Unternehmen weist alle Anschuldigungen zurück. Weitere Kritik richtet sich gegen einen georgischen Kohlelieferanten, dem Menschenrechtsverletzungen und die Verantwortung für tödliche Arbeitsunfälle vorgeworfen werden. In Indonesien wiederum steht HeidelbergCement wegen des Kalksteinabbaus in den Kendeng-Bergen in der Kritik, der wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte verletzt, unter anderem die der indigenen Gemeinschaft Sedulur Sikep. Die Gemeinden wurden im Planungsprozess für den Bergbau und die Zementproduktion nicht angemessen konsultiert. Ein außergerichtliches Schlichtungsverfahren zu einer OECD-Beschwerde wurde eingeleitet.

2015 spaltete das IT-Unternehmen Hewlett-Packard seine unterschiedlichen Geschäftsfelder in die zwei separaten Unternehmen Hewlett Packard Enterprise (hier untersucht) für Unternehmensprodukte und -dienstleistungen sowie HP Inc. für das Geschäft mit Computern und Druckern auf. Nach Recherchen der Nichtregierungsorganisation Who Profits liefert Hewlett Packard Enterprise Produkte und Dienstleistungen für die Besetzung der palästinensischen Gebiete, wie z.B. für die umstrittene biometrische Datenbank mit Servern (voraussichtlich bis 2026), Wartung und Sicherheitsdienste.

Hon Hai Precision Industry, besser bekannt als Foxconn, steht wegen Arbeitsrechtsverletzungen in der Kritik. 2020 wurde dem Unternehmen nachgewiesen, uigurische Zwangsarbeiter*innen beschäftigt zu haben. Im selben Jahr protestierten rund 1 000 Foxconn-Leiharbeiter*innen wegen fehlender Lohnzahlungen und anderer Arbeitsrechtsverstöße, darunter erzwungene Überstunden. 2021 verfolgte Foxconn einen Whistleblower strafrechtlich – mit Erfolg: Ein chinesisches Gericht verurteilte den ehemaligen Foxconn-Mitarbeiter zu einer zweijährigen Gefängnisstrafe, nachdem er die Ausbeutung von studentischen Praktikant*innen gemeldet hatte. Im Zuge der Covid-19-Pandemie verbreiteten sich – bis heute nicht verifizierte – Videos von gefängnisähnlichen Zuständen und Todesfällen in einer Foxconn-Fabrik über chinesische soziale Medien. Mitarbeiter*innen wurden dort mutmaßlich zum Schutz vor Ansteckung festgehalten. Foxconn bestreitet die Echtheit der Videos.

Hyundai ist ein Beispiel für das hohe Risiko von Menschen- und Arbeitsrechtsverletzungen in Automobilzulieferketten: 2022 ergaben Analysen Verbindungen zu uigurischer Zwangsarbeit in chinesischen Zulieferbetrieben großer Automobilkonzerne, darunter Hyundai und seine Tochter Kia. Im US-Bundesstaat Alabama wurde 2022 nachgewiesen, dass Hyundai und Kia in mehreren ihrer Zulieferbetriebe von Kinderarbeit profitierten. Die meisten der Minderjährigen waren Migrant*innen aus Südamerika. Hyundai versprach, in den USA entsprechende Schutzmaßnahmen einzuführen. In der Bewertung der Corporate Human Rights Benchmark (CHRB) erreicht Hyundai aktuell nur 9 von 100 Punkten. Insbesondere im Bereich der menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht hat der Konzern kaum Richtlinien veröffentlicht. Die CHRB bezieht auch konkrete Missstände in ihre Bewertung ein und kritisiert die mangelnde Transparenz im Umgang mit Menschenrechtsverletzungen in der Aluminium-Lieferkette. Zudem lieferte Hyundai 2020 als Mutterkonzern gepanzerte Fahrzeuge in das konfliktgeplagte Nigeria.

Der Fast-Fashion-Konzern Inditex, bekannt für Modemarken wie Zara, Bershka oder Pull&Bear, muss sich bis heute für prekäre Arbeitsbedingungen in seiner Lieferkette verantworten. 2023 reichte das Europäische Uigurische Institut in Paris Klage gegen Inditex ein. Der Vorwurf: Inditex habe neben anderen Textilkonzernen Baumwolle aus uigurischen Regionen bezogen und sei damit mitverantwortlich für Menschenhandel und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Inditex verwies auf Kontrollen und eine Null-Toleranz-Politik gegenüber Zwangsarbeit. Laut der Initiative KnowTheChain wurde diese Richtlinie jedoch bereits 2021 von der Website entfernt. Konkrete Maßnahmen zur Verhinderung uigurischer Zwangsarbeit legte das Unternehmen nicht offen. In Brasilien weigerte sich das Unternehmen bis 2017 erfolglos, Strafzahlungen für die 2011 aufgedeckten „sklavereiähnlichen“ Zustände in einem Zulieferbetrieb von Zara zu leisten. Das Unternehmen kündigte 2023 seinen Rückzug aus Myanmar an, da es dort zu schweren Arbeitsrechtsverletzungen, unter anderem gegen das Recht auf Vereinigungsfreiheit, gekommen sei.

Laut dem Plastic Waste Makers Index gehört Ineos zu den 100 größten Polymerherstellern der Welt. Diese 100 Unternehmen produzieren 90% des weltweiten Einwegplastikmülls. Ineos ist für 2,8 Millionen Tonnen Einwegplastikabfälle verantwortlich und liegt damit auf Platz 9. Ineos ist ein Beispiel dafür, dass die Finanzierung klima- und umweltschädlicher Unternehmen auch für Kreditgeber riskant sein kann. 2023 erlitt der Chemiekonzern einen schweren Rückschlag bei seinem 3 Mrd. € schweren Prestigeprojekt „Project One“, dem Bau eines Ethancrackers zur Herstellung von Grundstoffen für die Kunststoffproduktion in Antwerpen. Die flämische Regierung hatte die möglichen Auswirkungen der Anlage auf die umliegende Natur nicht ausreichend geprüft. Nach einer Klage von NGOs und Nachbarprovinzen erklärte der Rat für die Überprüfung von Genehmigungsverfahren die Umweltgenehmigung für nichtig – der Bau ist gestoppt. Gleichzeitig sieht sich Ineos mit einer verärgerten schottischen Umweltbehörde konfrontiert, die dem Konzern im Juli 2023 ein „letztes Mahnschreiben“ wegen mutmaßlicher Verstöße gegen Umweltschutzbestimmungen zukommen ließ und bei weiteren Verstößen mit strafrechtlicher Verfolgung drohte.

Zu den früher recherchierten Fällen in der Dirty Profits-Ausgabe 2 aus dem Jahr 2013 liegen keine neuen Informationen vor. Im Jahr 2020 wurde Jabil Circuit von der Gewerkschaft IndustriAll dafür kritisiert, 190 Arbeitnehmer*innen in Italien während der Corona-Pandemie ohne Konsultation der entsprechenden Gewerkschaften entlassen zu haben – trotz eines bereits angekündigten Unterstützungspakets der italienischen Regierung.

Gegen ein von Jindal vorangetriebenes Mega-Stahlprojekt im indischen Bundesstaat Odisha protestieren lokale Gemeinden und Aktivist*innen seit 2022. Sie beklagen mangelndes Mitspracherecht und polizeiliche Repression. Zuletzt entschied der Oberste Gerichtshof, dass lokale Gruppen bei der nächsten Umweltprüfung angehört werden müssen. Auch in Mosambik regte sich 2023 ziviler Protest gegen eine von Jindal geplante Eisenerzmine. Der Vorwurf: Zerstörung von traditionellem Stammesland, auf dem sich unter anderem Friedhöfe befinden. Durch sein Geschäftsmodell entlang der Kohlewertschöpfungskette und insbesondere durch seine Kohleexpansionspläne ist Jindal zudem ein wichtiger Treiber des Klimawandels. Im Bereich Umweltschutz schneidet Jindal laut der World Benchmarking Alliance schlecht ab. So sind wichtige Ziele wie die Bewertung der Auswirkungen seiner Aktivitäten auf Natur und Biodiversität sowie Wasserreduktionsziele nicht ersichtlich.

L3Harris Technologies belegt nach Angaben des Stockholmer Internationalen Friedensforschungsinstituts (Sipri) im Jahr 2021 Platz 13 der weltweit größten Waffenhersteller. Der Konzern ist auch im Bereich geächteter Waffensysteme tätig: Die Tochterfirma Interstate Electronics unterstützt die Atomrakete Trident II (D5) mit Flugtestgeräten und anderen Dienstleistungen. Zwischen 2016 und 2021 war das Unternehmen zudem direkt und indirekt an Rüstungsexporten in Konfliktregionen und an kriegführende Staaten wie die Türkei, Saudi-Arabien oder Jordanien beteiligt.

Auf der Liste der 100 größten Rüstungsproduzenten des Stockholmer Internationalen Friedensforschungsinstituts (Sipri) wird Leonardo 2021 auf Platz 12 geführt. Darüber hinaus ist Leonardo über seine 25%-ige Beteiligung an MBDA an der Produktion geächteter Waffensysteme beteiligt: MBDA ist Hauptauftragnehmer für ASMPA-Nuklearraketen und deren Nachfolger, ASN4G. Das Unternehmen ist unmittelbar sowie über Joint Ventures und Konsortien an Rüstungsexporten in zahlreiche Konfliktregionen und an kriegführende Staaten beteiligt, z.B. in den Konflikten im Jemen, in Libyen und in Syrien. Das könnte für den Konzern ein juristisches Nachspiel haben. Ende 2019 haben sechs Nichtregierungsorganisationen Strafanzeige gegen Leonardo und andere europäische Rüstungsexporteure bei der Anklagebehörde des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag eingereicht. Der Vorwurf: Beihilfe zu Kriegsverbrechen im Jemen durch die Lieferung von Kampfflugzeugen und anderen Rüstungsgütern und Dienstleistungen. Zu den weiteren Empfängerländern gehörten zwischen 2016 und 2021 Ägypten, Israel, Irak, Jordanien, Katar, Kuwait, Pakistan, die Türkei, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate.

Ausgabe, Jahr	Unternehmen	Aktuelle Investitionen (Stand: Juli/August 2023)	Gesamtsumme der Folgefinanzierungen pro Unternehmen (ab dem Folgejahr nach der Erstaufnahme der Bank)
1 (2012) 2 (2013) 3 (2014) 4 (2016) 7 (2019)	Lockheed Martin (USA)	35 955 Mio. € Allianz, Axa, Barclays, BBVA, BlackRock, BNP Paribas, Credit Suisse, Deutsche Bank, HSBC, ING, Legal & General, Société Générale, State Street Global Advisors, Swiss Re, UBS, Vanguard, Zurich — Nicht mehr investiert: Commerzbank, Crédit Agricole, DekaBank, KBC, Lloyds Bank, Munich Re, Prudential, UniCredit	Aufnahme: 2012: Deutsche Bank 2013: BNP Paribas, UBS 2016: Crédit Agricole, 2019: Lloyds Bank, UniCredit — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 2 750 Mio. € — Keine Folgefinanzierungen: BNP Paribas, Deutsche Bank, UBS
2 (2013)	LPP (Polen)	2 Mio. € ING, PKO Bank Polski — Nicht mehr investiert: Allianz, DZ Bank, KBC, UniCredit	—
8 (2020)	Mondelez (USA)	2 097 Mio. € BNP Paribas, Deutsche Bank, HSBC, ING, Santander, UBS	Aufnahme: 2020: BNP Paribas, Commerzbank, Deutsche Bank, HSBC, Santander — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 3 238 Mio. €
4 (2016)	Motorola Solutions (USA)	13 313 Mio. € Allianz, BlackRock, BNP Paribas, Commerzbank, Crédit Agricole, DekaBank, Deutsche Bank, DZ Bank, HSBC, State Street Global Advisors, Vanguard	Aufnahme: 2016: BNP Paribas, Deutsche Bank, HSBC — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 1 109 Mio. €
2 (2013) 4 (2016) 8 (2020)	Nestlé (Schweiz)	26 650 Mio. € Allianz, Argenta, BlackRock, BNP Paribas, Crédit Agricole, Credit Suisse, DekaBank, Deutsche Bank, DZ Bank, HSBC, ING, KBC, Munich Re, Santander, State Street Global Advisors, UBS, UniCredit, Vanguard — Nicht mehr investiert: Belfius, Commerzbank	Aufnahme: 2013: BNP Paribas, Credit Suisse, Deutsche Bank, ING, KBC, UBS 2016: Commerzbank, Crédit Agricole, HSBC 2020: Santander — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 35 441 Mio. € — Keine Folgefinanzierungen: Crédit Agricole, KBC
3 (2014) 6 (2018)	Newmont Corporation (früher: Goldcorp) (Kanada)	2 067 Mio. € Allianz, Axa, Barclays, BNP Paribas, Commerzbank, Credit Suisse, Deutsche Bank, HSBC, ING, KBC, Legal & General, Prudential, Société Générale, UBS, UniCredit — Nicht mehr investiert: Crédit Agricole, Lloyds Bank, Munich Re, Rabobank, Swiss Re	Aufnahme: 2014: Credit Suisse, HSBC 2018: BNP Paribas, ING, UBS — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 2 580 Mio. € — Keine Folgefinanzierungen: ING, UBS
5 (2017)	Norilsk Nickel (Russland)	0 Mio. € — Nicht mehr investiert: BNP Paribas, Deutsche Bank, HSBC, UBS	Aufnahme: 2017: BNP Paribas, Deutsche Bank, HSBC, ING — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 438 Mio. € — Keine Folgefinanzierungen: BNP Paribas, HSBC
1 (2012) 3 (2014) 7 (2019)	Northrop Grumman (früher: Alliant Techsystems) (USA)	959 Mio. € Allianz, Axa, Barclays, BBVA, BNP Paribas, Credit Suisse, Deutsche Bank, ING, Legal & General, Prudential, Société Générale, UBS — Nicht mehr investiert: UniCredit	Aufnahme: 2012: BNP Paribas 2014: ING 2019: Credit Suisse, Lloyds Bank, UniCredit — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 918 Mio. € — Keine Folgefinanzierungen: ING, Lloyds Bank
1 (2012)	Occidental Petroleum (früher: Anadarko Petroleum) (USA)	735 Mio. € Allianz, BNP Paribas, Commerzbank, DekaBank, Deutsche Bank, DZ Bank, ING, KBC, LBBW, Munich Re — Nicht mehr investiert: Argenta, BayernLB, UniCredit	Aufnahme: 2012: BNP Paribas, Deutsche Bank, ING — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 966 Mio. € — Keine Folgefinanzierungen: ING
9 (2022)	Oil and Natural Gas Corporation (Indien)	8 Mio. € Allianz, Deutsche Bank — Nicht mehr investiert: DekaBank, DZ Bank	—

Lockheed Martin ist der weltweit größte Rüstungskonzern. Zu diesem Ergebnis kommt das Stockholmer Internationale Friedensforschungsinstitut (Sipri) im Jahr 2021. Das Unternehmen ist direkt und indirekt an zahlreichen Rüstungsexporten in Konfliktregionen und an kriegführende Staaten beteiligt, darunter Ägypten, Irak, Israel, Jordanien, Katar, Kuwait, Saudi-Arabien, Türkei und die Vereinigten Arabischen Emirate. Lockheed Martin ist Atomwaffenproduzent: Beteiligungen am Sentinel-Raketensystem, an Minuteman III, ALCS-R oder der Atomrakete Trident II (D5) gehören zum Atomwaffenrepertoire des Unternehmens. Bereits 2013 wurde der Konzern deshalb vom Ethikrat des Norwegischen Pensionsfonds ausgeschlossen. 2020 reichten Beschäftigte und Anwohner*innen einer Produktionsanlage im US-Bundesstaat Florida Klage gegen Lockheed Martin ein: Der Konzern habe jahrelang Giftstoffe einer Produktionsanlage falsch entsorgt, was zu lebensbedrohlichen Gesundheitsproblemen geführt habe. Lockheed Martin ist zudem einer der weltweit größten Treibhausgasemittenten seiner Branche. Während die kurz- und langfristigen Emissionsminderungsziele gänzlich fehlen, sind die mittelfristigen Ziele als unzureichend zu bewerten. Ein Lichtblick: Lockheed Martin zieht sich aus dem Tiefseebergbau zurück, der die ohnehin schon stark belasteten Weltmeere bedroht. Im März 2023 verkaufte das Unternehmen seine Tochtergesellschaft UK Seabed Resources an ein norwegisches Unternehmen.

Zuletzt war LPP 2022 in Arbeitsrechtsverletzungen in Myanmar verwickelt: In einer Textilfabrik in Myanmar, die auch LPP beliefert, soll es u.a. zu unbezahlten Überstunden und Belästigungen gekommen sein. LPP kündigte in einer öffentlichen Antwort an das Business & Human Rights Resource Centre an, künftig regelmäßige Sozialaudits in der Fabrik durchzuführen. Bis heute hat sich LPP laut FashionChecker nicht öffentlich zu existenzsichernden Löhnen bekannt. Laut der Initiative KnowtheChain zeigt sich LPP – auch im Vergleich zu anderen Textilunternehmen – bislang besonders intransparent: Zulieferbetriebe sind ebenso wenig ersichtlich wie Maßnahmen zur Verhinderung von Zwangsarbeit. Nach dem Einsturz des Rana-Plaza-Gebäudes in Bangladesch 2013, in dem auch LPP produzierte, trat das Unternehmen dem in der Folge entstandenen „Accord on Fire and Building Safety“ bei. Im Jahr 2021 wurde bekannt, dass dieses zunächst auf fünf Jahre angelegte Arbeitssicherheitsabkommen zwischen internationalen Textilunternehmen und Gewerkschaften künftig als „International Accord for Health and Safety in the Textile and Garment Industry“ fortgeführt und erweitert werden soll.

Eine Auswertung der Brand Audits von Break Free From Plastic zwischen 2018 und 2022 zeigt, dass Mondelez als weltweit fünftgrößter Verursacher von Plastikverschmutzung in der Konsumgüterindustrie gilt. Die Daten basieren auf weltweit gesammelten und analysierten Abfällen in der Umwelt. Mondelez hat zwar Ziele für die Reduktion und das Recycling von Neuplastik bis 2025 formuliert, tatsächlich ist der Plastikanteil zuletzt aber sogar gestiegen. 99,5% des verwendeten Plastiks stammen zudem aus fossilen Quellen, nur 5,9% gelten als recyclingfähig. Das Unternehmen setzt bei seinen Zielen wie kaum ein anderes auf Recycling – 0% seiner Produkte sind in Mehrwegverpackungen erhältlich. Messbare Ziele, um dies zu ändern, hat der Konzern nicht vorgelegt.

Wegen seiner Geschäftstätigkeit im Westjordanland wurde Motorola 2021 vom Norwegischen Pensionsfonds KLP ausgeschlossen. Im Jahr 2023 wurden Komponenten von Motorola und anderen westlichen Herstellern in russischen Marschflugkörpern und Satellitennavigationssystemen identifiziert, die bei mutmaßlichen Kriegsverbrechen in der Ukraine eingesetzt wurden. Das Unternehmen hat sich gegenüber dem Business & Human Rights Resource Centre nicht zu dem Bericht geäußert.

Der von Break Free From Plastic zwischen 2018 und 2022 in der Umwelt gesammelte und analysierte Plastikmüll weist Nestlé als drittgrößten Plastikverschmutzer aus. Auf der positiven Seite steht, dass Nestlé sukzessive weniger Plastik verwendet und einige besonders schwer recycelbare Plastikmaterialien aussortiert oder durch andere Materialien ersetzt. Allerdings werden die Probleme durch den Ersatz von Plastik, z.B. durch Papier, oft nur an andere Stellen hinverlagert. Wichtiger wäre daher die Umstellung auf Mehrwegsysteme – die aber auch bei Nestlé schleppend verläuft. Der derzeitige Anteil liegt bei nur 1%. Es gibt einige Pilotsysteme, aber messbare Ziele fehlen. Gänzlich in die falsche Richtung geht der Versuch einer vermeintlichen „Plastikneutralität“, etwa durch den Erwerb von Plastikkompensationsgutschriften für die Verbrennung von Plastik in Zementöfen im Globalen Süden. Dabei werden nicht nur Giftstoffe freigesetzt, sondern die Verantwortung für die Reduzierung von Plastik wird einmal mehr von Nestlé auf einkommensschwache und Schwellenländer abgewälzt. Neben der Plastikfrage sieht sich Nestlé immer wieder mit Arbeits- und Menschenrechtsverletzungen in der Lieferkette, gesundheitsgefährdendem Pestizideinsatz bei Zulieferern oder der Ausbeutung von Wasserreserven konfrontiert.

Nachdem Newmont 2016 seinen Rückzug aus dem Conga-Projekt in Peru aufgrund des Widerstands in der lokalen Bevölkerung angekündigt hatte, ließ CEO Palmer 2022 verlauten, es bestehe „die Möglichkeit, eines Tages nach Conga zurückzukehren“. Auch die nordperuanische Yanacocha-Mine, die größte Goldmine Lateinamerikas, plant Newmont als Alleineigentümer mit rund 2 Mrd. USD zu erweitern. Im Responsible Mining Index 2022 schneidet Newmont mit insgesamt 14% schwach ab. Zwar habe sich das Unternehmen seit 2020 „kontinuierlich verbessert“ und sich z.B. als einziges von 40 Unternehmen formal zur Achtung der Rechte von Menschenrechtsaktivist*innen bekannt, allerdings schneiden die sieben Minenstandorte weiterhin schlecht ab: So sind keine Vorgaben zur Luftqualität, zur Sicherheit von Gemeinden und Arbeiter*innen oder zu existenzsichernden Löhnen erkennbar. Die Umwelttrichtlinien von Newmont bewertet die World Benchmarking Alliance im Vergleich zu anderen Bergbauunternehmen als überdurchschnittlich (Platz 2). Allerdings fehlen auch hier wichtige Vorgaben, z.B. eine Bewertung der Auswirkungen der Geschäftstätigkeit auf Natur und Biodiversität.

Norilsk Nickel, besser bekannt als Nor Nickel, zählt zu den größten Emittenten von Treibhausgasen weltweit. Ob sich das Unternehmen Emissionsreduktionsziele gesetzt hat, konnte die Initiative Climate 100+ aufgrund des Ukraine-Krieges aktuell nicht ermitteln. Nor Nickel stand bis zuletzt wegen umweltschädlicher Praktiken in der Kritik: Der Konzern fördert Öl- und Gas zu 100% mit unkonventionellen, für die Umwelt besonders riskanten Methoden – darunter Bohrungen in der Arktis. Im Jahr 2020 verursachte ein massiver Austritt von 21 000 Tonnen Dieselöl in einen sibirischen Fluss laut Greenpeace einen Schaden von mindestens 76 Mio. USD und damit eine der schwersten Umweltkatastrophen in der Arktis. 2021 wurde das Unternehmen dafür zu einer Rekordstrafe von 2 Mrd. USD verurteilt. Bereits 2009 wurde Nor Nickel wegen schwerer Umwelterstörungen in Russland (u.a. Schwermetallemissionen) mit teilweise irreversiblen Gesundheitsschäden aus dem Ethikrat des norwegischen Pensionsfonds ausgeschlossen. In Bezug auf verantwortungsvollen Bergbau erfüllt Nor Nickel nach einer Selbsteinschätzung derzeit nur 50% der Kriterien der „Initiative for Responsible Mining Assurance“. Details zur Bewertung und entsprechende Korrekturmaßnahmen bleibt das Unternehmen der Öffentlichkeit bislang schuldig.

Northrop Grumman ist nach Angaben des Stockholmer Friedensforschungsinstituts Sipri derzeit der viertgrößte Rüstungskonzern der Welt. Zwischen 2016 und 2021 war der Konzern direkt und als Teil von Konsortien an Waffenlieferungen in Form von Militärhubschraubern, Kampfflugzeugen und Radarsystemen in Konfliktregionen oder an kriegführende Staaten beteiligt, darunter Indien, Indonesien, Jordanien, Katar und Saudi-Arabien. Darüber hinaus ist Northrop Grumman unter anderem als Teil der Consolidated Nuclear Security sowie durch die Wartung der Minuteman-III-Rakete und die Produktion von Antriebssystemen für Trident-II-Raketen (D5) im Nuklearwaffenbereich tätig. Im Jahr 2005 gehörte das Unternehmen zu den ersten, die wegen der Produktion von Atomwaffen aus dem Norwegischen Pensionsfonds ausgeschlossen wurden. Dass externalisierte Kosten auch zum Bumerang werden können, zeigt ein Vergleich aus dem Jahr 2022: Northrop Grumman und die Vereinigten Staaten einigten sich auf eine Zahlung von 35 Millionen USD für die Umweltsanierung rund um eine ehemalige Industrie- und Forschungsanlage, die bis Mitte der 1990er Jahre für Marineflugzeuge in Bethpage, New York, betrieben wurde. Dabei kam es zu Boden- und Grundwasserkontaminationen. Weitere Sammelklagen dürften folgen.

Occidental zählt zu den größten Öl- und Gasunternehmen weltweit: 2021 förderte das Unternehmen 541,6 Millionen Barrel Öläquivalent – 62% davon mit unkonventionellen, besonders umweltschädlichen Methoden wie Fracking oder Arktisbohrungen. Als besonders kritisch ist zu bewerten, dass Occidental auch in Zukunft neue Öl- und Gasfelder erschließen will – und damit nachweislich im Widerspruch zu den Pariser Klimazielen handelt. Als einer der größten Treibhausgasemittenten der Welt hat Occidental zudem keine ausreichenden Reduktionsziele vorzuweisen. Eine Mitverantwortung an der Ölkatastrophe im Golf von Mexiko wurde 2015 gerichtlich bestätigt. Demnach musste Occidental (früher: Anadarko) knapp 160 Mio. USD Schadenersatz zahlen – 50 USD pro ausgelassenem Barrel Rohöl. Das Unternehmen war an den Bohrungen, die 2010 durch die Explosion der Ölplattform Deepwater Horizon zu einer der schwersten Ölkatastrophen der Welt führten, mit einem Anteil von 25% beteiligt.

ONGC bzw. die Tochterfirma ONGC Videsh hat sich nach aktuellen Informationen noch nicht aus dem Geschäft in Myanmar zurückgezogen, wo 2021 eine Militärjunta nach einem Putsch gegen die demokratisch gewählte Regierung die Macht übernommen hat. Die indische Regierung plant, ihre Beziehungen zu Myanmar in Zukunft möglicherweise zu intensivieren: 2023 wurden Pläne zur Wiederinbetriebnahme einer Pipeline zwischen Indien, Myanmar und Bangladesch bekannt.

Ausgabe, Jahr	Unternehmen	Aktuelle Investitionen (Stand: Juli/August 2023)	Gesamtsumme der Folgefinanzierungen pro Unternehmen (ab dem Folgejahr nach der Erstaufnahme der Bank)
2 (2013)	Orano (Areva) (Frankreich)	29 Mio. € Allianz, BNP Paribas, Credit Suisse, DekaBank, DZ Bank — Nicht mehr investiert: Belfius, UniCredit	Aufnahme: 2013: BNP Paribas, Credit Suisse, Deutsche Bank, UniCredit — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 685 Mio. € — Keine Folgefinanzierungen: Credit Suisse, Deutsche Bank
1 (2012)	Paladin Energy (Australien)	< 1 Mio. € Deutsche Bank — Nicht mehr investiert: Allianz, ING, KBC, UniCredit	—
5 (2017)	Pan American Silver (früher: Tahoe Resources) (Kanada)	22 Mio. € BNP Paribas, Deutsche Bank, UBS	Aufnahme: 2017: HSBC — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 271 Mio. €
3 (2014) 8 (2020)	PepsiCo (USA)	7 116 Mio. € Allianz, Axa, Barclays, BNP Paribas, Commerzbank, Credit Suisse, Deutsche Bank, HSBC, ING, Santander, UBS	Aufnahme: 2020: BNP Paribas, Deutsche Bank, HSBC, ING, UBS — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 6 145 Mio. €
4 (2016)	Pfizer (USA)	50 670 Mio. € Allianz, BlackRock, BNP Paribas, Commerzbank, Crédit Agricole, DekaBank, Deutsche Bank, DZ Bank, HSBC, State Street Global Advisors, Vanguard	Aufnahme: 2016: BNP Paribas, Deutsche Bank, HSBC — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 21 063 Mio. €
4 (2016) 9 (2022)	Posco (früher: Daewoo) (Südkorea)	711 Mio. € Allianz, BlackRock, BNP Paribas, DekaBank, Deutsche Bank, HSBC, State Street Global Advisors, Vanguard — Nicht mehr investiert: Axa, BayernLB, Crédit Agricole, DZ Bank	—
9 (2022)	PT Semen (Indonesien)	3 Mio. € Allianz, Deutsche Bank — Nicht mehr investiert: DZ Bank	Aufnahme: 2022: Bank Mandiri, Bank Negara — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 0 Mio. €
9 (2022)	PTT (Thailand)	6 Mio. € Allianz, BayernLB, Deutsche Bank	—
1 (2012) 2 (2013) 3 (2014) 4 (2016) 7 (2019) 9 (2022)	Rheinmetall (Deutschland)	1 120 Mio. € Allianz, BlackRock, BNP Paribas, Credit Suisse, DekaBank, Deutsche Bank, HSBC, LBBW, Prudential, State Street Global Advisors, Vanguard — Nicht mehr investiert: Argenta, Crédit Agricole, DZ Bank, ING, Lloyds Bank, Société Générale, UBS, UniCredit	Aufnahme: 2012: Commerzbank, Deutsche Bank, UniCredit 2014: Barclays, Crédit Agricole 2016: BNP Paribas 2022: BayernLB, DZ Bank, Sparkasse Düsseldorf — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 1 475 Mio. € — Keine Folgefinanzierungen: BayernLB, DZ Bank, Sparkasse Düsseldorf
1 (2012) 2 (2013) 6 (2018)	Rio Tinto (UK)	9 894 Mio. € Allianz, BlackRock, BNP Paribas, Credit Suisse, DekaBank, Deutsche Bank, DZ Bank, HSBC, KBC, LBBW, Munich Re, UBS, UniCredit — Nicht mehr investiert: Argenta, BayernLB, Belfius, Commerzbank, ING	Aufnahme: 2012: BNP Paribas, Deutsche Bank 2018: Barclays, Crédit Agricole, Credit Suisse, HSBC, UBS — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 5 299 Mio. € — Keine Folgefinanzierungen: Barclays, UBS

2020 reichten zivilgesellschaftliche nigerianische Organisationen Klage gegen Orano beim zuständigen Ermittlungsrichter in Frankreich ein. Gegenstand ist ein als „Uran-Gate“ bekannt gewordener Fall: 2011 erwarb Orano einen Uranvorrat Nigerias zum vergünstigten Preis, wodurch dem Land Einnahmen in Höhe von 3,25 Mio USD entgingen. Die Klage gegen das Unternehmen lautet unter anderem auf Bestechung politischer Amtsträger, kriminelle Verschwörung, Missbrauch von Unternehmensvermögen und Veruntreuung. In Gabun forderten noch 2022 zahlreiche ehemalige Minenarbeiter*innen und deren Angehörige Entschädigungszahlungen für verursachte Gesundheitsschäden durch das Orano-Tochterunternehmen Comuf, das bis 1999 eine Mine in Gabun betrieben hatte. Eigentlich hatte der Konzern gemeinsam mit der gabunischen Regierung die gesundheitliche Überwachung und Entschädigungszahlungen bereits vereinbart.

Im Jahr 2020 veräußerte Paladin Energy die Uranmine Kayelekera und zog sich damit aus Malawi zurück, um seine Aktivitäten in Namibia (Uranmine „Langer Heinrich“) auszuweiten. Paladin war bereits 2014 wegen einer nach malawischem Recht zu kurzfristigen Schließungsmittelteil, der Einleitung von Abwässern in lokale Flüsse und unfairer Kündigungspraktiken kritisiert worden. Auch den vor Jahren versprochenen Bau eines Gesundheitszentrums in Malawi hat Paladin bis heute nicht realisiert. In Namibia wurden zuletzt 2015 Proteste von Arbeiter*innen wegen fehlender Sicherheitsvorkehrungen und Missachtung der Gewerkschaft in der Mine „Langer Heinrich“ bekannt.

Dem kanadischen Bergbauunternehmen Pan American Silver (PAS) werden systematische Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen. Es operiere in Gebieten, die ohnehin mit Militarisierung, Kriminalisierung und Gewalt zu kämpfen hätten und schreke auch vor schweren Menschenrechtsverletzungen nicht zurück. 2017 erließ der Oberste Gerichtshof Guatemalas eine einstweilige Verfügung gegen den Weiterbetrieb der damals noch von Tahoe Resources betriebenen Silbermine Escobal, aufgrund des extrem hohen Konfliktniveaus und der mangelnden Konsultation der Xinca Gemeinden. Auch nach der Übernahme durch Pan American Silver 2019 hat sich die Situation nicht verbessert. Immer wieder kommt es zu systematischer Gewalt, Drohungen und Mordanschlägen gegen engagierte Gemeindeglieder. Auch in Argentinien protestieren Gemeinden gegen die Pläne von PAS, eine groß angelegte Tagebauminne für den Metallabbau zu errichten, da sie die Verschmutzung des Landes und die Auswirkungen auf die Land- und Viehwirtschaft der indigenen Mapuche Tehuelche befürchten.

Der Plastikverbrauch von PepsiCo ist trotz aller Reduktionsziele derzeit auf Wachstumskurs. Angesichts der Tatsache, dass das Unternehmen als zweitgrößter Plastikverschmutzer gilt, mit mehr als 50 000 Plastikverpackungen, die während der oft nur wenige Monate dauernden Brand Audits von Break Free From Plastic zwischen 2018 und 2022 in der Umwelt gefunden wurden, ist das keine besonders gute Aussicht. PepsiCo ist auch ein bedeutender Treibhausgasemittent. Planet Tracker rechnete PepsiCo jüngst vor, die eigenen Ziele im Rahmen der Science Based Targets-Initiative zur Ausrichtung auf das 1,5°C-Ziel bis 2030 um voraussichtlich 58% zu verfehlen, wenn keine Maßnahmen zur Emissionsminderung ergriffen würden. Damit ist auch fraglich, ob PepsiCo sein Netto-Null-Ziel bis 2040 einhalten kann. Zudem gibt es immer wieder Vorwürfe, dass Arbeitsrechte in der Lieferkette des Konzerns bzw. seiner Tochterunternehmen verletzt werden.

2021 kündigte Pfizer eine freiwillige Vereinbarung mit den Vereinten Nationen an, ein orales Covid-Medikament in einkommensschwachen Ländern – während des Corona-Notstandes – lizenzfrei anzubieten. Im Zuge der Pandemie geriet Pfizer jedoch auch in die Kritik: Laut einem NGO-Bericht aus dem Jahr 2023 hatte der Konzern, neben anderen großen Pharmaunternehmen, seinen „unverhältnismäßig“ großen Einfluss auf EU-Institutionen zum eigenen Vorteil genutzt, um hohe Preise, intransparente Verträge und geistige Eigentumsrechte für Corona-Impfstoffe durchzusetzen, was mittelbar auch zu geringeren Impfquoten in ärmeren Ländern und unter Geflüchteten führte. Über die Jahre haben sich Pfizers Vorgaben für einen gerechten Zugang zu seinen Medikamenten in einkommensschwachen Ländern indes deutlich verbessert: Während das Unternehmen im Access to Medicine Index 2016 noch auf Platz 16 von 20 abgerutscht war, belegt es aktuell (2022) Platz 6.

Nachdem der Baumwollsektor in Usbekistan, in dem auch Daewoo (heute POSCO) aktiv ist, noch 2016 wegen weit verbreiteter Kinder- und Zwangsarbeit in der Kritik stand, stellte die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) in ihrer Überwachung der Erntesaison 2021 fest, dass 99% der Erntehelfer*innen nun freiwillig arbeiteten. 95% hätten von einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen seit 2020 berichtet. Die ILO, die die damals eingeleiteten Reformen der usbekischen Regierung seit sieben Jahren überwacht, kam daher zu dem Schluss, dass usbekische Baumwolle nun „frei von systematischer Kinderarbeit“ sei. POSCO hat sich nach aktuellen Informationen noch nicht aus dem Geschäft in Myanmar zurückgezogen, verweist aber darauf, keine Dividenden an Beteiligungsgesellschaften der Militärjunta zu zahlen, „bis die Menschenrechtsfragen ordnungsgemäß geklärt seien“. 2015 wurde POSCO aus dem norwegischen Pensionsfonds ausgeschlossen, weil eine Tochtergesellschaft im Palmölsektor in Indonesien schwere Umweltzerstörungen verursacht hatte. Als Kohle-, Öl- und Gaskonzern mit Expansionszielen erwärmt POSCOs Geschäftstätigkeit auch das Klima: Das Unternehmen plant, in Zukunft seine Kohleverstromung auszubauen und neue Öl- und Gasressourcen zu erschließen. Als einer der weltweit größten Emittenten von Treibhausgasen hat sich das Unternehmen zudem bisher keine adäquaten kurz- und mittelfristigen Reduktionsziele gesetzt.

Auf Empfehlung des Ethikrates hat der Norwegische Pensionsfonds das Bergbauunternehmen PT Semen Indonesia im Mai 2023 unter strenge Beobachtung gestellt. Die Sorge: Schäden an prähistorischen und besonders wichtigen Kulturerbestätten im Maros-Pangkep-Karst in Südsulawesi, Indonesien, durch den Bergbaubetrieb. Auch auf der Insel Java dauern die Konflikte zwischen PT Semen und der Volksbewegung Kendeng wegen des Kalksteinabbaus und der Zementproduktion an. Diese gefährden die Lebensgrundlage der von der Landwirtschaft abhängigen indigenen Gemeinschaften und verletzen ihr Recht auf eine saubere und nachhaltige Umwelt.

Der Vorstand beschloss im Dezember 2022, PTT vom Norwegischen Pensionsfonds auszuschließen, da ein inakzeptables Risiko besteht, dass PTT und Tochtergesellschaften in schwere Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit Aktivitäten in Myanmar verwickelt sind. In der Tat ist PTT Exploration and Production in Zusammenarbeit mit dem staatlichen Unternehmen Myanma Oil and Gas Enterprise (MOGE) an verschiedenen Gasprojekten in Myanmar beteiligt und PTT Oil and Retail Business unterhält ein Joint Venture mit dem militärisch kontrollierten Konglomerat Myanmar Economic Corporation (MEC) für den Betrieb eines Ölhafens und einer LNG-Abfüllanlage. Die Beteiligung von PTT und seinen Tochtergesellschaften an diesen Projekten bringt dem myanmarischen Militär beträchtliche Einnahmen, da die Zahlungen von Energieunternehmen an militärisch kontrollierte Einrichtungen eine der Haupteinnahmequellen der Junta sind.

Rheinmetall ist der größte deutsche Rüstungskonzern und besitzt Produktionsstätten in neun weiteren Ländern. Auf der Liste der weltweit größten WaffenhHersteller und Militärdienstleister des Stockholmer Internationalen Friedensforschungsinstituts Sipri belegte das Unternehmen 2021 Platz 31. Darüber hinaus produziert und exportiert Rheinmetall direkt, in Konsortien und als Mutterkonzern Rüstungsgüter an zahlreiche kriegführende Staaten, darunter Saudi-Arabien, das durch mutmaßliche Kriegsverbrechen im Jemen-Krieg auf sich aufmerksam gemacht hat. Tatsächlich steht der Rüstungskonzern immer wieder im Verdacht, deutsche Exportbeschränkungen über Tochterfirmen und Joint Ventures im Ausland zu umgehen. Das Tochterunternehmen RWM Italia entwickelt beispielsweise die Bomben der MK 80-Serie, die auch in den Paveway IV-Systemen zum Einsatz kommen. Für den Einsatz dieser Bomben gegen die Zivilbevölkerung im Jemenkrieg gibt es zahlreiche Quellen. Das könnte für das Unternehmen ein juristisches Nachspiel haben: Ende 2019 haben sechs Nichtregierungsorganisationen bei der Anklagebehörde des Internationalen Strafgerichtshofs Strafanzeige gegen Rheinmetall wegen der italienischen Tochter RWM Italia sowie gegen weitere europäische Rüstungsexporteur gestellt. Der Vorwurf: Beihilfe zu Kriegsverbrechen im Jemen durch die Lieferung von Kampfflugzeugen und Bomben. Rheinmetall ist außerdem in die Entwicklung völkerrechtlich umstrittener, autonomer Waffensysteme involviert.

Als führendes Bergbauunternehmen ist Rio Tinto einer der größten Treibhausgasemittenten, hat aber keine ausreichenden kurzfristigen Ziele, um seine Scope-3-Emissionen zu reduzieren, geschweige denn ausreichende mittel- und langfristige Reduktionsziele. Das Unternehmen hat zwar in einigen Bereichen wie der Steuertransparenz Fortschritte gemacht, fällt aber nach wie vor durch Menschenrechtsverletzungen auf. Die Ilmenit-Mine QMM löste z.B. Proteste aus, nachdem im Jahr 2022 zwei Dämme eines Sammelbeckens versagten und Abwasser zur Verhinderung einer noch größeren Katastrophe abgelassen werden musste. Verunreinigtes Wasser und ein daraus resultierendes Fischereiverbot trafen die Gemeinden, die auf die umliegenden Gewässer für die Trinkwasserversorgung und den Fischfang angewiesen sind. Ein Verhandlungsprozess, in dessen Verlauf mehr als 8 500 Dorfbewohner*innen Beschwerde gegen diese und frühere Verstöße rund um die Mine einlegten, wurde von der Nichteinhaltung grundlegender internationaler Standards durch die Rio Tinto-Tochter QIT Madagascar Minerals überschattet, die sich auf Einschüchterung und das Vorenthalten von Informationen und Dokumenten beschränkte. Die Gemeinden fordern eine unabhängige Untersuchung der Vorfälle.

Ausgabe, Jahr	Unternehmen	Aktuelle Investitionen (Stand: Juli/August 2023)	Gesamtsumme der Folgefinanzierungen pro Unternehmen (ab dem Folgejahr nach der Erstaufnahme der Bank)
4 (2016)	Rolls-Royce (UK)	1 694 Mio. € Allianz, BlackRock, BNP Paribas, DekaBank, Deutsche Bank, DZ Bank, HSBC, State Street Global Advisors, Vanguard	Aufnahme: 2016: BNP Paribas, HSBC — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 3 099 Mio. €
7 (2019) 9 (2022)	RTX Corporation (USA)	818 Mio. € Allianz, Axa, BBVA, Crédit Agricole, Credit Suisse, Deutsche Bank, DZ Bank, ING	Aufnahme: 2019: Barclays, BNP Paribas, Crédit Agricole 2022: Deutsche Bank, UniCredit — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 2 460 Mio. €
3 (2014)	RWE (Deutschland)	743 Mio. € Allianz, Axa, Crédit Agricole, Credit Suisse, Deutsche Bank, HSBC, Julius Bär, Legal & General, Munich Re, Prudential, UBS, UniCredit — Nicht mehr investiert: Barclays, BNP Paribas, ING, KBC, Lloyds Bank, Société Générale	Aufnahme: 2014: Barclays, BNP Paribas, Commerzbank, Crédit Agricole, Credit Suisse, Deutsche Bank, HSBC, ING, Lloyds Bank, Société Générale, UBS, UniCredit — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 14 550 Mio. €
1 (2012) 3 (2014)	Samsung (Südkorea)	4 139 Mio. € Allianz, Argenta, Axa, BNP Paribas, Credit Suisse, DekaBank, Deutsche Bank, DZ Bank, HSBC, Julius Bär, Legal & General, Lloyds Bank, Prudential, UBS — Nicht mehr investiert: Barclays, Commerzbank, Crédit Agricole, ING, KBC, Munich Re, Société Générale, UniCredit	Aufnahme: 2014: ING — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 0 Mio. €
4 (2016)	Sanofi (Frankreich)	7 376 Mio. € Allianz, BlackRock, BNP Paribas, Commerzbank, Crédit Agricole, DekaBank, Deutsche Bank, DZ Bank, HSBC, State Street Global Advisors, Vanguard	Aufnahme: 2016: BNP Paribas, Crédit Agricole, Deutsche Bank, HSBC — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 11 256 Mio. €
3 (2014)	Saudi Aramco (Saudi-Arabien)	—	Aufnahme: 2014: Barclays, BNP Paribas, Crédit Agricole, Deutsche Bank, HSBC — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 8 433 Mio. € — Keine Folgefinanzierungen: Barclays
1 (2012) 2 (2013) 3 (2014)	Shell (Niederlande)	7 347 Mio. € Allianz, Axa, Barclays, BlackRock, BNP Paribas, Crédit Agricole, Credit Suisse, DekaBank, Deutsche Bank, DZ Bank, HSBC, Julius Bär, KBC, LBBW, Legal & General, Lloyds Bank, Munich Re, Prudential, Société Générale, Swiss Re, UBS, UniCredit, Zurich — Nicht mehr investiert: Argenta, BayernLB, Belfius, Commerzbank, ING	Aufnahme: 2013: Deutsche Bank 2014: Barclays, BNP Paribas, Crédit Agricole, Credit Suisse, HSBC, Lloyds Bank, Société Générale, UBS — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 47 004 Mio. €
9 (2022)	Sinotruk HK (Hongkong)	< 1 Mio. € Deutsche Bank — Nicht mehr investiert: Axa	—
5 (2017)	SNC-Lavalin (Kanada)	2 Mio. € Deutsche Bank, UBS — Nicht mehr investiert: BNP Paribas, HSBC	Aufnahme: 2017: BNP Paribas, HSBC — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 1 005 Mio. €
4 (2016) 9 (2022)	Syngenta (ChemChina) (Schweiz, China)	529 Mio. € Allianz, Axa, BayernLB, BlackRock, BNP Paribas, Crédit Agricole, DekaBank, Deutsche Bank, DZ Bank, HSBC, State Street Global Advisors, Vanguard	Aufnahme: 2016: Crédit Agricole, Deutsche Bank, HSBC, 2022: UniCredit — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 880 Mio. € — Keine Folgefinanzierungen: Crédit Agricole, Deutsche Bank, UniCredit

Rolls-Royce ist einer der größten Rüstungsproduzenten. Auf der Liste des Stockholmer Internationalen Friedensinstituts (Sipri) steht das Unternehmen auf Platz 26 der weltweit größten Waffenhersteller und Militärdienstleister. Dabei schreckt der Konzern auch vor umstrittenen Waffenlieferungen nicht zurück, etwa an Konfliktparteien wie Saudi-Arabien im Jemen-Krieg. Rolls-Royce gehört auch zu den größten Emittenten von Treibhausgasen, kann aber keine kurzfristigen und keine ausreichenden mittelfristigen Reduktionsziele vorweisen.

Der laut dem Stockholmer Internationalen Friedensforschungsinstituts Sipri zweitgrößte Rüstungsproduzent RTX (vormals: Raytheon) ist sich für kaum einen Waffendeal zu schade. Sei es die umfangreiche Entwicklung und Produktion amerikanischer Atomwaffen (z.B. das Long Range Standoff (LRSO)-Waffensystem) oder der Export von Rüstungsgütern an zahlreiche kriegführende Staaten, darunter Irak, Katar, Saudi-Arabien oder die Vereinigten Arabischen Emirate.

Nicht nur der Umsatz der RWE AG aus dem operativen Geschäft basiert zu mehr als 20% auf Kohle (22%), sondern auch die gesamte Stromerzeugung (33%). Damit gehört RWE zu den Unternehmen, die die Klimakatastrophe eklatant verschärfen. Die für die nächsten Jahre geplante Erschließung neuer Öl- und Gasvorkommen ist zudem in keiner Weise mit dem Ziel vereinbar, die Erderwärmung auf 1,5°C zu begrenzen. Die jahrzehntelange Betriebsdauer der von RWE geplanten LNG-Terminals mit einer jährlichen Kapazität von 3,1 Mio. Tonnen (Mtpa) legt die Welt langfristig auf einen hohen fossilen Emissionspfad fest. Als einer der größten Emittenten von Treibhausgasen fehlen RWE ausreichende kurz- und mittelfristige Reduktionsziele. 2020 wurde RWE wegen seines Kohlegeschäfts von Investitionen des norwegischen Staatsfonds ausgeschlossen.

Samsung, der globale Elektronikriese mit Hauptsitz in Südkorea, hat sich mit seinen technologischen Innovationen weltweit einen Namen gemacht. Dennoch sieht sich das Unternehmen immer wieder mit Vorwürfen zu ethischen und menschenrechtlichen Kontroversen konfrontiert. Im Jahr 2015 warfen Organisationen wie Amnesty International und China Labor Watch dem Unternehmen Kinderarbeit und ausbeuterische Arbeitsbedingungen vor. Darüber hinaus wurde Samsung im Jahr 2020 Teil eines Skandals im Zusammenhang mit der Zwangsarbeit von Uigur*innen der chinesischen Region Xinjiang, in den das Unternehmen zusammen mit 82 anderen großen Marken verwickelt war. Zudem wird Samsung für seinen Umgang mit toxischen Substanzen kritisiert. 2023 wurden 36 Arbeiter*innen in einem vietnamesischen Zuliefererbetrieb aufgrund von Methanolvergiftungen ins Krankenhaus eingeliefert. Eine Arbeiterin starb. Wenige Monate später erhob ein ehemaliger Samsung-Manager in Vietnam schwere Vorwürfe gegen Samsung wegen seines Umgangs mit toxischem Material.

Sanofi sah sich in der Vergangenheit mehrfach mit Korruptions- und Bestechungsvorwürfen konfrontiert. Zuletzt zahlte das Unternehmen beispielsweise im Jahr 2018 im Rahmen eines Vergleichs mit der US-Börsenaufsicht 25 Mio. USD im Zusammenhang mit mutmaßlichen Bestechungsgeldern im Nahen Osten zur Erlangung von Aufträgen, sowie im Jahr 2020 im Rahmen eines weiteren Vergleichs knapp 12 Mio. USD im Zuge einer Untersuchung zu Schmiergeldzahlungen im Zusammenhang mit Spenden an eine Wohltätigkeitsorganisation. In Frankreich sieht sich das Unternehmen mit Vorwürfen und ersten Urteilen im Zusammenhang mit einem Epilepsiemedikament konfrontiert, das bei Einnahme während der Schwangerschaft das Risiko von Missbildungen und neurologischen Folgen birgt. Im Januar 2022 ließ ein französisches Gericht eine Sammelklage der Opfervereinigung Apesac zu und befand, der Konzern habe nicht früh genug über die Risiken informiert. Einige Monate später verurteilte ein Gericht den Konzern zu einer ersten Entschädigungszahlung an eine Familie.

Saudi Aramco gilt als größter Erdölproduzent der Welt. Als Staatskonzern hat er ein exklusives Monopol auf die Förderung und den Vertrieb von Kohlenwasserstoffen, Erdölprodukten und Flüssiggas – das Ziel der Weltgemeinschaft, die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen, ist für ihn daher offenbar kein Thema. 2021 betrug die Förderleistung 4 345,7 Mio. Barrel Öläquivalent (=mmböe). In den kommenden Jahren sollen weitere 19 961,4 Mio. Barrel Öläquivalent (mmböe) an neuen Öl- und Gasressourcen erschlossen werden. Zwischen 2020 und 2022 wird Saudi Aramco durchschnittlich 2 199,3 Mio. USD pro Jahr für die Exploration neuer Öl- und Gasressourcen ausgeben. Obwohl Saudi Aramco einer der größten Treibhausgasemittenten ist, hat das Unternehmen keinerlei Reduktionsziele formuliert. Laut dem Plastic Waste Makers Index gehört das Unternehmen zudem zu den 100 größten Polymer-Produzenten der Welt, die zusammen 90% aller weltweit anfallenden Einwegplastikabfälle produzieren. Saudi Aramco/SABIC sind für 4,5 Mio. Tonnen Einwegplastikabfälle verantwortlich und liegen damit auf Platz 5. 2023 erhielt Saudi Aramco einen Brief einer Expertengruppe der Vereinten Nationen, der Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit seinen Ölförderaktivitäten aufzeigt.

Im Jahr 2021 förderte Shell 1 386,3 Mio. Barrel Öläquivalent, wovon 34% aus unkonventionellen Quellen stammten. Obwohl Shell einer der größten Treibhausgasemittenten mit unzureichenden kurz- und mittelfristigen Zielen ist, will das Unternehmen in den kommenden Jahren weitere 4 398,5 Mio. Barrel Öläquivalent erschließen. Im Zeitraum 2020 bis 2022 investiert das Unternehmen durchschnittlich 2 329,3 Mio. USD pro Jahr in Explorationsprojekte für neue Öl- und Gasressourcen. Der Konzern plant bzw. realisiert derzeit zudem den Bau neuer Pipelines mit einer Länge von 664,2 km. Katastrophal ist nach wie vor auch die Menschenrechtsbilanz des Unternehmens. Ob Luft, Boden oder Wasser: Kaum ein Ort blieb beispielsweise im nigrischen Ogoniland von der Ölverschmutzung verschont. Die Gesundheit ganzer Gemeinden ist beeinträchtigt. Eine Wiederherstellung ist möglicherweise nicht in allen Gebieten möglich – eine Katastrophe für eine Bevölkerung, die hauptsächlich von Landwirtschaft und Fischerei lebt. Auch wenn Shell nun nach 60 Jahren seinen Rückzug angekündigt hat: Die Verschmutzung bleibt.

Sinotruk Hong Kong wird mehrheitlich vom staatlichen chinesischen Lkw-Hersteller Sinotruk Group kontrolliert, wobei MAN SE als Minderheitsaktionär einen Anteil von 25% hält und vier Sitze im Vorstand von Sinotruk Hong Kong einnimmt. Sinotruk-Fahrzeuge wurden vom Militärregime in Myanmar zur Niederschlagung von Protesten eingesetzt. Fahrzeuge von Sinotruk werden für Truppentransporte eingesetzt und waren am Transport von Soldaten, am Beschuss von Demonstrierenden und an der Verhaftung von Teilnehmer*innen an Pro-Demokratie-Protesten beteiligt. MAN gab an, nichts von den Aktivitäten von Sinotruk in Myanmar zu wissen, während Sinotruk bestätigte, seit 2008 Fahrzeuge nach Myanmar geliefert zu haben, jedoch jegliche Zusammenarbeit mit dem myanmarischen Militär abstritt.

Ein 48 Mio. Dollar schwerer Korruptionsskandal um Bestechungsgelder an libysche Regierungsbeamte zwischen 2001 und 2011 des kanadischen Ingenieur- und Bauunternehmens SNC-Lavalin zog lange Kreise, bis er 2019 auch die kanadische Regierung in eine tiefe Krise stürzte, nachdem hochrangige Beamte versucht hatten, das Unternehmen vor Strafverfolgung zu schützen. Ende 2019 bekannte sich das Unternehmen schuldig, was unter anderem eine Strafzahlung von 280 Mio. Dollar zur Folge hatte. Seit 2021, d.h. nach acht Jahren, steht SNC-Lavalin nicht mehr auf der schwarzen Liste der Weltbank. Die Auftragsperre trat 2013 nach einem Korruptionsskandal in Bangladesch und Kambodscha in Kraft.

Der Schweizer Agrokonzern Syngenta ist laut der NGO Public Eye führend im Handel mit gefährlichen Pestiziden. Das Unternehmen verkauft Pestizide an einkommensschwache und Schwellenländer, die in der Europäischen Union aufgrund ihrer Giftigkeit verboten sind, darunter die Neonicotinoide Thiamethoxam, Clothianidin und Imidacloprid, die für Bienen und andere bestäubende Insekten hochgiftig sind. Auch der Export des Herbizids Paraquat durch Syngenta hat Bedenken wegen erheblicher Risiken für die menschliche Gesundheit ausgelöst. Die britische Tageszeitung The Guardian berichtete 2023 unter Berufung auf interne Dokumente aus einem Gerichtsverfahren über die Taktiken von Syngenta, die Regulierungsbehörden mit wohlwollenden wissenschaftlichen Studien über einen möglichen Zusammenhang zwischen der Parkinson-Krankheit und Paraquat in die Irre zu führen. Ebenso 2023 wurde Syngenta bei einer Anhörung im Europäischen Parlament scharf kritisiert, weil das Unternehmen Studien zur Hirntoxizität seiner Produkte in Europa nicht offengelegt hatte.

Ausgabe, Jahr	Unternehmen	Aktuelle Investitionen (Stand: Juli/August 2023)	Gesamtsumme der Folgefinanzierungen pro Unternehmen (ab dem Folgejahr nach der Erstaufnahme der Bank)
1 (2012)	Textron (USA)	70 Mio. € Allianz, BNP Paribas, Deutsche Bank, ING — Nicht mehr investiert: Commerzbank, DekaBank, KBC	Aufnahme: 2012: Deutsche Bank — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 0 Mio. €
7 (2019) 9 (2022)	Thales (Frankreich)	219 Mio. € Allianz, Axa, BNP Paribas, Crédit Agricole, DekaBank, Deutsche Bank, DZ Bank, LBBW — Nicht mehr investiert: BBVA	Aufnahme: 2019: Barclays, Crédit Agricole, Santander 2022: Commerzbank, Deutsche Bank, UniCredit — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 1 705 Mio. €
7 (2019)	thyssenkrupp (Deutschland)	88 Mio. € BNP Paribas, Crédit Agricole, Deutsche Bank — Nicht mehr investiert: BBVA	Aufnahme: 2019: BBVA, BNP Paribas, Commerzbank, Santander — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 298 Mio. € — Keine Folgefinanzierungen: BBVA, BNP Paribas
4 (2016) 9 (2022)	TotalEnergies (Frankreich)	11 406 Mio. € Allianz, apoBank, Axa, BayernLB, BlackRock, BNP Paribas, Commerzbank, Crédit Agricole, DekaBank, Deutsche Bank, DZ Bank, HSBC, LBBW, State Street Global Advisors, Vanguard — Nicht mehr investiert: Sparkasse Düsseldorf	Aufnahme: 2016: BNP Paribas, Crédit Agricole, Deutsche Bank, HSBC 2022: UniCredit — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 10 662 Mio. € — Keine Folgefinanzierungen: UniCredit
2 (2013)	Trafigura (Niederlande)	—	Aufnahme: 2013: BNP Paribas, Commerzbank, Credit Suisse, Deutsche Bank, ING, KBC, KfW, UBS, UniCredit — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 14 435 Mio. €
8 (2020)	Unilever (USA)	1 567 Mio. € BNP Paribas, Commerzbank, Deutsche Bank, HSBC, Santander, UBS, UniCredit	Aufnahme: 2020: BNP Paribas, Deutsche Bank, HSBC, Santander, UBS — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 3 878 Mio. €
1 (2012) 2 (2013) 6 (2018) 9 (2022)	Vale (Brasilien)	410 Mio. € Allianz, BNP Paribas, Credit Suisse, DekaBank, Deutsche Bank, HSBC, Munich Re, UBS — Nicht mehr investiert: Belfius, Commerzbank, DZ Bank, ING, KBC, UniCredit	Aufnahme: 2012: BNP Paribas, Deutsche Bank, DZ Bank 2013: Credit Suisse 2018: Barclays, Crédit Agricole, HSBC, ING — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 2 058 Mio. € — Keine Folgefinanzierungen: Credit Suisse, ING
3 (2014)	Vattenfall (Schweden)	54 Mio. € Allianz, Axa, BNP Paribas, Credit Suisse, Deutsche Bank, HSBC, Legal & General, Munich Re, UBS — Nicht mehr investiert: Commerzbank, ING, Julius Bär, KBC, Lloyds Bank, Prudential, UniCredit	Aufnahme: 2014: Barclays, BNP Paribas, Crédit Agricole, Deutsche Bank, ING, Société Générale — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 4 799 Mio. € — Keine Folgefinanzierungen: Crédit Agricole
1 (2012) 3 (2014)	Vedanta Resources (früher: Sesa Sterlite) (Indien)	13 Mio. € Allianz, Credit Suisse, Deutsche Bank, HSBC, ING, Legal & General, Prudential, UBS — Nicht mehr investiert: Argenta, Barclays, BNP Paribas, Crédit Agricole, DekaBank, DZ Bank, KBC, Lloyds Bank, Société Générale, UniCredit	Aufnahme: 2012: UniCredit 2014: Barclays — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 40 Mio. € — Keine Folgefinanzierungen: UniCredit
4 (2016)	Verizon Communications (USA)	41 156 Mio. € Allianz, BlackRock, BNP Paribas, Commerzbank, Crédit Agricole, DekaBank, Deutsche Bank, DZ Bank, HSBC, State Street Global Advisors, Vanguard	Aufnahme: 2016: BNP Paribas, Deutsche Bank — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 18 138 Mio. €
2 (2013)	VF Corporation (USA)	308 Mio. € Allianz, BNP Paribas, Commerzbank, Credit Suisse, DekaBank, Deutsche Bank, ING, KBC, UBS — Nicht mehr investiert: UniCredit	Aufnahme: 2013: BNP Paribas, Credit Suisse, ING — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 1 546 Mio. €

Auf der Liste der weltweit größten Waffenhersteller und Militärdienstleister des Stockholmer Internationalen Friedensforschungsinstituts Sipri belegte das Unternehmen 2021 Platz 41. Textron steht wegen umfangreicher Waffenexporte in und an Konfliktstaaten in der Kritik. Trotz dokumentierter Menschenrechtsverletzungen lieferte Textron zwischen 2016 und 2021 direkt und über Tochterunternehmen Rüstungsgüter an die am Jemenkrieg beteiligten Konfliktparteien Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate. Auch im Kaschmirkonflikt beliefert Textron beide Seiten, Indien und Pakistan, und profitiert so von der Eskalation des Konflikts.

Der Rüstungskonzern Thales steht laut dem Stockholmer internationalen Friedensforschungsinstitut Sipri auf Platz 16 der größten Rüstungskonzerne der Welt. Die Produktpalette umfasst auch Schlüsselkomponenten für geächtete Atomwaffen, wie die seegestützten Atomraketen M51 für die französische Marine oder die nuklear bewaffneten Luft-Boden-Marschflugkörper ASMPA. Darüber hinaus produziert und exportiert Thales direkt, in Konsortien und als verantwortlicher Mutterkonzern zahlreiche Rüstungsgüter an Staaten, die in Konflikte oder Kriege verwickelt sind, z.B. in Jemen, Libyen, Ägypten, Aserbaidschan oder Syrien. Menschenrechtsorganisationen haben 2022 beim französischen Strafgerichtshof Klage gegen Thales wegen möglicher Beihilfe zu Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Jemen eingereicht. Es ist nicht das erste Mal, dass Thales in diesem Zusammenhang angezeigt wird.

Laut dem Stockholmer Internationalen Friedensforschungsinstitut Sipri belegt thyssenkrupp Platz 55 der größten Rüstungskonzerne der Welt. Die Rüstungssparte des Industriekonzerns beliefert Ägypten seit Jahren mit Fregatten und U-Booten – trotz der Menschenrechtsverletzungen in dem Land und seiner Verwicklung in die Kriege im Jemen und den Konflikt in Libyen. thyssenkrupp ist zudem einer der weltweit größten Treibhausgasemittenten, dessen Emissionsziele jedoch in weiter Ferne liegen. So kann das Unternehmen weder die besonders wichtigen kurzfristigen noch ausreichende mittelfristige Reduktionsziele vorweisen. Laut einem WWF-Bericht belegt thyssenkrupp mit seinem Hüttenwerk in Duisburg aktuell Platz 1 der CO₂-intensivsten Industrieanlagen in Deutschland. Im Jahr 2022 emittierte der Standort 7,9 Mio Tonnen CO₂.

Der französische Energiekonzern macht vor allem mit seinen Plänen für den Bau der East African Crude Oil Pipeline (EACOP) Schlagzeilen. Sie soll nach den Plänen von TotalEnergies die größte beheizte Pipeline der Welt werden und von Uganda über Tansania durch eine der artenreichsten Regionen des Kontinents führen. Tausenden Menschen drohen Umsiedlung, Repressalien und unzureichende Entschädigung. Der Bau ist aus menschenrechtlicher, umwelt- und klimapolitischer Sicht eine Zumutung (siehe S. 91f.). Zwischen 2020 und 2022 investierte das Unternehmen zudem im Jahresdurchschnitt 1 012,8 Mio. USD in Explorationsprojekte für neue Öl- und Gasressourcen. Das bedeutet, dass TotalEnergies trotz einer Produktion von 998,2 Millionen Barrel Öläquivalent im Jahr 2021, davon 20% aus unkonventionellen Quellen, auf die Erschließung neuer Öl- und Gasressourcen setzt. TotalEnergies investiert zwar auch in erneuerbare Energien, aber nur on top zu seinen Öl- und Gasaktivitäten. Von einer Substitution kann keine Rede sein. TotalEnergies ist einer der weltweit größten Treibhausgasemittenten. Seine Reduktionsziele beziehen sich vor allem auf die ferne Zukunft, die kurz- und mittelfristige Zielen sind unzureichend.

Detaillierte Einblicke in die Lieferkette von Flugkraftstoffen nach Myanmar lieferte ein NGO-Bericht von Amnesty International, Justice for Myanmar und anderen NGOs in 2022. Demnach war die Trafigura-Tochter Puma Energy über eine Tochtergesellschaft und ein Joint Venture an der Treibstoffversorgung der Militärjunta beteiligt. Kurz nach Erscheinen des Berichts kündigte Puma Energy an, seine Niederlassungen in Myanmar an ein privates Unternehmen verkaufen zu wollen, das sich zur Einhaltung der Menschenrechte verpflichtete. Menschenrechtsorganisationen kritisierten die Art des Rückzugs aus Myanmar und den Verkauf des Treibstoffgeschäfts an ein Unternehmen mit engen Beziehungen zum Militär hingegen als alles andere als verantwortungsvoll.

Die von Break Free From Plastic zwischen 2018 und 2022 in der Umwelt gesammelten und analysierten Kunststoffabfälle weisen Unilever als viertgrößten Plastikverschmutzer aus. Auf der Habenseite steht, dass Unilever sukzessive weniger Plastik verwendet. Dass der Mehrweganteil mit 0,1% verschwindend gering ist, ist weniger erfreulich. Gleichermaßen unerfreulich sind die Greenwashing-Partnerschaften von Unilever, z.B. in Indonesien, wo Plastik in Zementöfen verbrannt werden soll, was die Luftqualität verschlechtert. Wer einen so großen Anteil an der weltweiten Plastikverschmutzung hat, sollte bessere Lösungen finden, als das Problem vom Boden in die Luft zu verlagern. Vor allem, wenn man ohnehin schon einer der größten Treibhausgasemittenten ist und keine ausreichenden kurzfristigen Ziele vorweisen kann.

Die juristische Aufarbeitung der Dammbüche von Mariana 2015 und Brumadinho 2019 dauert bis heute an. Zwei Beispiele aus diesem Jahr: Die US-Börsenaufsicht und Vale einigten sich im März auf einen Vergleich in Höhe von knapp 56 Mio. USD wegen mutmaßlich falscher und irreführender Angaben zur Sicherheit der Staudämme vor der Brumadinho-Katastrophe. Im August lehnten britische Gerichte den Antrag von Vale ab und machten das Unternehmen neben BHP zum Mitangeklagten in einer beispiellosen Sammelklage. Diese umfasst 700 000 Menschen, die vom Einsturz des Mariana-Staudamms betroffen sind, 46 brasilianische Gemeinden und mehrere indigene Gruppen. Die Klage könnte zu einer Strafzahlung von 44 Mrd. USD führen. Die zahlreichen Klagen gegen das Unternehmen scheinen jedoch wenig an der Unternehmensführung zu ändern. In Piquiá de Baixo und vielen anderen Gemeinden in und außerhalb Brasiliens leiden die Menschen unter den schmutzigen Bergbauaktivitäten von Vale. Doch nicht nur Verschmutzung und Verseuchung, auch Treibhausgase hinterlässt der Konzern. Als einer der größten Emittenten kann er keine ausreichenden kurz-, mittel- und langfristigen Reduktionsziele vorweisen. Seit dem Jahr 2020 ist das Unternehmen aus dem norwegischen Pensionsfonds ausgeschlossen.

Der schwedische Energiekonzern Vattenfall sieht sich mit Vorwürfen von Opfern der kolumbianischen Kohleindustrie konfrontiert, die im April 2023 mit Unterstützung niederländischer NGOs eine Beschwerde bei der Nationalen Kontaktstelle für die OECD-Leitsätze in Den Haag eingereicht haben. Gegenstand der Beschwerde ist der Vorwurf, dass Vattenfall und andere Unternehmen trotz Kenntnis der Missstände keine ausreichenden Maßnahmen ergriffen haben, um die gravierenden menschenrechtlichen Auswirkungen, die direkt mit der von ihnen bezogenen Kohle verbunden sind, zu beheben. Die Vorwürfe weisen auch auf einen Zusammenhang zwischen der Eskalation paramilitärischer Gewalt in der Region und der Präsenz multinationaler Kohlekonzerne hin. Die Opfer fordern finanzielle Entschädigung, eine öffentliche Anerkennung der erlittenen Schäden und eine Verbesserung der Situation der Gemeinden in der Nähe der Minen. Vattenfall erklärte, keine Kohle mehr aus Kolumbien zu beziehen.

Vedanta Resources, ehemals Sesa Sterlite, ist ein bedeutender Kohlekonzern mit einer Gesamtkapazität von 8 400 MW für die Stromerzeugung aus Kohle. Vedanta gehört zu den fossilen Expansionisten: Geplant ist, die Kohleförderung weiter auszubauen. Auch die Klimakiller Öl und Gas gehören zum Repertoire des Unternehmens. Im Jahr 2021 betrug die Fördermenge 38,8 Mio. Barrel Öläquivalent, davon 17% aus besonders umweltschädlichen unkonventionellen Quellen. Auch hier ist das Unternehmen bestrebt, weitere Ressourcen zu erschließen, und gab zwischen 2020 und 2022 durchschnittlich 305,5 Mio. USD pro Jahr für die Suche nach neuen Öl- und Gasvorkommen aus. Es überrascht nicht, dass Vedanta zu den weltweit größten Emittenten von Treibhausgasen zählt. Die kurz-, mittel- und langfristigen Reduktionsziele werden jedoch als unzureichend angesehen. Da die Restrukturierung des Unternehmens keine signifikanten Verbesserungen gebracht hat, bleibt das Unternehmen wegen schwerer Umwelt- und Menschenrechtsverletzungen vom Norwegischen Pensionsfonds ausgeschlossen.

Der Telekommunikationsanbieter steht in den USA nach einem investigativen Artikel des Wallstreet Journal vom Juli 2023 wegen alter bleiummantelter Kabel in der Kritik. Was früher zum Schutz vor Korrosion diente, könnte heute zur Belastung von Wasser, Boden und Luft mit sich abbauendem Blei werden. Die Kabel werden zwar nicht mehr verlegt, doch selbst wenn sie durch neue Glasfaserkabel ersetzt werden, verbleiben die Altkabel oft vor Ort. Investoren haben im August eine Sammelklage wegen unzureichender Offenlegung der Umwelt- und Gesundheitsrisiken eingereicht.

Im Fashion Transparency Index von Fashion Revolution gehören die untersuchten Marken Vans, Timberland und North Face der VF Corporation (VFC) mit 65–66% zu den derzeit am besten bewerteten Modemarken. Im Gender-Benchmark der World Benchmark Alliance erreicht VFC den zweiten Platz – allerdings nur mit etwas mehr als der Hälfte der Punkte (53,9 von 100). VFC kann trotz des Vergleichs mit anderen Marken kaum als Vorreiter bezeichnet werden, da die sozialen Standards in der Modeindustrie insgesamt auf einem sehr niedrigen Niveau liegen. Dies zeigt sich auch beim Thema existenzsichernde Löhne: Obwohl sich alle drei Modemarken zu existenzsichernden Löhnen bekennen, können sie keinen Aktionsplan vorweisen. Im Zusammenhang mit der Timberland-Übernahme 2011 ist die VF Corporation kürzlich in einem Steuerstreit vor einem Berufungsgericht unterlegen und muss 730 Millionen USD nachzahlen.

Ausgabe, Jahr	Unternehmen	Aktuelle Investitionen (Stand: Juli/August 2023)	Gesamtsumme der Folgefinanzierungen pro Unternehmen (ab dem Folgejahr nach der Erstaufnahme der Bank)
5 (2017)	Viatrix (früher: Mylan) (USA)	291 Mio. € BNP Paribas, Deutsche Bank, HSBC, UBS	Aufnahme: 2017: Deutsche Bank, HSBC, ING — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 1 349 Mio. € — Keine Folgefinanzierungen: HSBC
5 (2017)	Volkswagen (Deutschland)	806 Mio. € BNP Paribas, Deutsche Bank, HSBC, ING, UBS	Aufnahme: 2017: BNP Paribas, Deutsche Bank, HSBC, ING — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 13 743 Mio. €
3 (2014)	Walmart (USA)	5 430 Mio. € Allianz, Axa, Barclays, BNP Paribas, Commerzbank, Crédit Agricole, Credit Suisse, Deutsche Bank, HSBC, ING, Julius Bär, KBC, Legal & General, Munich Re, Prudential, Société Générale, Swiss Re, UBS, Zurich — Nicht mehr investiert: Argenta, Lloyds Bank, Rabobank, UniCredit	Aufnahme: 2014: Barclays, BNP Paribas, Credit Suisse, Deutsche Bank, HSBC, UBS — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 36 489 Mio. € — Keine Folgefinanzierungen: UBS
1 (2012) 5 (2017)	Wilmar International (Singapur)	20 Mio. € BNP Paribas, DekaBank, Deutsche Bank, HSBC, UBS — Nicht mehr investiert: DZ Bank, ING, KBC, UniCredit	Aufnahme: 2012: BNP Paribas, Deutsche Bank, ING, KBC — Folgefinanzierungen seit Folgejahr: 667 Mio. € — Keine Folgefinanzierungen: ING
3 (2014)	Zijin Mining (China)	204 Mio. € Allianz, Credit Suisse, Deutsche Bank, HSBC, Legal & General, UBS — Nicht mehr investiert: Crédit Agricole, ING, Julius Bär, KBC, Lloyds Bank, Société Générale, UniCredit	—

In Bezug auf das Produkt EpiPen, einen Injektionsstift zur Notfallbehandlung von Allergien, hat Viatris (2020 aus der Fusion zwischen Mylan und Upjohn, einer ehem. Pfizer-Marke, hervorgegangen) in jüngster Zeit mehrere Kartell- und Anlegerklagen wegen wettbewerbswidriger Strategien und Verstößen gegen Vorschriften gewonnen. Im März 2022 zahlte Viatris 264 Mio USD, um eine Sammelklage von Verbraucher*innen auf Verstoß gegen Kartellrecht beizulegen. 2023 kündigte Viatris an, sein Arzneimittelgeschäft in Indien im Zuge strategischer Umstrukturierungen veräußern zu wollen.

Volkswagen ist einer der weltweit größten Treibhausgasemittenten, kann aber keine ausreichenden kurz- und mittelfristigen Reduktionsziele vorweisen. Auch in der Praxis ist das Verhalten des Konzerns in Bezug auf die von ihm verursachten Emissionen unzureichend. Am 18. September 2015 beschuldigte die US-Umweltbehörde EPA VW, gegen das Gesetz zur Luftreinhaltung verstoßen zu haben. VW hatte in seine leichten Dieselfahrzeuge Abschalteinrichtungen eingebaut, so dass diese unter kontrollierten Testbedingungen niedrigere Emissionen aufwiesen als im Straßenverkehr. In den USA musste VW die schmutzigen Dieselaautos mit Katalysatoren nachrüsten. In Europa musste der Konzern ein Software-Update durchführen. Doch auch danach bliesen die VW-Dieselaautos viel mehr Stickoxide in die Luft, als die Grenzwerte erlauben. Grund waren neue Abschalteinrichtungen des Software-Updates, die nach EU-Recht verboten sind – illegal auch nach Auffassung des Verwaltungsgerichts Schleswig. VW will dagegen Berufung einlegen. In die Schlagzeilen gerät VW auch wegen Menschenrechtsverletzungen, insbesondere wegen des Verdachts auf uigurische Zwangsarbeit in der Zulieferkette. 2023 reichte die NGO ECCHR eine Beschwerde nach dem Lieferkettengesetz ein.

Der Einzelhandelskonzern Walmart, der größte private Arbeitgeber in den USA, steht praktisch ständig vor Gericht. So gab es in diesem Jahr bereits eine Reihe von Diskriminierungsklagen. In der letzten Märzwoche etwa zwei Anklagen der US-Gleichstellungsbehörde (EEOC) wegen Diskriminierung von Arbeitnehmer*innen mit Behinderungen, sowie eine weitere diesen September. Ebenfalls im September wurde eine Anklage im Zusammenhang mit der Chesapeake-Schießerei im letzten Jahr eingereicht, bei der ein auffälliger Vorgesetzter sechs Mitarbeiter*innen erschoss. Niedrige Löhne, schlechte Arbeitsbedingungen und mangelhafte Gesundheitsversorgung sind wiederkehrende Themen bei Walmart. Auch in den ausländischen Filialen und Lieferketten kommt es zu Arbeits- und Menschenrechtsverletzungen. Oxfam beklagt eine unzureichende Überprüfung und Berichterstattung zu Walmarts menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten (HRDD). Als eines der größten Unternehmen der Welt ist Walmart zudem ein großer Emittent von Treibhausgasen. Insbesondere die kurz- und langfristigen Ziele werden als unzureichend bewertet. Im Forest 500-Ranking, das die Unternehmen mit dem größten Entwaldungsrisiko und deren Gegenmaßnahmen einschließlich Menschenrechtsschutz bewertet, erreichte das Unternehmen 2022 nur 38%.

Das Agrarunternehmen Wilmar International ist der weltweit größte Palmölproduzent. Im Forest 500-Ranking, das die Unternehmen mit dem größten Entwaldungsrisiko und deren Gegenmaßnahmen einschließlich Menschenrechtsschutz bewertet, erreichte das Unternehmen 2022 nur 37%. Im Jahr 2020 verließ Wilmar die Steuerungsgruppe des High Carbon Stock Approach (HCSA), was als Umgehung von Nachhaltigkeitsverpflichtungen kritisiert wurde. In Liberia steht Wilmar derzeit wegen seiner Verbindungen zur Maryland Oil Palm Plantation (MOPP), einer Tochtergesellschaft der SIFCA-Gruppe, an der Wilmar zu 27% beteiligt ist, in der Kritik. Ein NGO-Bericht mit Interviews von Gemeindegliedern beklagt Kriminalisierung, Gewalt, Landraub, Umweltverschmutzung und ökologische Zerstörung.

Laut dem Responsible Mining Index gehören die Standorte der Zijin Mining Group mit einem Durchschnittswert von nur 3% zu den Bergwerken mit der schlechtesten Bewertung, wenn es um soziale und ökologische Standards wie Wasserqualität, Arbeitsrechte oder den Umgang mit den Gemeinden geht. Besonders deutlich wird dies an der Kupfermine Bor in Serbien, die unter enormer Luftverschmutzung leidet. Staatliche Studien bestätigen unter anderem ein deutlich erhöhtes Risiko für bösartige Tumoren bei den Gemeindegliedern. Flüsse, Böden und Ackerland sind verseucht. Einheimische werden enteignet. Zijin Mining operiert teilweise ohne Genehmigungen und Umweltverträglichkeitsprüfungen. Seit 2013 ist das Bergbauunternehmen vom Norwegischen Pensionsfonds ausgeschlossen.



dp10quellen.facing-finance.org

Vertiefende Fallstudien

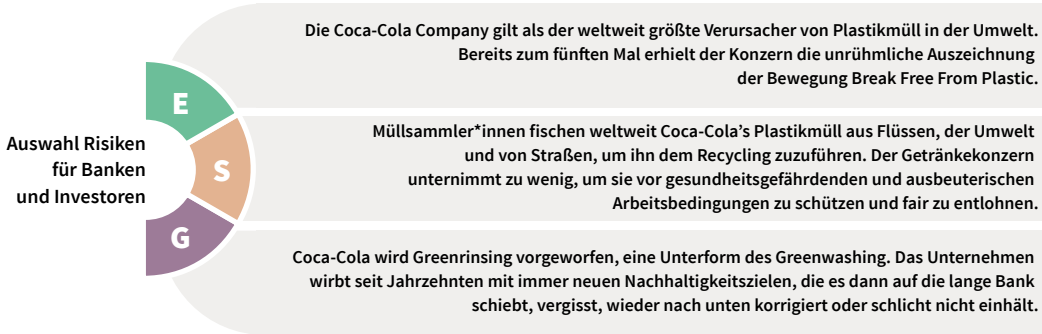


Eine Müllsammlerin auf der Mülldeponie
Kiteezi im Norden von Kampala, Uganda.
© Nirere Sadrach (2022).

Uganda: Ein Binnenland in einem Plastikmeer

„In the 1990s, Coca-Cola had already set itself a target of reaching 25% recycled content in their products. More than 30 years later that figure is still only 10%. [...] Coca-Cola has consistently broken, delayed and reworded their commitments, or otherwise moved the goal-posts and used creative accounting or altogether ignored many of their most impressive sounding commitments.“

Changing Markets Foundation (2020)



11 733 Mio. €

Folgefinanzierungen seit 2013 für Coca-Cola. 4 Banken.

55 952 Mio. €

Investitionen Juli/August 2023 in Coca-Cola. 17 Finanzinstitute.

Folgefinanzierungen

(2013–2023, in Mio. €)

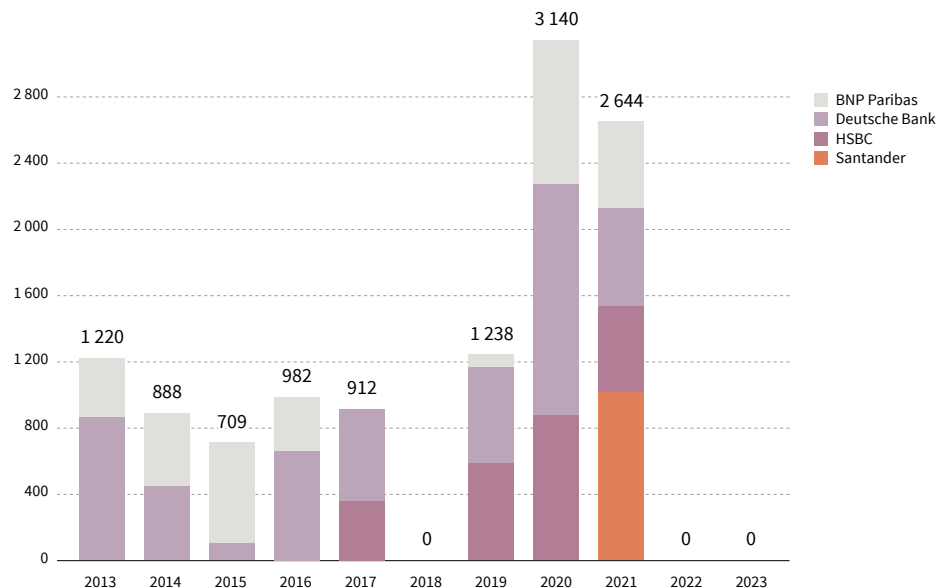
- Vier der fünf untersuchten Banken finanzierten nach Vorwürfen in den Dirty Profits-Berichten 1 (2012), 4 (2016) und 8 (2020) das schädliche Plastikgeschäft von Coca-Cola weiter, indem sie die Ausgabe von Anleihen im Wert von rund 12 Mrd. € unterstützten.
- Ausnahme Crédit Agricole: Seit 2017, dem Jahr nach unserer Kritik, wurden keine Folgefinanzierungen mehr gefunden.
- In den Jahren 2020 und 2021, in denen Coca-Cola zum dritten und vierten Mal von Break Free From Plastic als weltgrößter Verursacher von Plastikmüll in der Umwelt identifiziert wurde, war die Finanzierung besonders hoch.
- In den Jahren 2022 und 2023 erfolgten keine Finanzierungen mehr, auch nicht durch andere Banken.

Aufnahme von Coca-Cola in den Dirty Profits-Bericht

Folgefinanzierungen		
2012	BNP Paribas	seit 2013: 3 199 Mio. €
	Deutsche Bank	seit 2013: 5 190 Mio. €
2016	Crédit Agricole	seit 2017: 0 Mio. €
	HSBC	seit 2017: 2 331 Mio. €
2020	Santander	seit 2021: 1 013 Mio. €

Folgefinanzierungen für Coca-Cola nach Jahren

(2013–2023, in Mio. €)



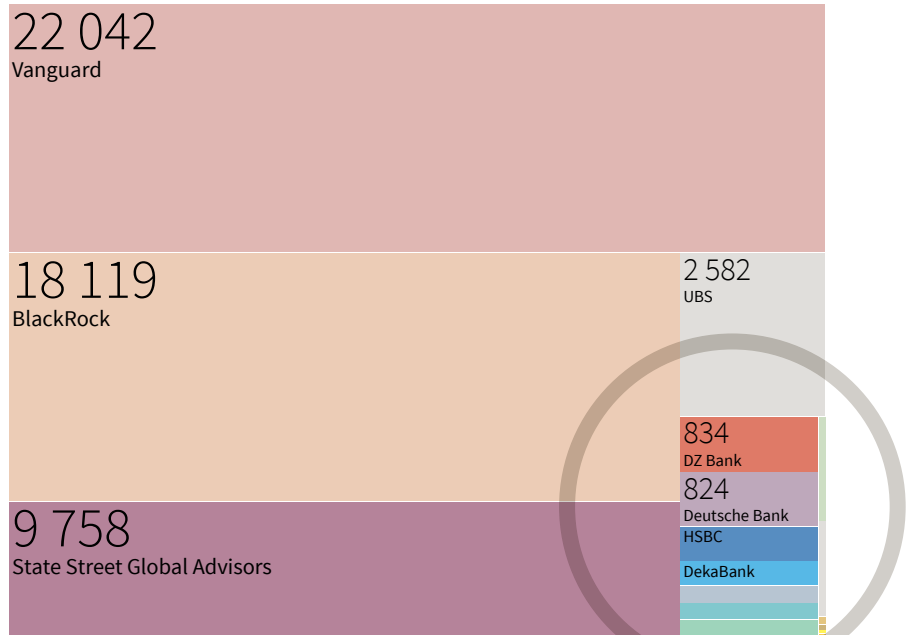
Aktuelle Investitionen

(Juli/August 2023, in Mio. €)

- Kaum in Frage gestellt werden Investitionen in Coca-Cola, trotz anhaltender Kritik wegen übermäßigen Wasserverbrauchs, immenser Plastikmüllproduktion und Greenwashing.
- Die Gesamtinvestitionen aller 17 Finanzinstitute, die in früheren Ausgaben in Coca-Cola investiert haben, belaufen sich zum Zeitpunkt der Untersuchung im Juli/August 2023 auf 55 952 Mio. €.
- Von den 20 seit 2013 analysierten Geldinstituten und Investoren sind mit Argenta, BayernLB und UniCredit nur drei Banken nicht länger investiert.
- Fast 90% der aktuellen Gesamtinvestitionen entfallen auf drei Vermögensverwalter: Vanguard, BlackRock und State Street halten 49 919 Mio. € an Coca-Cola, überwiegend in Aktien.
- Die drei Asset Manager gehören zu den größten institutionellen Aktionären von Coca-Cola und halten zusammen einen Anteil von 17% am Unternehmen (Stand: September 2023). Über diese Beteiligung könnten sie aktiv Einfluss auf die Nachhaltigkeitspolitik von Coca-Cola nehmen – auch im eigenen Interesse. Coca-Cola steht nicht mehr nur für ein Erfrischungsgetränk, sondern auch für einen Konzern, der die Gesundheit von Mensch und Umwelt hinter seinen Profit stellt. Das Unternehmen leidet unter dem Image seiner Plastikflaschen, die die Küsten dieser Welt säumen, unter Vorwürfen wegen seines Zuckergehalts und seiner Auswirkungen auf die Gesundheit von Kindern und Erwachsenen, und langfristig bedroht die Wasserknappheit auch das eigene Geschäftsmodell – ein Problem, zu dem Coca-Cola selbst mit beigetragen hat.

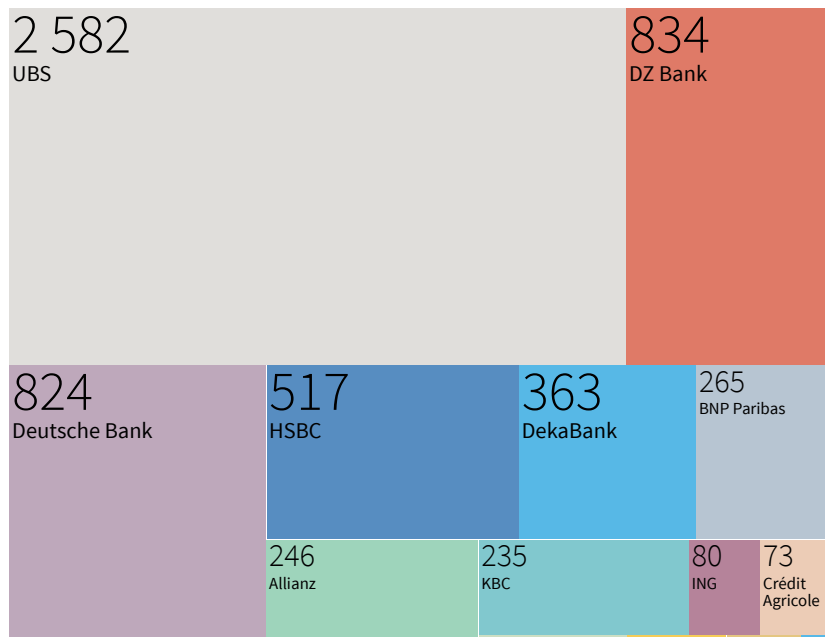
Gesamtinvestitionen in Coca-Cola

(Juli/August 2023, in Mio. €)



Ausschnitt der Gesamtinvestitionen in Coca-Cola

ohne die drei Vermögensverwalter Vanguard, BlackRock und State Street (Juli/August 2023, in Mio. €)





Ein Bericht von
End Plastic Pollution

Uganda ist ein ostafrikanisches Binnenland mit einer Vielzahl ethnischer Gruppen.

Es umfasst eine Fülle von Ökosystemen, hohe Vulkanberge bis hin zu dicht bewaldeten Sümpfen. Afrikas größter und weltweit zweitgrößter Süßwassersee, der *Nalubaale* (auch Viktoriasee genannt), liegt in Uganda. Von hier aus nimmt der mächtige *Kiyira*, der Nil, seine Reise zum Mittelmeer auf.

DIE BEDEUTUNG INDIGENER KULTUREN FÜR DIE UMWELT

Die indigenen Kulturen Ugandas haben eine lange Tradition der Konservierung und Wiederverwendung von Materialien. Indigenes Wissen aus der Kultur der Baganda lehrt Verständnis und Respekt für die Umwelt und ihre einzigartigen Ökosysteme durch Praktiken wie *Bulungi Bwansi* – eine Form gemeinschaftlicher Verantwortung und kollektiven Handelns. Die Viehzüchter*innen der Banyankole und Bahima stellen handgefertigte Gegenstände wie wiederverwendbare Milchkrüge namens *Ebyanzi* her, während die Banyoro ihre Lieblingsspeisen wie das Hirsemehl *Akalo* in kleinen, selbstgeflochtenen Körben aus Sisal servieren.

Die meisten Menschen in Uganda sind tief verwurzelt in den sozialen Überzeugungen und kulturellen Konstrukten ihrer Stämme und Clans, so wie die Baganda, Banyankole oder Banyoro. Sie eint der Respekt vor der Erde und die Überzeugung, dass nichts von ihr genommen werden darf, was nicht wiederverwendet und zurückgegeben werden kann. Allerdings zeichnet sich eine Abkehr von indigenen Lebensweisen ab. Statt Wiederverwendung, Kompostierung und Tausch von Gütern rückt der Konsum von Einwegplastikprodukten immer mehr in den Mittelpunkt des täglichen Lebens. Zahlreiche Gemeinden in Uganda geben ihr traditionelles Wissen und ihre ursprüngliche Lebensweise auf. Verantwortlich für den Massenkonsum, der unter dem Vorwand billigerer und kleinerer Verpackungen für ärmere Bevölkerungsschichten erfolgt, sind internationale Konzerne.

Obleich Plastik als wertvolles und überlebenswichtiges Material für ärmere Bevölkerungsgruppen angesehen werden könnte, stellt es in Uganda eine Bedrohung für die Umwelt dar. Denn Plastik baut sich nicht ab, sondern zerfällt in immer kleine und kleiner werdende Teile. Weil ein großer Teil der Plastikverpackungen nicht gesammelt wird und in der Umwelt verbleibt, nimmt die Plastikverschmutzung in Uganda immer mehr zu. Das Material ist giftig und kann oft nicht recycelt werden, wie etwa im Fall von kleinen Einwegplastiktütchen (sogenannte Sachets). In Städten wie Kampala werden mehr als 70% des täglich anfallenden Abfalls nicht eingesammelt, obwohl es über 30 registrierte Recyclingfirmen gibt, darunter *Plastics Recycling Industries (PRI)*, ein Tochterunternehmen von *Coca-Cola Beverages Africa*. Der am stärksten mit Plastikabfällen verschmutzte Fluss Ugandas befindet sich in der Stadt Mbarara im Westen des Landes – er ist die wichtigste Wasserquelle der Region.

„Wir wurden durch Greenwashing irreführt und beginnen zu glauben, dass unsere indigenen Lebensformen nicht mehr zur Lösung der Plastikverschmutzung beitragen können.“

Wie viele andere afrikanische Länder hat zudem auch Uganda seine Türen für Handelsabkommen geöffnet, die den Zugang für transnationale Unternehmen erleichtern. Infolgedessen hat sich das Abfallproblem in der Region verschärft. Statt von *Bulungi Bwansi* ließe sich auch von *Bubi Bwansi* für die veränderte Beziehung des Menschen zur Natur sprechen.

Ja, in Uganda wurden Gesetze erlassen: Es bestehen Vorschriften, die den Handel und die Verwendung von Plastiktüten, lokal als *Kaveera* bekannt, und anderen Gegenständen verbieten. Auch das Konzept der erweiterten Herstellerverantwortung (EPR) wurde als Umweltschutzmaßnahme eingeführt. Es verpflichtet Hersteller zur Übernahme von Verantwortung für Verschmutzung, Emissionen und Entsorgung aller Arten von Abfällen, einschließlich der Sammlung und des Recyclings von Kunststoffabfällen. Gemäß dem nationalen Umweltgesetz von 2019 müssen Unternehmen, deren Plastikmüll in Gemeinden gefunden wird, eine Strafe zahlen. Allerdings wird dies bisher nicht umgesetzt.

Trotz aller getroffenen Maßnahmen bleibt die große Menge an Plastikmüll eine große Herausforderung und erfordert nachhaltige Lösungen. Es ist höchste Zeit, Investitionen in die Einführung von Mehrwegsystemen für die Wiederverwendung und Wiederbefüllung zu beschleunigen.

WER IST FÜR UGANDAS PLASTIKPROBLEM VERANTWORTLICH?

Nach Einschätzung von *End Plastic Pollution Uganda* geht ein erheblicher Teil des Mülls auf den Konsum von Alltagsgütern zurück – von Getränken und Lebensmitteln bis hin zu Produkten für die Körperpflege. Analysen gesammelten Abfalls, sogenannte Brand Audits, ergaben für 2021 und 2022, dass der internationale Getränkekonzern *Coca-Cola* der größte Verursacher von Plastikverschmutzung im Land ist. Überreste der *Coca-Cola*-Produktfamilie verschmutzen Dörfer, Städte, Feuchtgebiete, Flüsse und Seen. Ein Beispiel: Von den 537 gesammelten Plastikartikeln, die im Jahr 2021 entlang des Fluss *Rwizi* gesammelt wurden, stammten 35% von *Coca-Cola*, so die Ergebnisse des Berichts *Flowing With Plastics* (*End Plastic Pollution* 2022).

Coca-Cola verpackt Flaschen zu einem Preis von nur 500 Uganda-Schilling, was umgerechnet gerade einmal 0,13 US-Dollar entspricht. Das Unternehmen setzt bewusst auf Einwegverpackungen aus Kunststoff unter dem Vorwand, ärmeren Märkten zu helfen. Gleichzeitig verschärft der Getränkeriesen das Plastikproblem in seinem Streben nach Profit, indem er traditionelle Getränke und Geschmacksrichtungen imitiert und irreführend mit einer „Welt ohne Müll“ (*World Without Waste*) wirbt.

Coca-Cola misst mit zweierlei Maß, wenn es um den eigenen Plastik-Fußabdruck in den Ländern des Globalen Südens geht. Bewährte Nachfüll-, Rückgabe- und Pfandsysteme, die im Globalen Norden im Einsatz sind, werden in Schwellenländern als zu teuer und unpraktikabel abgetan. Stattdessen investierte *Coca-Cola* – kurz nach dem Start der Marketinginitiative „*World Without Waste*“ – die stolze

Summe von 15 Mio. US-Dollar in den Ausbau der Produktionsstätte im Namanve Industrial Park, um die Kapazität auf 24 000 Flaschen pro Stunde zu erhöhen und damit allein in Uganda mehr als 4 Millionen Plastikflaschen pro Woche zu produzieren. **Im Jahr 2030 wird die zweimilliardste Plastikflasche vom Band laufen.**

Coca-Cola sammelt den Abfall nicht selbst ein, sondern unterstützt lokale Sammelaktivitäten mit einem Betrag von weniger als 10 000 US-Dollar. Das Unternehmen gibt auch an, Abfallsammler*innen im ganzen Land mit 30 000 US-Dollar unterstützt zu haben. Die Ergebnisse dieser Bemühungen bleiben jedoch fragwürdig. Das Königreich Toro hat beispielsweise mit Unterstützung von Coca-Cola mehrere Müllsammelaktionen am Mpanga-Fluss in Fort Portal durchgeführt, doch der Fluss ist weiterhin voller Plastik. Eine Untersuchung am Rwizi-Flusses durch die Mbarara University of Science and Technology und Coca-Cola wurde nie veröffentlicht.

Uganda sollte so schnell wie möglich mit der Umsetzung von lokal verankerten Zero Waste-Maßnahmen beginnen, die das vorhandene Wissen vor Ort stärken. Unternehmen wie Coca-Cola, die zur Plastikverschmutzung beitragen, sollten dazu ihren Beitrag leisten und in die Pflicht genommen werden, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um die Plastikverschmutzung zu stoppen.

UGANDAS POTENZIAL MOBILISIEREN, UM DIE PLASTIKVERSCHMUTZUNG ZU STOPPEN

Strategien zur Förderung der Mülltrennung auf nationaler Ebene sowie eine enge Zusammenarbeit mit lokalen Müllsammler*innen sind für den Aufbau einer plastikfreien Gesellschaft unerlässlich. Diese sind in vielen Ländern des Globalen Südens, so auch in Uganda, fester Bestandteil der Abfallwirtschaft. Müllsammler*innen spielen eine wichtige Rolle bei der Rückgewinnung von Materialien und verhindern, dass diese die Umwelt verschmutzen oder auf Deponien landen, wie etwa in Kiteezi in Ugandas Hauptstadt Kampala. Durch das Sammeln und Verkaufen von Abfällen zur Sicherung ihres Lebensunterhalts spielen die Abfallsammler*innen eine wichtige Rolle bei der Verwirklichung von Umweltgerechtigkeit und Klimaschutz. Mit dem Einkommen können sie ihre Familien ernähren, eine Unterkunft finden und ihre Kinder zur Schule schicken. Allein die Mülldeponie in Kiteezi zählt über 400 Müllsammler*innen.

Trotz der wichtigen Arbeit der Müllsammler*innen findet ihr Beitrag für die Gesellschaft bisher keine Anerkennung. Ungeachtet ihrer wichtigen sozialen, ökologischen und ökonomischen Rolle sind sie noch immer mit zahlreichen Schwierigkeiten konfrontiert. Soziale Stigmatisierung, Missbrauch, eingeschränkter Deponiezugang durch Stadtverwaltungen und Sicherheitsdienste sind nur einige davon.

Im Rahmen der „World Without Waste“-Initiative verspricht Coca-Cola, für jede verkaufte Flasche eine einzusammeln. Die Sammelziele wurden jedoch auch deswegen nicht erreicht, weil keine Partnerschaften mit Abfallsammler*innen in den Gemeinden eingegangen wurden. Die ugandische Regierung wiederum hat es versäumt, sie in die Umsetzung der Abfallwirtschaftspolitik einzu beziehen und ihnen sicheren Zugang zu Deponien zu ermöglichen.

Die durch Plastikverschmutzung verursachten Umweltschäden in Uganda sind unübersehbar. Viele Gemeinden ersticken unter dem wachsenden Plastikberg. Obwohl die Recyclingquoten in Uganda sehr niedrig sind, setzt Coca-Cola weiterhin auf Einwegplastikflaschen. In der Filmdokumentation „Coca-Cola’s Plastic Promises“ räumt der Getränke riesen zwar ein, dass es in Ländern wie Uganda mit unzureichender Infrastruktur schwierig sei, Abfälle für das Recycling zu sammeln. Eine wirksame Reaktion bleibt aber trotz des Eingeständnisses aus: Alle von End Plastic Pollution gesammelten und analysierten Abfälle bestätigen, dass Coca-Cola der größte Verursacher von Kunststoffabfällen in Uganda ist und zu rund 25% zum täglich anfallenden Plastikmüll beiträgt.

Coca-Cola unterhält kein eigenes Sammelsystem. Vielmehr verlässt sich das Unternehmen in einigen Gegenden allein auf informelle Abfallsammler*innen, die die eigentliche Sammeltätigkeit übernehmen. Mit diesen geht Coca-Cola jedoch keine Partnerschaften ein und bemüht sich auch nicht um eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen. Insbesondere wird nicht sichergestellt, dass die Abfallsammler*innen angemessen bezahlt werden, um ihre Familien ernähren zu können. Stattdessen kauft Coca-Cola in seinen PRI-Fabriken Abfälle von ausbeuterischen Zwischenhändlern, die die Preise für die Materialien manipulieren, um den eigentlichen Sammler*innen weniger zu bezahlen.



Ein Abfallsammler trägt einen Sack Plastikflaschen auf der Mülldeponie Kiteezi im Norden von Kampala, Uganda.
© Nirere Sadrach (2022).

Für ein Kilo Plastikflaschen zahlt Coca-Cola in Uganda 1 000 Schilling. Eine Müllsammlerin oder ein Müllsammler muss dafür etwa 35 bis 45 Flaschen sammeln. Eintausend ugandische Schilling – das ist weniger als ein halber Dollar. Für diesen Betrag kann man noch nicht einmal ein Kilo *Kawunga* (Maismehl) kaufen, das in den meisten Familien als Grundnahrungsmittel Verwendung findet.

DIE FOLGEN DER KUNSTSTOFF-VERSCHMUTZUNG IN UGANDA

Für die Gesundheit

Bei der Verbrennung von Plastikmüll werden Schadstoffe freigesetzt, die die Atemluft vergiften und sowohl Lunge als auch Gehirn schädigen. Nach Angaben des Uganda Lung Institute werden in den urbanen Zentren des Landes viele Kinder aufgrund von Umweltbelastungen wie Luftverschmutzung hospitalisiert.

Cholera, eine schwere akute Infektionskrankheit mit wässrigem Durchfall und Erbrechen, die binnen Stunden zum Tod führen kann, ist in Uganda endemisch. In mehreren Städten, darunter Kampala, Hoima, Mbale und im Distrikt Kyegegwa, hat die Cholera zu zahlreichen Todesfällen geführt. Die bakterielle Magen-Darm-Infektion kann sich auf vielen Wegen ausbreiten. Mülldeponien und ein hohes Abfallaufkommen in den Gemeinden können dazu beitragen, dass die Krankheit sich unbemerkt verbreitet. Plastikverschmutzung ist einer der Gründe für den Mangel an öffentlicher Hygiene und verursacht hohe Kosten für die Beseitigung, die Uganda nicht stemmen kann.

Für das Klima

Plastik steht in engem Zusammenhang mit Ugandas Kampf gegen Ernteaussfälle, zunehmende Hitze, Wasserknappheit, lange Dürreperioden, starke Regenfälle, flutartige Überschwemmungen, Erdbeben und vieles mehr. Denn Kunststoffe tragen während ihres gesamten Lebenszyklus zum Klimawandel bei.

Im Distrikt Bududa im Osten Ugandas kam es in den letzten zwei Jahrzehnten fast jedes Jahr zu Erdbeben. In der Stadt Mbale forderten heftige Regenfälle im vergangenen Jahr mehrere Todesopfer, zerstörten Eigentum im Wert von Milliarden Uganda-Schilling und führten zu einer Nahrungsmittelknappheit im Osten des Landes. Auch in der Region Ruwenzori im Westen Ugandas ereignen sich immer wieder ähnliche Vorfälle. Im Jahr 2021 wurde im Bezirk Kasese ein großes Krankenhaus, Schulen, Straßen und Ackerland überschwemmt, was zu schweren Gesundheitsproblemen und Nahrungsmittelknappheit führte.

Es sind Konsumgüterunternehmen wie Coca-Cola, die den Ausbau der fossilen Brennstoffindustrie mit dem Wunsch nach Produktionssteigerungen vorantreiben. Auch der ugandische Präsident sieht in der Kunststoffindustrie als zukünftigem Absatzmarkt für Ugandas Öl eine wirtschaftliche Chance. Doch durch die Kombination von Chemikalien und fossilen Brennstoffen setzt Plastik in jeder Phase seines Lebenszyklus Treibhausgase frei. Die zunehmende Konzentration der Gase in der Atmosphäre beschleunigt den Klimawandel und trifft das stark klimaexponierte Uganda besonders hart.

Die Produktion und Entsorgung von Plastik ist für ugandische Gemeinden eine Frage von Umweltgerechtigkeit. Aufgrund fehlender Sammelformen ist das Land nicht auf den Umgang mit dem hohen Plastikmüllaufkommen vorbereitet. Coca-Cola's Festhalten an der Produktion von Plastik untergräbt die nationalen Bemühungen, die Emissionen im Einklang mit dem Pariser Abkommen niedrig zu halten. Die Geschäftspraktiken des Getränkekonzerns bedeuten, dass Uganda nicht in der Lage sein wird, die Ziele des bevorstehenden globalen Plastikabkommens zu erreichen.

Die Produktion großer Mengen an Einwegverpackungen aus Kunststoff durch Coca-Cola hat die Freisetzung großer Mengen an Kohlenstoffemissionen zur Folge. Im Jahr 2020 produzierte das Unternehmen weltweit 2 981 421 Tonnen Kunststoff, was einem CO₂-Ausstoß von 14 907 710 Tonnen entspricht. Die weltweiten Kosten der Treibhausgasemissionen über den gesamten Lebenszyklus von Kunststoffen belaufen sich auf mehr als 171 Mrd. US-Dollar, die gesamtgesellschaftlichen Kosten auf 7,1 Bio. US-Dollar. Dass Coca-Cola mit einem Jahresumsatz von über 33 Mrd. US-Dollar im Jahr 2020 nicht in nachhaltige Lösungen investiert, sondern stattdessen mit Greenwashing seine destruktiven Geschäftspraktiken zu kaschieren sucht, ist angesichts dessen inakzeptabel (Break Free From Plastic 2021, 21).

Uganda hat eine der jüngsten Bevölkerungen der Welt. Mehr als 75% der Bevölkerung sind unter 45 Jahre alt. Coca-Cola übergeht die Tatsache, dass seine Kundschaft von den langfristigen Folgen der Plastik- und Klimakrise am stärksten betroffen sein wird. Junge Menschen im Globalen Süden sind am härtesten von den Folgen der Klimakrise und der Plastikverschmutzung betroffen, haben aber kaum Möglichkeiten, etwas dagegen zu tun. Aus diesem Grund werden die Brand Audits von End Plastic Pollution auch weiterhin die Bedürfnisse und Stimmen junger Menschen in den Vordergrund stellen.

Für die Landwirtschaft

Uganda produziert eine breite Palette von Nahrungsmitteln und Nutzpflanzen wie Kaffee, Tee, Zuckerrohr, Mais, Bohnen und eine Fülle von Getreidesorten. 70% der Bevölkerung sind direkt in der Landwirtschaft beschäftigt. Als agrarisch geprägte Volkswirtschaft hat Uganda viel zu verlieren, wenn Kunststoffe die Böden belasten.

Plastik verändert die physikalischen und biologischen Eigenschaften des Bodens. Mikroplastik gefährdet nachweislich das Bodenleben, indem es wichtige Lebewesen wie Regenwürmer tötet, die Durchlüftung des Bodens behindert, seine Zersetzungsfähigkeit schwächt und den Nährstoffgehalt verringert. Die Folge sind karge Böden, auf denen keine Pflanzen gedeihen. Die Fähigkeit von Mikroplastik, Pflanzengewebe zu durchdringen, wurde ebenfalls bestätigt (Chang et al. 2022). Weil Landwirt*innen ihre Felder vor der Bewirtschaftung erst säubern müssen, erhöht Plastikmüll auch die Kosten in der Landwirtschaft. Die Wasserqualität ist ein weiteres Problem: Das Wasser aus den Abfällen verunreinigt nicht nur die Wasserquellen in den Gemeinden rund um die Deponien, sondern sickert auch in den Boden.

Die Rinderhaltung ist die am weitesten verbreitete Tätigkeit in West-Uganda und sauberes Wasser daher in mehrfacher Hinsicht unverzichtbar. Für Haushalte und Industrie in der Region ist der Fluss Rwizi die wichtigste Wasserquelle. Viehzüchter*innen in den Bezirken Rushere, Sheema, Ntungamo, Ibanda und Mbarara sind zum Tränken ihrer Tiere direkt auf das Wasser des Flusses angewiesen. Die Rinder sind somit der Belastung durch Mikroplastik im Trinkwasser ausgesetzt, das sowohl ihr Fleisch als auch die Milch belastet.

Mit mehr als einer Million Geflüchteten, die täglich mit Nahrungsmitteln versorgt werden müssen, gehört Uganda zu den afrikanischen Ländern mit einem sehr hohen Nahrungsmittelbedarf. Lokale Bäuer*innen erzeugen einen Großteil dieser Lebensmittel. Beeinträchtigt die Plastikproduktion das Pflanzenwachstum und die Bodenproduktivität, kann Uganda die Ernährungssicherheit nicht gewährleisten und Anstrengungen in der Flüchtlingshilfe und Hungerbekämpfung werden untergraben.

Für den Tourismus.

Der Tourismus ist ein weiteres Opfer der zunehmenden Plastikverschmutzung. Die Branche riskiert ihre Existenz und den Lebensunterhalt von Millionen Menschen. Der Tourismus leistet einen wichtigen Beitrag zur Wirtschaft Ugandas, das jährlich rund 1,5 Millionen internationale Ankünfte und eine steigende Zahl inländischer Touristen verzeichnet. Uganda hat großes Potenzial, sich als Reiseziel mit außergewöhnlichen Natur- und Kulturerlebnissen zu positionieren. Die zunehmende Verschmutzung durch Plastik stellt jedoch eine ernsthafte Bedrohung für den Sektor dar.

Der Nil ist eine der durch Plastikverschmutzung gefährdeten Tourismusattraktionen. Die Liste der Flüsse, die die Ozeane am stärksten mit Plastik verschmutzen, wurde inzwischen um ihn erweitert. Der Kampf gegen die Plastikflut im *Kiyira* muss von Uganda aus geführt werden.

Der Mpanga fließt durch Naturwälder und ist mit den beiden Seen Lake George und Lake Edward verbunden. In der Stadt Fort Portal verursacht der mit Plastik verschmutzte Fluss sichtbare Schäden. Plastikflaschen aus den Kunststoffen PET und HDPE sind die Hauptursache.

Der Rwizi, der am stärksten mit Plastikmüll verschmutzte Fluss Ugandas, mündet im Westen des Landes in den See Mburo. Hier befindet sich der Mburo-Nationalpark, der für seine Impalas, Leoparden, Büffel und viele andere Wildtiere bekannt ist und mehr als 350 Vogelarten beheimatet. Auch die größte Zebra-Population Ugandas ist hier anzutreffen.

In der Umgebung des Viktoriasees leben über 40 Millionen Menschen, die auf den See angewiesen sind. Es gibt 23 Zuflüsse zum Viktoriasee und einen Abfluss in den Nil. Verschiedene Chemikalien in Kunststoffen verschmutzen den See, darunter Polyethylen, Polypropylen, Polyethylenterephthalat, Polyamid (Nylon) und Polyvinylchlorid. Diese Stoffe werden als Polymere bezeichnet. Sie sind häufig in Plastikflaschen und -verpackungen von Coca-Cola zu finden. Viele touristische Attraktionen sind durch die zunehmende Verschmutzung mit Plastik bedroht. Hotspots der Plastikverschmutzung sind die Fischenanlandungen auf der ugandischen Seite des Viktoriasees. Fischer*innen an Anlandeplätzen wie Ggaba in Kampala und Kiyindi im Distrikt Buikwe leiden besonders unter der Krise der Plastikverschmutzung. Besucher*innen, die sich an der Schönheit der Landschaft, der Flora und Fauna Ugandas erfreuen, essen auch viel Fisch aus den zahlreichen Seen des Landes. In jedem fünften Fisch aus dem Viktoriasee wurde inzwischen Mikroplastik nachgewiesen. Größere Fischarten wie der Nilbarsch *Empusa* und der Buntbarsch *Engege* können Plastikteile wie Flaschendeckel mit Nahrung verwechseln und verschlucken. Beim Verzehr von Fischen, die Plastik aufgenommen haben, können Chemikalien wie Additive im Mikroplastik krebserregende Krankheiten auslösen.

ZEIT ZU HANDELN

Ungeachtet der negativen Auswirkungen auf die Umwelt hat sich Coca-Cola für ein lineares Geschäftsmodell entschieden, bei dem Produkte nur zum Verkauf und Kauf, zum kurzzeitigen Gebrauch und zum anschließenden Wegwerfen hergestellt werden. Selbst wenn Verbraucher*innen den Wunsch haben, Einwegplastik zu vermeiden, stehen ihnen oft keine Alternativen zur Verfügung, weil Unternehmen wie Coca-Cola ihnen keine anderen Möglichkeiten anbieten.

Die Menschen in Uganda können sich nicht mehr auf die freiwilligen Selbstverpflichtungen von Coca-Cola verlassen. Sie können nicht länger darauf hoffen, dass sich das Unternehmen um seinen Plastikmüll in der Umwelt kümmert, wenn es sich doch in der Realität lediglich um Scheinlösungen bemüht. Coca-Cola hat es versäumt, seine Verpackungen so umzugestalten, dass sie ohne Einwegplastik auskommen. Noch immer setzt man in der Konzernzentrale vorwiegend auf Neuplastik aus fossilen Rohstoffen.

Das Problem wird dadurch verschärft, dass Uganda häufig mit Scheinlösungen wie der Verbrennung von Abfällen oder anderen umweltschädlichen Methoden der Müllverbrennung umworben wird. Verbrennungsanlagen sind nicht für den afrikanischen Kontext ausgelegt. Sie sind ein Import auf einen Kontinent, der nicht über die nötige Infrastruktur für den Betrieb von Verbrennungsanlagen verfügt. Bei der Förderung solcher Anlagen stehen Unternehmen, die neue, unerschlossene Märkte erobern wollen, an vorderster Front. Die Folge ist der Kauf teurer Abfallentsorgungssysteme durch Lokalregierungen und damit eine Verstärkung der negativen Auswirkungen auf die Umwelt.

Obwohl die Verbrennung von Plastikabfällen zum Klimawandel beiträgt, nimmt sie weiter zu. Uganda gehört zu den Ländern, die am stärksten vom Klimawandel bedroht sind und gleichzeitig über nur unzureichende Anpassungskapazitäten verfügen. In einem Land, das stark vom Regenfeldbau abhängig ist, wirken sich die zunehmende Häufigkeit und Intensität extremer Wetterereignisse sowie unberechenbare Jahreszeiten besonders negativ aus.



Statt in immer mehr Deponien und Müllverbrennungsanlagen zu investieren, die auf trockene und brennbare Abfälle angewiesen sind, sollte Uganda sein enormes Reservoir an Abfallvermeidungsstrategien nutzen. Ein großes Potenzial besteht auch bei organischen Abfällen, die etwa 50% des gesamten Abfallstroms ausmachen.

Es sind viele Worte, aber nur wenige Taten im Spiel. Uganda kann es sich nicht leisten, dass Gemeinden an Seen oder Flüssen unter Bergen von Wegwerfplastik verschwinden. Es sind die Menschen in Uganda, die mit den Dürren, Hitzewellen, Ernteaussfällen, Überschwemmungen, Erdbeben und anderen Wetterextremen von morgen leben müssen – im Gegenzug für die in Einwegplastik verpackte Abhängigkeit von heute.

Coca-Cola setzt nach wie vor massiv auf Einweg. Mit seinem Geschäftsmodell macht sich das Unternehmen in jeder Phase des Lebenszyklus von Plastikflaschen der Verletzung von Menschenrechten und einer ungerechten Klimapolitik schuldig. Die Menschen in Uganda, aber auch die für das Land enorm wichtige Agrarwirtschaft oder Tourismusbranche, sind in hohem Maße von der Plastik- und Klimakrise betroffen, haben aber gleichzeitig kaum Möglichkeiten, die notwendigen strukturellen Veränderungen zur Lösung dieser Herausforderungen herbeizuführen. Es sind einmal mehr die einkommensschwachen Gemeinden in Ländern des Globalen Südens, die die Last der Fehlentscheidungen milliardenschwerer Konzerne tragen. Die Folge sind erhebliche finanzielle Belastungen, die zu Unrecht von den Steuerzahler*innen in Uganda getragen werden müssen. Erst wenn die ugandische Regierung wirksame Gegenmaßnahmen ergreift, um Coca-Cola zur Verantwortung zu ziehen, dürfte sich an dieser Situation etwas ändern.

Die Kosten für Treibhausgase aus der Produktion von Kunststoffen und der Entsorgung von Abfällen belasten Regierungen und Bürger*innen, weil Steuereinnahmen zur Finanzierung der Abfallentsorgung verwendet werden. Auch die marinen Ökosysteme sind von diesen Kosten betroffen, mit Auswirkungen auf die Fischerei, den Tourismus und die Landwirtschaft. Der größte Preis für die Plastikverschmutzung wird jedoch der Zukunft junger Menschen auferlegt: Für das Erbe einer Welt, eingehüllt in Plastik, zahlt eine ganze Generation.

Klar ist: Das Problem der Plastikverschmutzung in Uganda lässt sich nicht durch individuelles Handeln oder leere Selbstverpflichtungen der verantwortlichen Unternehmen lösen.

— Nirere Sadrach, End Plastic Pollution

End Plastic Pollution, Teil der weltweiten Bewegung Break Free From Plastic, setzt sich in Uganda für ein Wirtschaften ohne Einwegplastik ein.
© Nirere Sadrach (2022).

Bis zum letzten Tropfen

Auswahl Risiken für Banken und Investoren



Der Wasserverbrauch von Coca-Cola ist entlang der gesamten Wertschöpfungskette sehr hoch. Dies gilt nicht nur für die Abfüllanlagen, sondern insbesondere auch für den Zuckeranbau.

Ob in der Vergangenheit in Indien oder heute in Mexiko: Von Dürre betroffene Gemeinden, die auf die Verteilung von Wasser angewiesen sind, werfen den Abfüllern von Coca-Cola vor, für die Trockenheit verantwortlich zu sein.

Zwei Probleme, eine PR-Strategie: Ebenso trügerisch wie das Mantra, für jede verkaufte Flasche oder Dose eine zu recyceln, ist der Slogan für jeden verbrauchten Tropfen Wasser einen zurückzugeben.



Sinkender Grundwasserspiegel, versiegende Brunnen: Die ehemalige Coca-Cola-Fabrik führte zu Protesten der Bewohner von Mehndiganj.
© Jenni Roth (2012).

Im Jahr 1993 versuchte der amerikanische Getränkekonzern mit dem geschwungenen Schriftzug *The Coca-Cola Company* nach 16-jähriger Unterbrechung wieder Fuß in Indien zu fassen. Doch statt eines freundlichen Empfangs sah sich das Unternehmen bald mit landesweiten Kampagnen lokaler Gemeinden konfrontiert. Der Vorwurf: Verursachung von Wasserknappheit und Verunreinigung von Grundwasser und Böden in und um seine Abfüllanlagen.

Die Kampagnen, um Coca-Cola zu Rechenschaft zu ziehen, haben das Unternehmen „Millionen von Dollar an Umsatzeinbußen und Anwaltskosten in Indien gekostet und seinen Ruf andernorts zunehmend geschädigt“ (Stecklow 2005). Die Kampagnen führten dazu, dass viele Abfüllanlagen ihren Dienst einstellen mussten. Neue Anlagen konnten gar nicht erst in Betrieb genommen werden.

Coca-Cola siedelte über seine Tochtergesellschaften Hindustan Coca-Cola Beverages Private Limited und Franchise-Abfüller viele Abfüllanlagen in Indien an. Die Standortwahl erfolgte in erster Linie unter dem Gesichtspunkt der „Geschäftskontinuität“ und des leichten Marktzugangs (SEC 2017). Die Verfügbarkeit von Wasserressourcen spielte dagegen nur eine untergeordnete Rolle (teri 2006).

Ein Bericht von
India Resource Center

India
Resource
Center

Die Folge war die Ansiedlung vieler Abfüllbetriebe in Gebieten, in denen ohnehin Wasserknappheit herrschte. Der Wasserbedarf der Anlagen konnte nicht aus den knappen Grundwasservorkommen gedeckt werden.

Grundwasser ist in Indien die wichtigste Wasserquelle für Landwirtschaft und Haushalte (Roome 2022). In wasserarmen Gebieten Anlagen zu errichten, bedeutete daher schnell, in direkte Konkurrenz zu landwirtschaftlichen und privaten Grundwassernutzenden zu treten. Die Gemeinden im Umkreis der Coca-Cola-Abfüllanlagen waren infolge der austrocknenden Brunnen nur noch eingeschränkt mit Wasser versorgt. Besonders hart traf es Landwirt*innen, deren Wasserquellen seit Beginn der Tätigkeit von Coca-Cola in der Region versiegten.

Coca-Cola wurde zudem vorgeworfen, durch unkontrollierte Einleitung von Abwässern und Feststoffabfällen das Grundwasser und den Boden in der Umgebung seiner Abfüllanlagen zu verschmutzen, was später von staatlichen und unabhängigen Stellen bestätigt wurde.

Das wiederkehrende Muster zunehmender Wasserknappheit und Verschmutzung in der Nachbarschaft von Coca-Cola's Abfüllanlagen gilt als Ursache für die von den Gemeinden geführten Kampagnen, mit denen das Unternehmen für seine umweltschädliche Firmenpolitik zur Rechenschaft gezogen werden sollte.

ERFOLGE DER KAMPAGNEN — AKTUELLE SITUATION

Die Kampagnen der Gemeinden gegen Coca-Cola in den letzten zwei Jahrzehnten waren sehr erfolgreich. Sie reichen aber nicht aus, um die Ausbeutung eines öffentlichen Gutes — des Grundwassers — für die Profitinteressen von Konzernen grundsätzlich zu stoppen.

Der Widerstand gegen neue Coca-Cola-Abfüllanlagen führte dazu, dass mehrere geplante Coca-Cola-Abfüllanlagen auf Eis gelegt wurden, darunter 2003 in Sivaganga in Tamil Nadu, 2014 in Charba in Uttarakhand, 2015 in Perundurai in Tamil Nadu und 2022 in Babai in Madhya Pradesh (Frontline 2015; Kavita 2015; Kazmin 2015; Tomar 2022).

Die Kampagnen konnten weitere Erfolge verzeichnen: In Mehdiganj wurde eine bereits fertiggestellte Erweiterung im Wert von 25 Mio. US-Dollar nicht in Betrieb genommen, weil die Regierungsbehörden infolge einer Kampagne der Gemeinden im Jahr 2014 nicht bereit waren, die Genehmigung zu erteilen (Mosendz 2014). Mehrere andere Betriebe, darunter die zweitgrößte Abfüllanlage des Unternehmens in Dasna, Uttar Pradesh, wurden von den Behörden wegen Umweltverstößen vorübergehend stillgelegt und sollen unter verschärften Auflagen weiterbetrieben werden (Business Standard 2016; CGWA 2014). Als Reaktion auf die Kampagnen führte die indische Regierung zudem strengere Richtlinien ein, die verhindern sollen, dass wasserintensive Industrien in wasserarmen Gebieten betrieben werden.

Coca-Cola hat nach eigenen Angaben aus den Erfahrungen mit den Kampagnen in Indien Lehren für den Umgang mit Wasser gezogen (Coca-Cola 2018). Weltweit will das Unternehmen entsprechende Verbesserungen im Wassermanagement vorgenommen haben. Ob diese ernsthaft umgesetzt werden, bleibt abzuwarten.

Den Gemeinden selbst ist mit der Schließung der Abfüllanlagen jedoch nicht abschließend geholfen. Zurück bleiben die Schäden, die Coca-Cola verursacht hat. Nach dem Verursacherprinzip müsste der Getränkekonzern für die verursachten Schäden haften und für die Sanierung aufkommen. Entschädigungszahlungen hat Coca-Cola jedoch nie geleistet und damit anderen Unternehmen signalisiert, dass sie mit verantwortungslosen Entscheidungen wie der Ansiedlung von Abfüllanlagen in wasserarmen Gebieten und der Verschmutzung der Umwelt ungestraft davonkommen können.

Es ist wichtig darauf hinzuweisen, dass die Verantwortung von Coca-Cola bereits geklärt ist. So räumte das Unternehmen im Fall der Abfüllanlage in Kala Dera vor Gericht ein, dass der sinkende Grundwasserspiegel für die Schließung des Betriebs mitverantwortlich war (India Resource Center 2016).

2011 verabschiedete die Bundesversammlung von Kerala, die höchste gewählte gesetzgebende Körperschaft des Bundesstaates, einen Gesetzentwurf zur Einrichtung eines Sondertribunals (Plachimada Coca-Cola Victims Relief and Compensation Claims Special Tribunal Bill), um die Opfer von Coca-Cola in Plachimada zu entschädigen, und verpflichtete das Unternehmen, rund 26 Millionen US-Dollar für die Schäden zu zahlen, die seine bereits 2004 stillgelegte Abfüllanlage verursachte. Der Gesetzentwurf, der den Empfehlungen einer hochrangigen Kommission folgte, wurde allerdings aufgrund der zögerlichen Haltung der indischen Zentralregierung nie in Kraft gesetzt (Basheer 2016; India Resource Center 2010).

Im Fall von Mehdiganj verkaufte Coca-Cola die Hauptanlage an einen indischen Franchisenehmer, SLMG Beverages, der den Abfüllbetrieb schließlich im November 2021 einstellte (Ambwani 2021). Die Schließung der Abfüllanlage war aufgrund des zunehmend schwierigen Grundwasserzugangs nur eine Frage der Zeit. Wie zuvor beschrieben, lehnte die nationale Grundwasseraufsichtsbehörde bereits 2014 den Antrag von Coca-Cola ab, eine fertige Erweiterungsanlage in Betrieb zu nehmen. Der Begründung lag schon damals eine Einstufung der Grundwasserressourcen des Gebietes als „übernutzt“ zugrunde (CGWA 2014). In allen drei Fällen erwiesen sich die Grundwasservorräte in den Gebieten, in denen Coca-Cola operierte, als endlich. Aus diesem Grund muss der Getränkekonzern für die von ihm verursachten Schäden haftbar gemacht werden und für die Sanierung aufkommen. Die indische Regierung zögert jedoch auf Entschädigungszahlungen zu bestehen, womöglich weil sich ein solcher Schritt negativ auf das ausländische Investitionsklima in Indien auswirken könnte.

ÜBERBLICK ÜBER DAS WATER STEWARDSHIP-PROGRAMM VON COCA-COLA

Als Reaktion auf die Kampagnen in Indien, gab Coca-Cola eine Reihe ehrgeiziger Water-Stewardship-Programme in Indien und rund um den Globus bekannt, um „jeden verbrauchten Tropfen zurückzugeben“. 2007 verpflichtete sich der Getränkekonzern, wasserneutral werden zu wollen, und somit die Wasserressourcen durch seinen Geschäftsbetrieb nicht mehr zu beeinträchtigen. Bereits 2016 gab das Unternehmen bekannt, das Ziel der Wasserneutralität fünf Jahre früher als geplant erreicht haben zu wollen (Harvey 2016).

Das Wasserneutralitätskonzept wurde im November 2007 unter anderem von Coca-Cola, dem Weltwirtschaftsrat für Nachhaltige Entwicklung und dem World Wildlife Fund entwickelt – allerdings mit folgender Einschränkung (Gerbens-Leenes 2007):

„Im engeren Sinn ist der Begriff ‚wasserneutral‘ problematisch und kann sogar irreführend sein. Es ist oft möglich, den Wasserfußabdruck zu verringern, aber es ist im Allgemeinen unmöglich, ihn auf Null zu senken.“

Mutmaßlich im Wissen um diesen Etikettenschwindel führte Coca-Cola das Konzept der „Wasserneutralität“ ein und verkündete es öffentlichwirksam.

Der Ansatz birgt im Kern drei Probleme: Erstens ist es, wie Coca-Cola im eigenen Strategiepapier feststellt, schlicht unmöglich, wasserneutral zu werden – zumal für ein Unternehmen mit einem Jahresverbrauch von über 300 Milliarden Liter Wasser (Coca-Cola Australia 2016).

Zweitens berücksichtigt der von Coca-Cola zur Bestimmung der Wasserneutralität verwendete Indikator nur den Wasserverbrauch an den Abfüllstandorten, also am Ort der Produktion, nicht aber das Wasser, das im Lebenszyklus der Produkte anfällt. Darunter fällt zum Beispiel Wasser, das beim Anbau von Zuckerpflanzen für die Herstellung des Süßgetränks verbraucht wird.

COCA-COLAS (PR-)STRATEGIEN

Coca-Cola will seinen Wasserverbrauch – also die Menge für die Herstellung eines Liters Getränk – in Indien im Jahr 2019 auf rund die Hälfte auf 1,74 Liter reduziert haben. Gemeint ist allerdings nur der Wasserverbrauch in den Abfüllanlagen (Achary 2021). Da der größte Teil des für die Getränkeproduktion benötigten Wassers in der Lieferkette anfällt und in der Unternehmensberechnung unberücksichtigt bleibt, handelt es sich um eine verzerrte Darstellung (Ertug et al. 2011, 731). Der Wasserfußabdruck von Softdrinks in Indien, der den Wasserverbrauch während des gesamten Lebenszyklus einschließlich des lokalen Anbaus von Rohrzucker mit einbezieht, dürfte um ein Vielfaches höher ausfallen und wurde 2010 vom Water Footprint Network (dem Coca-Cola angehörte) auf 442 Liter für die Herstellung eines Liters geschätzt (Ertug et al. 2011, 730). Die große Diskrepanz zwischen den Zahlen verdeutlicht die Unzulänglichkeit der Berechnungen, die das Unternehmen zur Untermauerung seiner Behauptungen zur Wasserneutralität verwendet.

Drittens wurde festgestellt, dass die Wassersparmaßnahmen, die Coca-Cola in Indien zur Erreichung seiner erklärten Ziele ergriffen hat, oft unzureichend waren, weil genaue Messmethoden nicht angewendet wurden. Zum Beispiel behauptete Coca-Cola 2008 in Kala Dera, dass durch das Auffangen von Regenwasser fünfmal so viel Wasser aus dem Grundwasser gewonnen wie verbraucht werde. Diese Behauptung wird in einem Schreiben an die Universität Michigan aufgestellt, aber gleichzeitig das Fehlen von Messgeräten eingeräumt (Coca-Cola 2008). Wie diese Zahlen zustande kamen, konnte Coca-Cola nicht überzeugend darstellen.

Ein von Coca-Cola finanzierter Bericht kam 2006 zu dem Schluss, dass einige der Wassersparprojekte des Unternehmens „marode“ seien (teri 2006). Besuche von Journalist*innen und der lokalen Bevölkerung bei mehreren Projekten im Laufe der Jahre haben gezeigt, dass die Wartung mangelhaft und die Wassersparprojekte häufig wirkungslos seien.

Die Antwort von Coca-Cola auf den schlechten Umgang mit Wasser in Indien und anderswo war eine ehrgeizige PR-Kampagne. Mit der Realität vor Ort hatte sie oft wenig zu tun. Eine ähnliche Strategie ist bei der Bekämpfung von Plastikmüll und der Reduzierung von CO₂-Emissionen zu beobachten.

Infolge der Kampagnen in Indien ist Coca-Cola dazu übergegangen, in Abfüllanlagen Oberflächenwasser anstelle von Grundwasser zu verwenden. Darüber hinaus hat das Unternehmen einige seiner Abfüllanlagen restrukturiert und an indische Franchise-Unternehmen verkauft (Business Standard 2016). Dies soll es dem Unternehmen mit Sitz in Atlanta wohl ermöglichen, einer direkten Haftung zu entgehen.

Coca-Cola setzt in Indien weiterhin auf PR als Mittel zur Imagepflege. Der Getränkekonzern kooperiert mit großen Nachrichtenmedien, Nichtregierungsorganisationen, UN-Organisationen, Bollywood-Stars und sogar Universitäten, um sich als verantwortungsbewusstes Unternehmen zu präsentieren. Die Realität ist jedoch, dass das Unternehmen weiterhin an Orten mit Wasserknappheit operiert, das Grundwasser und den Boden in der Umgebung seiner Anlagen verschmutzt und die Öffentlichkeit mit unrealistischen Behauptungen über den Schutz der Wasserressourcen täuscht.

FORDERUNGEN AN COCA-COLA

- ▶ Coca-Cola sollte alle Abfüllaktivitäten in Gebieten mit strapazierten Grundwasserreserven beenden. Das hätte zur Folge, dass das Unternehmen und seine Franchisenehmer die Abfüllung in Grundwassergebieten, die die Regierung als gefährdet einstuft, einstellen müsste.
- ▶ Coca-Cola sollte aufhören, Konflikte mit Gemeinden über Wasserknappheit und Verschmutzung als Public-Relations-Problem zu behandeln. Stattdessen sollte das Unternehmen diese Missstände operativ angehen, indem es konkrete Veränderungen in seiner Arbeitsweise vornimmt.
- ▶ Coca-Cola sollte seine Getränke nicht mehr in Einwegplastikflaschen abfüllen, die in Indien und anderswo eine Hauptquelle der Plastikverschmutzung sind und nur in geringem Maße recycelt werden.
- ▶ Coca-Cola muss sich an das Verursacherprinzip halten: Das Unternehmen muss die Gemeinden für die von ihm verursachten Schäden entschädigen und für die Sanierung der natürlichen Ressourcen aufkommen.

EMPFEHLUNGEN FÜR BANKEN UND INVESTOREN

Die Abfüllanlagen von Coca-Cola haben in vielen Gemeinden Leben und Existenzgrundlagen zerstört. Die Probleme, mit denen von Wasserknappheit geplagte Gemeinden als direkte Folge des Abfüllbetriebs umgehen müssen, sind enorm:

Für die Landwirtschaft bedeutet Wassermangel geringere Ernten und Einkommen.

Die Verschmutzung des Grundwassers durch den Betrieb von Coca-Cola in Gebieten wie Mehdiganj und Plachimada hat dazu geführt, dass es für den Hausgebrauch nicht mehr geeignet ist. Die Reinigung des kontaminierten Grundwassers ist aufwendig und kostspielig. Frauen, die im ländlichen Indien die Hauptverantwortung für die Beschaffung von Wasser für den Hausgebrauch tragen, müssen längere Wege zurücklegen, um an Trinkwasser zu gelangen, da die Brunnen versiegt sind. Manche Familien haben den Schulbesuch eingeschränkt, damit die Kinder bei solchen Tätigkeiten mithelfen können. Diese Problematik führte schließlich auch dazu, dass viele Frauen sich aktiv an den Protesten gegen Coca-Cola beteiligten.

Die Erschöpfung und Verschmutzung der Grundwasserressourcen in der Umgebung einiger Abfüllanlagen von Coca-Cola bedeutet eine extreme Unsicherheit für die dort lebenden zukünftigen Generationen – denn ohne Wasser, kein Leben. Da die Landwirtschaft unter diesen Bedingungen kaum Zukunftsperspektiven bietet, ist zu erwarten, dass viele junge Menschen aus den betroffenen Regionen abwandern.



Kein Sinn für Ironie? Der Plakatdruck eines Fotos von Krügen und einer Handwasserpumpe vor einem typischen Coca-Cola-Wandbild, aufgenommen in der von Wasserknappheit geplagten Stadt Chennai in Indien, brachte den Konzern gegen den Fotografen Sharad Haksar auf.
© Amit Srivastava / India Resource Center (2005).

Coca-Cola's Reaktion auf die Sorgen der Bevölkerung war problematisch. In den ersten Tagen schob das Unternehmen die Schuld für die Proteste einer Handvoll „Linker“ zu. Als sich die Proteste schließlich über das ganze Land ausbreiteten, begegnete Coca-Cola der wachsenden Opposition mit PR-Maßnahmen anstatt Änderungen an den Betriebsabläufen vorzunehmen. Um die Erfahrungen der Gemeinden in Indien zu widerlegen, schuf das Unternehmen seine eigenen „Fakten“.

In einem Artikel der New York Times über Deepak Talwar, Coca-Cola-Lobbyist in Indien, heißt es (Giridharadas 2006):

„Talwar's Lobbyarbeit bestand unter anderem darin, dafür zu sorgen, dass jede staatliche oder private Studie, die das Unternehmen der Umweltschädigung beschuldigte, durch eine andere Studie in Frage gestellt wurde. Außerdem [...] setzte er sich bei hochrangigen Regierungsangestellten dafür ein, die Anliegen des Unternehmens zu unterstützen, in der Hoffnung, dass deren Einfluss – zusätzlich zu den widersprüchlichen Studien – die Wissenschaftler der Regierung davon abhalten würde, ein eindeutiges Urteil gegen das Unternehmen zu fällen.“

Bis heute bedient sich Coca-Cola in Indien ähnlicher Taktiken, um Bedenken gegen das Unternehmen zu zerstreuen.

Die ökologischen und sozialen Auswirkungen des Abfüllbetriebs von Coca-Cola in Indien, die längst nicht vollständig behoben sind, sollten Finanzinstituten und Anlegern Anlass zur Sorge geben: Das rücksichtslose Verhalten und die offenen rechtlichen und finanziellen Verpflichtungen könnten dem Unternehmen und seinen Investoren schaden. Dass Coca-Cola seine Versäumnisse in Indien vor allem durch PR-Maßnahmen zu kaschieren suchte, zeigt ein Versagen der Unternehmensführung. Finanzunternehmen sollten sich nicht von den Versprechungen von Coca-Cola blenden lassen und ihre Geschäftsbeziehungen zu dem Unternehmen, dessen Rhetorik nicht mit der Realität in Einklang steht, neu bewerten.

— Amit Srivastava, India Resource Center



Deka Werbung „Sinnvestoren“

hey,
wir sind's.
anleger?
ganz normale sparer?
einfach menschen wie du und ich.
die eine gute zukunft wollen.
und wie hoch ist hier der zinssatz?
zinsen?
das gibt's doch gar nicht mehr.
okay.
und was machen wir dann mit unserer kohle?
an den kapitalmärkten investieren.
investieren?
sorry alter.
klingt voll nach grauen anzügen.
und wichtigem getue.
sehen wir so aus?
investieren das klingt nach jeder steht für sich.
mensch papa, grad jetzt geht es doch um viele.
och nina.
und wir,
haben da noch ein paar fragen.
blau? natürlich rot wenn es um mein geld geht.
ja.
denn hat unser geld nicht auch verantwortung?
wie für unsere ella.
na sonnenschein?
sonnenschein, wasser, luft.
wie gehen wir mit unserer welt um?
Und wie miteinander?
hey!
und wie gestalten wir digitalisierung so,
dass sie für uns alle zukunft schafft?
Und an dieser zukunft kann ich mich schon jetzt beteiligen?
mit meinem geld.
Okay.
und das macht jetzt wirklich alles ein sinn?
ja.
sind wir dann nicht eher SINNVESTOREN?
ja.
sinnvestieren ist das neue investieren.
wir alle wünschen uns eine lebenswerte zukunft.
und unsere vielfältigen anlagestrategien zahlen sich aus.
für sie.
die gesellschaft.
und die generation von morgen.
deka investments.
ähm.
deka SINNVESTMENTS

Greenwashing

Grün, grüner, am grünsten: Marketing vs. Wirklichkeit

Das Bewusstsein für Nachhaltigkeit im Alltag hat in den letzten Jahren stark an Bedeutung gewonnen: Die Coca-Cola-Flasche kommt im nachhaltigen Gewand aus „recyceltem Meeresplastik“ einher; der Fonds leistet einen „Impact“ zum Klimaschutz. Ob Konsumgüterkonzern oder Finanzbranche – die Vermarktung eines grünen Images ist zu einer beliebten Marketingstrategie für Unternehmen geworden. Und ein echtes Problem. So sind laut EU-Kommission 5% der grünen Werbeversprechen in der EU „vage, irreführend oder unfundiert“, 40% gelten als nicht belegt (Europäische Kommission 2023a). Stellen sich Unternehmen auf diese Weise nachhaltiger und umweltfreundlicher dar, als sie und ihre Produkte es sind, spricht man von „Greenwashing“ (lpb-bw 2023). Derzeit geben zwei Drittel der US-Manager an, dass ihr Unternehmen Greenwashing betreibt (Peters 2022).

Coca-Cola ist die Spitzenreiterin unter den Greenwashing-Firmen. Die Strategie des Getränkeriesen: Lautstark hohe Ziele stecken und vermarkten, um sie dann klammheimlich zu brechen, zu verwässern oder immer weiter in die Zukunft zu verschieben. Immer wieder versprach der Konzern, der – wie fünf Brand Audits in Folge belegen – der größte Verursacher von Einwegplastikabfällen in der Umwelt ist, sich um seinen Müll zu kümmern (BFFP 2022, 2f.). Schon 1990 nahm sich Coca-Cola beispielsweise vor, neue Flaschen zu mindestens 25% aus recyceltem Plastik herzustellen. Doch das Ziel wurde immer wieder verschoben, verändert oder aufgeweicht (Changing Markets 2020, 21). Für die Taktik, Nachhaltigkeitsziele immer wieder kurz vor dem Zieltermin zu ändern, gibt es mittlerweile einen eigenen Begriff: „Greenrinsing“ (Willis 2023). Erkennen progressive Banken und Investoren diesen Marketingtrick nicht, finanzieren und investieren sie weiterhin Unternehmen, die zwar Transformationswillen vorgeben, in der Realität aber an umweltschädlichen Praktiken festhalten. Das zeigt auch ein Blick in die Datenbank Faire Fonds-Info: Von 1 782 als nachhaltig klassifizierten Fonds, halten 267 sogenannte ESG-Fonds Anteile von Coca-Cola, das sind 15%.

Das gesellschaftliche Interesse an Nachhaltigkeit wächst auch im Finanzsektor und trifft dort auf fruchtbaren Boden. Viele Banken werben mit Nachhaltigkeit und appellieren an die Verantwortung ihrer Kundschaft, investieren aber gleichzeitig in Kohlekraftwerke oder finanzieren neue Ölpipelines. Zwar ist im Rahmen der europäischen Sustainable Finance-Strategie, insbesondere im Hinblick auf die Taxonomie- und Offenlegungsverordnungen, auch Bewegung in die Greenwashing-Thematik gekommen. Eine gesetzliche Definition von nachhaltigen Geldanlagen existiert jedoch immer noch nicht. Die Banken definieren dies also weitgehend nach eigenem Ermessen. Hinzu kommt, dass die Nachhaltigkeitsbewertungen der Banken nicht von unabhängigen Stellen überprüft werden (Verbraucherzentrale Baden-Württemberg 2023). So hat die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) keinen gesetzlichen Auftrag, umweltpolitische Ziele zu verfolgen. Aufgabe der BaFin sollte es aber sein, bei den Vermögensverwaltern auf mehr Transparenz zu drängen und die Qualität der Offenlegung zu kontrollieren. Dazu gehört es auch, irreführende Vermarktung zu verhindern, um die Verbraucher*innen zu schützen.

Wirbt eine deutsche Großbank mit dem TV-Spot „Sinnvestieren“, so liegt dem ein sehr eigenes Verständnis von Sinn und Nachhaltigkeit zugrunde: Von dem tolerierten 40%igen Umsatzanteil bei der Kohleverstromung erfahren Anleger*innen erst auf der Webseite der Bank (DekaBank n.d.). Ein Blick in die Datenbank Faire Fonds-Info zeigt: Von 139 als nachhaltig eingestuften Fonds (Art. 8 oder Art. 9 der EU-Offenlegungsverordnung) der Deka sind 27 in fossile Unternehmen investiert – das betrifft jeden fünften Deka-Fonds mit nachhaltigem Anlageziel gemäß der EU-Offenlegungsverordnung. Über nachhaltige Investmentfonds und Impact-Aktien versprach die DekaBank ihren Kund*innen zudem, einen nachhaltigen Einfluss in der Abfalleinsparung und Wasseraufbereitung erzielen zu können. Erst über eine Unterseite konnten die Anleger*innen erfahren, dass die Berechnung ihres Einflusses auf Schätzungen beruhte und nicht alle Unternehmen des Fonds berücksichtigt wurden. Nach einer Klage der Verbraucherzentrale nahm die Deka ihren „Nachhaltigkeitsrechner“ vom Netz (Verbraucherzentrale Baden-Württemberg 2021).

WARUM IST GREENWASHING EIN PROBLEM?

Coca-Cola kann durch Greenwashing mit 300 Plastikflaschen, die zu 25% aus energieintensiv recyceltem „Meeresplastik“ bestehen, von dem Plastikmüllberg ablenken, den der Konzern minütlich produziert (Coca-Cola 2019). Und die Deka kann mit dem Versprechen nach Rendite und gutem Gewissen zum „Sinnvestieren“ animieren, z.B. mit dem Deka-Nachhaltigkeit Dividendenstrategie Aktienfonds – der scheinbar nachhaltig in Öl, Gas und Kohle investiert.²

Greenwashing gesellt sich in eine unternehmerische Tradition, in der Probleme selten benannt und dafür oft verschleiert werden. Als Marketingstrategie hilft es Unternehmen, von ihren Klima- und Umweltsünden abzulenken. In der Realität verstetigt es umweltschädliche Unternehmenspraktiken und verschärft globale Krisen: sei es die Plastikkrise durch immer mehr Plastikmüll oder die Erderwärmung durch mangelnde Transformation wie im Fall der fossilen Industrie.

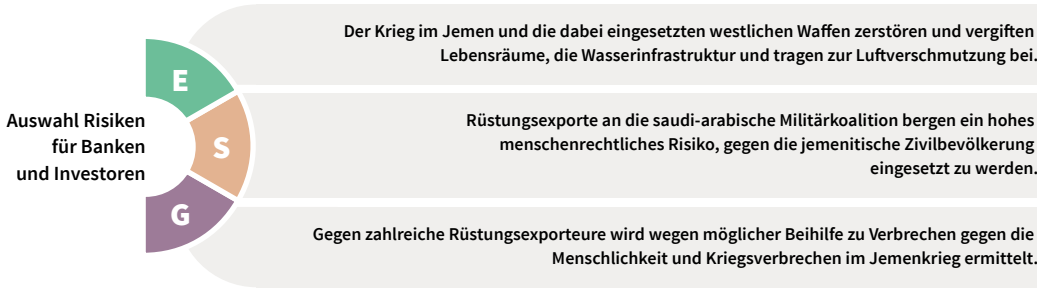
Um nachhaltigere Entscheidungen treffen zu können, sind nicht nur Verbraucher*innen, sondern auch Finanzdienstleister auf wahrheitsgetreue Informationen von Unternehmen angewiesen. Doch auf die Selbstauskünfte vieler Unternehmen ist kein Verlass. Das zeigen die oben genannten Fälle. Welche Unternehmen wirklich nachhaltig wirtschaften und welche nicht, ist schwer zu erkennen. Notwendig für einen echten Wandel sind mehr Transparenz und Kontrolle, eine ganzheitlichere Darstellung von Nachhaltigkeit in Unternehmen und im Finanzsektor sowie ein offener Umgang mit Abwägungsentscheidungen und Zielkonflikten (Umweltbundesamt 2022). Der neue Richtlinienvorschlag der EU-Kommission vom März 2023 ist ein begrüßenswerter Vorstoß, der Irreführung durch Greenwashing Einhalt zu gebieten – jedoch nicht in allen Unternehmen, denn der Finanzsektor ist in dem Entwurf wieder einmal ausgenommen (Europäische Kommissionen 2023b).

Erst wenn es keinem Unternehmen mehr möglich ist, Greenwashing zu betreiben und sie gezwungen sind ihre Defizite offenzulegen, ist ein großer Schritt hin zu echter Nachhaltigkeit getan.

Waffenexporte und der Jemen: Eine tödliche Investition

„With Yemen experiencing an unparalleled humanitarian crisis, the Group of Eminent International and Regional Experts regrets that the conflicting parties continue to engage in serious violations of international human rights law and international humanitarian law, and that third States continue to provide arms and military support to parties to the conflict, with little regard for the immense suffering caused to the people of Yemen.“

UN Group of Eminent International and Regional Experts on Yemen (HRC 2021)



22 196 Mio. €

Folgefinauzierungen seit 2020 für 10 Rüstungsexporteure. 10 Banken.

6 613 Mio. €

Investitionen Juli/August 2023 in 12 Rüstungsexporteure 14 Finanzinstitute.

Folgefinauzierungen

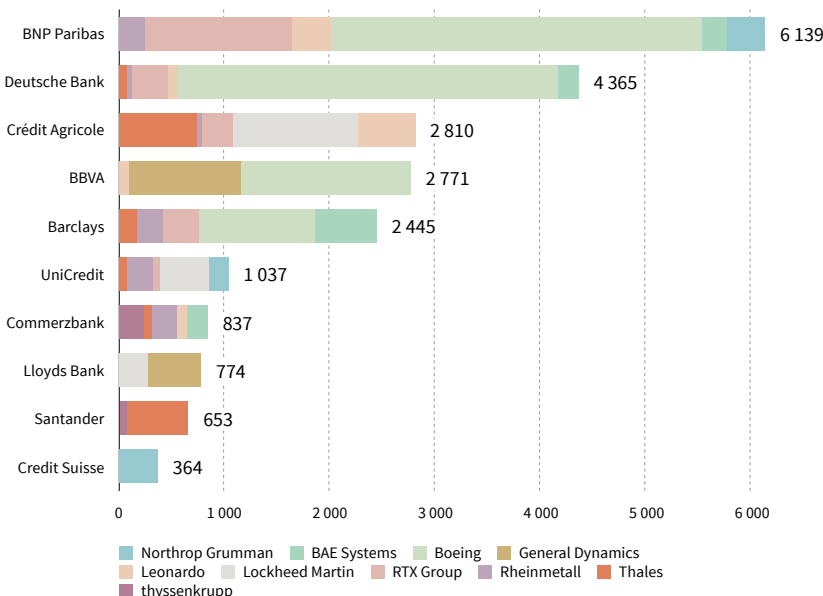
(2020–2023, in Mio. €)

- Seit 2020 wurden Finanzierung in Höhe von über 22 Mrd. € an zehn Waffenproduzenten, die Rüstungsgüter an Konfliktparteien im Jemenkrieg lieferten, in Form von Krediten und Unterstützung bei der Begebung von Aktien und Anleihen gewährt.
- Die Finanzierung von Unternehmen, die Rüstungsgüter an Konfliktparteien im Jemenkrieg exportieren, ist seit unserer ersten Recherche in 2019 rückläufig.
- Boeing ist mit Abstand der größte Empfänger von Finanzierung im Untersuchungszeitraum. Tatsächlich entfallen fast 45% der Gesamtsumme auf den Konzern, ein Großteil davon im Jahr 2020. Die Konzernkrise der zivilen Luftfahrtsparte nach zwei vorangegangenen Flugzeugabstürzen und einem kurzzeitigen Entzug der Flugzulassung dürfte hier die entscheidende Rolle gespielt haben.
- Die größten Finanziere der Rüstungsproduzenten seit 2020 sind die französische BNP Paribas (6 139 Mio. €) und die Deutsche Bank (4 365 Mio. €).
- Die Lloyds Bank (über 80%) und die UniCredit (um 75%) haben ihre Finanzierung im Vergleich zur vorherigen Untersuchung deutlich reduziert.

Im Kontext des Jemen-Krieges untersuchte Rüstungsexporteure

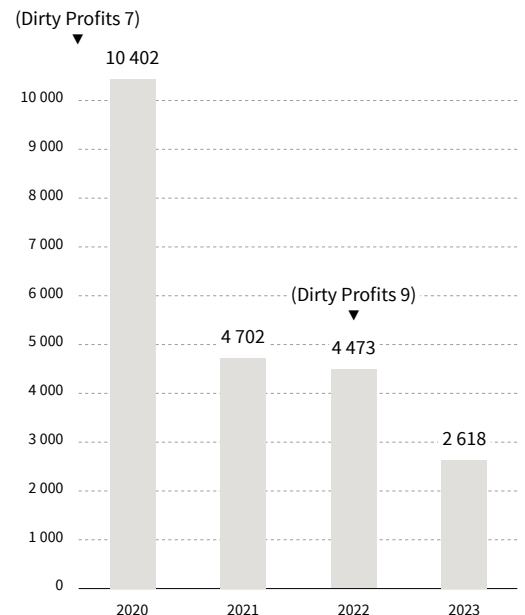
Unternehmen	Folgefinauzierungen seit 2020 (Mio. €)
Boeing	9 857 Mio. €
RTX Corporation	2 460 Mio. €
Lockheed Martin	1 921 Mio. €
Thales	1 705 Mio. €
General Dynamics	1 566 Mio. €
BAE Systems	1 226 Mio. €
Leonardo	1 189 Mio. €
Rheinmetall	1 056 Mio. €
Northrop Grumman	918 Mio. €
thyssenkrupp	298 Mio. €

Folgefinauzierungen seit 2020 für die 10 Rüstungsexporteure nach Banken (in Mio. €)

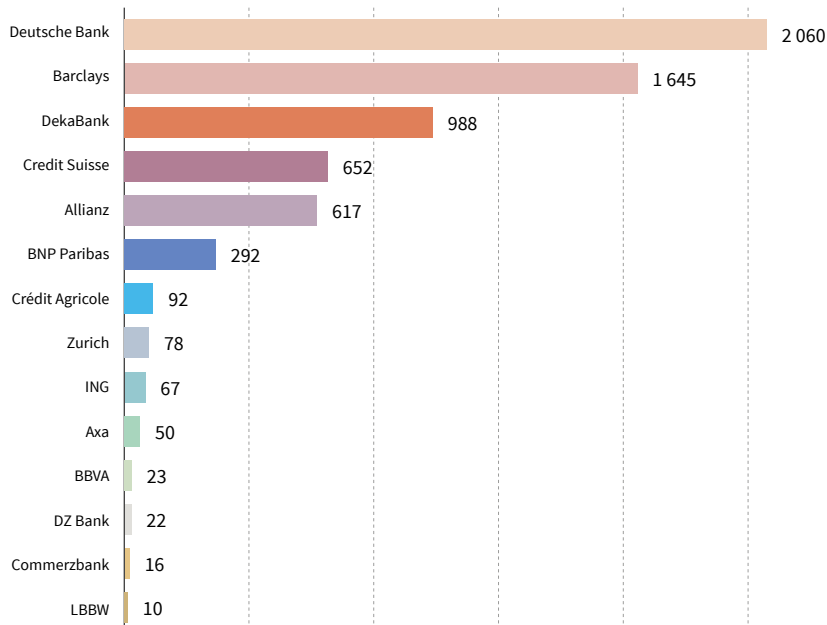


Folgefinauzierungen (insg.) pro Jahr

(in Mio. €)



Investitionen der seit 2019 untersuchten Finanzinstitutionen Stand Juli/August 2023 (in Mio. €)

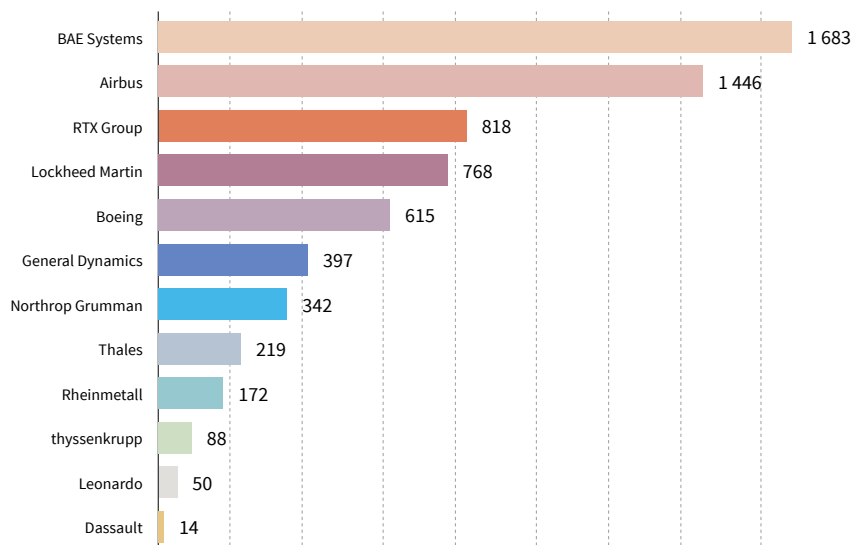


Aktuelle Investitionen

(Juli/August 2023, in Mio. €)

- Die Gesamtinvestitionen aller 14 Finanzinstitutione, die in den früheren Ausgaben Dirty Profits 7 (2019) und/oder Dirty Profits 9 (2022) in die 12 Rüstungsexporteure investiert haben, belaufen sich zum Zeitpunkt der Untersuchung auf 6 613 Mio. € in Form von gehaltenen Aktien und Anleihen. Sie sind gegenüber früheren Untersuchungen rückläufig.
- Etwas über 55% der aktuellen Gesamtinvestitionen entfallen auf die Deutsche Bank und Barclays: Sie halten 3 705 Mio. € an den Rüstungsproduzenten.
- Die Deutsche Bank ist in allen 12 Rüstungsproduzenten investiert, die Allianz und die BNP Paribas in neun der Unternehmen. Die Anzahl der investierten Unternehmen, die mit Rüstungsexporten an Konfliktparteien im Jemen in Verbindung gebracht werden, deutet auf unzureichende Richtlinien hin.
- Die britische Lloyds Bank, die spanische Santander und die italienische UniCredit sind in keinem der kritisierten Rüstungsproduzenten mehr investiert.

Investitionsempfänger Stand Juli/August 2023 (in Mio. €)



Der Konflikt im Jemen begann im September 2014, als die bewaffnete Gruppe Ansar Allah (Huthi) die jemenitische Stadt Sanaa gewaltsam einnahm. Präsident Abdrabbuh Mansur Hadi floh daraufhin ins südlich gelegene Aden und erklärte die Stadt zur provisorischen Hauptstadt des Landes. Nachdem die Gruppe Ansar Allah bis nach Aden vorgedrungen war, floh Präsident Hadi weiter nach Saudi-Arabien.

Am 26. März 2015 startete eine Koalition aus neun Staaten unter Führung von Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) eine Militäroffensive zur Unterstützung Präsident Hadis und seiner Regierung gegen die mit Ex-Präsident Ali Abdullah Saleh verbündeten Ansar-Allah-Einheiten.

Trotz zahlreicher Vermittlungsbemühungen, einschließlich Waffenstillstandsvereinbarungen und Friedensverhandlungen, ist der Jemen seither in einem bewaffneten Konflikt gefangen.

WAFFENLIEFERUNGEN UND MILITÄRHILFE AUS DEM WESTEN

Die Vereinigten Staaten (USA) haben die Militärkoalition mit nachrichtendienstlichen Informationen, logistischer Unterstützung, Training und Luftbetankung versorgt und einen erheblichen Teil der Waffen geliefert (Mwatana for Human Rights 2021). Auch Großbritannien, Frankreich und Deutschland haben die von Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten geführte Koalition mit Waffen und in einigen Fällen auch mit anderen Formen militärischer Unterstützung aufgerüstet. Zivilgesellschaftliche Organisationen, die den Einsatz von Waffen aus amerikanischer und britischer Produktion im Jemen-Konflikt dokumentieren, haben wiederholt den Einsatz dieser Waffen unter Verletzung des humanitären Völkerrechts festgestellt (Mwatana for Human Rights 2019; Wearing 2016; AOA 2018; Amnesty International UK 2015).

DIE FOLGEN DES WAFFENEINSATZES FÜR DIE ZIVILBEVÖLKERUNG

In zahlreichen Berichten lokaler und internationaler Menschenrechtsgruppen, darunter Mwatana for Human Rights, Human Rights Watch, Amnesty International und die von den Vereinten Nationen mandatierte Gruppe hochrangiger Expert*innen (UN Group of Eminent Experts, UN GEE), wird auf schwerwiegende Verletzungen des Völkerrechts und mögliche Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch die von Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten angeführte Koalition bei den Luftangriffen hingewiesen. In vielen Fällen waren von anderen Staaten gelieferte Rüstungsgüter im Einsatz. Ungeachtet einer erdrückenden Beweislage lieferten westliche Länder unbeirrt Waffen an die Militärkoalition und verstießen damit gegen ihre Verpflichtungen aus dem Vertrag über den Waffenhandel (Arms Trade Treaty, ATT), gegen europäisches Recht und eigene nationale Gesetze.

Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und andere Mitglieder der Koalition haben zur Entstehung einer schweren humanitären Krise im Jemen beigetragen. Rechtswidrige Luftangriffe

forderten schwere Verluste unter der Zivilbevölkerung. Schulen und Gesundheitseinrichtungen wurden zerstört. Die Bombardierung von Feldern und Bewässerungssystemen diente als Methode der Kriegsführung zur Aushungerung der Zivilbevölkerung (Mwatana for Human Rights 2020a; Mwatana for Human Rights 2020b).

Berichten zufolge haben die Hochrangige Expertengruppe der Vereinten Nationen für Jemen (GEE), das Expertenpanel der Vereinten Nationen für Jemen (PoE) und zahlreiche internationale Organisationen und Nichtregierungsorganisationen wie Mwatana festgestellt, dass die von Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten geführte Koalition und andere Kriegsparteien im Zusammenhang mit dem Konflikt schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechte begangen haben, darunter Angriffe auf Zivilpersonen und nichtmilitärische Infrastruktur.

In ihrem Bericht aus dem Jahr 2020 hielt die GGE fest, dass „Luftangriffe weiterhin von Koalitionskräften ohne angemessene Beachtung der internationalen Rechtsgrundsätze der Unterscheidung, Verhältnismäßigkeit und/oder Vorsicht durchgeführt werden. [...] Diese willkürlichen Angriffe töten und verletzen Zivilisten und beschädigen kritische Infrastrukturen wie Gesundheitseinrichtungen“ (HRC 2020). Darüber hinaus haben die von der Koalition gegen den Jemen verhängten Restriktionen wie die Seeblockade und die Schließung des internationalen Flughafens von Sanaa sowie anderer Flughäfen den Zugang zu Hilfslieferungen eingeschränkt. Ebenso hat Ansar Allah negative wirtschaftliche Maßnahmen umgesetzt, darunter die Einbehaltung von Löhnen und Gehältern und die Umleitung von Steuern, um ihre Kriegsanstrengungen zu finanzieren. All diese Maßnahmen treffen die Zivilbevölkerung unverhältnismäßig hart und berauben sie der für ihr Überleben unverzichtbaren Güter. Das Aushungern wird von der GGE als unmenschlich eingestuft, was auf ein Kriegsverbrechen hindeutet.

NACHWEIS WESTLICHER HERSTELLER BEI ANGRIFFEN AUF DIE ZIVILBEVÖLKERUNG, FALLBEISPIEL 1



Gefahr aus der Luft. Reste einer gelenkten „Präzisionsbombe“ der US-amerikanischen Paveway-Serie.
© Mwatana for Human Rights (2020).

Am Freitag, den 14. Februar 2020, gegen 23.45 Uhr, warfen Flugzeuge der von Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten geführten Koalition eine Reihe von Bomben auf das Dorf Al Saidah

im Gouvernement Al Jawf ab. Sie töteten 32 Zivilpersonen, die Mehrheit Kinder und Frauen. Weitere 21 Menschen, darunter zwölf Kinder und sechs Frauen, wurden verletzt. Der Luftangriff zerstörte ein Haus und beschädigte zwei weitere.

Mitarbeitende von Mwatana fotografierten die Überreste der Waffe, die bei dem Angriff verwendet wurde. Nach Angaben eines Waffenexperten handelte es sich bei den Überresten um den Lenkmechanismus einer gelenkten Bombe der Serie GBU-Paveway, die in den USA hergestellt wird. Dieses Modell wird sowohl von Raytheon als auch von Lockheed Martin gefertigt. Möglicherweise besitzen auch andere Länder Lizenzen zur Herstellung einiger Modelle der Paveway-Serie (Mwatana for Human Rights 2020c).

NACHWEIS WESTLICHER HERSTELLER BEI ANGRIFFEN AUF DIE ZIVILBEVÖLKERUNG, FALLBEISPIEL 2

Am Samstag, den 8. Oktober 2016, gegen 3 Uhr morgens, warfen Kampfflugzeuge der von Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten geführten Koalition vier Bomben auf ein Wohngebiet im Dorf Dir Al Hajari im Gouvernement Hudaydah ab. Bei dem Angriff wurden sechs Mitglieder einer Familie getötet, darunter eine schwangere Frau und vier Kinder im Alter von bis zu zehn Jahren. Vier Wohnhäuser wurden zerstört. Der von Mwatana beauftragte Waffenexperte stellte anhand fotografischer Beweise von Waffenfragmenten, die am Ort des Angriffs gefunden wurden, fest, dass bei dem Angriff eine in den USA hergestellte GBU-16-Bombe verwendet wurde (Mwatana for Human Rights 2019).

Serienmarkierungen auf den Überresten der Aufhängung, mit der die Bombe am Flugzeug befestigt wurde, deuten darauf hin, dass die Aufhängung von RWM, einer italienischen Tochtergesellschaft des deutschen Unternehmens Rheinmetall, hergestellt wurde.



Überreste der Bomben-Aufhängung.
© Mwatana for Human Rights (2016).

ANHALTENDE JURISTISCHE AUFARBEITUNG

Im Dezember 2019 haben Mwatana und andere zivilgesellschaftliche Organisationen eine Mitteilung nach Artikel 15 beim Internationalen Strafgerichtshof eingereicht. Sie forderten das Büro des Anklägers auf, Vorwürfe zu untersuchen, wonach Führungskräfte der Rüstungsfirmen Airbus Defence and Space S.A. (Spanien), Airbus Defence and Space GmbH (Deutschland), BAE Systems Plc (Großbritannien), Dassault Aviation S.A. (Frankreich), Leonardo S.p.A. (Italien), MBDA UK Ltd (Großbritannien), MBDA France S.A.S. (Frankreich), Raytheon Systems Ltd. (Großbritannien), Rheinmetall AG (Deutschland) über ihre Tochtergesellschaft RWM Italia S.p.A. (Italien) und Thales (Frankreich) sowie weitere wirtschaftliche und politische Akteure Kriegsverbrechen begangen haben sollen, indem sie die Genehmigung und den Export von Rüstungsgütern an Mitglieder der von Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten angeführten Koalition autorisierten (Amnesty International UK 2019; ECCHR et al. 2020).

Im Jahr 2018 erstattete Mwatana gemeinsam mit dem European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) und weiteren zivilgesellschaftlichen Organisationen Strafanzeige bei der italienischen Staatsanwaltschaft gegen Führungskräfte des italienischen Rüstungsunternehmens RWM Italia, eine Tochter der deutschen Rheinmetall AG, und italienische Regierungsbeamte. Hintergrund der Anzeige sind Rüstungsexporte an Saudi-Arabien und andere Mitglieder der Koalition, die gegen EU-Recht und den Waffenhandelsvertrag ATT verstoßen (ECCHR 2023).

Im Juni 2019 entschied das britische Berufungsgericht auf Antrag der Kampagne gegen Waffenhandel (Campaign Against Arms Trade, CAAT), dass das Versäumnis der britischen Regierung zur Durchführung einer Sorgfaltsprüfung für Waffenexporte nach Saudi-Arabien rechtswidrig war (CAAT 2021). Nachdem die Regierung behauptet hatte, die Anordnung des Gerichts umgesetzt zu haben, kündigte sie im Juli 2020 die Wiederaufnahme von Waffenverkäufen an Saudi-Arabien an. Doch schon im darauffolgenden Jahr wurde dem Antrag von CAAT auf gerichtliche Überprüfung dieser Entscheidung stattgegeben (Sabbagh 2021). Mwatana reichte eine Zeugenaussage von Radhya Al Mutawakel, Mitbegründerin und Vorsitzende von Mwatana, zusammen mit detaillierten Vor-Ort-Untersuchungen mehrerer Luftangriffe ein, die eindeutig ein Muster von Verstößen gegen internationales Recht durch die von Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten geführte Koalition im Jemen aufzeigten (Mwatana for Human Rights 2022).

Im Juni 2022 reichte Mwatana zusammen mit weiteren Menschenrechtsorganisationen eine Klage gegen drei französische Rüstungshersteller ein, um deren mögliche Beihilfe zu Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit aufzuklären. Tatsächlich setzten Dassault Aviation, MBDA France und Thales Group ihre Waffenlieferungen und Wartungsdienstleistungen an Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate fort, obwohl sie von den Verbrechen der Koalition wussten.

Do no significant harm? Bombenstimmung in Investmentfonds

Besonders freuen darf sich derzeit eine Branche: die Rüstungsindustrie. Nicht nur, dass der russische Angriffskrieg auf die Ukraine die Nachfrage nach Waffensystemen in die Höhe getrieben hat. Der Krieg zieht auch seine Kreise in der Investmentbranche. Er beflügelte beispielsweise den Aktienkurs von Rheinmetall, der im Vergleich zur Situation vor Kriegsbeginn von 90 auf mittlerweile 270 Euro gestiegen ist (Stand: Oktober 2023).

Die durch den Angriffskrieg veränderte Lage in Europa hat im Kontext von *Sustainable Finance* eine neue Grundsatzdebatte über die soziale (Un-)Nachhaltigkeit von Rüstungsgütern ausgelöst. Auf EU-Ebene zielte die soziale neben der ökologischen Taxonomie darauf ab, private Kapitalströme verstärkt in gesellschaftlich als wertvoll erachtete Wirtschaftsaktivitäten zu lenken. Die Waffenlobby stand an vorderster Front der Bemühungen, als sozial eingestuft zu werden, und ignorierte dabei den inhärenten Widerspruch zwischen ihren Aktivitäten und den Prinzipien sozialer Nachhaltigkeit (Freybott 2023).

Andere Langzeitkonflikte und humanitäre Katastrophen, wie z.B. im Fall des Jemenkriegs, werden in der aktuellen Diskussion oft vernachlässigt. Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate, die in den letzten Jahrzehnten größten Importeure von Waffen aus dem Westen, sind Konfliktparteien im Krieg im Jemen,

EMPFEHLUNGEN

Sowohl Unternehmen als auch Regierungsbeamte, die an Rüstungstransfers dieser Art mitwirken, laufen Gefahr, wegen Beihilfe zu Kriegsverbrechen im Jemen angeklagt zu werden. Die Entwicklung umfassender Exportkontrollregime zur Einhaltung der Bestimmungen des internationalen Vertrags über den Waffenhandel (Arms Trade Treaty, ATT) ist daher für alle Regierungen der Welt zwingend erforderlich. Staaten und Waffenproduzenten müssen robuste Mechanismen zur Überprüfung der Endempfänger von Waffenexporten anwenden und alle Exporte in Länder einstellen, die an Verletzungen des humanitären Völkerrechts beteiligt sind, einschließlich der Länder, die in den Krieg im Jemen involviert sind.

Banken und Finanzinvestoren müssen jene Länder identifizieren, in denen ein übermäßiges Risiko besteht, dass Waffen unter Verletzung der Menschenrechte und internationaler Menschenrechtsnormen eingesetzt werden. Im Fall des Jemen sind dies die Länder der von Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten angeführten Koalition. Finanzinstitutionen müssen Unternehmen, die in diese Hochrisikoländer exportieren, verstärkt überwachen und von Finanztransaktionen ausschließen, um nicht zu Komplizen dieser Verbrechen werden.

— Ali Jameel, Mwatana for Human Rights

der vor allem für die Zivilbevölkerung verheerende Folgen hat (Heinze 2020). Dennoch lieferten Rüstungsfirmen, auch aus Europa, Militärhubschrauber, Kampfflugzeuge, Schiffe und Raketen und schürten damit den Konflikt. Darunter befinden sich Airbus, BAE Systems, Dassault Aviation, Leonardo, RTX (ehemals Raytheon), Rheinmetall und Thales (Facing Finance 2022; Facing Finance 2023).

Investitionen in Rüstungsfirmen sind für Investoren auf verschiedenen Ebenen problematisch. Zum einen sind diese Unternehmen Lieferanten von Waffen und anderen Rüstungsgütern, die in Konflikten zum Einsatz kommen und damit zu deren Eskalation und Verschärfung beitragen. Zum anderen profitieren auch die Aktionär*innen dieser Unternehmen und Anleger*innen mit Rüstungsunternehmen im Portfolio auf dem Finanzmarkt von steigenden Umsätzen und Gewinnen durch den Verkauf von Waffen in Kriegsgebiete.

Rüstungsinvestitionen finden sich nicht nur in konventionellen Fonds, sondern auch in sogenannten ESG-Fonds, die Aspekte der Nachhaltigkeit in den Bereichen Umwelt, Soziales und Unternehmensführung berücksichtigen. Welche Fonds als „ESG-Fonds“ gelten, regelt die EU-Offenlegungsverordnung SFDR (Sustainable Finance Disclosure Regulation). Seit 2021 müssen Finanzunternehmen ihre Produkte nach der SFDR klassifizieren: Fonds ohne Nachhaltigkeitsanspruch (Art. 6), Fonds mit ESG-Bezug (Art. 8) oder Fonds mit expliziten Nachhaltigkeitszielen (Art. 9). Bei der Frage der Artikelzuordnung ist zu betonen, dass der Ausschluss von „Sündenaktien“ wie der Rüstungsindustrie aus der Liste nachhaltiger Investments nicht primär auf die regulatorischen Anforderungen der SFDR zurückzuführen ist. Diese beziehen sich in erster Linie auf ökologische Risiken und die Vermeidung von wirtschaftlichen Aktivitäten mit negativen ökologischen und sozialen Auswirkungen. Die Entscheidung, bestimmte Branchen auszuschließen, resultiert vielmehr aus einer Bewertungsperspektive.

Der „Do no significant harm“-Grundsatz, wie er sich auch in der SFDR wiederfindet, ist mit der Produktion und Verbreitung von Waffen unvereinbar. Die derzeitige Praxis im Umgang mit ESG-Risiken ist jedoch aufgrund unterschiedlicher Auslegungen und Handhabungen widersprüchlich. Tatsächlich schließen viele Finanzdienstleister Unternehmen, deren Umsatz mit Rüstungsgütern einen bestimmten Schwellenwert überschreitet, aus ihren ESG-Fonds aus. Allerdings gehen nicht alle Finanzinstitute so vor. Auf diese Weise finden auch Waffenproduzenten Eingang in handelbare ESG-Fonds.

Unsere Recherchen in der Datenbank Faire Fonds Info zeigen: Rüstungsinvestitionen sind bei Art. 8- und Art. 9-Fonds beliebt. Von den von uns analysierten 1 496 ESG-Fonds, die Umwelt- und Sozialstandards einhalten sollen, investieren Stand September 2023 39% in Rüstungsunternehmen, die eine der Kriegsparteien im Jemen beliefern. Bei den konventionellen Fonds sind es sogar 46%, die trotz des hinlänglich bekannten Risikos von Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen im Jemenkrieg weiterhin und zum Teil in großem Umfang in Rüstungsexporteure investiert sind, die Waffen und Munition an die Kriegsparteien liefern. Zudem sind 70% der ETFs in mindestens eines dieser Unternehmen investiert.

Insbesondere Airbus ist ein beliebter Vertreter in den auf faire-fonds.info untersuchten Fonds. Das Unternehmen ist in 236 von knapp 2 900 untersuchten Fonds enthalten. Es ist damit nach Mercedes-Benz und Volkswagen, die ebenfalls über militärische Sparten verfügen, das am dritthäufigsten vertretene Rüstungsunternehmen. Auch in ESG-Fonds ist Airbus vertreten, und zwar insgesamt 44 Mal, davon 42 Mal in Art. 8-Fonds und zwei Mal in Art. 9-Fonds, dicht gefolgt von Thales, das in 35 ESG-Fonds auftaucht. Rheinmetall ist in 21 der untersuchten ESG-Fonds vertreten, Raytheon in 16, Leonardo in 15, Dassault Aviation in sieben und BAE Systems in vier.

Die Investments der Fondsgesellschaften Amundi, BlackRock und DWS sind besonders stark mit Rüstungspositionen belastet, was auch für einige ihrer ESG-Fonds gilt, z.B. Xtrackers Future Mobility UCITS ETF 1C (DWS), Amundi Dax 50 ESG UCITS ETF DR A oder iShares DAX ESG UCITS ETF (DE) (BlackRock).

Top 10: Fonds mit hoher Belastung an Unternehmen, die in den Jemenkrieg involviert sind

#	Name des Fonds	Kapitalverwaltungs-gesellschaft	Konflikt-belastung
1	iShares S&P 500 Industrials Sector UCITS ETF USD A	BlackRock Asset	35,66%
2	Xtrackers MSCI USA Industrials UCITS ETF 1D	DWS	34,20%
3	iShares STOXX Europe 600 Automobiles & Parts Dis	BlackRock AM Ireland Ltd	32,67%
4	Xtrackers MSCI World Industrials UCITS ETF 1C	DWS	23,62%
5	Deka DAXplus® Maximum Dividend UCITS ETF	Deka	22,62%
6	iShares STOXX Europe 600 Ind Goods & Serv (DE)	BlackRock AM Deutsch AG	22,37%
7	iShares MSCI Europe Industrials Sector UCITS ETF A	BlackRock Asset	19,27%
8	Lyxor 1 DivDAX® DR UCITS ETF (I)	Amundi Luxemburg	17,65%
9	Lyxor DivDAX (DR) UCITS ETF	Amundi Luxemburg	17,64%
10	iShares DivDAX® (DE)	BlackRock AM Deutsch AG	17,61%

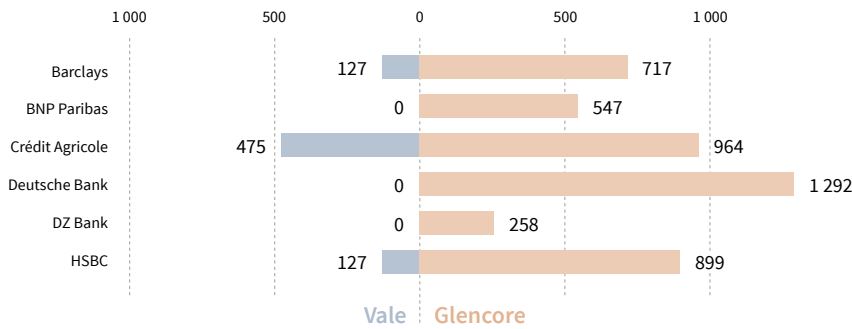
Quelle: faire-fonds.info

TIPP

In der von Facing Finance und urgewald kostenlos betriebenen Datenbank **faire-fonds.info** kann für mehr als 2 880 Fonds eingesehen werden, an welchen von knapp 1 100 als sozial und ökologisch kontrovers eingestuften Unternehmen sie beteiligt sind.

Skrupellose Bergbaukonzerne: Was muss noch passieren, bis die Finanzbranche Konsequenzen zieht?

**Vergleich
ausgewählter
Folgefina-
nzierungen
für Glencore
und Vale ab
2020, dem Jahr
nach dem
Dammb-
ruch
von Brumadinho**
(in Mio. €).



34 110 Mio. €
Folgefina-
nzierungen seit 2014
für Glencore.
16 Banken.

2 058 Mio. €
Folgefina-
nzierungen seit 2014
für Vale.
6 Banken.

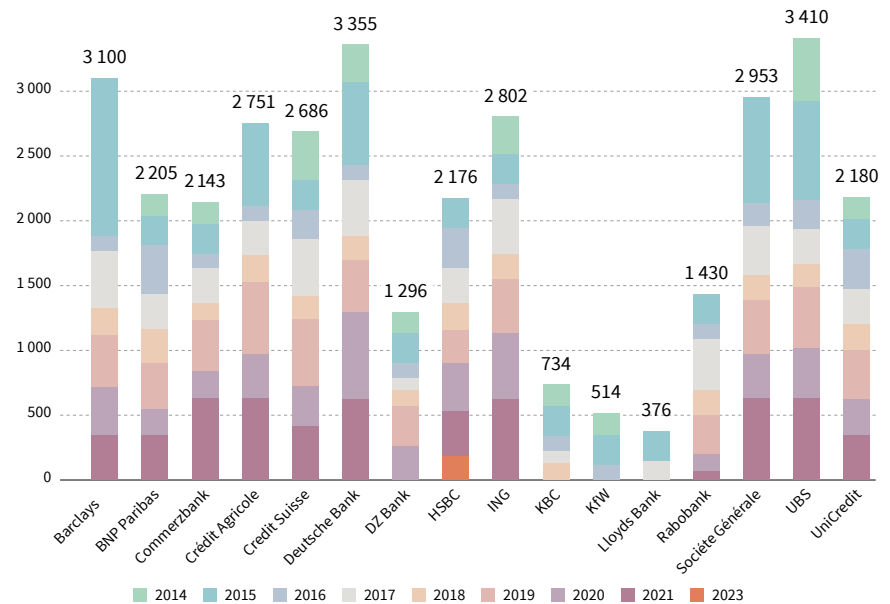
Folgefina- nzierungen

(in Mio. €, 2013–2023)

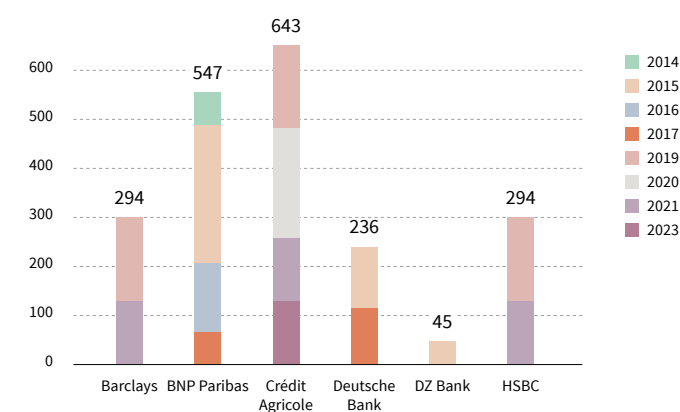
- Die Finanzierung von Vale durch acht Banken wurde in vier Dirty Profits-Berichten zwischen 2012–2022 untersucht; die Credit Suisse (ab 2013) und die ING (ab 2019) haben seit dem keine neuen Finanzierungen mehr vergeben.
- Die Banken BNP Paribas, DZ Bank und Deutsche Bank haben seitdem schweren Dammbuch in Brumadinho keine neuen Finanzierungen mehr an Vale vergeben.
- Die Banken Barclays, Crédit Agricole und HSBC gewährten Vale auch nach dem Staudammbuch von Brumadinho weiterhin Finanzierungen.
- Die Finanzierung von Glencore durch 18 Banken wurde in fünf Dirty Profits-Berichten zwischen 2012–2022 untersucht; die Belfius Bank (seit 2015) und die LBBW (seit 2023) haben seitdem keine neuen Finanzierungen mehr vergeben.
- Ende in Sicht? Nach stabilen jährlichen Finanzierungen für Glencore zwischen 2014–2021 gibt es seit 2022 vor allem Finanzierungen für die von uns nicht untersuchte Agrarsparte des Konzerns. Lediglich die HSBC unterstützte den Gesamtkonzern noch einmal 2023 bei der Emission von Anleihen.
- Insgesamt fallen die Finanzierungen für Vale deutlich geringer aus als für Glencore.

Fazit: Während einige Banken Vale seit dem Dammbuch meiden, ist bei Glencore kein gleichwertiger Finanzierungsabbruch zu beobachten, sondern vielmehr eine Verschiebung. Der Rückgang der Finanzierungen in unseren Daten in den letzten beiden Jahren kann lediglich auf den Ausschluss der Agrarsparte zurückzuführen.

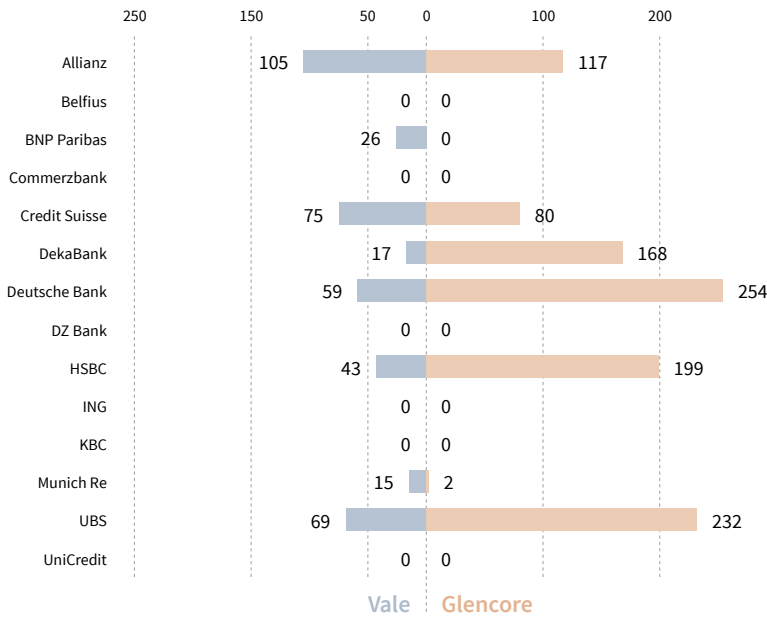
**Folgefina-
nzierungen für Glencore pro Bank** (in Mio. €)



**Folgefina-
nzierungen für Vale pro Bank** (in Mio. €)



Vergleich ausgewählter Investitionen in Glencore und Vale der seit 2012 untersuchten Finanzinstitutionen, Stand Juli/August 2023
(in Mio. €)



5 308 Mio. €

Investitionen Juli/August 2023
in Glencore.
17 Finanzinstitute.

410 Mio. €

Investitionen Juli/August 2023
in Vale.
8 Finanzinstitute.

Aktuelle Investitionen

(Stand Juli/August 2023, in Mio. €)

- Die Investitionen von 14 Finanzinstitutionen in Vale wurden in vier Dirty Profits-Berichten zwischen 2012 und 2022 untersucht. Sechs waren zum Zeitpunkt der Finanzdatenerhebung nicht mehr investiert: Belfius Bank, Commerzbank, DZ Bank, ING, KBC und UniCredit.
- Die Investitionen von 28 Finanzinstitutionen in Glencore wurden in fünf Dirty Profits-Berichten zwischen 2012–2022 überprüft. Zehn Banken, Lebensversicherungen und Vermögensverwalter waren zum Zeitpunkt der Finanzdatenerhebung nicht mehr investiert: Argenta, BayernLB, Belfius Bank, Commerzbank, DZ Bank, ING, Société Générale, Julius Bär, KBC und Zurich.
- Insgesamt fallen die Investitionen in Vale deutlich geringer aus als in Glencore.
- Ob Belfius Bank, Commerzbank, DZ Bank, ING, KBC oder UniCredit: Wer nicht in Vale investiert ist, ist es auch nicht in Glencore und umgekehrt. Das spricht für strengere Anlagerichtlinien, die auch durchgesetzt werden.

Fazit: Die durch Menschenrechtsverletzungen, Korruption und schwere Unfälle in die Kritik geratenen Bergbaukonzerne sind nicht unantastbar. Eine Reihe von Investoren hat sich zurückgezogen – oft im Doppelpack. Das Investitionsvolumen von Vale ist im Vergleich zu dem von Glencore geringer.

Vale: Risiken für Banken und Investoren

- Nicht nur die beiden Bergbaukatastrophen haben tausende Hektar Regenwald zerstört. Der jahrzehntelange Betrieb von Minen und Mülldeponien hat Auswirkungen auf die Wasser-, Boden- und Luftqualität.
- Die Bergbauaktivitäten von Vale finden vor allem in marginalisierten Gemeinden statt, die den Umwelt- und Gesundheitsrisiken des Bergbaus besonders ausgesetzt sind.
- Die Unternehmenskultur von Vale weist auf ein wiederkehrendes Muster der Missachtung von Umwelt- und Menschenrechtsrisiken hin.

Glencore: Risiken für Banken und Investoren

- Die Umleitung von Wasserwegen stellt eine Bedrohung und Verletzung der Grundrechte auf Wasser, Gesundheit und Ernährungssouveränität der betroffenen indigenen Gemeinden dar.
- Der Bergbaubetrieb Cerrejón hat gravierende Auswirkungen auf die Gesundheit der indigenen Gemeinden in der Region, hervorgerufen u.a. durch Umwelt- und Luftverschmutzung sowie Wasserknappheit.
- Die Zahl der Gerichtsurteile im Zusammenhang mit den Bergbauaktivitäten ist beträchtlich und sollte auch für die Finanzinstitute selbst ein Grund zur Sorge sein.



Ein Bericht von
Iglesias y Minería und
der Kampagne zu
Divestment im Bergbau

„It is absolutely vital that Colombia protect the indigenous peoples' rights to life, health, water, sanitation, and a safe, clean, healthy and sustainable environment by halting mining close to the Provincial reserve until it can be made safe. [...] I further call on the mining company to increase its effort to prevent further harm to people and also to ensure that those who have been negatively impacted have access to effective remedy.”

— David R. Boyd, UN Sonderberichterstatter für
Menschenrechte und Umwelt (OHCHR 2020)

In der Kohle liegt die Kohle? Von Versprechen und Wirklichkeit in La Guajira

Seit den 1970er Jahren wird in La Guajira, einem kolumbianischen Departement an der Karibikküste, Kohle im Tagebau abgebaut. Die Region besteht aus verschiedenen Ökosystemen, darunter tropischer Trockenwald, der durch starke Dürrephasen gekennzeichnet ist. Drei Naturparks dienen als biologische Korridore für Säugetiere wie den Totenkopfpaffen, Raubkatzen wie den Jaguar und für Vögel wie den Grünara oder den Guajiro-Kardinal (Martinez 2019). Es ist das jahrtausendealte Territorium indigener Völker, vor allem der Wayuu, sowie afrokolumbianischer und bäuerlicher Gemeinden, die traditionell von Sammeln, Jagen, Landwirtschaft und Handel leben.

Der Kohlebergbau begann in dieser offenen Landschaft unter der Leitung des staatlichen Unternehmens Carboacol in Zusammenarbeit mit Intercor, einer Tochtergesellschaft von ExxonMobil. Anfang 2000 wurde der Betrieb an die Bergbaukonzerne AngloAmerican, BHP Billiton und Glencore verkauft. Sie erhielten die Verantwortung für den gesamten Betrieb der Unternehmen Carbones del Cerrejón und Cerrejón Zona Norte, die das größte Tagebau-Kohlewerk Lateinamerikas mit einer Betriebsgenehmigung bis 2034 betreiben. 2021 kündigte Glencore an, das Unternehmen vollständig übernehmen zu wollen. Die Vereinbarung wurde ein Jahr später umgesetzt.

Die Zerstörung der Umwelt und die Erschütterung des sozialen und kulturellen Gefüges der Gemeinden infolge des Bergbaus stehen im Widerspruch zu den sozioökonomischen Versprechungen, die die Unternehmen und die kolumbianische Regierung in den fünf Jahrzehnten des Bergbaus gemacht haben. In Kolumbien ist La Guajira das Departement mit der höchsten Armutsrate. Die Sterblichkeitsrate von Wayuu-Kindern ist aufgrund von Unterernährung hoch. Nur 4% der ländlichen Bevölkerung haben aufgrund einer Wasserkrise Zugang zu Trinkwasser.

Das Beispiel von Cerrejón bzw. Glencore in La Guajira zeigt: Die Anwendung von Nachhaltigkeitskriterien im Kontext der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (SDGs) führt nicht zwangsläufig dazu, dass Unternehmen die Menschen- und Umweltrechte auch respektieren. Allzuoft dienen sie lediglich dazu, den Investoren ein positives Bild des Unternehmens zu vermitteln, ohne dass dadurch ein tatsächlicher Beitrag geleistet wird. Cerrejón hinterlässt wirtschaftliche, soziale, kulturelle und ökologische Altlasten. Schlimmer noch: Es ist der kolumbianische Staat, der sich seiner Verantwortung entzieht.

GLENCORE UND DIE INKOHÄRENZ DER ESG-DISKUSSION

Ein Beispiel dafür, wie ESG-Kriterien absurd geführt werden können, ist Glencore und seine Tochtergesellschaft Cerrejón. 2021 wurde Cerrejón vom ESG Business Monitor „Merco Responsabilidad ESG Colombia“ als bestes Bergbauunternehmen und als eines der 100 besten Unternehmen des Landes in Bezug auf soziale und ökologische Verantwortung und Unternehmensführung ausgezeichnet. Wie passt diese Anerkennung mit der Tatsache zusammen, dass gegen das Unternehmen gleich mehrere Gerichtsurteile wegen der Verletzung von Menschenrechten der Wayuu und der afro-kolumbianischen Bevölkerung ergangen sind? Wiederholt hat das Verfassungsgericht Cerrejón für Ungleichbehandlungen, Rassismus und Umweltdiskriminierung verantwortlich gemacht.

REALITÄTSHECK: DAS „E“ IN ESG

Der Bach Arroyo Bruno ist zu einem Symbol des Kampfes gegen den Bergbau in La Guajira geworden. Er entspringt in den Höhen der Gebirgskette Serranía del Perijá im Waldreservat Montes de Oca und fließt über eine Strecke von etwa 21 Kilometern bis zum Fluss Ranchería, der Hauptwasserquelle des Departements. Aus historischer Perspektive war der Arroyo Bruno für die indigenen Wayuu-Gemeinden der Region nicht nur eine Wasserquelle und ein Ort des kulturellen und spirituellen Wohlbefindens, sondern auch ein biologischer Korridor zwischen Perijá und der Bergkette Sierra Nevada de Santa Marta (Díaz 2022). Trotz heftigen Widerstands und einer Verfassungsbeschwerde der Wayuu-Gemeinden im Jahr 2015 leiteten die Betreiber der Cerrejón-Mine in den folgenden zwei Jahren den Bach Arroyo Bruno um, um die Kohleproduktion der Mine zu erhöhen.

2017 erließ das Verfassungsgericht eine einstweilige Verfügung, um die Ausbeutung des Flussbetts und den Baufortschritt zu stoppen. Noch im selben Jahr erging das Urteil SU-698, das die Bedrohung und Verletzung der Grundrechte auf Wasser, Gesundheit und Ernährungssouveränität durch die Flussbettumleitung anerkannte. Das Gericht ordnete die Durchführung einer technischen Studie über die ökologischen und sozialen Auswirkungen an. Ziel der Studie war eine Neubewertung der Umweltverträglichkeit

des Projekts im Hinblick auf die Bedrohung der Rechte der Wayuu-Gemeinden, die von diesem Ökosystem abhängig sind. Um die Unversehrtheit des Baches zu gewährleisten, ordnete das Gericht außerdem eine Prüfung an, ob das Wasser während der Durchführung der Studie als Vorsichtsmaßnahme vorübergehend in sein natürliches Bett zurückgeleitet werden sollte. Im Jahr 2020 bewertete die für Umweltangelegenheiten zuständige Rechnungskammer die Umsetzung des Urteils als ineffizient und wies darauf hin, dass sich die staatlichen Stellen hauptsächlich auf die von den Bergbauunternehmen zur Verfügung gestellten Informationen stützten.

Im Jahr 2022 gaben die Regierungsbehörden und Glencore's Tochterunternehmen Cerrejón den Abschluss der vom Gericht angeordneten technischen Studie bekannt. Sie kommt zu dem Schluss, dass der Arroyo Bruno weiterhin umgeleitet bleiben soll. Damit wurden die Stimmen von Gemeinden und ihren Expert*innen ignoriert, die sich von Anfang an gegen die Umleitung ausgesprochen und die Rückkehr des Baches in seinen ursprünglichen Lauf gefordert hatten. Um die Einhaltung des Urteils zu überprüfen, verlangt das Verfassungsgericht seit April 2022 neue Beweise. Grund dafür ist die allgemeine Besorgnis in den betroffenen Gemeinden: Nach der Umleitung ist die Wassermenge drastisch gesunken und in Trockenperioden fast ganz ausgeblieben. Dies steht im Widerspruch zu den Aussagen im Nachhaltigkeitsbericht der Bergbaugesellschaft. Das Unternehmen ignoriert, dass der künstliche Kanal die ökosystemischen und spirituellen Beziehungen der Wayuu-Gemeinden zum Fluss nicht ersetzen kann.

Auch wenn die Aufforstungsaktivitäten und die Werbung des Unternehmens für Umweltthemen als Maßnahmen mit positiven Umweltwirkungen angesehen werden können, handelt es sich um Maßnahmen zur Minderung der Auswirkungen und sollten von Banken und Investoren auch nur als solche bewertet werden. Nach Ansicht der Gemeinden entspricht die Realität vor Ort zudem nicht der Darstellung von Cerrejón (Cinop 2021):

„Es reichte nicht aus, dass das multinationale Unternehmen die Umleitung des Flusses Bruno durchsetzte und damit die im Urteil SU-698/17 anerkannten Umwelt- und Gebietsrechte gefährdete. Jetzt werden die Arbeiten weniger als 100 Meter vom natürlichen Verlauf des Baches Bruno und kaum 800 Meter von den Häusern der nächstgelegenen Gemeinde entfernt wieder aufgenommen. Unklar ist auch, warum es trotz der Anordnung, die Arbeiten zur Erweiterung der Grube einzustellen, zu einer vertikalen Zunahme der Abfälle und einer Vergrößerung der Deponie gekommen ist, wodurch sich die von den umliegenden Gemeinden gemeldete Luft-, Boden- und Wasserverschmutzung erhöht hat, sowie zum Verlust der traditionellen Wege, die die Viehzüchter mit dem Bruno-Bach und seinem Ökosystem verbinden.“

REALITÄTSCHECK: DAS „S“ IN ESG

Die Glencore-Tochter Cerrejón präsentiert sich als sozial verantwortungsbewusster Nachbar, der sich um eine Verbesserung der Lebensqualität und Armutsreduzierung in den Gemeinden bemüht. Seit den siebziger Jahren wurden jedoch vor allem Hilfsmaßnahmen durchgeführt, wie die Verteilung von 50 000 Lebensmittelpaketen über einen Zeitraum von vier Monaten an über 350 Gemeinden im Einzugsgebiet der Mine, die Verteilung von Tausenden von Masken und Hygienesets sowie die Unterstützung bei der Bereitstellung von über 29 Millionen Litern Wasser während der Corona-Pandemie als humanitäre Hilfe in Krisenzeiten.

La Guajira ist das Departement mit der höchsten Armutsrate des Landes. Die Verteilung von Lebensmittelpaketen und Wasser in Krisenzeiten trägt nicht strukturell zur Beseitigung von Armut, Hunger, Gesundheitsproblemen oder Ungleichheiten bei. Sie reichen nicht aus, um die Schäden zu beheben, die den Gemeinden in dieser Region zugefügt wurden. Nach mehr als vierzig Jahren Bergbau und Milliardeninvestitionen bleibt ein spürbarer Beitrag zur Erreichung der SDGs, insbesondere im Hinblick auf die Armutsbekämpfung und die Verbesserung der Lebensqualität der Bevölkerung, aus. Viele dieser Investitionen sind zudem nicht dauerhaft und führen zu neuen Abhängigkeiten von den Unternehmen.

Im Jahr 2019 wurde eine Verfassungsklage (Tutela) von Mitgliedern des *Resguardo Indígena Wayúu Provincial* gegen Cerrejón wegen der Auswirkungen der Bergbauaktivitäten auf die Gesundheit von Kindern eingereicht. Im selben Jahr stellte das Verfassungsgericht in seinem Urteil T-614 vier Hauptbedrohungen und Verstöße fest: die Luftqualität, die Verschmutzung von Gewässern und Vegetation, der Lärm und die Vibrationen, die durch den Bergbaubetrieb verursacht werden und die Gefährdung der Gesundheit der Anwohner*innen. Das Gericht befand außerdem, dass der Bergbaubetrieb „das Risiko von Zellveränderungen, Krebs, nicht näher bezeichneter bakterieller Lungenentzündung, Pneumokose, chronischer Bronchitis, massiver Fibrose, Mischasthma, Bronchialasthma, Kehlkopfentzündung, akuter obstruktiver Lungenerkrankung, chronisch obstruktiver Lungenerkrankung (COPD), nicht näher bezeichneter akuter Infektionen der unteren Atemwege und anderer akuter Infektionen an mehreren Stellen der oberen und unteren Atemwege“ mit sich bringe.

REALITÄTSCHECK: DAS „G“ IN ESG

Die Zahl der Gerichts- und Verfassungsurteile im Zusammenhang mit den Bergbauaktivitäten von Cerrejón ist beträchtlich. Viele der darin enthaltenen Anordnungen wurden jedoch nicht oder nur unzureichend umgesetzt, wie aus dem jüngsten Bericht des Anwaltskollektivs *José Alvear Restrepo* über den Kohleabbau in La Guajira hervorgeht. Das Kollektiv führt zwölf Beispiele von Gerichtsurteilen zu Rechtsverletzungen im Zusammenhang mit dem Cerrejón-Projekt auf, darunter das Recht auf vorherige Konsultation der indigenen Völker, Zwangsumsiedlungen wie im Fall von Tabaco, Wasserverschmutzung und die Zerstörung von Wasserquellen, das Recht auf Gesundheit der Wayuu-Kinder und die fehlende Garantie ihrer Grundrechte (CAJAR 2022).

Das Unternehmen Glencore, dem Cerrejón gehört, sieht sich durch die Urteile des Verfassungsgerichts in seinen Erwartungen hinsichtlich der Ausbeutung der Lagerstätte, die zuvor von staatlichen Institutionen genehmigt wurde, enttäuscht. Vor dem Internationalen Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (ICSID), einer Einrichtung der Weltbank, verklagt der Bergbaukonzern deshalb den kolumbianischen Staat auf Entschädigungen für die Entscheidungen des Verfassungsgerichts.

UNTERNEHMERISCHE SORGFALT

Das kolumbianische Verfassungsgericht hat in dem bereits erwähnten Urteil T-614 aus dem Jahr 2019 über die Auswirkungen des Bergbaus auf die Gesundheit der Wayuu-Kinder festgestellt, dass das Unternehmen Carbones del Cerrejón den internationalen Standard der Sorgfaltspflicht, wie er in der Erklärung der Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte gefordert wird, nicht eingehalten hat. Das Gericht wies auch darauf hin, dass die Umweltaufsichtsbehörden keine ausreichenden Maßnahmen zum Schutz der indigenen Bevölkerung ergriffen haben, obwohl es mehrere Gerichtsurteile gibt, die vor den ernststen Gefahren des Tagebaus warnen.

Das Konzept der Sorgfaltspflicht ist ein Prozess, mit dem Unternehmen sicherstellen sollen, dass sie Risiken für ihre eigene Geschäftstätigkeit, einschließlich Menschenrechts- und Umweltrisiken, im Rahmen ihrer sozialen Unternehmensverantwortung identifizieren, verhindern und mindern. Die Verabschiedung von unternehmerischen Sorgfaltspflichten in nationalen Lieferkettengesetzen, wie z.B. in Deutschland, ist ein Fortschritt bei der Durchsetzung von Rechten und der Etablierung von Standards zu ihrem Schutz, auch wenn die Gesetze in der Regel lückenhaft sind (Grabosch 2021).

Die unternehmerische Sorgfaltspflicht sollte jedoch nicht die Grundlage bilden, um die Haftung zu bestimmen, oder als das einzige Verfahren angesehen werden, um das Handeln transnationaler Unternehmen zu regulieren. Insbesondere ist eine verbindliche Sorgfaltspflicht ohne eine Regelung der rechtlichen Haftung im Falle von Schäden für die betroffenen Menschen und Gemeinden bedeutungslos. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, sich in Erinnerung zu rufen, dass es die Staaten als Garanten der Menschenrechte sind, die für die Regulierung von Unternehmen und die Verhinderung von Schäden für Mensch und Umwelt durch Unternehmen zuständig sind. Die positiven Fortschritte bei der verbindlichen Sorgfaltsprüfung sollten nicht von den Bemühungen zur Schaffung eines Rechtsrahmens für die Rechenschaftspflicht von Unternehmen ablenken, der im Einklang mit der Verpflichtung der Staaten steht, die Menschenrechte innerhalb und außerhalb ihrer Grenzen zu achten, zu schützen und zu verwirklichen. Es ist von entscheidender Bedeutung, auf die Annahme eines verbindlichen Vertrags über Wirtschaft und Menschenrechte hinzuwirken, über den die Vereinten Nationen seit 2013 verhandeln.

— Gloria Holguin

Glencore selbst verweist in einer schriftlichen Stellungnahme im November 2023 darauf, mit rund 10 000 Arbeitsplätzen der wichtigste Arbeitgeber und Wirtschaftsfaktor in der Region zu sein. Es verweist auf die Einhaltung kolumbianischer Gesetze – etwa beim Erwerb von Land oder beim Umweltmanagement – und habe im Jahr 2022 rund 28 Mio. US-Dollar in freiwillige Sozialprogramme investiert. Seine menschenrechtlichen Vorgaben habe Glencore 2011 an die UNGPs angepasst. Zur Behebung der „wichtigsten Probleme“ in Cerrejón habe Glencore nach einer Risiko- und Folgenabschätzung im Bereich der Menschenrechte einen Aktionsplan formuliert, der im Jahr 2024 umgesetzt werde. Des Weiteren seien „bis September 2023 335 Vereinbarungen mit indigenen Gemeinschaften im Einflussbereich von Cerrejón formalisiert, und 92 weitere in Arbeit.“ Bei 248 Konsultationsverfahren habe Cerrejón die vereinbarten Ausgleichs- und Entschädigungsmaßnahmen durchgeführt. Glencore gibt zudem an, den Anforderungen des Urteils von 2019 Folge zu leisten. Der umgeleitete Fluss Arroyo Bruno berge heute ein „robustes und stabiles Ökosystem“. Cerrejón kommuniziere offen über seine Umweltauswirkungen und verweist u.a. auf die Ergebnisse seines Umweltmonitorings auf der Website.



Kolumbianische Kohle für den Export bestimmt, auch nach Deutschland.
© Alejandro Valbuena

„Through the extractivism economy, host Government and private corporate actors oversee the destruction of ecosystems, including through water pollution (e.g. mercuric and cyanide pollution), explosions, dust emissions, deforestation, the destruction of biodiversity and food security, and soil pollution. Extractivist projects can threaten the very physical and cultural existence of these groups as peoples and, on account of their devastating environmental impact, also result in gross violations of the rights to health and life, by causing illness and death. The recent collapse of a dam owned by an iron ore mining corporation, Vale S.A., in Brazil, in addition to killing hundreds and releasing almost 12 million cubic metres of mining waste, also threatens the very existence of indigenous groups in the area.”

— Tendayi Achiume, Sonderberichterstatterin für zeitgenössische Formen von Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und damit zusammenhängender Intoleranz (HRC 2019)



Ein Bericht von
Iglesias y Minería und
der Kampagne zu
Divestment im Bergbau

Nie wieder Mariana?

Der Bundesstaat Minas Gerais im Südosten Brasiliens wurde in den letzten zehn Jahren von gleich mehreren verheerenden Katastrophen heimgesucht: den beiden Dambrüchen der Rückhaltebecken in den Städten Mariana und Brumadinho. Im Jahr 2015 ergossen sich 42 Millionen Kubikmeter Giftschlamm in den Fluss Rio Doce, verursacht durch Samarco, das Joint Venture der beiden Bergbaukonzerne Vale und BHP Billiton. Vier Jahre später, 2019, kontaminierten weitere 13 Millionen Kubikmeter giftige Rückstände des Bergbaukonzerns Vale den Fluss Paraopeba. Beide Ereignisse führten zum vorzeitigen Tod von 289 Menschen und drei noch ungeborenen Kindern.

In Brumadinho geschah die Bergbaukatastrophe unter Mitwirkung des deutschen Sicherheitszertifizierers TÜV SÜD, der wenige Monate vor dem Einsturz ein Stabilitätsgutachten vorlegte. Die Fehleinschätzung kostete 272 Menschen das Leben und hat weitreichende Folgen für die Biodiversität. Wasser, Böden und Luft wurden verseucht, rießige Flächen durch die Wucht der Schlamm-lawine abgeholt. Die öffentliche Wasserversorgung für rund 1,5 Millionen Menschen sowie die Lebensgrundlagen und Einkommensquellen indigener Völker und anderer Ufergemeinden wurden massiv beeinträchtigt.

Auch die Finanzmärkte reagierten auf die Katastrophe. Am ersten Handelstag nach der Tragödie brach der Aktienkurs von Vale aufgrund der Panik der Anleger*innen um 25% ein, wodurch der Marktwert des Unternehmens um mehr als 16 Mrd. € sank. Allerdings stieg der Kurs schon Ende Dezember 2019, nach nicht einmal einem Jahr, wieder auf das Niveau vor der Tragödie. Die durchschnittliche Erholungszeit von Aktienkursen ist laut einer ESG-Studie des brasilianischen Vermögensverwalters XP Investimentos mit weniger als 90 Tagen sogar noch kürzer, unabhängig von der Schwere der Umweltkrise (Rocha 2023). Bedient sich der Finanzmarkt des ESG-Akronyms also nur in blumigen Erzählungen, während er Umwelttragödien, Klimawandel und Menschenrechtsverletzungen ignoriert und es versäumt, wirksame soziale, ökologische und Governance-Maßnahmen zu ergreifen?

REALITÄTSCHECK: DAS „E“ IN ESG

Die Mata Atlântica, der Atlantische Regenwald, ein globaler Hotspot der Artenvielfalt, ist in Minas Gerais von einst 49% der Fläche des Bundesstaates auf nur noch 7% ihrer ursprünglichen Ausdehnung geschrumpft. Trotz der geringen Überreste beherbergt die Region eine große Vielfalt an Pflanzen- und Tierarten, darunter viele endemische und bedrohte Arten.

Industrieller Bergbau führt zu Entwaldung. Laut einer Studie der Wirtschaftsuniversität Wien und der Clark University in Massachusetts gehört Brasilien zu den vier Ländern weltweit, die am meisten Tropenwald durch industriellen Bergbau abholzen. Die durch den Eisenerz- und Goldabbau verursachte Abholzung im brasilianischen Bundesstaat Minas Gerais ist in den Satellitendaten deutlich sichtbar (Giljum et al. 2022).

Vale bekennt sich zum Schutz, zur Wiederherstellung und zum Erhalt von Landökosystemen im Sinne der Agenda 2030 (SDG 15, Leben an Land) und betont öffentlich das eigene Umweltengagement. Konkrete Aussagen, wie beispielsweise die Mata Atlântica im Zuge des Bergbaus geschützt werden soll, bleibt das Unternehmen allerdings schuldig (Vgl. Vale 2023a/Vale 2023b). Immerhin haben die beiden Bergbaukatastrophen des Unternehmens tausende Hektar Biodiversität des Bioms zerstört. Darüber hinaus wird die Umwelt seit mindestens 50 Jahren täglich durch den Betrieb von Dutzenden von Minen und 96 Rückhaltebecken des Unternehmens geschädigt. Die aktuellen Umweltgenehmigungsverfahren für die neuen Bergbauprojekte Apolo und Serra da Serpentina sowie der Umgang mit Umwelt- und Menschenrechtsschützer*innen, die auf die sozialen und ökologischen Auswirkungen dieser Projekte hingewiesen haben, werden zeigen, ob das Unternehmen seinen Worten nun Taten folgen lässt. Für die Glaubwürdigkeit des Unternehmens ist dies ein entscheidender Gradmesser.

Gegenüber der Börse von São Paulo (BOVESPA) erklärt das Unternehmen seine Maßnahmen zur nachhaltigen Bewirtschaftung von Schutzgebieten in der Mata Atlântica. Bis 2030 sollen 500 000 Hektar wiederhergestellt und geschützt werden (Vale 2021, 328). Dass nahezu alle Maßnahmen in bereits geschützten Gebieten stattfinden, unterschlägt Vale dabei. Auch die Versuche, die Schaffung von Schutzgebieten in Minas Gerais zu verhindern oder zu verkleinern, bleiben unerwähnt. In der Zeit von 2010 bis 2014 drängte Vale etwa auf die Festlegung der Nationalparkgrenzen der Serra do Gandarela zugunsten seines Bergbauprojekts Apolo, dass das Unternehmen seit 2009 zu genehmigen versucht.

In den Berichten von Vale fehlen wichtige Informationen: Wie viel der Mata Atlântica hat das Unternehmen in Minas Gerais seit Beginn seiner Aktivitäten abgeholzt? Welche gefährdeten oder endemischen Tier- und Pflanzenarten gab es in diesen Gebieten? Wie viel Grundwasser wurde in den Dutzenden von Bergwerken entnommen, die das Unternehmen betreibt?

Vale verursacht zudem enorme Treibhausgasemissionen. Im Jahr 2021 beliefen sich die weltweiten Emissionen auf 505,3 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente. Das Unternehmen hat sich zwar zu Klimaneutralität bis 2050 verpflichtet, bezieht dies aber nur auf die direkten Betriebsemissionen und den Energieverbrauch (Scope 1 und Scope 2 des GHG-Protokolls). Die indirekten Emissionen der Wertschöpfungskette, die bei Vale aber 98% der Emissionen bzw. 495 Millionen Tonnen CO₂ ausmachen, fehlen in dieser Berechnung. Das New Climate Institute bemängelt, dass wesentliche Maßnahmen zur Adressierung der Hauptemissionsquellen fehlen und dass das CO₂-Neutralitätsziel irreführend sei, wenn es nur 2% des Klimafußabdrucks abdecke und ferner von Kompensationen abhängig sei (Day et al. 2022, 100f.). In der Praxis wirken Emissionsausgleiche wie ein Freibrief für immer neue Umweltverschmutzung, ohne eine echte Dekarbonisierung zu erzielen (Angelo 2022).

Wir befinden uns inmitten einer neuen Bergbauwelle, deren Ende nicht abzusehen ist. Die steigende Nachfrage nach mineralischen Rohstoffen für klimafreundliche Technologien wie erneuerbare Energien und Elektromobilität treibt den industriellen Bergbau voran. Doch mit der wachsenden Nachfrage dringt der Bergbau in immer neue Gebiete vor und verursacht an immer neuen Orten immer größere Schäden.

REALITÄTSCHECK: DAS „S“ IN ESG

Die in der Initiative International Articulation of Those Affected by Vale (AIAAV) zusammengeschlossenen Organisationen dokumentieren seit 2010 soziale und ökologische Konfliktsituationen im Zusammenhang mit dem Bergbauunternehmen Vale. Mit den sogenannten *Vale Unsustainability Reports* kontrastiert die Initiative die Informationen aus den jährlichen Nachhaltigkeitsberichten mit den Daten, technischen Analysen und vor allem mit den realen Erfahrungen jener Menschen, die in den von Vale's Bergbauaktivitäten betroffenen Gebieten leben (AIAAV 2021).

In der letzten Ausgabe des *Unsustainability Reports* von 2021 fasst die Initiative AIAAV eine Reihe von Kritikpunkten zusammen: Die explosionsartige Zunahme von Covid-19-Fällen in den von Vale betroffenen Gebieten aufgrund der Missachtung von Gesundheitsstandards und der Exposition von Mitarbeitenden und der lokalen Bevölkerung gegenüber Krankheiten; der Rückzug des Unternehmens aus Gebieten ohne die verursachten sozialen und ökologischen Auswirkungen, die Gewalt und die Schulden zu beheben; die massive Auslagerungsstrategie von Vale, um Gewinne auf Kosten der Prekarisierung der Lebensbedingungen der Arbeitenden zu maximieren; die rassistisch-orientierte Auswahl von Gebieten mit schwarzer und indigener Bevölkerung für die Ansiedlung hochgradig umweltverschmutzender Betriebe (AIAAV 2021).

In den letzten Jahren hat sich Vale bemüht, die durch den Einsturz des Brumadinho-Staudamms verursachten Schäden zu beheben. Wenige Monate nach der Katastrophe wurde beispielsweise ein eigenes Managementteam für die Wiedergutmachung eingerichtet.

Seitdem spielt das Thema auch in der Kommunikation mit Investoren und der breiten Öffentlichkeit eine wichtige Rolle. Vale hat beträchtliche Werbeinvestitionen getätigt, um auf seine Aktivitäten in den betroffenen Gebieten aufmerksam zu machen.

Doch gibt es nach wie vor viele kritische Stimmen. Ein Beispiel ist die Vereinigung der Angehörigen der Opfer und Betroffenen der Tragödie des Einstures des Córrego-Feijão-Staudamms in Brumadinho (AVABRUM), die sich für ein Denkmal für die Aufbewahrung der sterblichen Überreste der Opfer einsetzt. Sie fordern die rechtlich garantierte Kontrolle über die Gedenkstätte ein und wollen eine Einmischung Vales verhindern. Das Denkmal soll Angehörigen, Freunden und Familien sowie der Allgemeinheit gehören (Luz 2023).

Der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte hat das Recht auf Erinnerung als wichtiges Instrument zur Wiedergutmachung für die Opfer in seiner Rechtsprechung anerkannt. Ziel der Erinnerungsarbeit ist es, durch die Förderung eines kollektiven Bewusstseins und die Bewahrung des Andenkens an die Opfer eine Wiederholung der Geschehnisse zu verhindern. Auch die Interamerikanische Menschenrechtskommission betont das Recht der Gesellschaft, die Wahrheit, die Gründe und Umstände solcher Geschehnisse zu erfahren, um eine Wiederholungen solcher Katastrophen zu verhindern (Suarez 2013, 179).

REALITÄTSCHECK: DAS „G“ IN ESG

Nie wieder Mariana. Mit diesem Anspruch trat Fabio Schvartsman im Mai 2017 die Position des CEO bei Vale an. Das Versprechen eines Wandels im Umgang mit der Staudammsicherheit währte allerdings nur kurz. Keine zwei Jahre später kam es in Brumadinho zu besagtem zweiten Dammbbruch mit noch mehr Toten. Die Untersuchungen der Justiz- und Sicherheitsbehörden ergaben, dass sich die Geschäftsführung der kritischen Zustände der Staudämme, einschließlich des Damms in Brumadinho, bewusst war.

Die Handlungen der Unternehmensleitung in Bezug auf die Dammsicherheit haben auch bei Aktionär*innen Bedenken hervorgerufen. So forderte ein Aktionär auf der Hauptversammlung 2018 stärkere Sicherheitsmaßnahmen (Valente 2019). Doch selbst nach der Tragödie von Brumadinho und trotz der ausdrücklichen Forderung einiger Minderheitsaktionäre weigerte sich der Verwaltungsrat von Vale, Veränderungen im Unternehmensmanagement vorzunehmen. Erst im März 2019 wurden der CEO und drei weitere leitende Angestellte aufgrund der Ermittlungen einer Arbeitsgruppe, bestehend aus der Bundespolizei, der Bundesstaatsanwaltschaft und der Staatsanwaltschaft von Minas Gerais, von ihren Positionen entfernt. Allerdings wurden sie durch Personen ersetzt, die bereits Teil der Unternehmensleitung waren.

Im Jahr 2020 reichte die Bundesstaatsanwaltschaft eine Sammelklage ein, um eine gerichtliche Intervention im Unternehmensmanagement von Vale und einen Arbeitsplan zur Umstrukturierung zu erwirken. Laut den Staatsanwälten hat Vale eine „interne Kultur der Missachtung von Umwelt- und Menschenrisiken entwickelt, bei der sie die Vorteile ihrer Aktivitäten für sich beansprucht, aber die Risiken und schädlichen Auswirkungen ihrer Geschäftsführung auf die Gesellschaft überträgt, was zu einer wahren Situation der organisierten Verantwortungslosigkeit führt“. Die Klage forderte auch die vorübergehende Aussetzung der Ausschüttung von Dividenden oder Eigenkapitalzinsen (Assessoria de Comunicação Social 2020).



Luftaufnahme der durch den Dammbbruch verursachten
Katastrophe in Brumadinho, 2019.
Vinícius Mendonça/Ibama, [flickr](#) (CC BY-SA 2.0 DEED)

Fabio Schvartsman, Silmar Magalhães Silva und Lucio Flavo Gallon Cavalli, die zum Zeitpunkt der Tragödie Teil des Verwaltungsrats des Unternehmens waren, gehören zu den Angeklagten in einem Strafverfahren, das die strafrechtliche Verantwortung für den Dammbbruch in Brumadinho untersucht. Ihnen wird vorsätzlicher Mord in 270 Fällen sowie verschiedene Umweltdelikte vorgeworfen (Vara Criminal Federal da Seção Judiciária de Minas Gerais 2023).

Was ist von Vale angesichts seiner kriminellen Vergangenheit zu erwarten?

Das Ziel börsennotierter Unternehmen ist die Maximierung des Aktionärgewinns. Gerade die Tragödien in Minas Gerais haben jedoch gezeigt, dass Bergbauunternehmen und beteiligte Zertifizierungsfirmen nicht in gutem Glauben handeln und das Vertrauen der lokalen Gemeinschaften und der Gesellschaft als Ganzes nicht verdienen. Angesichts der gravierenden Menschenrechtsverletzungen, Umweltzerstörungen und Scheinlösungen erscheint das Narrativ von einem strukturellen Wandel im Denken und Handeln der Minenbetreiber zunehmend unrealistisch. Bergbau ist nicht nachhaltig. Projekte zur Zerstörung von Wasserquellen in Zeiten von Wasser- und Klimakrisen müssen ein Ende haben und sind mit dem ESG-Gedanken unvereinbar.

Vales wohlklingender Kommunikation zum Trotz, stehen die Geschichte und die finanzielle Natur des Unternehmens in grundlegendem Widerspruch zu den Versprechungen nachhaltigen Wirtschaftens.

Die vom Finanzmarkt gepriesene Vereinbarkeit des ESG-Konzepts mit dem überholten Ideal der Profitmaximierung und die Vorstellung, dass „Unternehmensverantwortung“ und „privates Engagement“ konkrete Antworten auf sozio-ökologische Krisen seien, entpuppt sich als eine schöne Erzählung. Letztlich dient auch diese Strategie dazu, unsere Zukunft und die des Planeten möglichst lange der unternehmerischen Logik der Gewinnmaximierung unterzuordnen.

Das Wesen des Bergbaus ist es, in die Natur einzugreifen, den Erdkörper zu zerstören, Löcher zu bohren, Grundwasserreservoirs zu leeren und eine endliche natürliche Ressource auszubeuten.

Die Grenzen des Dialogs: Narrative des „nachhaltigen Bergbaus“



Der Dialog und die Interaktion zwischen Finanzinstituten und den Unternehmen, in die sie investieren oder die sie finanzieren, wird im Finanzjargon als „Engagement“ bezeichnet. Ziel ist es, aufseiten der Unternehmen Verbesserungen in Bereichen wie Umweltschutz, Menschenrechte, Arbeitsbedingungen oder Unternehmensführung zu bewirken. Indem sie ihren Einfluss geltend machen, können Finanzinstitute Unternehmen zu einem nachhaltigeren und ethischeren Verhalten ermutigen, aber auch im eigenen Interesse ESG-Risiken und Chancen besser steuern.

Der Haken: Damit ein Engagement Wirkung entfalten kann, muss es eine gewisse Transparenz und Überprüfbarkeit von außen ermöglichen. In der Praxis findet Engagement jedoch hinter verschlossenen Türen statt. Die Wirkung und Glaubwürdigkeit des Engagements wird dadurch in vielen Fällen in Frage gestellt. Oft ist beispielsweise unklar, mit welchen Unternehmen Finanzinstitute überhaupt sprechen, wie oft miteinander kommuniziert wird, ob ehrgeizige Vorgaben gemacht werden oder ob Zielverfehlungen sanktioniert werden. Unter dem Deckmantel des Engagements können so Geschäftsbeziehungen über lange Zeiträume bestehen, ohne dass ernsthafte Konsequenzen gezogen werden. Nicht überall, wo Engagement draufsteht, ist auch wirklich Engagement drin.

Ein Paradox ist zudem: Die Ziele des Engagements, die für finanzierte Unternehmen gelten, werden nicht zwangsläufig auf investierte Unternehmen angewendet und umgekehrt. Wenn eine Bank auf der Investitionsseite eine ehrgeizige Engagementpraxis verfolgt, kann sie diese Bemühungen im selben Atemzug durch unkonditionierte und hohe Finanzierungen in dieselben Unternehmen untergraben.

Zusätzliche Herausforderungen für ein Engagement stellen Sektoren und Geschäftsmodelle dar, die per se nicht nachhaltig sein können, wie beispielsweise der bereits beschriebene Bergbau. Denn auch wenn die Hochglanzbroschüren mancher Minenbetreiber anderes suggerieren: Bergbau ist definitionsgemäß invasiv. Mit Chemikalien, Baggern, Sprengen und Bohren werden der Erde – oft auf riesigen Flächen – auf gewaltsame Weise mineralische Rohstoffe entzogen. Der Bergbau verbraucht Unmengen an Wasser und schädigt Flora und Fauna. Die Beispiele Glencore und Vale machen deutlich, wie massiv nicht nur in die Natur, sondern auch in das Leben der lokalen Bevölkerung eingegriffen wird – und das seit Jahrzehnten. Es stellen sich vermehrt Grundsatzfragen: Wo Veränderungen vor Ort ausbleiben und sich nur in Bekenntnissen, Aktionsplänen und Zielen bis 2050 manifestieren, wie lange kann ein Engagement da noch aufrechterhalten werden? Wo verzögert ein Engagement womöglich die eigentlich notwendigen Maßnahmen und ab wann sollten sich die Anstrengungen der Finanzinstitutionen auf veränderungswillige Unternehmen und Geschäftsmodelle konzentrieren?

Facing Finance führte unter den Finanzinstituten, die in früheren Dirty Profits-Berichten finanzielle Beziehungen zu den Bergbauunternehmen Glencore und Vale unterhielten, im Frühjahr 2023 eine Umfrage zu Engagement-Dialogen durch. Die Antworten der Finanzinstitute lassen sich in folgende Kategorien einteilen: Keine Antwort, Absage einer Antwort, allgemeines Statement oder Verweis auf Dokumente, Antwort auf einen Teil sowie in seltenen Fällen vollständige Beantwortung des Fragebogens. Tatsächlich war die Qualität der Antworten so unterschiedlich, dass ein qualitativer Vergleich nicht möglich war.

Aufbereitet wurden nur die Antworten und verwiesenen Dokumente jener Finanzinstitute in den letzten drei Kategorien in Bezug auf ihren Engagement-Prozess, die Offenlegungspraxis sowie am Beispiel der Bergbauunternehmen Glencore und Vale. Bei Banken ist die Finanzierungsseite abgebildet, bei Vermögensverwaltern und Lebensversicherungen die Investitionsseite.

Allianz (Investitionen (Eigenanlagen))

- Definiertes Engagementprozess mit Bewertungskriterien, Zielen und Konsequenzen, aber ohne Maximalzeitrahmen.
- Keine standardisierte Offenlegung des Engagement-Dialogs auf Unternehmensebene.
- Glencore/Vale: Keine öffentlichen Informationen. Allgemein aber wenig Engagement zu Bergbau (2022: 4), da starker Klimafokus.

Die Allianz beantwortete die Umfrage nicht, verwies aber auf ihren Nachhaltigkeitsbericht. Dieser enthält u.a. die oben aufgeführten Angaben zu den Eigenanlagen der Lebensversicherung. Recherchen zu einem möglichen Engagement im Bereich Asset Management wurden nicht durchgeführt.

Barclays (Finanzierungen)

- Keine klare Definition eines Engagement-Prozesses mit Bewertungskriterien, Zielen, Zeitrahmen und Konsequenzen bekannt.
- Entwicklung eines thematischen Klima-Engagements
- Keine standardisierte Offenlegung des Engagement-Dialogs auf Unternehmensebene.
- Glencore/Vale: Keine öffentlichen Informationen.

Die britische Bank Barclays antwortete mit einer ausführlichen Stellungnahme, beantwortete aber unsere Fragen nur teilweise: Sie schrieb, dass Engagement Teil der jährlichen „erweiterten Due Diligence“ sei oder bei risikobehafteten Transaktionen stattfindet. Generell beschränke es sich auf einige wenige Bereiche, für die Richtlinien formuliert seien (Energie, Forst- und Landwirtschaft, Weltkulturerbe und Ramsar-Feuchtgebiete, Rüstung und Sicherheit). Ein Engagement kann aufgrund einer hohen und gegebenenfalls mittleren Risikoeinschätzung auf Basis eines jährlichen Fragebogens zu sozialen und ökologischen Themen erfolgen. Die konkrete Ausgestaltung des Engagements bleibt jedoch unklar.

BayernLB (Finanzierungen)

- Keine Definition eines Engagement-Prozesses mit Bewertungskriterien, Zielen, Zeitrahmen und Konsequenzen bekannt.
- Keine standardisierte Offenlegung des Engagement-Dialogs auf Unternehmensebene.
- Glencore: Keine öffentlichen Informationen, warum keine Finanzbeziehungen mehr bestehen.

Die BayernLB verwies auf die Nachhaltigkeitsberichterstattung der Bank und darauf, dass sie ihre Kunden in Zukunftsbranchen bei der Weiterentwicklung in engem Austausch begleite. Aus den von der BayernLB angeführten Dokumenten konnten keine Informationen über den Prozess des Engagements oder eine Offenlegung auf Unternehmensebene entnommen werden.

BNP Paribas (Finanzierungen)

- Definiertes Engagementprozess mit Bewertungskriterien, Zielen, klarem Zeitrahmen und Konsequenzen.
- Keine standardisierte Offenlegung des Engagement-Dialogs auf Unternehmensebene.
- Glencore/Vale: Keine öffentlichen Informationen, aber einige wenige Angaben auf Nachfrage.

Die französische BNP Paribas hat den allgemeinen Teil des Fragebogens ausführlich ausgefüllt und die unternehmensbezogenen Fragen im Rahmen ihrer Möglichkeiten beantwortet. Weitere Recherchen wurden nicht durchgeführt.

Commerzbank (Finanzierungen)

- Keine übergreifende Definition eines Engagement-Prozesses mit klaren Bewertungskriterien, Zielen, Zeitrahmen und Konsequenzen bekannt.
- Keine standardisierte Offenlegung des Engagement-Dialogs auf Unternehmensebene.
- Glencore: Keine öffentlichen Informationen.

Die Commerzbank beantwortete den allgemeinen Teil der Umfrage, verwies dabei aber meist auf die Nachhaltigkeitsberichterstattung der Bank, welche zwar ausführlich auf die Integration von sozialen und ökologischen Themen sowie explizit auf die Transformation von Sektoren eingeht, aber keine Angaben zu den für die Befragung relevanten Engagement-Dialogen bzw. dem Prozess macht. Die Commerzbank schrieb in der Befragung lediglich, dass es bei Nichterreichung vereinbarter Ziele zu einem Abbruch der Geschäftsbeziehung kommen könne – insgesamt zu wenig für eine Prozessbeschreibung.

DEKA (Investitionen (Vermögensverwaltung))

- Definiertes Engagementprozess mit Bewertungskriterien, Zielen, Konsequenzen, jedoch ohne maximalen Zeitrahmen.
- Thematische Offenlegung des Engagement-Dialogs auf Unternehmensebene für 100 ausgewählte Unternehmen. Zusätzlich einzelne Unternehmensbeispiele mit Angaben zu Dialog, Zielen und Ausblick.
- Glencore: Nennung der Themen.
- Vale: Keine öffentlichen Informationen.

Die Deka Group hat den allgemeinen Teil des Fragebogens für den Bereich Deka Investments ausgefüllt.

Deutsche Bank (Finanzierungen)

- Keine Definition eines Engagement-Prozesses mit Bewertungskriterien, Zielen, Zeitrahmen und Konsequenzen bekannt.
- Keine standardisierte Offenlegung des Engagement-Dialogs auf Unternehmensebene.
- Glencore/Vale: Keine öffentlichen Informationen.

DWS (Investitionen (Vermögensverwaltung))

- Definierter dokumentierter Engagementprozess mit Bewertungskriterien, Zielen, Fristen, Konsequenzen, jedoch ohne genauere Angabe eines maximalen Zeitrahmens.
- Thematische Offenlegung des Engagement-Dialogs auf Unternehmensebene.
- Vale/Glencore: Nennung der Themen.

Die Deutsche Bank antwortete mit einer Stellungnahme, beantwortete aber unsere Fragen nur teilweise. Dies ist zumindest im Hinblick auf die DWS verwunderlich, beschreibt diese doch zumindest den Prozess ihres Engagements sehr ausführlich.

DZ Bank (Finanzierungen, Investitionen)

- Vager Engagement-Prozess im Hinblick auf Kriterien, Ziele, Fristen.
- Keine standardisierte Offenlegung des Engagement-Dialogs auf Unternehmensebene.
- Glencore: Teilweise Offenlegung auf Nachfrage, aber eher mit Verweis zu den Fortschritten des Unternehmens, nicht den eigenen Themen, Zielen, Kriterien etc.
- Vale: Keine Finanzbeziehungen mehr seit 2019, aber keine öffentliche Bekanntmachung

Union Investment (Investitionen)

- Definierter Engagementprozess mit Bewertungskriterien, Zielen, Zeitrahmen und Konsequenzen.
- Keine standardisierte Offenlegung des Engagement-Dialogs, lediglich gegenüber Kunden.
- Glencore/Vale: Keine öffentlichen Informationen, aber fundierte und relevante Angaben auf Nachfrage.

Die DZ Bank und die Union Investment beantworteten die Umfrage vollständig. Während die Prozessbeschreibung bei der DZ Bank vage bleibt, kann die Union Investment einen gut dokumentierten Engagementprozess vorweisen.

LBBW (Finanzierungen)

- Keine Definition eines Engagement-Prozesses mit Bewertungskriterien, Zielen, Zeitrahmen und Konsequenzen bekannt.
- Keine standardisierte Offenlegung des Engagement-Dialogs auf Unternehmensebene.
- Glencore: Keine öffentlichen Informationen.

Die LBBW antwortete mit einer Stellungnahme zu ihren allgemeinen Nachhaltigkeitsbemühungen auf die Umfrage, beantwortete unsere Fragen jedoch nicht.

Rabobank (Finanzierungen)

- Definierter Engagementprozess mit Bewertungskriterien, Zielen, Fristen, Konsequenzen, aber ohne Maximalzeitrahmen.
- Keine standardisierte Offenlegung des Engagement-Dialogs auf Unternehmensebene.
- Glencore: Keine Finanzbeziehungen mehr seit 2019, aber keine öffentliche Bekanntmachung.

Die Rabobank beantwortete den allgemeinen Teil der Umfrage, nicht jedoch, ob in der Vergangenheit ein Engagement mit Glencore stattfand (es bestehen u.W. keine Finanzbeziehungen mehr).

Société Générale (Finanzierungen)

- Keine übergreifende Definition eines Engagement-Prozesses mit Bewertungskriterien, Zielen, Zeitrahmen und Konsequenzen bekannt. Ausnahme: Land- und Forstwirtschaft.
- Keine standardisierte Offenlegung des Engagement-Dialogs auf Unternehmensebene.
- Glencore: Keine öffentlichen Informationen.

Die Société Générale verwies auf die Nachhaltigkeitsberichterstattung der Bank, auf der die oben genannten Angaben basieren.

UBS (Investitionen)

- Definierter dokumentierter Engagementprozess mit Bewertungskriterien, Zielen, klarem Zeitrahmen und Konsequenzen.
- Thematische Offenlegung des Engagement-Dialogs auf Unternehmensebene. Zusätzlich detaillierte Unternehmensbeispiele mit umfangreichen Angaben zu Dialog, Themen, Projekten, Zielen und Ausblick.
- Glencore: Offenlegung des Engagement-Dialogs als Fallbeispiel.
- Vale: Nennung der Themen des Engagement-Dialogs.

Die UBS verwies auf ihren Stewardship Report, der das Engagement der Bank detailliert beschreibt.

UniCredit (Finanzierungen)

- Keine übergreifende und klare Definition eines Engagement-Prozesses erkennbar. Strategien einschließlich Themen, Ziele, Konsequenzen und Fristen variieren von Fall zu Fall.
- Keine standardisierte Offenlegung des Engagement-Dialogs auf Unternehmensebene.
- Glencore: Keine öffentlichen Informationen.

Die italienische UniCredit beantwortete den allgemeinen Teil des Fragebogens, beschrieb aber hauptsächlich Verfahren im Rahmen der Risikobewertung. Eine Prozessbeschreibung, wie ein Engagement-Dialog mit einem Unternehmen in der Praxis in der Bank abläuft, ist nicht eindeutig ersichtlich.

HAT DIE FINANZINSTITUTION EINEN ENGAGEMENT-PROZESS DEFINIERT?

Finanzinstitute sollten eine Kultur der Transparenz pflegen. Dazu gehört auch die Offenlegung von bestimmten Prozessen und Geschäftsabläufen. Obwohl Banken nicht verpflichtet sind, ihr Engagement mit einem finanzierten Unternehmen offenzulegen, sollten sie darlegen, wie ihr Engagement aussieht und abläuft. Dazu zählt beispielsweise eine Erläuterung, in welchen Fällen und in welcher Form ein Engagement eingegangen wird.

Finanzinstitute sollten diese Mindestangaben, zum Beispiel in einer Engagement-Richtlinie, veröffentlichen:

- Definition: Was versteht die Bank unter Engagement, wann wird es angewandt?
Definition von Zielen und Erfolg.
- Definition und Ausgestaltung des Engagement-Prozesses und Operationalisierung inklusive Maßnahmen, Eskalationsstufen, Fristen und Konsequenzen.
- Definition der Verantwortlichkeiten in einzelnen Prozessstufen.
- Angaben zum internen Monitoring und Dokumentation.

Für investierte Unternehmen bestehen bereits einige Offenlegungspflichten – ein Grund warum die Vermögensverwalter und Lebensversicherungen in der Auswertung besser abschneiden. Banken sollten die selben Standards bei ihren investierten wie finanzierten Unternehmen setzen.

LEGT DIE FINANZINSTITUTION INFORMATIONEN ZU IHREM ENGAGEMENT OFFEN?

Ohne Transparenz, keine Rechenschaft. Die Berufung auf das Kundengeheimnis ist eine beliebte Rechtfertigung von Banken, wenn es um die Offenlegung ihres Engagements mit finanzierten Unternehmen geht. Das Problem: Ein Engagement ist nur so viel wert, wie es offen kommuniziert wird. Es besteht das Risiko, dass Finanzierungen unter dem Deckmantel von Unternehmensdialogen unverändert weitergeführt werden. Ohne Transparenz ist eine Überprüfung und Bewertung der Einflussnahme auf die Unternehmen nicht möglich. Auch vor dem Hintergrund, dass es durchaus Offenlegungspflichten in Bezug auf die investierten Unternehmen gibt, greift das Argument nicht.

Finanzinstitute sollten diese Mindestangaben veröffentlichen:

- Name des Unternehmens
- Ober- und Unterthemen des Dialogs
- Übergeordnete Ziele
- Dauer des Engagements, Fristen
- Status und (Miss-)Erfolg
- Häufigkeit des Austauschs

BETREIBT DIE BANK KOLLABORATIVES ENGAGEMENT UND MACHT SIE ANGABEN DAZU?

Schließen sich mehrere Banken und Investoren für ein kollaboratives Engagement zusammen, spart dies nicht nur Ressourcen, sondern erhöht auch den Druck auf das oder die Unternehmen. Neben der Glaubwürdigkeit erhöht das kollektive Gewicht die Kohärenz der Botschaften und der geforderten Maßnahmen. Bei ausreichender Transparenz kann ein kollaboratives Engagement eine größere Breitenwirkung entfalten und zur Stärkung von Normen und Standards über das einzelne Unternehmen hinauswirken.

Finanzdienstleister sollten offenlegen, wenn sie Teil eines kollaborativen Engagements mit einem oder mehreren Unternehmen sind und dabei im Vergleich zu ihrem individuellen Engagement noch strengere Anforderungen an die Qualität einerseits und an die Transparenz und Berichterstattung andererseits stellen. Damit stärken sie auch das kollektive Gewicht nach innen, wenn es darum geht, bei Nichteinhaltung von Zielen oder bei Unterlassung von Maßnahmen die Konsequenzen auch tatsächlich durchzusetzen.

Wenn die Produktion von Medikamenten krank macht



Ein Bericht von
India Resource Center

Die Stadt Hyderabad und die umliegende Region im Bundesstaat Telangana spielen eine entscheidende Rolle in Indiens 50 Mrd. US-Dollar schweren Pharmaindustrie: Mehr als 50% des afrikanischen Bedarfs an Generika, circa 40% der US-amerikanischen Nachfrage nach Generika und etwa ein Viertel aller Medikamente in Großbritannien werden in Indien produziert (Invest India 2023).

Indien ist Lieferant von circa 60% des weltweiten Impfstoffbedarfs, unter anderem für die Immunisierung von Kindern und Erwachsenen gegen Diphtherie, Keuchhusten und Tetanus (DPT), Tuberkulose und Masern. Nach Angaben der indischen Regierung werden 70% der WHO-Impfstoffe für die Grundimmunisierung in Indien produziert (Invest India 2023).

Auf die Region Hyderabad selbst entfallen 40% der gesamten indischen Bulkproduktion von Arzneimitteln und 50% der exportierten Arzneimittelbulkware. Die Stadt trägt nicht umsonst den Spitznamen „Bulk Drug Capital of India“ (NIPER n.d.). Bulk-Arzneistoffe, oder auch pharmazeutische Wirkstoffe (APIs), bezeichnen den aktiven Bestandteil des pharmazeutischen Produkts, der die therapeutische Wirkung des Medikaments entfaltet.

Die Pharmaindustrie im Großraum Hyderabad verdankt ihren Ursprung der *Indian Drugs and Pharmaceuticals Ltd* (IDPL). Gegründet wurde das staatlich geführte Unternehmen 1961 mit dem Ziel, kostengünstige, lebensrettende Medikamente für das Land herzustellen (NIPER 2023). Viele der nachfolgenden namhaften Pharmaunternehmen in der Region, darunter *Dr. Reddy's Laboratories*, *Aurobindo Pharma*, *Divis Laboratories*, und *Sun Pharma*, haben von den Technologien und den Fachkräften der IDPL sowie den von der Regierung geschaffenen Anreizen und der Infrastruktur profitiert. Die Expansion der Pharmaindustrie in der Region Hyderabad ist zum Teil auch auf die Nachfrage westlicher Volkswirtschaften zurückzuführen.

UMWELTVERSCHMUTZUNG: DIE SCHATTENSEITE DER PHARMAINDUSTRIE

Doch während das Wachstum der Industrie die indischen Staatskassen füllte, hatte es auch einen hohen Preis: Die unkontrollierte Umweltverschmutzung, die weite Landstriche verseucht und unbewohnbar gemacht hat. Bereits in den 1980er Jahren, kurz nachdem die Pharmaindustrie in der Region zu expandieren begann, bemerkten die umliegenden Gemeinden die Verschmutzung. Die indischen Regelungen zum Umweltschutz waren zu dieser Zeit noch unzureichend und Umweltbelange wurden bei der Vergabe von Industrielizenzen kaum mit einbezogen.

Besonders beunruhigend für die lokale Bevölkerung war die Verschmutzung der Gewässer durch die Abwässer der Pharmaunternehmen, die unbehandelt in Bäche, Flüsse, Seen, Brunnen und in das Grundwasser gelangten. Die ungeklärten Abwässer hatten auch die Verseuchung der Böden und die Zerstörung der Landwirtschaft in der Region zur Folge.

Das verschmutzte Wasser ist weder zum Trinken noch zum Kochen oder Waschen geeignet. Gleichzeitig sind viele Menschen auf dieses Wasser angewiesen, weil sie es sich nicht leisten können, Alternativen wie in Flaschen abgefülltes Wasser oder solches aus Tankwagen zu kaufen. Auch für die Viehzucht, die in der ländlichen Wirtschaft Indiens eine zentrale Rolle spielt, ist das verunreinigte Wasser ungeeignet. Von der Wasserverschmutzung besonders betroffen sind Frauen, die längere Wege zurücklegen müssen, um Wasser für den häuslichen Bedarf zu besorgen.

Seit den 1980er Jahren erhoben sich zahlreiche Proteste gegen die Pharmakonzerne. Mehrere Gerichtsverfahren wurden angestrengt und sind bis heute anhängig. Doch auch nach über vier Jahrzehnten ist die Umweltverschmutzung durch die Pharmaindustrie in der Region um Hyderabad nach wie vor nicht eingedämmt worden. Sie ist durch die Expansion der Industrie in der Region sogar noch massiver geworden, unter anderem wegen des wachsenden Appetits auf billige Generika aus Indien, die für die westlichen Märkte bestimmt sind.

Die Umweltverschmutzung und ihr Ursprung in Hyderabad sind gut dokumentiert. Indische Aufsichtsbehörden stellen regelmäßig Verstöße von Pharmaunternehmen gegen Umweltgesetze fest. Eine der ersten Studien, die das Ausmaß der Arzneimittelverschmutzung dokumentierte und internationale Aufmerksamkeit erregte, wurde 2007 von dem Biomediziner Joakim Larsson von der schwedischen Universität Göteborg durchgeführt: Im Abwasser einer Kläranlage von 90 Arzneimittelherstellern in Patancheru bei Hyderabad fand die Studie extrem hohe Konzentrationen von Medikamenten – also in sogar bereits *behandelten* Abwässern. Die hohen Antibiotikakonzentrationen gaben Anlass zur Sorge hinsichtlich der Entwicklung von antimikrobiellen Resistenzen und passen zu den zahlreichen Beschwerden über die Einleitung ungeklärter Abwässer von Pharmaunternehmen (Larsson et al. 2007).

Im Jahr 2018 veröffentlichte der skandinavische Finanzdienstleister Nordea einen von der Changing Markets Foundation erstellten Bericht, der an eine frühere Untersuchung aus dem Jahr 2016 anknüpfte, die bereits die pharmazeutische Verschmutzung in der Region Hyderabad bestätigt hatte. Das Fazit der Folgeuntersuchung: Die Situation in Hyderabad hatte sich in den vergangenen zwei Jahren nicht verbessert, sondern eher verschlechtert (Changing Markets Foundation/Nordea 2018).

Erst kürzlich, im Januar 2021, haben indische Aufsichtsbehörde acht Pharmaunternehmen, darunter Mylan Laboratories, Aurobindo Pharma und Hetero Labs, wegen Verstößen gegen Umweltauflagen zu Geldstrafen verurteilt (TSPCB Hyderabad 2021a/TSPCB Hyderabad 2021b/TSPCB Hyderabad 2021c). Unternehmen wie Mylan verstoßen regelmäßig gegen Vorschriften. Im Jahr 2013 schlossen die staatlichen Aufsichtsbehörden sogar die Fabrik von Mylan wegen Verstößen gegen Standards bei der Abwasserbehandlung (Business Standard 2013).

Das Ausmaß der Verschmutzung durch pharmazeutische Produkte in der Region um Hyderabad könnte sich potenziell noch vervielfachen: Die Regierung des Bundesstaates hat Pläne für eine 19 000 Hektar große Industriezone für Pharmaunternehmen angekündigt – Hyderabad Pharma City. Ziel ist es, in der Massenproduktion von Medikamenten mit der chinesischen Dominanz konkurrieren zu können. Zwar verspricht die Regierung, für die täglich anfallenden 120 Millionen Liter Abwasser ein „Null-Abwassereinleitungs-Konzept“ einzuführen, doch das von den Aufsichtsbehörden aufgedeckte tatsächliche Ausmaß der Verschmutzung durch Unternehmen lassen solche Versprechen bedeutungslos erscheinen (TSIC n.d.).

UNTERDRÜCKTE UMWELTKRITIK

Gegen die Umweltverschmutzung durch Pharmazeutika in der Region um Hyderabad gibt es Proteste der lokalen Bevölkerung. Allerdings wird es immer schwieriger, Kritik zu äußern. Die indische Regierung und die Regierung des Bundesstaates unterstellen den Protestierenden schnell eine anti-indische Haltung und gehen oft hart gegen den Widerstand vor. Die Pharmaindustrie ist eine wichtige Einnahmequelle für das Land, und Stimmen, die den Status quo gefährden, werden immer weniger geduldet.

Staatliche Umweltbehörden lassen die Unternehmen deshalb oft gewähren. Wie schon der erste von Nordea in Auftrag gegebene Bericht feststellte, „scheinen die Pharmaunternehmen mehr oder weniger ungestraft zu handeln“. Die Recherchen ergaben, dass die Angestellten der zuständigen Regulierungsbehörde Pollution Control Board (PCB) mit den Unternehmen „gemeinsame Sache machen“ (Changing Markets Foundation/Ecostorm (2016).

Der Sprecher der PCB-Behörde, N. Raveendher, fasste die Haltung der staatlichen Aufsichtsbehörden 2016 in einem Interview mit Reuters treffend zusammen: „Wir sind uns bewusst, dass einige Unternehmen mehr als die erlaubten Abwässer einleiten, aber das sind gewinnorientierte Unternehmen. Wir versuchen, gegen die Täter vorzugehen, aber wir können dabei nicht die Industrie umbringen“ (Siddiqui 2016).

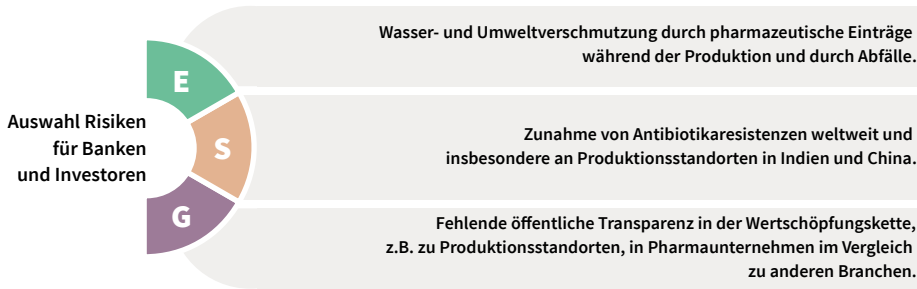
In diesem Zusammenhang ist die Rolle der ausländischen Finanzinstitutionen einmal mehr von Bedeutung, wenn es darum geht, strengere Umweltkontrollen und mehr Transparenz entlang der gesamten Lieferkette der Pharmaproduktion in Indien und weltweit zu erreichen. **Da sie nicht den gleichen Zwängen unterliegen wie die indische Zivilgesellschaft, können sich ausländische Kreditgeber und Investoren mit Nachdruck für Verbesserungen der Produktionsprozesse in der Region Hyderabad einsetzen.**

— Amit Srivastava, India Resource Center

Nebenwirkungen unbekannt? Fehlende Pharma-Richtlinien im Finanzsektor

“For Nordea [...], pharma pollution is critically important as it has the potential to impact people not just in India, but across the globe. Because drug manufacturing sites in India are part of the supply chain of companies we invest in, we took a field trip to Hyderabad to better understand the situation. There, we witnessed fierce industrial pollution surrounding manufacturing sites and observed its adverse impact on local communities. Additionally, we saw a lack of transparency of pharma companies we invest in regarding their management of water/supply chain risk in India.”

Nordea Asset Management (2020)



51 261 Mio. €

Folgefinaanzierungen seit 2014 für 4 Pharmakonzerne. 7 Banken.

60 768 Mio. €

Investitionen Juli/August 2023 in 4 Pharmakonzerne. 25 Finanzinstitute.

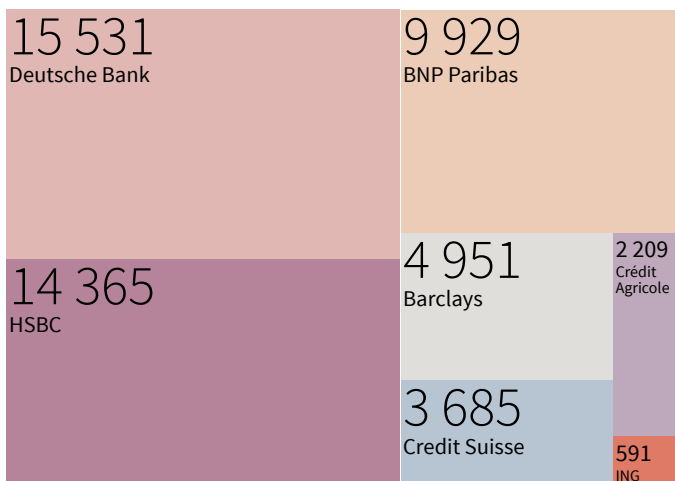
Folgefinaanzierungen

für GlaxoSmithKline, Pfizer, Sanofi, Viatris (2014–2023, in Mio. €)

Der Pharmasektor ist eine lebenswichtige Branche. Finanzierung für und Investitionen in diesen Sektor sind wichtig und notwendig. Dies lässt sich in unseren Daten gut 2020 zeigen, dem Jahr, in dem die Coronapandemie begann, als besonders hohe Finanzierung an den Impfstoffhersteller Pfizer flossen.

- Die von uns erhobenen Finanzdaten weisen auf eine regelmäßige jährliche Finanzierung hin. Seit der Aufnahme von GlaxoSmithKline, Pfizer, Sanofi und Viatris in die Dirty Profits Berichte 3 (2014), 4 (2016) und 5 (2017) haben sieben der acht Banken diese Unternehmen mit mehr als 51 Mrd. € in Form von Krediten und Unterstützung bei der Ausgabe von Anleihen und Aktien finanziert.
- Gerade vor dem Hintergrund stabiler und langfristiger Finanzbeziehungen sollten Banken die Möglichkeit nutzen, zukünftige Finanzierung stärker an ESG-Konditionen zu knüpfen und so zu Verbesserungen der Nachhaltigkeit im Sektor, insbesondere in der Lieferkette und der Transparenz, beizutragen.

Gesamtfinanzierung der vier Pharmaunternehmen pro Bank seit ihrer Aufnahme in den Dirty Profits-Report in Mio. €



Aktuelle Investitionen

in GlaxoSmithKline, Pfizer, Sanofi und/oder Viatris (Juli/August 2023, in Mio.€)

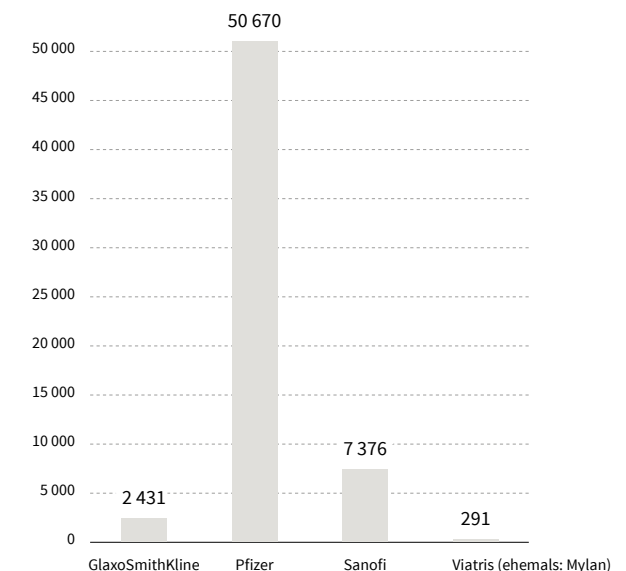
Aktuelle Investoren

- > 10 Mrd. €: BlackRock, Vanguard, State Street
- > 1 Mrd. €: Deutsche Bank, BNP Paribas
- > 100 Mio. €: Allianz, Crédit Agricole, Credit Suisse, DekaBank, DZ Bank, HSBC, Legal & General, UBS
- < 50 Mio. €: Argenta, Axa, Barclays, Commerzbank, Julius Bär, KBC, Lloyds Bank, Munich Re, Prudential, Société Générale, Swiss Re, Zurich

Ehemalige Investoren

Die Commerzbank, ING, Lloyds Bank und die UniCredit sind nicht mehr in GlaxoSmithKline investiert.

Gesamtinvestitionen der 25 untersuchten Investoren (Stand August/Juli 2023 in Mio. €)



WARUM IST EINE PHARMAZIE- RICHTLINIE NOTWENDIG?

Ob bei Energie, Bergbau oder Rüstung: Immer weniger Banken kommen heute noch ohne eine sektorspezifische Richtlinie aus. Es gibt Schwellenwerte für den Anteil von fossilen Brennstoffen bei Stromerzeugern, Bergbaukonzerne sollen bestehende Landrechte beim Bau von Minen beachten und Produzenten von Atomwaffen werden mitunter gänzlich ausgeschlossen. Ganz anders sieht dies für die Pharmaindustrie aus. Spezifische Anforderungen eigens an die Branche bleiben bei den untersuchten Banken die Ausnahme.

Die Corona-Pandemie hat den Bedarf an medizinischer Forschung und Innovation sowie sicherer und erschwinglicher Arzneimittel für Millionen von Menschen vor Augen geführt. Die gesellschaftliche Bedeutung des Sektors und der Bedarf an finanziellen Mitteln sind unbestritten. Die Produktion von Medikamenten darf aber nicht dazu führen, dass die Menschen an den Produktionsstandorten erkranken oder ihre Gewässer und Ländereien verseucht werden (siehe S. 87f.). Finanzinstitute, wie die Deutsche Bank, HSBC oder BNP Paribas, die einige Pharmariesen mit beachtlichen Summen finanzieren, sowie die drei massiv investierten Vermögensverwalter BlackRock, Vanguard und State Street, sollten also auch auf die Einhaltung von ESG-Regeln bei Pharmaunternehmen pochen.

WIE KÖNNTE EINE PHARMA-RICHTLINIE AUSSEHEN?

Der Pharmaindustrie kann auf verschiedene Weise in Finanzierungs- und Investitionsrichtlinien von Banken, Vermögensverwaltern oder Lebensversicherungen begegnet werden. Wie in den meisten anderen Sektoren bietet sich eine eigene Richtlinie an, die die Spezifika der Branche abdeckt. Querschnittsthemen können grundsätzlich in übergreifenden Richtlinien (z.B. zu Menschenrechten) festgehalten werden, sollten dann aber auch in allen relevanten Branchen konsequent benannt und angewandt werden. Für Banken wie die ING, die Richtlinien für ihre Bankgeschäfte mit der chemischen Industrie erlassen haben, könnte eine weitere Vertiefung um die Pharmaindustrie ein Startpunkt sein.

Nachfolgend ist eine Auswahl relevanter Elemente für den Pharmasektor aufgeführt. Die Liste basiert auf den Erkenntnissen aus der Fallstudie und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Im Gegenteil, die Pharmabranche ist mit weiteren Themen konfrontiert: Der weltweite Zugang zu Arzneimitteln, gendersensible Medikamente oder im Hinblick auf die Durchführung von Tierversuchen, um nur einige zu nennen. Die Finanzinstitutionen müssen ihren blinden Fleck überwinden und den Nebenwirkungen der von ihr finanzierten und investierten Pharmaindustrie begegnen.

Recht auf Gesundheit

Das Recht auf Gesundheit ist ein Menschenrecht. Es wurde erstmals in der Verfassung der WHO von 1946 verankert, findet sich aber auch im UN-Sozialpakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte sowie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Das Recht beschreibt ein individuell erreichbares Höchstmaß an Gesundheit sowie den Zugang zur Gesundheitsversorgung. Daraus folgt nach gängiger Interpretation u.a. das Recht auf Zugang zu sauberem Trinkwasser, sanitären Einrichtungen, gesunder Nahrung oder sicheren Arbeitsbedingungen.

- ▶ Banken sollten die Achtung des Rechts auf Gesundheit zu einer Grundvoraussetzung für finanzierte und investierte Unternehmen machen, z.B. im Rahmen ihrer Richtlinien zu Menschenrechten. Die Verschmutzung von Gewässern an Produktionsstandorten durch Pharmazeutika wäre ein Beispiel dafür, da sie das Recht auf Gesundheit der umliegenden Bevölkerung gefährdet.

Arzneimittleinträge in die Umwelt und Antibiotikaresistenzen

Die Zunahme von Antibiotikaresistenzen gilt als eine der größten Herausforderungen für die globale Gesundheit. Jedes Jahr sterben über 1 Million Menschen an Infektionen mit resistenten Erregern, weil Antibiotika nicht mehr wirken (RKI 2022; ZDF 2023). Indien und China, Hauptlieferanten von Arzneimittelwirkstoffen für den Rest der Welt, gehören zu den Ländern mit erhöhten Resistenzraten in der Bevölkerung (Litovsky 2016; Siriam et al. 2021). Aber nicht nur die antimikrobiellen Medikamente bergen Risiken für die umliegende Bevölkerung von Produktionsstätten: Zu groß sind die Risiken der Medikamentencocktails in Gewässern und Böden für Flora, Fauna und Menschen.

- ▶ Banken sollten strenge Umwelanforderungen an Pharmaunternehmen in ihrer gesamten Wertschöpfungskette stellen. Finanzierte und investierte Pharmaunternehmen müssen den Eintrag von pharmazeutischen, einschließlich antimikrobiellen, Stoffen in die Umwelt minimieren und geeignete Maßnahmen zur Überwachung, Reduktion, Behandlung und Kontrolle von pharmazeutischen Abfällen und Abwässern in ihrer Lieferkette ergreifen und offenlegen. Antimikrobielle Arzneimittel müssen bei Menschen und Tieren umsichtig eingesetzt werden, um Antibiotikaresistenzen zu minimieren.

Transparenz in den Lieferketten

Transparenz fördert verantwortungsvolle Geschäftspraktiken und verbesserte Produktionsbedingungen und liefert wertvolle Daten für die Branche, Politik, Wissenschaft, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft. Doch während etwa in der Textilbranche die Transparenz in Bezug auf die Lieferkette wächst, gehört die Pharmabranche zu den Schlusslichtern.

- ▶ Banken sollten auch von Pharmaunternehmen transparente Lieferketten verlangen. Finanzierte und investierte Pharmaunternehmen sollten ihre Lieferkette transparent, vollständig und detailliert offenlegen, einschließlich der vollständigen Adressen von Produktionsstandorten. Umwelt-, Sozial- und Governance-Kriterien sind in die Beschaffungs- und Betriebspolitik sowie in das Vertragsmanagement über die gesamte Lieferkette zu integrieren.

Klimaplan vorlegen

Nicht nur hinsichtlich Transparenz oder Erfüllung von Sorgfaltspflichten in der Lieferkette fliegt die Pharmaindustrie unter dem Radar: Sie gehört zu den größten CO₂-Emittenten (Iyer 2022). Die Branche muss, wie alle anderen auch, Treibhausgase entlang der gesamten Wertschöpfungskette im Einklang mit dem Pariser Klimaabkommen minimieren.

- ▶ Banken sollten auch bei Pharmaunternehmen auf ambitionierte Klimapläne achten. Finanzierte und investierte Pharmaunternehmen sollten ihre Treibhausgasemissionen nach Scope 1, 2 und 3 offenlegen und sie im Einklang mit dem Pariser Klimaabkommen reduzieren. Kurz-, mittel- und langfristige Reduktionsziele sind vorzulegen.

Die East African Crude Oil Pipeline – ein TOTAL-Ausfall?

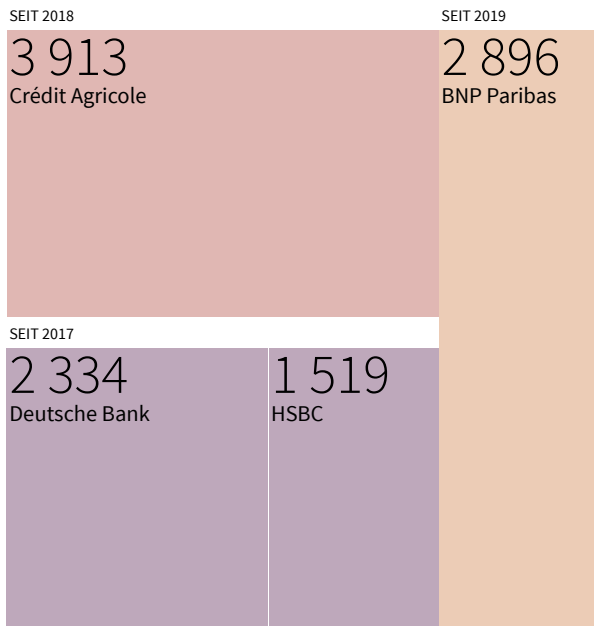
“It is time for TotalEnergies to abandon the monstrous East African Crude Oil Pipeline that promises to deliver oil we don’t need, worsen the climate crisis, waste billions of dollars that could be used for good, bring mayhem to human settlements and wildlife along the pipeline’s path, and undermine the company’s commitment to align its investments with the Paris Climate Agreement.”

– Climate Accountability Institute (2022)

10 662 Mio. €

Folgefinaanzierungen seit 2017 für TotalEnergies. 4 Banken.

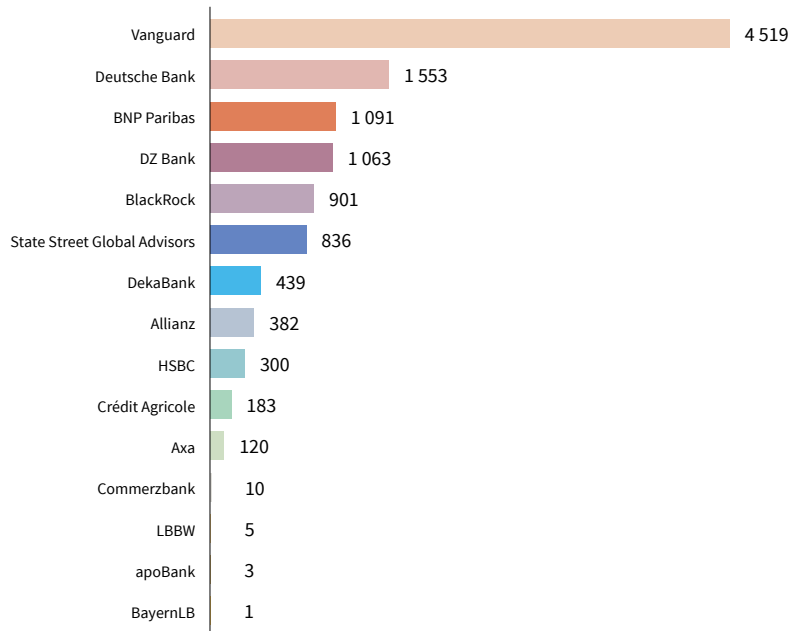
Folgefinaanzierungen für TotalEnergies pro Bank seit Erstkritik in früheren Dirty Profits-Berichten
(in Mio. €)



11 406 Mio. €

Investitionen Juli/August 2023 in TotalEnergies. 15 Finanzinstitute.

Investitionen in TotalEnergies der seit 2016 untersuchten Finanzinstitutionen
(Stand August/Juli 2023 in Mio. €)



Die Entdeckung von Erdölvorkommen in Uganda hat Hoffnungen auf eine rasche Entwicklung des ostafrikanischen Binnenstaates geweckt. Die Exploration und der Aufbau einer petrochemischen Industrie sollen Uganda zu einem Land mittleren Einkommens machen und die Lebensbedingungen der Bevölkerung spürbar verbessern. Mit der Integration verschiedener Sektoren in die zukünftige Öl- und Gasindustrie strebt Uganda die Entwicklung zu einem Exportland an: Kunststoffe, Matratzen, Medikamente, Düngemittel, Chemikalien, Reifen und andere Vorprodukte für die Landwirtschaft und die verarbeitende Industrie.

Ein Bericht von End Plastic Pollution



Der Präsident Ugandas, Yoweri Museveni, rechtfertigt die Pläne zur Erdölförderung mit der Erwartung, das Land zum regionalen Marktführer im Handel und in der Produktion von Kunststoffen zu machen. Auf Plattformen wie Twitter verteidigte er den Bau der *East African Crude Oil Pipeline* (EACOP) mit den Worten: „Einige Leute sind besorgt, dass unser Rohöl Kudiba (keinen Markt) haben könnte, unmöglich! Ich habe ein Hemd, das zu 65% aus Polyester besteht“ (Museveni 2022). Kurzum: Ugandas Öl ist für die Kunststoffproduktion bestimmt.

Uganda unterstützt die Bemühungen der Ölindustrie zur Steigerung der Kunststoffproduktion – der letzte Rettungsanker für die im Zuge der Elektrifizierung im Niedergang befindliche Ölindustrie. Eine Raffinerie mit einer Produktionskapazität von 60 000 Barrel pro Tag soll als Basis für das Wachstum der heimischen petrochemischen Industrie dienen. Öl würde dann verstärkt als Rohstoff für die Produktion von Kunststoffen verwendet: Immer mehr Plastik, unter dem Uganda schon jetzt zu ersticken droht (siehe ab S. 55). Der weitaus größte Teil aber ist für den unersättlichen fossilen Energiehunger auf den internationalen Weltmärkten bestimmt.

Die Exploration von Erdöl und Erdgas findet im malerischen Albert Rift statt. Die fossilen Rohstoffe sollen in drei Lizenzgebieten am östlichen Rand des Rifts erschlossen werden. Auf dem Weg zur Kommerzialisierung befinden sich die am Albertsee gelegenen Ölfelder Tilenga und Kingfisher im Westen Ugandas. Aus ihnen sollen über einen Zeitraum von 20 bis 30 Jahren zwischen 1,4 und 1,7 Milliarden Barrel Öl aus der Erde gepumpt werden und über eine 1 443 Kilometer lange Pipeline, die East African Crude Oil Pipeline (EACOP), bis zum Hafen von Tanga nach Tansania transportiert werden. Die Hauptakteure und ihre Beteiligungen: Das französische fossile Schwergewicht TotalEnergies (62%), der chinesische Ölmulti CNOOC (8%) sowie die Regierungen von Uganda und Tansania über ihre staatlichen Ölgesellschaften (je 15%).

TOTALENERGIES – EIN TOTALAUSFALL?

Auf ihrem Weg von Hoima in Uganda nach Tanga am Indischen Ozean in Tansania würde die dann längste beheizte Pipeline der Welt täglich 216 000 Barrel Öl transportieren und zahlreiche Umweltschäden verursachen, darunter Luft-, Wasser- und Bodenverschmutzung. Ihr CO₂-Fußabdruck wäre größer als der von Uganda und Tansania zusammen. Auch im Hinblick auf die Menschenrechte, die Rechte indigener Völker und die Frage der Umweltgerechtigkeit wirft die Ausbeutung der Ölvorkommen bereits im Vorfeld große Bedenken auf.

Da die EACOP durch zehn Bezirke, 25 Unterbezirke und 178 Dörfer in Uganda, die für den Bau der Pipeline zwangsumgesiedelt werden, verlaufen wird, sind die Lebensgrundlagen unzähliger Gemeinden bedroht. In Tansania und Uganda zusammen ist das Land von mehr als 100 000 Menschen betroffen. Viele Familien werden verspätet entschädigt oder warten noch immer darauf. Die Verzögerungen bei den Entschädigungszahlungen und das Verbot, das eigene Land zu nutzen, haben weitreichende Folgen, darunter Ernährungsunsicherheit und Unterernährung bei Kindern. Durch den Kauf von Wasserstellen wie in Mubende und im Großraum Masaka droht der Zugang der Gemeinden zu sauberem und sicherem Wasser verloren zu gehen. Eingeschüchtert werden diejenigen, die sich zu Wort melden.

Neben den wirtschaftlichen und sozialen Risiken sollen im Herzen des Murchison Falls Nationalparks, dem ältesten, größten und meistbesuchten Park Ugandas, über hundert Ölquellen gebohrt und durch ein Pipelinennetz verbunden werden. Die Landschaftszerstörung gefährdet die Biodiversität und den Tourismus, der fast 10% des ugandischen BIP ausmacht und für 23% der ugandischen Exporte und Einnahmen von 1,6 Mrd. USD verantwortlich ist. Wälder wie die Taala und Wambabya Reservate, die 6% des ugandischen BIP erwirtschaften und wichtig für die Stabilisierung des Klimas und den Erhalt der Biodiversität sind, sind ebenfalls bedroht. Seen wie der Viktoriasee und der Albertsee sind durch die Pipeline stark gefährdet. Ein Drittel der EACOP liegt im Einzugsgebiet des Viktoriasees. Schon das kleinste Ölleck hätte katastrophale Folgen für die biologische Vielfalt und für die 30 bis 40 Millionen Menschen, deren Lebensgrundlage der Viktoriasee bildet – aber Ölaustritte lassen sich nur schwer verhindern.

Weitere sensible Gebiete im Einflussbereich der Pipeline sind die Feuchtgebiete der Gemeinde Buhuka, die küstennahen Wasserlebensräume des Albertsees und das Bugoma Central Forest Reserve, das an die Pipelinetrasse angrenzt und eines der wichtigsten Biodiversitätsgebiete Ugandas darstellt.

Auch die Entwicklung einer petrochemischen Industrie ist für Uganda angesichts der damit verbundenen immensen Treibhausgasemissionen und der zu erwartenden Umwelt- und Gesundheitsschäden keine praktikable oder kosteneffiziente Option. Anders als der Plastikmüll, der in Ugandas Flüssen schwimmt und die Gemeinden an den Ufern der Seen unter sich begräbt, sind die klimaschädlichen Auswirkungen von Petrochemie und Kunststoffindustrie auf das Klima mit bloßem Auge kaum sichtbar – und daher leichter zu ignorieren. Was kaum jemand weiß: 99% der Kunststoffe werden aus einer Kombination von Chemikalien und fossilen Brennstoffen hergestellt, die in jeder Phase ihres Lebenszyklus Treibhausgase freisetzen. Als besonders klimaanfällig Land schadet eine Kunststoffindustrie Uganda daher in mehrfacher Hinsicht (siehe auch S. 59).

UND DIE FINANZIERUNG?

Die EACOP-Projektentwickler rund um TotalEnergies halten sich nach eigenen Angaben freiwillig an die Performance-Standards der internationalen Entwicklungsbank IFC. Doch knapp 50 Finanzinstitute, darunter einige Equator-Banken¹, haben eine Finanzierung bzw. Versicherung des Pipelineprojektes längst ausgeschlossen. Kein Wunder: Die Standards wären das Papier nicht wert, auf dem sie verfasst sind, würde EACOP als sozial und ökologisch verträgliches Projekt eingestuft.

Ob Projektentwickler, Bauunternehmer, Zulieferer, Bank oder Versicherung – alle Unternehmen sind nach den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte verpflichtet, negative Auswirkungen ihrer Aktivitäten oder Dienstleistungen auf die Menschenrechte zu verhindern oder zu mildern. EACOP zu stoppen und den Schutz der ugandischen Bürger*innen vor Menschenrechtsverletzungen zu gewährleisten, liegt also auch an ihnen.

– Nirere Sadrach, End Plastic Pollution

1 Den Equator Principles liegen u.a. die IFC Performance Standards zugrunde.

Das Beispiel TotalEnergies: Warum der Finanzsektor in das europäische Lieferketten- gesetz gehört

Mit den 2011 verabschiedeten „Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte“ schuf der UN-Menschenrechtsrat einen weltweit anerkannten Standard zur Prävention, Behebung und Wiedergutmachung von Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit unternehmerischer Tätigkeit. Tatsächlich verpflichteten sich viele Unternehmen auf Basis der UN-Leitprinzipien „zur Einhaltung der Menschenrechte“. Doch was sind bloße Lippenbekenntnisse? Und wer kommt seiner menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht entlang der Lieferkette tatsächlich nach? Im Fall des französischen Ölkonzerns TotalEnergies, der sich gerne rühmt, als erster Öl- und Gaskonzern überhaupt nach dem Berichtsrahmen der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte bilanziert zu haben, gleichzeitig aber wegen der enormen menschenrechtlichen Auswirkungen des Baus der EACOP-Pipeline in der Kritik steht, sind Zweifel angebracht (TotalEnergies 2023).

Im Februar 2022 präsentierte die EU-Kommission den lang erwarteten Entwurf eines europäischen Lieferkettengesetzes, das unternehmerische Selbstverpflichtungen in rechtsverbindliche Verhaltensstandards überführt. Der „Richtlinienentwurf zu unternehmerischen Sorgfaltspflichten“, besser bekannt als die „Corporate Sustainability Due Diligence Directive (CSDDD)“, soll für in der Europäischen Union tätige Großunternehmen gelten (DNK 2023, 1/3). Der Entwurf würde im Fall von TotalEnergies Konsequenzen haben: Geschädigte, die zum Beispiel für den Bau der Pipeline enteignet werden, hätten einen Anspruch auf Schadensersatz und der fossile Energiemulti wäre verpflichtet, „tatsächliche und potenzielle negative Auswirkungen“ zu ermitteln, über sie zu berichten und sie in der Folge zu beheben bzw. zu minimieren (DNK 2023, 1).

Das reicht jedoch nicht aus, denn die Verantwortung liegt nicht nur bei TotalEnergies: Auch der Finanzsektor trägt durch seine starke Hebelwirkung zu Menschenrechts- und Umweltbrüchen in anderen Bereichen der Wirtschaft bei. Schließlich lenkt er Finanzmittel in Wirtschaftstätigkeiten, die negative soziale und/oder ökologische Auswirkungen in den Lieferketten der Unternehmen verursachen oder zu ihnen beitragen. Auch die Verantwortung der hinter TotalEnergies stehenden Kreditgeber und institutionellen Investoren sollte daher in der CSDDD beachtet werden.

Trotzdem sieht die CSDDD großzügige Ausnahmeregelungen für die Finanzbranche vor, die dessen Pflichten stark begrenzen würden: Der Entwurf der EU-Kommission sieht beispielsweise lediglich eine Pflicht zur Risikoüberprüfung „in der vorvertraglichen Phase“ vor (Ellena 2023). Im Fall von TotalEnergies hätte das zur Folge, dass Finanzinstitute den Konzern nach Erhalt der Finanzdienstleistung nicht mehr zur Einhaltung von Sorgfaltspflichten verpflichten könnte. Außerdem sollen Finanzinstitute selbst bei schweren Verstößen die Geschäftsbeziehung nicht beenden müssen, wenn dem Unternehmen dadurch „erheblicher Schaden“ entsteht. Selbst wenn Finanzinstitute also von Menschenrechtsverletzungen oder Umweltverstößen durch TotalEnergies erfahren, sieht der Entwurf nicht zwingend eine Auflösung der Geschäftsbeziehung vor. Den Interessen der Unternehmen würde somit Vorrang vor den Rechten der Betroffenen eingeräumt und das Gesetz an empfindlicher Stelle geschwächt. Generell ist die Beendigung von Finanzbeziehungen nur die ultima ratio. In erster Linie würde die CSDDD die Finanzinstitutionen dazu verpflichten, ein Engagement zu betreiben, d.h. TotalEnergies durch Dialog und Ausübung der Aktionärsrechte dazu zu bewegen, die Menschenrechtsverletzungen zu beenden.

Derzeit befinden sich die Verhandlungen in der EU zwischen Kommission, Rat und Parlament über die CSDDD in einer entscheidenden Phase und eine der umstrittensten Fragen ist, ob der Finanzsektor einbezogen wird oder nicht. So hat sich das EU-Parlament für die Einbeziehung des Finanzsektors ausgesprochen, während der EU-Rat eine Sonderbehandlung des Finanzsektors vorschlägt: Die Mitgliedsstaaten sollen selbst entscheiden, ob sie den Finanzsektor einbeziehen oder nicht (Allenbach-Ammann 2022). Dies würde zu einem regulatorischen Flickenteppich führen und gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Unternehmen im EU-Binnenmarkt verhindern. Auch unter den Regierungen der EU-Staaten gehen die Positionen weit auseinander. Die Niederlande setzen sich für die Einbeziehung des gesamten Finanzsektors ein, während Frankreich vehement für einen Ausschluss aller Finanzinstitute kämpft. Die deutsche Regierung wiederum will zwischen verschiedenen Segmenten der Finanzindustrie unterscheiden und Kreditgeber (vor allem Banken und Versicherungen) in die CSDDD einbeziehen, institutionelle Investoren (vor allem Vermögensverwalter) aber nicht (Gambetta 2023). Der Ausgang der laufenden Verhandlungen ist völlig offen.

Am strengsten ist die Position des Europäischen Parlaments. Statt nur vor der Erbringung von Finanzdienstleistungen sieht das Europäische Parlament die Durchführung von Risikoprüfungen auch bei Anschlussfinanzierungen und anlassbezogenen Beschwerden vor. Interessant ist auch die abgestufte Sorgfaltspflicht nach dem Involvierungsgrad, die zwischen Verursachung, Beitrag und unmittelbarer Verbindung unterscheidet (Cramer 2023/4). Weniger positiv zu bewerten ist allerdings, dass das Europäische Parlament für den Finanzsektor vom letztgenannten Fall ausgeht, nämlich „dass Finanzunternehmen direkt mit einer nachteiligen Auswirkung in ihrer Wertschöpfungskette verbunden sind, ohne diese zu verursachen oder zu ihr beizutragen“ (Europäisches Parlament 2023, Art. 8 (2b)). Das erkennt, wie in dieser Ausgabe des Dirty Profits hinreichend beschrieben, dass untätige Banken und Investoren, die ihre Handlungsmöglichkeiten nicht nutzen, sehr wohl zu Menschenrechtsverletzungen beitragen können (Cramer 2023, 4/6). Auch das European Network of National Human Rights Institutions argumentiert, dass Finanzinstitute in die CSDDD gehören, da sie nicht nur mit Menschenrechtsauswirkungen verbunden sind, sondern diese auch verursachen oder zu ihnen beitragen können (ENNHRI 2023).

Grundsätzlich gilt: Unterlägen Finanzinstitute den gleichen Sorgfaltspflichten wie sie die CSDDD für Unternehmen vorsieht, so wären sie verpflichtet, die Empfänger von Finanzdienstleistungen auch nach Vertragsabschluss zur menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht anzuhalten (Juergens et al. 2023, 3). Eine solche kontinuierliche Überprüfung der Lieferkette sendet gleichzeitig auch Signale an den Markt, dass sozial und ökologisch schädliche Praktiken inakzeptabel sind (Machado de Melo 2022). Außerdem könnten Finanzinstitute von einem gesetzlichen Rahmen profitieren, der es ihnen erleichtert, bestehende Verträge mit Unternehmen zu kündigen, sobald Verstöße gegen Menschen- und Umweltrechte bekannt werden. Hinzu kommt, dass die CSDDD dafür sorgen könnte, dass gleiche Wettbewerbsbedingungen geschaffen werden und dass verantwortungsloses Handeln nicht mehr belohnt wird. Finanzinstitutionen, die bereits über effektive Due-Diligence-Mechanismen und Engagementprozesse verfügen, könnten sogar profitieren. Es ist deshalb nicht überraschend, dass sich die UN Principles of Responsible Investment (PRI), die Institutional Investor Group on Climate Change (IIGCC) oder das European Sustainable Investment Forum (Eurosif) für die Einbeziehung des Finanzsektors in die CSDDD aussprechen (UN PRI 2023; IIGCC 2023; EUROSIF 2022).

Wie würde sich also ein starkes europäisches Lieferkettengesetz, das den Finanzsektor einbezieht, auf die Pläne von TotalEnergies zum Bau der EACOP-Pipeline auswirken?

1. Der Druck von Investoren und Banken kann TotalEnergies dazu zwingen, seine Lieferkette besser zu überwachen, um Menschenrechts- und Umweltbrüche nicht nur zu identifizieren, sondern auch zu antizipieren und im Vorfeld zu verhindern.
2. Bei anhaltenden Verstößen gegen Umwelt- oder Sozialstandards wären die Finanzakteure gezwungen, durch Engagement zu versuchen, TotalEnergies zu einer Änderung seiner Geschäftspraktiken zu bewegen – ein zusätzlicher Hebel zu den Anforderungen, die die CSDDD TotalEnergies selbst auferlegt.
3. Während große europäische Unternehmen im aktuellen Entwurf der CSDDD bereits erfasst werden, stellen Finanzinstitutionen einen zusätzlichen Hebel dar. Bei außereuropäischen Unternehmen, die keiner nationalen Human Rights Due Diligence-Gesetzgebung unterliegen, würde sichergestellt, dass europäische Finanzinstitute das Geld europäischer Bürger*innen nicht mehr so einfach wie bisher in Aktivitäten investieren, die Mensch und Umwelt verletzen.

Europa kann mit einem starken Lieferkettengesetz den Weg in eine sozial gerechtere Zukunft weisen. Dem in der Lieferkette weit oben angesiedelten Finanzsektor kommt dabei eine wichtige Lenkungs- und Kontrollfunktion zu. Zum einen kann er Geld weglenken von Unternehmen, deren Lieferketten von Ausbeutung und Umweltverschmutzung geprägt sind. Zum anderen kontrolliert ein umfassend berücksichtigter Finanzsektor die durch die Richtlinie auferlegten Sorgfaltspflichten in den Unternehmen selbst. Denn wenn Finanzinstitute über die vorvertragliche Phase hinaus selbst in der Verantwortung stehen, haben sie ein ureigenes Interesse an sauberen Lieferketten.

Quellen

World Commission on Environment and Development (1987): Our Common Future. Zugriff 02.11.23: <https://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/5987our-common-future.pdf>

Profite für die Eigentümer, Kosten für die Allgemeinheit

Global Justice Now (2018): 69 of the richest 100 entities on the planet are corporations, not governments, figures show. Zugriff 04.10.23: globaljustice.org.uk/news/69-richest-100-entities-planet-are-corporations-not-governments-figures-show/

Mnatsakanian, Narina / Watson, Olivia (2011): Universal Ownership: Why environmental externalities matter to institutional investors. *PRI Association / UNEP Finance Initiative*. Zugriff 04.10.23: unepfi.org/fileadmin/documents/universal_ownership_full.pdf

Retrospektive

Bloomberg Philanthropies (2023): Beyond Petrochemicals. Website. Zugriff 25.10.23: www.beyondpetrochemicals.org/about/

ClientEarth (2021): The Greenwashing Files: ExxonMobil. Website. Zugriff 06.10.23: clientearth.org/projects/the-greenwashing-files/exxonmobil/

Ghiotto, Amadeo/Lévi Alvarès, Delphine (2022): Winter is coming. Plastic has to go. A case for decreasing plastic production to reduce the European Union's dependence on fossil fuels and Russia. *Break Free From Plastic / Center for International Environmental Law*. Zugriff 03.10.23: ciel.org/wp-content/uploads/2022/09/September-2022-CIEL-BFFP-Winter-is-coming-report.pdf

Facing Finance/urgewald (2023): ExxonMobil Profil auf Faire Fonds Info. Datenbank. Zugriff 06.10.23: datenbank.faire-fonds.info/companies/exxonmobil-corp

Global Witness (2021): Last Line of Defence. The industries causing the climate crisis and attacks against land and environmental defenders. Zugriff 03.10.23: globalwitness.org/documents/20190/Last_line_of_defence_-_low_res_-_September_2021.pdf

National Oil Spill Detection and Response Agency, NOSDRA (2023): Nigerian Oil Spill Monitor, Year: 2022. Website. Zugriff 03.10.23: nosdra.oilspillmonitor.ng/

Yuen, Meaghan (2023): Here are the top 50 biggest European banks in 2023. In: *Insider Intelligence*. 01.01.23. Zugriff 06.10.23: insiderintelligence.com/insights/largest-banks-europe-list/

ZDF (2022): Arbeiter von Apple-Fabrik Foxconn fliehen. 31.10.2022. Zugriff 03.10.23: zdf.de/nachrichten/wirtschaft/corona-apple-fabrik-china-arbeiter-flucht-100.html

Uganda: Ein Binnenland in einem Plastikmeer

Ambwani, Meenakshi Verma (2021): Coca-Cola franchise bottler shuts down Varanasi plant. In: *The Hindu businessline*. 21.11.21. Zugriff 06.10.23: thehindubusinessline.com/companies/coca-cola-franchise-bottler-shuts-down-varanasi-plant/article37614449.ece

Basheer, KPM (2016): A lost battle: Plachimada's victims may never get Coke's compensation. In: *The Hindu businessline*. 07.02.16. Zugriff 06.10.23: thehindubusinessline.com/news/national/a-lost-battle-plachimadas-victims-may-never-get-cokes-compensation/article8206306.ece

Break Free From Plastic (2021): Branded. Brand Audit Report, Vol IV. Zugriff 09.09.23: breakfreefromplastic.org/wp-content/uploads/2021/10/BRAND-AUDIT-REPORT-2021.pdf

Business Standard (2016): Hindustan Coca-Cola Beverages shuts Dasna unit. 18.08.16. Zugriff 06.10.23: business-standard.com/article/companies/hindustan-coca-cola-beverages-shuts-dasna-unit-116081900067_1.html

Business Standard (2020): Sale of three bottling plants in India fetches Coca-Cola Rs 500 crore. 03.02.20. Zugriff 06.10.23: business-standard.com/article/companies/sale-of-three-bottling-plants-in-india-fetches-coca-cola-rs-500-crore-120013100030_1.html

Central Ground Water Authority, CGWA (2014): Letter to M/s Hindustan Coca Cola Beverages Pvt. Ltd. No.21-4(396)/NR/CGWA/2012-1249. 12.08.14. Zugriff 06.10.23: indiaresource.org/campaigns/coke/2014/CGWAAug12.pdf

Chang, Xiao / Fang, Yi / Wang, Ying / Wang, Fei / Shang, Liyuan / Zhong, Rongzhen (2022): Microplastic pollution in soils, plants, and animals: A review of distributions, effects and potential mechanisms. *Science of The Total Environment* 850. Zugriff 09.09.23: doi.org/10.1016/j.scitotenv.2022.157857

Changing Markets Foundation (2020): Going round in circles: Coca-Cola's trail of broken promises. Begleitwebsite zum Bericht *Talking Trash*. Zugriff 09.09.23: talking-trash.com/case-study/going-round-in-circles-coca-colas-trail-of-broken-promises/

Coca-Cola (2008): Letter to the University of Michigan. 11.01.08. Zugriff 06.10.23: indiaresource.org/campaigns/coke/2008/coketomichiganletter1.pdf

Coca-Cola (2018): 2018 Business & Sustainability Report. Zugriff 06.10.23: coca-colacompany.com/content/dam/company/us/en/policies/pdf/safety-health/coca-cola-business-and-sustainability-report-2018.pdf

Coca Cola Australia (2016): Striking a Balance: Coca-Cola achieves 2020 water replenishment goal. 28.08.16. Zugriff 06.10.23: coca-colacompany.com/au/news/striking-a-balance-coca-cola-achieves-2020-water-replenishment-goal

End Plastic Pollution (2022): Flowing with Plastics. A look into how plastics are killing Uganda's rivers with emphasis on River Rwizi in western Uganda. This report offers a special focus on Coca-Cola's world without waste initiative. Brand Audit 2022 – Vol. 1. *Break free from Plastic*. Zugriff 06.10.23: drive.google.com/file/d/1KK66ghtVnm-ytk7OKetEyLhxwdnkil-mY/view

Frontline (2015): Cola controversies. 13.05.15. Zugriff 06.10.23: frontline.the-hindu.com/the-nation/cola-controversies/article7193331.ec

Gerbens-Leenes, Winnie / Hoekstra, Arjen / Holland, Richard / Koch, Greg / Moss, Jack / Ndebele, Pancho / Orr, Stuart / Ronteltap, Mariska / de Ruyter van Stevenink, Eric

(2007): Water Neutrality: a concept paper. 20.11.07. *Twente University / World Wide Fund for Nature / The Coca Cola Company / World Businesses Council for Sustainable Development / Water Neutral / Emvelo Group / UNESCO IHE – Institute of Water Education*. Zugriff 06.10.23: indiaresource.org/campaigns/coke/2008/Waterneutrality.pdf

Giridharadas, Anand (2006): India's new lobbyists use American methods – Business – International Herald Tribune. In: *The New York Times*. 18.05.06. Zugriff 06.10.23: nytimes.com/2006/05/18/business/worldbusiness/18iht-lobby.1778893.html

Harvey, Chelsea (2016): Coca-Cola just achieved a major environmental goal for its water use. In: *The Washington Post*. 30.08.16. Zugriff 06.10.23: washingtonpost.com/news/energy-environment/wp/2016/08/30/coca-cola-just-achieved-a-major-environmental-goal-for-its-water-use/

India Resource Center (2010): Coca-Cola Liable for US\$ 48 Million for Damages – Government Committee. 22.03.10. Zugriff 06.10.23: indiaresource.org/news/2010/1003.html

India Resource Center (2016): Kala Dera: Coca-Cola Petition. 05.02.16. Zugriff: 02.11.23: http://www.indiaresource.org/documents/KalaDera_CokePetition-Feb52016.pdf [In Hindi]

Kazmin, Amy (2015): Coca-Cola forced to abandon India bottling plant plans. In: *Financial Times*. 22.04.15. Zugriff 06.10.23: ft.com/content/9e7d36da-e8e5-11e4-87fe-00144feab7de

Mosendz, Polly (2014): Coca-Cola Abandons Expansion Plans in India Because of Water. In: *The Atlantic*. 26.08.14. Zugriff 06.10.23: theatlantic.com/business/archive/2014/08/coca-cola-abandons-india-production-expansion/379128/

Roome, John (2022): India seeks to arrest its alarming decline in groundwater. In: *World Bank Blogs*. 25.05.22. Zugriff 06.10.23: blogs.worldbank.org/endpovertyinsouthasia/india-seeks-arrest-its-alarming-decline-groundwater

Stecklow, Steve (2005): How a Global Web of Activists Gives Coke Problems in India. In: *The Wall Street Journal*. 07.06.05. Zugriff 06.10.23: wsj.com/articles/SB111809496051452182

The Energy and Resources Institute, teri (2006): Independent Third Party Assessment of Coca-Cola Facilities in India. Project Report No. 2006WM21. Im Auftrag: *The Meridian Institute* Colorado, USA. Zugriff 06.10.23: indiaresource.org/campaigns/coke/2008/TERIcokereport.pdf

Tomar, Shruti (2022): Madhya Pradesh govt cancels land allocation for Coca Cola plant. In: *The Hindustan Times*. 25.05.22. Zugriff 06.10.23: hindustantimes.com/cities/bhopal-news/madhya-pradesh-govt-cancels-land-allocation-for-coca-cola-plant-101648179023419.html

Upadhyay, Kavita (2015): Supreme Court order brings relief to Chharba villagers. In: *The Hindu (TH)*. 28.04.15. Zugriff 06.10.23: thehindu.com/news/national/other-states/supreme-court-order-brings-relief-to-chharba-villagers/article7151189.ec

U.S. Securities and Exchange Commission, SEC (2017). Subsidiaries of The Coca-Cola Company As of December 31, 2017. EX-21.1 6 a20171231ex-211.htm. Zugriff 06.10.23: sec.gov/Archives/edgar/data/21344/000002134418000008/a20171231ex-211.htm

Grün, grüner, am grünen – Marketing vs. Wirklichkeit

Achary, Neel (2021): This World Water Day, Coca-Cola reinvigorates, a decade of water stewardship in India. In: *Business News This Week*. 22.03.21. Zugriff 06.10.23: businessnewsthisweek.com/business/this-world-water-day-coca-cola-reinvigorates-a-decade-of-water-stewardship-in-india/

Break Free From Plastic (BFFP) (2022): Branded: Five years of holding corporate plastic polluters accountable. Zugriff 06.10.23: brandaudit.breakfreefromplastic.org/wp-content/uploads/2022/11/BRANDED-brand-audit-report-2022.pdf

Changing Markets (2020): Talking Trash. The corporate playbook of false solutions to the plastic crisis. Zugriff 06.10.23: talking-trash.com/wp-content/uploads/2020/09/TalkingTrash_FullReport.pdf

Coca-Cola Deutschland (2019): Getränkeflasche mit Meeresplastik. Website. Zugriff 17.04.23: coca-cola-deutschland.de/verantwortung/verpackungen/musterflasche-mit-meeresplastik-cr

DekaBank (n.d.): Anlegen mit nachhaltigen Merkmalen. Sinnvestieren ist, wenn nachhaltigen Ideen Flügel wachsen. Website. Zugriff 17.04.23: deka.de/sinnvestieren/nachhaltigkeit

DekaBank (n.d.): ESG Policy. S.12. Zugriff 17.04.23: deka.de/site/privatkunden_site/get/params_E1789535353/13677289/ESG%20Policy%20der%20Deka.pdf

Ertug Ercin, A. / Martinez Aldaya, Maite / Hoekstra, Arjen Y. (2011): Corporate Water Footprint Accounting and Impact Assessment: The Case of the Water Footprint of a Sugar-Containing Carbonated Beverage. *Water Resour Manage* 25: 721–741. Zugriff 17.04.23: indiaresource.org/documents/CokeWaterFootprintNetwork/WaterFootprintSugarCarbonated2010.pdf

Europäische Kommission (2023a): Green claims. Website. Zugriff 06.10.23: environment.ec.europa.eu/topics/circular-economy/green-claims_en

Europäische Kommission (2023b): Proposal for a Directive of the European Parliament and of the Council on substantiation and communication of explicit environmental claims (Green Claims Directive). COM(2023) / 166 final. Zugriff 17.04.23: eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=COM%3A2023%3A0166%3AFIN

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, lpb-bw (2023): Greenwashing. Website. Zugriff 06.10.23: lpb-bw.de/greenwashing

Peters, Adele (2022): 68% of U.S. execs admit their companies are guilty of greenwashing. In: Fast Company. 13.04.22. Zugriff 02.11.23: <https://www.fastcompany.com/90740501/68-of-u-s-execs-admit-their-companies-are-guilty-of-greenwashing>

Umweltbundesamt (2022): Greenwashing und Sustainable Finance. Website. Zugriff 31.03.23: umweltbundesamt.de/greenwashing-sustainable-finance#mit-mehr-wissen-gegen-tauschung-und-unsicherheit-sustainable-finance-literacy

Verbraucherzentrale Baden-Württemberg (2021): Grüner Schein. Verbraucherzentrale verklagt Deka Bank wegen irreführender Werbung. Website. Zugriff 31.03.23: verbraucherzentrale-bawue.de/pressemitteilungen/presse-bw/gruener-schein-56763

Verbraucherzentrale Baden-Württemberg (2023): Greenwashing bei der Geldanlage: Werbung mit Nachhaltigkeit. Website. Zugriff 06.10.23: verbraucherzentrale-bawue.de/greenwashing

Willis, John / Bofilou, Thalia / Manili, Arianna / Reynolds, Isabella / Kozlowski, Nicole (2023): The Greenwashing Hydra. London: *Planet Tracker*. Zugriff 06.10.23: planet-tracker.org/wp-content/uploads/2023/01/Greenwashing-Hydra-3.pdf

Waffenexporte und der Jemen. Ein tödliches Geschäft.

Action on Armed Violence, AOAV (11.11.2018): UK arms exports to Saudi Arabia. Zugriff 06.10.23: aoav.org.uk/2018/uk-arms-export-to-saudi-arabia/

Amnesty International UK (8.8.2015): Why the UK must stop arms sales to Saudi Arabia. Zugriff 06.10.23: amnesty.org.uk/why-uk-must-stop-arms-sales-saudi-arabia

Amnesty International UK (12.12.2019): Yemen: BAE Systems and other arms companies face legal challenge at The Hague. Zugriff 06.10.23: amnesty.org.uk/press-releases/yemen-bae-systems-and-other-arms-companies-face-legal-challenge-hague

ECCHR / Mwatana for Human Rights / Amnesty International / Campaign Against Arms Trade / Centre Delás / Rete Disarmo (2020): Made in Europe, Bombed in Yemen: How the ICC could tackle the responsibility of arms exporters and government officials. Zugriff 06.10.23: ecchr.eu/fileadmin/Fallbeschreibungen/CaseReport_ECCHR_Mwatana_Amnesty_CAAT_Delas_Rete.pdf

Human Rights Council, HRC (2020): Situation of human rights in Yemen, including violations and abuses since September 2014. *A/HRC/45/CRP.7*. 29.09.20. Zugriff 06.10.23: securitycouncilreport.org/atf/cf/%7B65BFCF9B-6D27-4E9C-8CD3-CF6E4FF96FF9%7D/A-HRC-45-CRP.7.pdf

Human Rights Council, HRC (2021): Situation of human rights in Yemen, including violations and abuses since September 2014. Report of the Group of Eminent International and Regional Experts on Yemen. *A/HRC/48/20*. 13.09.21. Zugriff 06.10.23: ohchr.org/sites/default/files/HRBodies/HRC/RegularSessions/Session48/Documents/A_HRC_48_20_AdvanceEditedVersion.docx

Mwatana for Human Rights (2019): Day of Judgment: The Role of the US and Europe in Civilian Death, Destruction, and Trauma in Yemen. Zugriff 06.10.23: reliefweb.int/attachments/809c1943-3dce-37e4-aec9-ef6850b0a01d/Yemen-report-draft_3.5_PDF-w-cover.pdf

Mwatana for Human Rights (2020a): Undermining the Future. Zugriff 06.10.23: ceasefire.org/wp-content/uploads/2020/08/Undermining-The-Future-En-1.pdf

Mwatana for Human Rights (2020b): I ripped the IV out of my arm and started running. Attacks on Health Care in Yemen. Zugriff 06.10.23: reliefweb.int/attachments/7b2c754d-dfa2-34e0-bb69-dda972d3168e/%E2%80%9C%20ripped%20the%20IV%20out%20of%20my%20arm%20and%20started%20running%20%E2%80%9D%20-%20Attacks%20on%20health%20care%20in%20Yemen%20%5BEN%5D.pdf

Mwatana for Human Rights (2020c): Warring Parties Continue to Undermine Yemeni Lives. Zugriff 06.10.23: reliefweb.int/report/yemen/warring-parties-continue-undermine-yemeni-lives-enar

Mwatana for Human Rights (2021): Death Falling from the Sky: Civilian Harm from the United States' Use of Lethal Force in Yemen, January 2017 – January 2019. Zugriff 06.10.23: global-uploads.webflow.com/621cfefe2b950d85b2a1e2d1/64ee2cb70dc5303583621bd3_Death-Falling-from-the-Sky-En.pdf

Wearing, David (2016): A Shameful Relationship: UK Complicity in Saudi State Violence. *Campaign Against Arms Trade (CAAT)*. Zugriff 06.10.23: caat.org.uk/resources/a-shameful-relationship-uk-complicity-in-saudi-state-violence/

Do no significant harm: Bombenstimmung in Investmentfonds.

Facing Finance (2022): How much Pain for Corporate Gain? Dirty Profits 9. Zugriff 07.10.23: facing-finance.org/files/2022/05/Facing_Finance_Dirty_Profits_9.pdf

Facing Finance (2023): Exit Arms. Datenbank. Zugriff 07.10.23: exitarms.org/

Freybott, Jan Christoph (2023): Tauziehen mit Panzern. In: *Frankfurter Rundschau*. 20.01.23. Zugriff 07.10.23: fr.de/wirtschaft/soziale-taxonomie-als-spielball-der-ruestungslobby-92039452.html

Heinze, Marie-Christine (2020): Jemen. In: Konfliktporträts. 20.05.2020. *Bundeszentrale für politische Bildung*. Zugriff 07.10.23: bpb.de/themen/kriege-konflikte/dossier-kriege-konflikte/54611/jemen/

In der Kohle liegt die Kohle? Von Versprechen und Wirklichkeit in La Guajira

Colectivo de Abogados José Alvear Restrepo, CAJAR (2022): Cuando la impunidad se vuelve paisaje: 12 ejemplos de impunidad corporativa de las multinacionales del carbón en La Guajira. Bogotá. Zugriff 12.07.23: colectivodeabogados.org/wp-content/uploads/2022/11/Documento-Cuando-la-impunidad-se-vuelve-paisaje-2.pdf

Díaz, Daniela Quintero (2022): ¿Y si hablamos de Bruno, el arroyo que desvió Cerrejón en La Guajira? In: *El Espectador*. 17.04.22. Zugriff 12.07.23: elespectador.com/investigacion/y-si-hablamos-de-bruno-el-arroyo-que-desvio-cerrejon-en-la-guajira/

El Centro de Investigación y Educación Popular, Cinep (2021): Comunicado: Comunidades denuncian reinicio de actividades mineras alrededor del arroyo Bruno en La Guajira. 09.09.21. Zugriff 12.07.23: cinep.org.co/comunicado-comunidades-denuncian-reinicio-de-actividades-mineras-alrededor-del-arroyo-bruno-en-la-guajira/

Grabosch, Robert (2021): Ley de Debida Diligencia – Alemania establece los estándares en la protección de los derechos humanos. Berlin: *Friedrich-Ebert-Stiftung*. Zugriff 12.07.23: library.fes.de/pdf-files/iez/18832.pdf

Martinez, Betty (2019): La Guajira: santuario del bosque seco tropical en Colombia. *TÜÜ PÜTCHIKA – La Palabra*. 05.03.19. Zugriff 12.07.23: tuuputchika.com/2019/03/05/la-guajira-santuario-del-bosque-seco-tropical-en-colombia/

UN Human Rights Office of the High Commissioner, OHCHR (2020): UN expert calls for halt to mining at controversial Colombia site. 28.09.20. *Pressemitteilung*. Zugriff 12.07.23: ohchr.org/en/press-releases/2020/09/un-expert-calls-halt-mining-controversial-colombia-site#:~:text=%E2%80%9CIt%20is%20absolutely%20vital%20that,increase%20its%20effort%20to%20prevent

Nie wieder Mariana?

Angelo, Maurício (2022): Meta de neutralidade em carbono da Vale não privilegia 98% das emissões da empresa. In: *Observatório da Mineração*. 18.08.22. Zugriff 12.07.23: observatoriodamineracao.com.br/meta-de-neutralidade-em-carbono-da-vale-nao-privilegia-98-das-emissoes-da-empresa/

Articulação Internacional dos Atingidos e Atingidas pela Vale, AIAAV (2021): Relatório de Insustentabilidade. Website. Zugriff 12.07.23: atingidosvale.com/lancamento-relatorio-2021/

Assessoria de Comunicação Social – Ministério Público Federal em Minas Gerais (2020): MPF pede intervenção judicial na Vale para garantir segurança de barragens. *Pressemitteilung*. Zugriff 12.07.23: mpf.mp.br/mg/sala-de-imprensa/noticias-mg/mpf-pede-intervencao-judicial-na-vale-para-garantir-seguranca-de-barragens

Day, Thomas/ Mooldijk, Silke / Smit, Sybrig / Posada, Eduardo / Hans, Frederic / Fearnough, Harry / Kachi, Aki / Warnicke, Carsten / Kuramochi, Takeshi / Höhne, Niklas (2022): Corporate Climate Responsibility Monitor 2022. Assessing the Transparency and Integrity of Companies' Emission Reduction and Net-Zero Targets. Köln / Brüssel: *New Climate Institute / Carbon Market Watch*. Zugriff 12.07.23: newclimate.org/sites/default/files/2022-06/CorporateClimateResponsibilityMonitor2022.pdf

Giljum, Stefan / Maus, Victor / Kuschnig, Nikolas / Luckeneder, Sebastian / Tost, Michael / Sonter, Laura J. / Bebbington, Anthony J. (2022): A pantropical assessment of deforestation caused by industrial mining. In: *Proceedings of the National Academy of Sciences (PNAS)*: 119 (38). Zugriff 12.07.23: doi.org/10.1073/pnas.2118273119

Human Rights Council, HRC (2019): Global extractivism and racial equality. Report of the Special Rapporteur on contemporary forms of racism, racial discrimination, xenophobia and related intolerance. 14.05.19. A/HRC/41/54. Zugriff 12.07.23: ohchr.org/Documents/Issues/Racism/SR/A_HRC_41_54.pdf

Luz, Patrícia (2023): Inauguração do memorial das vítimas da tragédia de Brumadinho é adiada por falta de diálogo com a Vale, diz Avabrum. In: *g1 Minas*. 14.01.23. Zugriff 12.07.23: g1.globo.com/mg/minas-gerais/noticia/2023/01/14/inauguracao-do-memorial-das-vitimas-da-tragedia-de-brumadinho-e-adiada-por-falta-de-dialogo-com-a-vale-diz-avabrum.ghtml

Rocha, Daniel (23.01.23): Brumadinho completa 4 anos: por que o mercado ainda ignora tragédias ambientais? In: *Estadão E-Investidor*. 23.01.23. Zugriff 12.07.23: investidor.estadao.com.br/comportamento/brumadinho-4-anos-mercado-tragedias-ambientais/

Suarez, Lizandro Alfonso Cabrera (2013): El derecho a la memoria y su protección jurídica: avance de investigación. *Pensamiento Jurídico* 36: 173-188. Zugriff 12.07.23: revistas.unal.edu.co/index.php/peju/article/download/40321/pdf_500/180998

Vale (2021): Formulário de Referência VALE – 2021. Zugriff 12.07.23: ri-vale.mz-sites.com/informacoes-para-o-mercado/relatorios-anuais/formulario-de-referencia/

Vale (2023a): Plano de Ação de Gaps ESG. Unternehmenswebsite. Zugriff 12.07.23: vale.com/pt/web/esg/plano-de-acao-de-gaps-esg

Vale (2023b): Nossa Estratégia e Compromissos. Unternehmenswebsite. Zugriff 12.07.23: vale.com/pt/web/esg/nossa-estrategia-compromissos

Valente, Rubens (2019): Acionistas minoritários e ONGs pedem destituição da diretoria executiva da Vale. In: *Folha de S.Paulo*. 05.02.19. Zugriff 12.07.23: www1.folha.uol.com.br/mercado/2019/02/acionistas-minoritarios-e-ongs-pedem-destituicao-da-diretoria-executiva-da-vale.shtml

Vara Criminal Federal da Seção Judiciária de Minas Gerais (2023). Processo n. 1003479-21.2023.4.06.3800, 2ª.

Aus dem Blickfeld: Wenn die Produktion von Medikamenten krank macht.

Business Standards (2013): Mylan unit forced to shut for violating pollution norms. 24.10.13. Zugriff 07.10.23: business-standard.com/article/current-affairs/mylan-unit-forced-to-shut-for-violating-pollution-norms-113102401077_1.html

Changing Markets / Ecostorm (2016): Impacts of Pharmaceutical Pollution on Communities and Environment in India. Im Auftrag von: *Nordea Asset Management*. Zugriff 07.10.23: nordea.com/en/doc/impacts-of-pharmaceutical-pollution-on-communities-and-environment-in-india.pdf

Changing Markets Foundation / Nordea (2018): Hyderabad's Pharmaceutical Pollution Crisis: Heavy Metal and Solvent Contamination at Factories in a major Indian Drug Manufacturing Hub. Zugriff 07.10.23: nordea.com/en/doc/fullreporthyderabad-pharmaceuticalpollutioncrisis2018.pdf

Invest India (2023): Formulating success: The Indian pharmaceutical industry. Zugriff 07.10.23: investindia.gov.in/sector/pharmaceuticals

Larsson, Joakim / Pedro, Cecilia / Paxéus, Nicklas (2007): Effluent From Drug Manufactures Contains Extremely High Levels of Pharmaceuticals. *Journal of hazardous materials* 148 (3): 751-755. Zugriff 07.10.23: researchgate.net/publication/6134174_Effluent_From_Drug_Manufactures_Contains_Extremely_High_Levels_of_Pharmaceuticals

National Institute of Pharmaceutical Education And Research, NIPER (n.d.): Why to choose Hyderabad? Website. Zugriff 07.10.23: niperhyd.ac.in/WhyHyderabad.html

Siddiqui, Zeba (2016): The cost of cheap drugs? Toxic Indian lake is 'superbug hotspot'. In: *Reuters*. 29.09.16. Zugriff 07.10.23: reuters.com/article/us-health-superbugs-india-insight-idUSKCN11Y35G

Telangana State Industrial Infrastructure Corporation Limited, TSIIIC (n.d.): Environmental Impact Assessment for Proposed Hyderabad Pharma City in Kandukur, Yacharam and Kadthal Mandals of Ranga Reddy District in the State of Telangana. Durchgeführt: *Environment Protection Training & Research Institute*. Zugriff 07.10.23: tspcb.cgg.gov.in/publichearings/Hyderabad%20Pharma%20City,%20Yacharam%20RR%20Dist.%20-%20EXE%20SUM%20ENG.pdf

Telangana State Pollution Control Board Zonal Office: Hyderabad, TSPCB Hyderabad (2021a): Order No. 15-MBNR/TSPCB/ZO.HYD/TF/2021-1611. Zugriff 07.10.23: tspcb.cgg.gov.in/Directions%20issued/DIRECTIONS%20-%202021/January,%202021%20-%20Directions/Myan%20Laboratory-Directions.pdf

Telangana State Pollution Control Board Zonal Office: Hyderabad, TSPCB Hyderabad (2021b): Order No. 15-MBNR/TSPCB/ZO.HYD/TF/2021-1608. Zugriff 07.10.23: tspcb.cgg.gov.in/Directions%20issued/DIRECTIONS%20-%202021/January,%202021%20-%20Directions/AurobindoPharma%20Ltd.%20Unit%20%E2%80%93%20VII-Directions.pdf

Telangana State Pollution Control Board Zonal Office: Hyderabad, TSPCB Hyderabad (2021c): Order No. 15-MBNR/TSPCB/ZO.HYD/TF/2021-1605. Zugriff 07.10.23: [tspcb.cgg.gov.in/Directions%20issued/DIRECTIONS%20-%202021/January,%202021%20-%20Directions/Hetero%20Labs%20Ltd%20\(Unit%20I%20and%20II\)%20Biopharma%203%20units-Directions.pdf](http://tspcb.cgg.gov.in/Directions%20issued/DIRECTIONS%20-%202021/January,%202021%20-%20Directions/Hetero%20Labs%20Ltd%20(Unit%20I%20and%20II)%20Biopharma%203%20units-Directions.pdf)

Nebenwirkungen unbekannt? Fehlende Pharma-Richtlinien im Finanzsektor

Iyer, Jayasree K. (2022): 6 ways the pharmaceutical industry can reduce its climate impact. *World Economic Forum*. 25.11.22. Zugriff 07.10.23. weforum.org/agenda/2022/11/pharmaceutical-industry-reduce-climate-impact/

Litovsky, Alejandro (2016): Antibiotic waste is polluting India and China's rivers; big pharma must act. *The Guardian*.

25.10.16. Zugriff 12.05.23: theguardian.com/sustainable-business/2016/oct/25/antibiotic-waste-pollution-india-china-rivers-big-pharma-superbugs-resistance

Nordea Asset Management (2020): Danger in the Water: Engaging with pharmaceutical companies to address the role they play in India's water pollution crisis. *ESG Insights*. 23.11.20. Zugriff 07.10.23: nordea.lu/en/professional/insights/danger-in-the-water/

Robert Koch Institut (RKI) (2022): Antibiotikaresistenzen, eine schleichende Pandemie: Einweihung des WHO-Kooperationszentrums für Antibiotikaresistenz am RKI. *Pressemitteilung*. Zugriff 07.10.23: rki.de/DE/Content/Service/Presse/Pressemitteilungen/2022/06_2022.html

Sriram, Aditi / Kalanxhi, Erta / Kapoor, Getanjali / Craig, Jessica / Balasubramanian, Ruchita / Brar, Sehr / Criscuolo, Nicola / Hamilton, Alisa / Klein, Eili / Tseng, Katie / van Boeckel, Thomas / Laxminarayan, Ramanan (2021): The State of the world's antibiotics 2021: A global analysis of antimicrobial resistance and its drivers. *Center for Disease Dynamics, Economics & Policy (CDEEP)*. Zugriff 07.10.23: onehealthtrust.org/wp-content/uploads/2021/02/The-State-of-the-Worlds-Antibiotics-in-2021.pdf

ZDF (2023): China und Indien: Viel Antibiotika in Gewässern nachgewiesen. *DPA*. 08.01.23. Zugriff 07.10.23: zdf.de/nachrichten/panorama/antibiotika-rueckstaende-gewaesser-china-indien-100.html

Die East African Crude Oil Pipeline – ein TOTAL-Ausfall?

Climate Accountability Institute (2022): East African Crude Oil Pipeline: a 379 MtCO₂ "Carbon Bomb". *Pressemitteilung*. 27.10.22. Zugriff 07.10.23: climateaccountability.org/wp-content/uploads/2022/10/EACOP-PR-27Oct22.pdf

Das Beispiel TotalEnergies: Warum der Finanzsektor in das europäische Lieferketten- gesetz gehört

Allenbach-Ammann, János (2022): EU-Mitgliedstaaten verwässern Lieferketten-gesetz deutlich. In: *Euractiv*. 12.12.22. Zugriff 30.03.23: euractiv.de/section/all/news/eu-ministers-exclude-finance-from-due-diligence-law-in-victory-for-france/

Cramer, Sophia (2023): Don't let the financial sector off the hook! Für eine umfassende Verpflichtung des Finanzsektors im EU-Wertschöpfungskettengesetz. 28.07.23. Gemeinsames Policy Briefing Paper von FIAN und Südwind. Zugriff 07.10.23: fian.de/wp-content/uploads/2023/07/FIAN_SUeDWIND_Policy_Briefing_Paper_Finanz_CSDDD_deutsch_20230728.pdf

Deutscher Nachhaltigkeitskodex, DNK (2023): Die Corporate Sustainability Due Diligence Directive (CSDDD): EU-Richtlinienentwurf zu unternehmerischen Sorgfaltspflichten. Website. Aufgerufen 13.03.23: [deutscher-nachhaltigkeitskodex.de/de-DE/Documents/PDFs/Sustainability-Code/Factsheet-zur-Directive-on-Corporate-Sustainab-\(1\).aspx](https://deutscher-nachhaltigkeitskodex.de/de-DE/Documents/PDFs/Sustainability-Code/Factsheet-zur-Directive-on-Corporate-Sustainab-(1).aspx)

Ellena, Silvia (2023): EU-Kommissar: Lieferkettengesetz sollte auch für Finanzsektor gelten. In: *Euractiv*. 27.01.23. Aufgerufen 17.03.23: euractiv.de/section/binnenmarkt-und-wettbewerb/news/eu-kommissar-lieferkettengesetz-sollte-auch-fuer-finanzsektor-gelten/

European Network of National Human Rights Institutions (ENNHRI) (2023): ENNHRI Statement in the Context of the EU Trilogue Concerning the EU Corporate Sustainability Due Diligence Directive. 10/2023. Zugriff 03.11.23: ennhri.org/news-and-blog/notice/ennhri-statement-in-the-context-of-the-eu-trilogue-on-the-eu-corporate-sustainability-due-diligence-directive-oct-2023/

Europäisches Parlament (2023): REPORT on the proposal for a directive of the European Parliament and of the Council on Corporate Sustainability Due Diligence and amending Directive (EU) 2019/1937. A9-0184/2023. 08.05.23. Zugriff 07.10.23: europarl.europa.eu/doceo/document/A-9-2023-0184_EN.html

European Sustainable Investment Forum (EUROSIF) (2022): Joint statement of support by responsible investors' organisations for the Corporate Sustainability Due Diligence Directive (CSDDD). 24.11.22. Zugriff 03.11.23: www.eurosif.org/news/joint-statement-of-support-by-responsible-investors-organisations-for-the-corporate-sustainability-due-diligence-directive-csddd/

Gambetta, Gina (2023): Inclusion of financial sector in CSDDD proves political sticking point. In: *Responsible Investor*. 31.10.23; Zugriff 03.11.23: www.responsible-investor.com/inclusion-of-financial-sector-in-csddd-proves-political-sticking-point/

Institutional Investors Group on Climate Change (IIGCC) (2023): IIGCC publishes updated CSDDD position paper. 06.02.23. Zugriff 03.11.23: www.iigcc.org/resources/iigcc-publishes-updated-csdd-position-paper

Juergens, Ingmar / Grobusch, Lena / Simon, Louise / Schufft, Finn / Brandt, Katharina (2023): Sustainability due diligence and reporting obligations for financial institutions. The coverage of the financial sector across a core set of EU regulatory measures. *Germanwatch*. Zugriff 30.03.23: germanwatch.org/sites/default/files/germanwatch_sustainability_disclosure_and_due_diligence_2022.pdf

Machado de Melo, Gustavo (2023): Aufnahme des von Südwind e.V. organisierten Webinars "All for one and one for all – The role of the financial sector in CSDDD", ab Minute 30. Zugriff 30.03.23: youtube.com/watch?v=M0Cpa2GxJZc

TotalEnergies (2023): Ethics: We are Committed to Exemplary Behavior. Website. Zugriff 13.03.23: totalenergies.com/group/ethics/exemplary-behavior

UN Principles for Responsible Investment (UN PRI) (2023): How to make the CSDD directive practicable for the investment industry. 02.03.23. Zugriff 03.11.23: www.unpri.org/policy-reports/how-to-make-the-csdd-directive-practicable-for-the-investment-industry/11228.article

Anmerkungen

- 1 Ob mehrjährige Finanzierungen, die vor dem Krieg in der Ukraine geschlossen wurden, noch bestehen, kann nicht abschließend gesagt werden bzw. ist in der Wirtschaftsdatenbank Refinitiv Eikon nicht erfasst. Zumindest eine Bank deutete an, ohne jedoch Finanzdaten offen zu legen, dass die Ereignisse des Krieges in der Ukraine diese Finanzierungen obsolet gemacht haben. Es muss jedoch betont werden: Gazprom wurde von uns schon lange vor dem russischen Angriffskrieg als kontrovers eingestuft und die Laufzeit ist in diesem Zusammenhang irrelevant. Wichtig ist aber: Seit dem Angriffskrieg hat keine der Banken neue Finanzierungen an Gazprom vergeben – mit Ausnahme der KfW, die die Enteignung und Verstaatlichung der deutschen Gazprom-Tochter Germania mit einem Darlehen gestützt hat, wobei kein Geld nach Russland abgeflossen ist. Das Darlehen wurde nicht mitgezahlt.
- 2 Der Fonds ist auf der „Sinnvestieren“-Website der DekaBank als Produkt gelistet (Stand: April 2023). Siehe DekaBank (n.d.): Anlegen mit nachhaltigen Merkmalen. Sinnvestieren ist, wenn nachhaltigen Ideen Flügel wachsen. Webseite. Abgerufen am 17.04.2023: www.deka.de/sinnvestieren/nachhaltigkeit
Facing Finance/urgewald (2023): Informationen zum Fonds: Deka-Nachhaltigkeit DividendenStrategie. Datenbank / Webseite. Zugriff am 17.04.23: <https://datenbank.faire-fonds.info/funds/DE000DK0V521>

Impressum

Berlin, November 2023

Der Verein Facing Finance e.V. setzt sich für einen sozial und ökologisch verantwortlichen Umgang mit Geld ein. Unser Ziel: Banken und Investoren sind nicht länger Geld- und Kapitalgeber von Unternehmen, die von Menschenrechtsverletzungen profitieren, die die Umwelt belasten oder das Klima schädigen. Facing Finance ist bestrebt, in seinen Berichten ein Höchstmaß an Genauigkeit zu erreichen. Allerdings führt der Mangel an Transparenz in vielen kontroversen Sektoren zu Lücken in öffentlich verfügbaren Informationen. Daher spiegeln die Informationen in diesem Bericht alle öffentlich zugänglichen Quellen wider, die Facing Finance, den Partnerorganisationen und seinen Mitarbeiter*innen bekannt sind. Wenn Sie glauben, dass Sie Ungenauigkeiten in unseren Berichten gefunden haben oder wenn Sie zusätzliche Informationen zur Verfügung stellen möchten, schreiben Sie uns bitte an: kontakt@facing-finance.org.

2. Auflage, Januar 2025

Änderung: Foto auf Seite 72 wurde aus Lizenzgründen entfernt.

Projektkoordination und Text:

Vanessa Müller

Mit weiteren Texten von:

Ali Jameel
Alice Codispoti
Amit Srivastava
Carolina de Moura
Danilo Chammas
Diana Kreissle
Frederike Potts
Gloria Holguin
Guilherme Cavalli
Nirere Sadrach

Mit besonderem Dank an:

Guilherme Cavalli
Emilia Tafel
Iglesias y Minería
Kees Kodde
Luca Schiewe
Nina Rodriguez Dubsy
Kleopatra Partalidou
Lukas Daniel
Ulrike Lohr
Thomas Küchenmeister

Layout/Design

Ole Kaleschke Gestaltung, Berlin
www.olekaleschke.de
Piktogramme via thenounproject.com

Herausgeber

Facing Finance e. V.
Thomas Küchenmeister (V.i.S.d.P.)
Schönhauser Allee 141, Hinterhaus 2
10437 Berlin
+49 30 32661681
kuechenmeister@facing-finance.org
www.facing-finance.org

Facing Finance e. V. ist beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg im Vereinsregister unter der Nr. VR 32177B eingetragen und als gemeinnützig anerkannt. Über Ihre Spende freuen wir uns sehr!

Spendenkonto:

IBAN: DE 91 4306 0967 1147 5538 00

BIC: GENODEM1GLS

GLS Bank

Kontoinhaber: Facing Finance e.V.

Spenden an Facing Finance sind steuerlich absetzbar. Bitte achten Sie bei einer Überweisung auf eine vollständige Anschrift, sodass wir Ihnen eine Spendenbescheinigung zusenden können.

Vielen Dank!

Gefördert durch:

Brot
für die Welt

misereor
GEMEINSAM GLOBAL GERECHT

**FRIEDRICH
EBERT**
STIFTUNG

Unterstützt von

**kinder
not
hilfe**

 **Sida**

Die Verantwortung für die Inhalte liegen allein beim Herausgeber. Die hier dargestellten Positionen geben nicht notwendigerweise den Standpunkt von Sida wieder.



Proteste gegen Coca-Cola in Indien. © Amit Srivastava (2007).

Eine Publikation von

**FACING
FINANZE**

www.facing-finance.org